

Nationalsozialistische Konsumrealität und der Umgang mit selbiger in der NS-Presse am Beispiel des Landes Oldenburg

Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades (Dr. phil.) des Fachbereichs Kultur- und Geowissenschaften der Universität Osnabrück

Vorgelegt von:

Goran Miladinovic

Osnabrück, 2014

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1. Die deutsche Krise unter der Reichsregierung Brüning 1930-1932	23
1.1. Politische Rahmenbedingungen für den Übergang zum Nationalsozialismus im Land Oldenburg	34
1.2. Wirtschaftliche Struktur des Landes Oldenburg und die Wirtschaftsmaßnahmen der NS-Landesregierung ab Juni 1932	40
2. „Butter und Kanonen“? Die „Realität“ von Konsum im „Dritten Reich“	52
2.1. Allgemeine Preisentwicklung	63
2.2. Entwicklung der Löhne am Beispiel des Landes Oldenburg	72
3. Konsumgüterproduktion in Oldenburg am Beispiel der Landwirtschaft	79
3.1. Agrarpolitische Propaganda und die tatsächliche Entwicklung	82
3.2. Staatliche Interventionen auf dem Nahrungsmittelsektor	95
3.3. Methoden der Verbrauchlenkung	99

4.	Konzentration auf die außerökonomische Ebene: Zugewinne in der Sozialpolitik und der Rückgewinn der „nationalen Ehre“ als „Ersatzkonsum“	108
4.1.	Sozialpolitik als Ersatz für Konsum	115
4.2.	Aufbau des Reiches als nationale Pflicht	125
4.3.	Entbehrungen als Übergangsphase auf dem Weg zum Wohlstand durch mehr „Lebensraum“	131
5.	Konsum während des Zweiten Weltkrieges	137
5.1.	Schleichhandel kompensiert Mangelerscheinungen	144
5.2.	Ausbeutung der besetzten Gebiete zum Wohl der „Volksgemeinschaft“	147
6.	Fazit	152
7.	Quellen- und Literaturverzeichnis	157
7.1.	Ungedruckte Quellen	157
7.2.	Gedruckte Quellen	157
7.3.	Publizistische Quellen	159
7.4.	Literatur	160
7.5.	Abkürzungsverzeichnis der verwendeten Zeitschriften	181

Einleitung

Ohne eine kontinuierliche Nachfrage nach verschiedenen Konsumgütern, kann keine Volkswirtschaft dauerhaft prosperieren. So formulierte bereits Adam Smith, dass Konsum in einer Volkswirtschaft Ziel und Zweck jeder Produktion sei.¹ Ohne Konsum, argumentieren vor allem Vertreter des Wirtschaftsliberalismus, gebe es keinen wirtschaftlichen Fortschritt und keine soziale und politische Stabilität.² Betrachtet man die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts, bleibt zu konstatieren, dass politische Loyalität ohne materiellen Wohlstand nur schwer vorstellbar ist.³ Bei den ersten freien Abstimmungen nach dem Zweiten Weltkrieg nahmen Wohlstandsversprechen einen elementaren Bestandteil in den Wahlprogrammen politischer Parteien ein.⁴ So zog die CDU 1957 unter der Parole „Wohlstand für alle“ in die Bundestagswahl. Auf die aufkommende Konsumgesellschaft musste auch die SPD reagieren. Die von Teilen der SPD vertretende Forderung nach einer anderen Wirtschaftsordnung erwies sich, angesichts der wieder etablierten und mit dem beginnenden „Wirtschaftswunder“⁵ bestätigten Wirtschaftsordnung, als nicht mehrheitsfähig. In Reaktion auf die bescheidenen Wahlergebnisse kam es zur Verabschiedung des Godesberger Programms 1959, hier bekannte sich die SPD eindeutig zum Modell der sozialen Marktwirtschaft. Die Forderung nach genereller Sozialisierung der Produktionsmittel wurde fallengelassen. Die Deutschen wurden in den fünfziger Jahren in eine durch Konsum legitimierte Demokratie geführt.⁶ Konsumieren wurde zu einem Grundrecht erklärt und sollte demokratische Grundwerte wie Freiheit und Gleichheit vermitteln. In seiner Bundestagsrede, am 14. März 1951, bezeichnete Ludwig Erhard die freie Konsumwahl als eines der „wesentlichen demokratischen Grundrechte“.⁷

¹ Smith, Adam, An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations (1776). Deutsche Übersetzung: Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und Ursachen, 8. Aufl., München 1999, S. 558.

² Prinz, Michael, „Konsum“ und „Konsumgesellschaft“- Vorschläge zu Definition und Verwendung, in: ders. (Hg.), Der lange Weg in den Überfluss. Anfänge und Entwicklung der Konsumgesellschaft seit der Vormoderne, Paderborn 2003, S. 11-34, hier: S. 20.

³ Schneider, Norbert, Konsum und Gesellschaft, in: ders. u. Rosenkranz, Doris (Hgg.), Konsum. Soziologische, ökonomische und psychologische Perspektiven, Opladen 2000, S. 9-22, hier: S. 21.

⁴ Heßler, Martina, Visionen des Überflusses. Entwürfe künftiger Massenkonsumgesellschaften im 20. Jahrhundert, in: Berghoff, Hartmut u. Vogel, Jakob (Hgg.), Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivenwechsels, Frankfurt/Main 2004, S. 455-480, hier: S. 468.

⁵ Das Wachstum, das wir unter dem Begriff „Wirtschaftswunder“ nach dem Zweiten Weltkrieg zusammenfassen, erstreckte sich vom Koreakrieg 1950/51 bis zur ersten Ölkrise 1973. In dieser Zeitspanne erzielte die BRD Jahr für Jahr ein Wirtschaftswachstum von ca. 9 Prozent.

⁶ Göbel, Eva, Bayern in der modernen Konsumgesellschaft. Regionalisierung der Konsumkultur im 20. Jahrhundert, Berlin 2005, S. 23; Gries, Rainer, Die Rationengesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität. Leipzig, München und Köln nach dem Kriege, Münster 1991, S. 193.

⁷ Zitiert nach: Andersen, Arne, Der Traum vom guten Leben. Alltags- und Konsumgeschichte vom Wirtschaftswunder bis heute, Frankfurt/Main 1997, S. 15.

Die heutige Konsumgesellschaft wurde entscheidend in den fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts geformt. In dieser Periode wandelten sich viele Luxusgüter zu weitverbreiteten Gebrauchsgütern für viele. Der Erfolg der sozialen Marktwirtschaft wurde in erster Linie an den wachsenden Konsummöglichkeiten gemessen. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich in der Bundesrepublik Deutschland immer mehr die hedonistische Konsumethik durch.⁸

Diese moderne Konsumgesellschaft wird in der Fachliteratur durch folgende sechs Kriterien und Merkmale charakterisiert: *„Die Bereitstellung eines reichhaltigen Warensortiments für Verbraucher aus den meisten sozialen Kategorien. Die Entwicklung von hochkomplizierten, die Waren mit Bedeutung versehenen und das Bedürfnis nach ihnen weckenden Kommunikationssystemen. Die Bildung von Objektbereichen als Sphären des Geschmacks, der Mode und des Stils. Die Betonung der Freizeit gegenüber der Arbeit sowie die des Konsums gegenüber der Produktion. Die Entstehung der Kategorie Konsument. Eine tiefe Ambivalenz, manchmal sogar offene Feindschaft gegenüber dem Phänomen des Konsums.“*⁹

Der Soziologe Helmut Schelsky hat besonders den sozialen Aspekt von Konsum hervorgehoben: *„Der universale Konsum der industriellen und publizistischen Massenproduktionen sorgt auf allen Lebensgebieten dafür, dass fast jedermann seinen Fähigkeiten angemessen das Gefühl entwickeln kann, nicht mehr „ganz unten zu sein“, sondern an der Fülle und dem Luxus des Daseins teilhaben zu können.“*¹⁰ Ob eine Gesellschaft als Konsumgesellschaft charakterisieren werden kann hängt davon ab, wie hoch der Anteil der Bevölkerung ist der über ein disponibles Einkommen verfügt. Also Einkommen, das nach den Ausgaben für die Deckung der Grundbedürfnisse (Ernährung, Kleidung und Wohnung), für die Erfüllung weiterer Konsumwünsche zur Verfügung steht.¹¹ Die Ausweitung einer Konsumgesellschaft, fordert ein wirtschaftspolitisches Handeln nach zwei einander bedingten Prinzipien: Steigende Produktivität und steigende Löhne.

⁸ Der Begriff Hedonismus geht auf eine Lehre des griechischen Philosophen Aristippos zurück, der das Streben nach Lust und Genuss als zentrales Motiv menschlichen Verhaltens darstellt. Hedonismus findet als Oberbegriff auf allen Lehren Anwendung, die den Lebenszweck in der Befriedigung von Empfindungen sieht. Siehe: Stihler, Ariane, Die Entstehung des modernen Konsums. Darstellung und Erklärungsansätze, Berlin 1998, S. 106.

⁹ Brewer, John, Was können wir aus der Geschichte der frühen Neuzeit für die moderne Konsumgeschichte lernen?, in: Siegrist, Hannes, Kaelble, Hartmut u. Kocka, Jürgen (Hgg.), Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums (18.-20. Jahrhundert), Frankfurt/Main 1997, S. 51-74, hier: S. 52f.

¹⁰ Zitiert nach: Haupt, Heinz-Gerhard, Der Konsument, in: ders. u. Frevert, Ute (Hgg.), Der Mensch des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/Main 1999, S. 301-323, hier: S. 309.

¹¹ König, Wolfgang, Produktion und Konsumtion als Gegenstände der Geschichtsforschung, in: Bayerl, Günter u. Weber, Wolfhard (Hgg.), Sozialgeschichte der Technik. Ulrich Troitzsch zum 60. Geburtstag, Münster 1998, S. 35-44, hier: S. 42.

Die Wirtschaft benötigt wachsende Massenkaufkraft, um, ihrer steigenden Produktivität entsprechend, Nachfrage zu schaffen. Dazu müssen die Löhne mit der Produktivität wachsen, um einer starken Arbeiterklasse zu ermöglichen am Produktionsfortschritt zu partizipieren. Ohne den Faktor Lohn gibt es keinen automatischen Übergang zu einer Konsumgesellschaft, nur weil der Produktionsfortschritt ein gesellschaftliches Mehrprodukt ermöglicht. Dieses kann von der Staatsführung, wie im Fall des „Dritten Reiches“ angeeignet werden, um es für einen militärisch starken Staat auszugeben.¹²

Dementsprechend verfügte nach heutiger Definition das „Dritte Reich“ über keine Massenkongsumgesellschaft. Der nationalsozialistische Führerstaat sollte allerdings langfristig die Gestalt eines technologisch fortgeschrittenen Staates mit einer Wohlstandsgesellschaft annehmen.¹³ Die von Adolf Hitler angestrebte nationalsozialistische Konsumgesellschaft sollte sich an zwei Grundprinzipien orientieren: „Volk“ und „nationale Identität“. Dadurch sollte die „NS-Konsumgesellschaft“ zu einer hermetisch abgedichteten, homogenen, durch gemeinsame Herkunft, Rasse und Kultur stilisierten Gemeinschaft werden. Aus dieser Gemeinschaft sollten diejenigen, die in den rassistisch und politisch begründeten Konformismus nicht passten, bis hin zur physischen Vernichtung selektiert werden.¹⁴ Die breite Masse der deutschen Bevölkerung entsprach allerdings Hitlers „Anforderungsprofil“, weshalb die „NS-Konsumgesellschaft“ ein verheißungsvolles Zukunftsbild entwickeln und eine immense Integrationskraft entfalten konnte. Der einsetzende konjunkturelle Aufschwung wurde zur Basis für die Konsum-Verheißungen, die zwar zu einem großen Teil nicht realisiert, gleichwohl aber als Wechsel auf die Zukunft angenommen wurden.¹⁵ Für das NS-Regime war die Hebung der Konsummöglichkeiten keine rein wirtschaftspolitische Frage, sondern hatte von Beginn an eine außenpolitische Dimension. Durch eine rassenideologisch motivierte Expansion sollte „Lebensraum“ im Osten okkupiert werden, damit im Inneren des „Altreiches“ die materielle Basis für eine „NS-Konsumgesellschaft“ entstehen konnte. Die Nationalsozialisten integrierten bewusst Konsumversprechen in ihre nationalistische, imperialistische, autoritäre und rassistische Rhetorik.¹⁶

¹² Siehe dazu: Elsenhans, Hartmut, *The Rise and Demise of the Capitalist World System*, Leipzig 2011, S. 30-49.

¹³ Teichert, Eckart, *Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930-1939*, München 1984, S. 208f; Siehe auch: Ritschl, Albrecht, *Die NS-Wirtschaftsideologie*, in: Prinz, Michael u. Zitelmann, Rainer (Hgg.), *Nationalsozialismus und Modernisierung*, Darmstadt 1991, S. 48-70, hier: S. 63.

¹⁴ Nolte, Paul, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft*, München 2000, S. 192.

¹⁵ Thamer, Hans-Ulrich, *Nation als Volksgemeinschaft. Völkische Vorstellungen, Nationalsozialismus und Gemeinschaftsideologie*, in: Gauger, Jörg-Dieter u. Weigelt, Klaus (Hgg.), *Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation*, Bonn 1990, S. 112-128, hier: S. 113.

¹⁶ Siegrist, Hannes, *Konsumkultur des 20. Jahrhunderts in regionalgeschichtlicher Perspektive. Zwischen Verräumlichung, Vergesellschaftung und Individualisierung*, in: Prinz, Michael (Hg.), *Der lange Weg in den*

Schon die alten Römer wussten, wie man das Volk am besten beherrscht: „*panem et circenses*“, Brot und Spiele. Die welthistorische Wende in Ost- und Südosteuropa demonstrierte Anfang der 1990er Jahre auf eindrucksvolle Weise die ungeheure Bedeutung von Konsum. Letztlich konnten die sozialistischen Staaten keine Alternative zum westlichen, liberalen Konsummodell entwickeln. Konsum war und ist ein wichtiger politischer Faktor der maßgeblich darüber entscheidet, wie es um die Integrationskraft und das Gerechtigkeitsgefühl in einem Staat beschaffen ist. Der Konsum als Legitimationsgrundlage von demokratischen wie autoritären Systemen stellt eine, wenn nicht die, zentrale Legitimationsgrundlage politischer Herrschaft im 20. Jahrhundert dar.¹⁷ Die dramatischen Folgen für eine politische Ordnung die nicht in der Lage ist, das Absinken des Lebensstandards der Bevölkerung aufzuhalten, verdeutlicht der Zerfall der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (1991/92). Der Zusammenbruch der jugoslawischen Föderation steht in einem direktem Zusammenhang mit dem Programm der makroökonomischen Umstrukturierung, die der Regierung in Belgrad vom Internationalen Währungsfonds (IWF) auferlegt wurde. Gebunden waren die internationalen Hilfgelder an einschneidende Austeritätsmaßnahmen. Für den jugoslawischen Staat bedeutete dies: Abwerten der Währung, Einfrieren der Löhne, Senken der Sozialleistungen und Abbau der Preiskontrollen. Die Maßnahmen des IWF führten zu einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit, galoppierender Inflation und zu einem Sinken der Reallöhne. Sezessionistische Tendenzen und nationalistische Parolen gewannen in eben jener Zeit Auftrieb, als die jugoslawische Bevölkerung ins Elend gestoßen wurde.¹⁸ Der jugoslawische Selbstverwaltungssozialismus scheiterte in dem Moment, als der Lebensstandard der Vielvölkergemeinschaft rapide sank und der Staat die materiellen Wünsche der Bevölkerung nicht mehr adäquat befriedigen konnte.

Auch dem NS-Regime war sehr wohl bewusst, dass politische Stabilität nicht allein durch Repression zu erreichen sei, sondern aus seiner Fähigkeit resultiert, den wirtschaftlichen und sozialen Niedergang zu stoppen, das wirtschaftliche Wachstum anzukurbeln und damit positive Arbeitsmarkteffekte in Gang zu setzen. Konkret hieß dies, die Massenarbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen und eine Vision vorzulegen, wie der Lebensstandard der Bevölkerung langfristig gehoben werden kann. Das NS-Regime unterstrich beständig, dass

Überfluss. Anfänge und Entwicklung der Konsumgesellschaft seit der Vormoderne, Paderborn 2003, S. 491-514, hier: S. 504.

¹⁷ Steiner, Andre, Einleitung: Staatliche Preispolitik und ihre historischen Wurzeln, in: ders. (Hg.), Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Köln 2006, S. 9-21, hier: S. 9.

¹⁸ Barth, Peter, Der Zerfall Jugoslawiens und die Folgen für Europa, München² 2001, S. 80ff.

die neue Regierung ihr innenpolitisches Wahlversprechen vom Sommer 1932 eingehalten habe, demzufolge jedem Deutschen das Recht auf die Möglichkeit gegeben werden sollte, den Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu verdienen. In den programmatischen Reden Hitlers wurde das Zukunftsbild einer Konsumgesellschaft gezeichnet, an der auch die proletarischen Schichten partizipieren sollten. Dazu gehörten der Wohnungsbau, die Motorisierung der Bevölkerung ebenso wie ein gesichertes Einkommen und verbesserte Ausbildungs- und Aufstiegschancen. Eine große Bedeutung in der nationalsozialistischen Konsumpolitik spielten die sogenannten „Volksprodukte“¹⁹ (vor allem der „Volkswagen“²⁰) und die „Kraft-durch-Freude“-Angebote. Diese sollten die materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung ansprechen und einen modernisierten Konsumstil durch das NS-Regime suggerieren, mit dem eine kollektive Identifizierung, unabhängig von parteipolitischen Überzeugungen und sozialer Herkunft, erfolgen konnte.

So ist es nicht verwunderlich, dass die sozialistische Exil-Berichterstattung den Konsum als eines der Felder aufführte, auf dem „unpolitische“ Zustimmung generiert wurde.²¹ Besonders Personen aus der Arbeiterbewegung zeigten sich demnach von der vermeintlichen „Demokratisierung“ des Konsums, wie dem Angebot einen „Volkswagen“ zu erwerben, beeindruckt. Für Norbert Frei zählen die bescheiden wachsenden Konsummöglichkeiten zu den sozialen Bindekräften im Prozess der Formierung von „Volksgemeinschaft“.²²

¹⁹ Zum Komplex „Volksprodukte“: König, Wolfgang, Volkswagen, Volksempfänger, Volksgemeinschaft. „Volksprodukte“ im Dritten Reich: Vom Scheitern einer nationalsozialistischen Konsumgesellschaft, Paderborn 2004. Wolfgang König fokussiert seine Arbeit hauptsächlich auf die materiellen Misserfolge des NS-Regimes. Dabei unterschätzt er die massenwirksame Verheißung dieser Produkte für die Stabilität des Regimes. (Siehe: Rezension von Hartmut Berghoff, in: „Der Tagesspiegel“ v. 29. November 2004). Für König erscheint, die mit der Verheißung verbundene Hoffnung auf ein „besseres Leben“ als wenig relevant. Diese Annahme setzt die Auffassung voraus, dass Hoffnung nichts wert sei. Adam Smith, aber auch schon Thomas von Aquin und Aristoteles („*Glück ist das letzte Ziel menschlichen Handelns*“) zeigen, dass eine solche Annahme irrig ist. Siehe dazu: Ruckriegel, Karlheinz, Glücksforschung – Konsequenzen für die (Wirtschafts-) Politik, in: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 92, Heft 2, (2012), S. 129-135, hier: S. 129. Ebenfalls zum Thema „Volksprodukte“: Baranowski, Shelley, Strength through Joy. Consumerism and Mass Tourism in the Third Reich, Cambridge 2004.

²⁰ Bei der Grundsteinlegung der Volkswagenfabrik, am 26. Mai 1938, nannte Hitler den „Volkswagen“ in seiner Rede: „*Symbol der nationalsozialistischen deutschen Volksgemeinschaft*“. Aus: „Oldenburgische Staatszeitung“, (künftig: OIStZ) v. 27. Mai 1938.

²¹ Im Prager Exil entstanden die Deutschlandberichte der Sopade. Sopade war die Bezeichnung für die SPD-Exilorganisation, die von 1933 bis 1939 zunächst aus dem Exil in Prag, später von Paris und ab 1940 bis 1945 von London aus agierte. In den Sopade-Berichten wurden systematisch Informationen über die politische, soziale, ökonomische und kulturelle Lage in Deutschland zusammengetragen, vervielfältigt und verbreitet. Siehe: Friedrich-Ebert-Stiftung. Abteilung Politische Akademie (Hg.), Geschichte der Sozialen Demokratie, Bonn 2012, S. 74f.

²² Frei, Norbert, „Volksgemeinschaft“. Erfahrungsberichte und Lebenswirklichkeit der NS-Zeit, in: ders. (Hg.), 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, S. 13f.

Die „Volksgemeinschaft“²³ war die offizielle Bezeichnung der Nationalsozialisten für den von ihnen propagierten Gesellschaftsaufbau als Gegenmodell zur pluralistischen Demokratie sowie zu marxistisch orientierten Gesellschaftskonzepten. Vorbild war die idealisierte „Frontgemeinschaft“ in den Schützengräben des Ersten Weltkrieges, die, zur Staatsform erhoben, die politischen und ökonomischen Interessengegensätze der Weimarer Republik überwinden sollte. Dem militärischen Ideal folgend, sollte die „Volksgemeinschaft“ nicht diskutieren und Kompromisse suchen, sondern Befehlen gehorchen und marschieren.²⁴ So definierte Adolf Hitler die „Volksgemeinschaft“ bei der Eröffnung des Winterhilfswerks 1935 in der Krolloper: *„Diese große Schar der unbekanntenen Musketiere, der Grenadiere und Kanoniere, die ihre Pflicht erfüllten, treu und brav bis in den Tod, als ob sie damit einen Dank abstatten wollten für ein Leben des Glanzes, der Schönheit und des Reichtums, das sie aber vorher niemals gekannt haben, beweist die Lebendigkeit unseres Ideals! Wie aber würde ein solches Ideal erst wirksam sein, wenn eine Nation es nicht erst im Kriege, sondern schon im Frieden erlebt? Es in sich lebendig gestaltet? Wenn sie schon im Frieden bemüht ist, den Geist der Gemeinschaft aufs äußerste zu pflegen und diesen Geist auch Opfer zu bringen?“*²⁵

Die Ideologie der „Volksgemeinschaft“ förderte und legalisierte Verachtung und Ausgrenzung. Sie entfaltete ab September 1939 in besonderer Weise ihre Dynamik und war damit eine Grundlage für Vertreibung und Mord. Die Nationalsozialisten wollten durch ihre Interpretation der „Volksgemeinschaft“ einen Staat schaffen, in dem alle „rassischreinen“ Deutschen²⁶ der NS-Ideologie mit ihrem Wertesystem bedingungslos folgen. Eng mit der

²³ Die Ideologie der „Volksgemeinschaft“ war keine reine Propagandafloskel, ihr sollte nach der „Machtergreifung“ eine Grundlage im Recht verschafft werden. So formulierte der Rechtswissenschaftler Karl Larenz: *„Nicht als Individuum, als Mensch schlechthin oder als Träger einer abstrakt-allgemeinen Vernunft habe ich Rechte und Pflichten und die Möglichkeit, Rechtsverhältnisse zu gestalten, sondern als Glied einer sich im Recht ihre Lebensform gebenden Gemeinschaft, der Volksgemeinschaft. Nur als in Gemeinschaft lebendes Wesen, als Volksgenosse ist der Einzelne eine konkrete Persönlichkeit. Nur als Glied der Volksgemeinschaft hat er seine Ehre, genießt er Achtung als Rechtsgenosse. Rechtsgenosse zu sein, d.h. im Recht zu leben und eine bestimmte Gliedstellung auszufüllen, ist also ein Vorrecht des Volksgenossen. Es ist, wenn man so will, eine besondere Qualität nicht des Menschen schlechthin, sondern des Volksgenossen. Rechtsgenosse ist nur, wer Volksgenosse ist; Volksgenosse ist, wer deutschen Blutes ist. Dieser Satz könnte anstelle des die Rechtsfähigkeit 'jedes Menschen' aussprechenden § 1 BGB an die Spitze unserer Rechtsordnung gestellt werden“* Zitiert nach: Jakobs, Horst-Heinrich, Karl Larenz und der Nationalsozialismus, in: JZ 1993, S. 805-815, hier: S. 814; Aktuelle Forschungsergebnisse zum Komplex „Volksgemeinschaft“: Bajohr, Frank u. Wildt, Michael (Hgg.), Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 2009; Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.), „Volksgemeinschaft“: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich“, Paderborn 2012.

²⁴ Thamer, Nation als Volksgemeinschaft, S. 117.

²⁵ Zitiert nach: OIStZ v. 11. Oktober 1935.

²⁶ Für die Nationalsozialisten konnte es wahre Gleichberechtigung nur dort geben, wo wahre Gleichheit bestand, nämlich die Gleichheit des gemeinsamen Blutes. Daher waren die Juden aus der „Volksgemeinschaft“ ausgeschlossen. Sie wurden nicht als Religionsgemeinschaft betrachtet, sondern als eigenständige Rasse. Das hatte zur Konsequenz, dass es einen Deutschen mit jüdischem Glaubensbekenntnis nicht geben konnte.

„Volksgemeinschaft“ wurde auch die Vision einer kommenden „NS-Konsumgemeinschaft“ verknüpft.²⁷ Die Vision von der „NS-Konsumgemeinschaft“ wurde zu einem wichtigen Element in der Kriegsvorbereitung. Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, konnte sich das NS-Regime auf dieses Bild beziehen und jedem einzelnen „Volksgenossen“ aufzeigen, dass er für eine materiell bessere Zukunft kämpft. Das okkupierte Europa sollte ein ergiebiges Reservoir an Rohstoffen und Arbeitskräften werden.²⁸ Wer sich diesen deutschen Herrenvolk-Ambitionen nicht fügen wollte, sollte eliminiert werden. Aus dieser Geisteshaltung, angeheizt von unzähligen Manifesten deutscher Politiker und Intellektueller bereits vor 1933 zur „ungelösten nationalen Frage“, wurden die Gräueltaten der ethnischen Vertreibung und Vernichtung geboren. Das eigene Volk wurde solange verherrlicht, bis es bereit war, für „das, was sie sind“, alles zu opfern. Letztlich diente die Idee von der „Volksgemeinschaft“ dem Krieg universale Bedeutung zu verleihen. In dem die „Volksgemeinschaft“ für den ethnischen Raum und das deutsche Wesen kämpfte, kämpfte sie für die nationale Sache. Die „Volksgemeinschaft“ war eine Gemeinschaftsbindung, die mit der Verherrlichung und der Faszination von Gewalt verknüpft wurde, die sich in der Zuspitzung von Freund-Feind-Dichotomien äußerte und schließlich im Verlauf der Gewalteskalation während des Zweiten Weltkrieges immer mehr zur paranoiden Wahrnehmung der Verfolger führte, selbst verfolgt zu werden und aus reiner Notwehr zu handeln.²⁹ Der Literaturnobelpreisträger Ivo Andrić beschreibt eine solche Eskalationsstufe wie folgt: *„Die Menschen zerfielen in Verfolgte und Verfolger. Jenes hungrige Tier, das im Menschen lebt und sich nicht zeigen darf, solange nicht die Dämme der guten Sitten und der Gesetze entfernt werden, war jetzt befreit. Nun war das Zeichen gegeben, die Dämme weggeräumt. Wie oft in der menschlichen Geschichte waren Gewalt und Raub, ja auch der Mord, stillschweigend zugelassen, unter der Bedingung, dass sie im Namen höherer Interessen, unter festgelegten Losungen und gegen eine begrenzte Zahl von Menschen eines bestimmten Namens und einer bestimmten Überzeugung verübt wurden.“*³⁰

In der historischen Forschung ist die Frage, ob die Hitler-Diktatur tatsächlich neue materielle Teilhabemöglichkeiten schuf oder nur unerfüllte Hoffnungen weckte, äußerst umstritten.

²⁷ Vgl. Torp, Claudius, Wachstum, Sicherheit, Moral. Politische Legitimationen des Konsums im 20. Jahrhundert, Göttingen 2012, S. 130.

²⁸ Aly, Götz, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/Main 2005, S. 114-158.

²⁹ Pohl, Rolf, Der antisemitische Wahn. Aktuelle Ansätze zur Psychoanalyse einer sozialen Pathologie, in: Stender, Wolfram, Follert, Guido u. Özdoğan, Mihri (Hgg.), Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und Sozialpädagogische Praxis, Wiesbaden 2010, S. 41-68, hier: S. 44ff.

³⁰ Andrić, Ivo, Die Brücke über die Drina. Eine Visegrader Chronik, Frankfurt/Main 1962, S. 287.

„*Gebt mir vier Jahre Zeit*“, hatte Adolf Hitler 1933 nach der Machtübernahme durch die NSDAP gefordert. „*Ich habe den Ehrgeiz, das deutsche Volk reich, das deutsche Land schön zu machen. Ich möchte, dass der Lebensstandard des Einzelnen gehoben wird.*“³¹ Die Regierung Hitler war überzeugt, dass mit den Mitteln die Deutschland zur Verfügung standen, es höchstens möglich sei, ein weiteres Abgleiten des Lebensstandards zu stoppen. So nannte Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht auf der Hundertjahrfeier des Vereins für Geographie und Statistik in Frankfurt am Main, am 11. Dezember 1936, den, aus der Sicht des NS-Regimes, Hauptgrund für die Mangelercheinungen in Deutschland: „*Deutschland hat ein zu geringen Lebensraum für seine Bevölkerung. Es hat alle Anstrengungen und ganz gewiß viel größere Anstrengungen als irgendein anderes Volk gemacht, aus seinem vorhandenen geringen Raum herauszuholen, was für seine Lebenssicherung notwendig ist. Trotz aller Anstrengungen aber reicht der Raum nicht aus. Die Mangellage an industriellen Rohstoffen ist noch größer als die auf dem Nahrungsmittelgebiet. Durch handelspolitische Abmachungen irgendwelcher Art kann eine Sicherung der Daseinserhaltung des deutschen Volkes nicht erfolgen.*“³²

Wie Hitler diese Mangellage in Deutschland lösen wollte, verdeutlichte er der militärischen Führung am 3. Februar 1933. Die Aufrüstung der Wehrmacht sollte nicht allein zur „*Erkämpfung neuer Exportmögl[ichkeiten]*“, sondern auch zur „*Eroberung neuen Lebensraumes im Osten u. dessen rücksichtsloser Germanisierung*“ dienen.³³ Diese Konzeption findet sich sowohl in „*Mein Kampf*“ (1924) als auch in Hitlers unveröffentlichten „*Zweiten Buch*“ (1928). Der Aufbau der Wehrmacht wurde zur wichtigsten nationalen Aufgabe erklärt. Das NS-Regime erzeugte den Eindruck Deutschland sei von Feinden umgeben, die jegliche wirtschaftliche Prosperität verhinderten. In seiner Rede, vom 12. September 1938, auf dem Reichsparteitag in Nürnberg erklärte Hitler: „*15 Jahre lang haben sie aufs grausamste gegen die natürlichen Volksinteressen, ja, gegen jede Menschenwürde gehandelt, Diktate verfasst und mit vorgehaltener Pistole zur Annahme gezwungen, um nachher in heuchlerischer Entrüstung sich über die „einseitige“ Übertretung heiliger Gesetze und die Verletzung noch heiliger Verträge zu beklagen. Ohne sich jemals um die Meinung von Eingeborenen zu kümmern, haben sie Kontinente mit blutiger Gewalt unterworfen. Aber da*

³¹ Zitiert nach: Tooze, Adam, *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, München 2007, S. 167.

³² Zitiert nach: OIStZ v. 12. Dezember 1936.

³³ Zitiert nach: Gassert, Philipp, *Der unterschätzte Aggressor. Das Deutsche Reich in den internationalen Beziehungen*, in: Süß, Dietmar u. Süß, Winfried (Hgg.), *Das „Dritte Reich“*. Eine Einführung, München 2008, S. 35-54, hier: S. 39.

*Deutschland seine Kolonien zurückfordert, erklärt man, besorgt um das Los der armen Eingeborenen, man könne sie einem solchen Schicksal unter keinen Umständen ausliefern. Im selben Moment aber scheut man sich nicht, durch Flugzeuge und Bomben in den eigenen Kolonien die Eingeborenen zur Raison zu bringen, d.h., die lieben farbigen Mitbürger zu zwingen, die ihnen verhaßte Fremdherrschaft weiter zu dulden. Das sind dann allerdings zivilisatorische Bomben zum Unterschied der brutalen, im Abessinienkrieg durch die Italiener verwendeten [...] Ich finde es immer noch erträglich, von jemanden beschimpft zu werden, der mich nicht ausplündern kann, als von jemanden ausgeplündert zu werden, der mich dafür lobt. Wir werden heute beschimpft. Allein wir sind – Gott sei Lob und Dank – in der Lage, jede Ausplünderung und Vergewaltigung Deutschlands verhindern zu können. Der Staat vor uns wurde fast 15 Jahre lang erpresst. Allein er empfing in meinen Augen als etwas dürftige Entschädigung oder Lohn dafür das Lob, ein braver und demokratischer Staat gewesen zu sein.*³⁴ Durch eine solche Argumentation, sollten die geplanten militärischen Operationen von der deutschen Bevölkerung nicht als Eroberung von fremden Territorien wahrgenommen werden, sondern als ein legitimer Akt der Selbsterhaltung.

In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre kam es im „Dritten Reich“ zu einer, ausgelöst durch die großangelegte Wiederbewaffnung der deutschen Streitkräfte, wirtschaftlichen Erholung und einem damit verbundenen raschen Rückgang der Arbeitslosigkeit, die ihresgleichen in Europa suchte. Der scheinbare Erfolg der interventionistischen Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten erregte auch international viel Aufsehen. So wurde die Regierung Hitler auf der Weltausstellung 1937 in Paris als Musterdiktatur gepriesen. Der englische Volkswirt John Maynard Keynes³⁵ beschrieb Hitler als jemanden, der am besten seine Doktrin der Nachfragesteuerung umsetze. Seine Kollegin in Cambridge, Joan Robinson, kam sogar zu der Schlussfolgerung, dass *„Hitler bereits eine Kur für die Arbeitslosigkeit gefunden hatte, bevor Keynes mit seiner Erklärung fertig war.“*³⁶

³⁴ Zitiert nach: OIStZ v. 13. September 1938.

³⁵ John Maynard Keynes (1883-1946) war ein britischer Ökonom, der die Wirtschaftstheorie des 20. Jahrhundert wesentlich geprägt hat. In seinem einflussreichen Werk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ (1936) stellte er die Selbstheilungskräfte der Märkte infrage und begründete den Keynesianismus, der eine Lenkung des Kapitalismus anstrebt. Grobstruktur Keynes'ischer Argumentation: Der Staat spart in Prosperitätszeiten für schlechte Zeiten. So tritt er in Krisen als Nachfrager und Impulsgeber auf und stützt damit die Konjunktur. Damit schafft der Staat Vertrauen in die Wirtschaft und wirkt Angstsparen entgegen. Siehe: Blomert, Reinhard, John Maynard Keynes, Reinbek bei Hamburg 2007, S. 99-105.

³⁶ Zitiert nach: Tooze, Adam, Ökonomie des Grauens, in: Spiegel Special Geschichte 1/2008, S. 117-123, hier: S.118.

Welchen Stellenwert der Konsum in der Wirtschaftspolitik des „Dritten Reiches“ im Licht der deutschen Aufrüstung spielte und insbesondere, welche Rolle ihm für die Sicherung der nationalsozialistischen Herrschaft zukam, wird in der historischen Forschung kontrovers diskutiert. In der Bewertung haben sich zwei diametrale Standpunkte etabliert. So wird das „Dritte Reich“ einerseits als „Tyrannei des Mangels“ beschrieben, in der eine „Kanonen statt Butter“ produzierende Volkswirtschaft von der Bevölkerung Verzicht unter dem Primat der Rüstungspolitik abverlangte. Andererseits wird das „Dritte Reich“ als „Gefälligkeitsdiktatur“ gesehen, dessen „Kanonen und Butter“ produzierende Volkswirtschaft bisweilen gar als Wegbereiter für die westdeutsche Konsumgesellschaft der fünfziger Jahre gesehen wird.³⁷

In den 1950er Jahren urteilte der Schweizer Ökonom Rene Erbe, dass der wirtschaftliche Aufschwung nur durch eine Umverteilung von Mitteln aus der Konsumgüterproduktion auf die Rüstungsgüterproduktion und durch eine enorme Neuverschuldung möglich war.³⁸ Der amerikanische Ökonom Burton Klein, dessen Studie auf Umfragen von John Galbraith vom United States Strategic Bombing Survey (USSBS) basiert, separierte die deutsche Konsumpolitik in zwei Zeitperioden, vor und nach Verkündung des Vierjahresplanes 1936. Laut Burton Klein konnte die deutsche Wirtschaft bis 1936 beides sowohl „Butter“ als auch „Waffen“ produzieren. Die Wiederbewaffnung und die Erhöhung des zivilen Verbrauchs konnte gleichzeitig erreicht werden, da ein Rückgriff auf die Arbeitslosen möglich war. In den Jahren 1937 und 1938 erreichte, so Klein, die deutsche Wirtschaft ein Stadium der Vollbeschäftigung und die Aufrüstung konnte nur auf Kosten eines Rückgangs im zivilen Verbrauch weiter gesteigert werden.³⁹ Tim Mason setzt den gewährten Konsum mit einer „sozialen Bestechung“ gleich, die aus Angst vor der Wiederholung des „Novembertraumas“

³⁷ Stefan Goch hebt hervor, dass das NS-Regime durch seine Projekte der Massenmotorisierung, des Tourismus, des Massenkonsums und der sozialen Sicherung „Dispositionen für die post-nationalsozialistische Zeit schuf“. Siehe: Goch, Stefan, „Wie immer zu spät“. Sozialdemokratische Vorkriegsorganisationen im Ruhrgebiet zwischen Weltwirtschaftskrise und Restauration, in: Frese, Matthias u. Prinz, Michael (Hgg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996, S. 689-731, hier: S. 712; Berghoff verweist ebenfalls auf die Wirkung der nationalsozialistischen Konsumvisionen: „The widening of consumer's horizons was an important step towards post-war patterns of mass consumption. [...] This among other reasons explains the relentless vigour with which post-war German society dedicated itself to material values and the catching up on consumption postponed before 1945.“ Siehe: Berghoff, Hartmut, Enticement and Deprivation. The Regulation of Consumption in Pre-War Nazi Germany, in: Dauntan, Martin u. Hilton, Matthew (Hgg.), The Politics of Consumption. Material Culture and Citizenship in Europe and America, Oxford 2001, S. 165-184, hier: S. 175.

³⁸ Erbe, Rene, Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik im Lichte der modernen Theorie, Zürich 1958, S. 43.

³⁹ Klein, Burton, Germany's Economic Preparations for War, Cambridge/Mass. 1959, S. 76-79.

dazu geführt habe, dass eine vollständige Beschneidung des zivilen Konsums zugunsten der Aufrüstung von Hitler kategorisch abgelehnt wurde.⁴⁰

Im Zuge der „Modernisierungsdebatte“⁴¹ in der NS-Forschung, als nach dem Verhältnis von Nationalsozialismus und Modernisierung gefragt wurde, betonten eine Reihe von deutschen Historikern in den 1980er Jahren, dass der Lebensstandard im Verlauf der 1930er Jahre deutlich erhöht wurde. So argumentierte Hans-Ulrich Thamer, dass es durch die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Regimes zur Verringerung der Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung des Lebensstandards gekommen sei.⁴² Werner Abelshäuser ging einen Schritt weiter und artikulierte die These vom „Wirtschaftswunder“ im „Dritten Reich“, wonach die Nationalsozialisten „weitgehend erfolgreich“ sowohl „Butter“ als auch „Waffen“ produzierten.⁴³ Diese These evozierte vor allem Kritik durch Christoph Buchheim. Für Christoph Buchheim war die Wirtschaftspolitik des NS-Regimes kein „Wunder“, sondern ein „Desaster“.⁴⁴ Diese so stark divergierende Beurteilung der NS-Wirtschaftspolitik ist auf die jeweilige Herangehensweise zurückzuführen. Während Abelshäuser den Lebensstandard der späten 1930er Jahre mit demjenigen des Tiefpunktes der Wirtschaftskrise 1932 verglich, nahm Buchheim als Bezugspunkt das Jahr 1928. Dadurch beurteilte er den Lebensstandard im „Dritten Reich“ viel kritischer als sein Kollege Abelshäuser. Buchheims Haltung wurde später durch Mark Spoerer⁴⁵ gestützt. Dieser korrigierte in seiner Arbeit das von Albrecht Ritschl⁴⁶ geschätzte Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf mit den Indexzahlen der mittleren Schätzung von Rüdiger Hachtmann.⁴⁷ Laut Spoerer erreichte demnach das reale Bruttonationalprodukt pro Kopf erst 1937 wieder das Niveau von 1928.⁴⁸ Auch Andre Steiner

⁴⁰ Mason, Tim, The Legacy of 1919 for National Socialism, in: Nicholls, Anthony u. Matthias, Erich (Hgg.), German Democracy and the Triumph of Hitler. Essays in Recent German History, London 1971, S. 215-239, hier: S. 226.

⁴¹ Wurde initiiert durch die Untersuchungen von Ralf Dahrendorf und David Schoenbaum in den sechziger Jahren: Dahrendorf, Ralf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968, S. 415-432. Schoenbaum, David, Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, München 1980 (engl. Erstausgabe: New York 1967), S. 336-351. Einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Forschung bietet: Bavaj, Riccardo, Die Ambivalenz der Moderne im Nationalsozialismus. Eine Bilanz der Forschung, München 2003.

⁴² Thamer, Hans-Ulrich, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945, Berlin 1986, S. 511.

⁴³ Abelshäuser, Werner, Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit, in: VfZ 47 (1999), S. 503-538, hier: S. 525.

⁴⁴ Buchheim, Christoph, Die Wirtschaftsentwicklung im Dritten Reich – mehr Desaster als Wunder. Eine Erwiderung auf Werner Abelshäuser, in: VfZ 49 (2001), S. 653-664.

⁴⁵ Spoerer, Mark, Demontage eines Mythos? Zur Kontroverse über das nationalsozialistische Wirtschaftswunder, in: GG 3 (2005), S. 415-438.

⁴⁶ Ritschl, Albrecht, Deutschlands Krise und Konjunktur 1924-1934. Binnenkonjunktur, Auslandverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre, Berlin 2002, Tabellen B5 und B9 (Anhang).

⁴⁷ Hachtmann, Rüdiger, Lebenshaltungskosten und Reallöhne während des Dritten Reiches, in: VSWG (1988), S. 32-73, hier: S. 70.

⁴⁸ Spoerer, S. 431ff.

kommt in seiner Untersuchung zum Fazit, dass sich der Lebensstandard aufgrund hoher Lebenshaltungskosten, Versorgungsmängel und Qualitätsminderungen eher verringert als erhöht hatte.⁴⁹

Kritik an den Berechnungen von Spoerer äußerte Hartmut Berghoff. Für ihn stellen der Konsum pro Kopf und der Konsum pro Beschäftigten nicht die richtigen Messgrößen für die Beurteilung des Konsumniveaus dar. Die relevante Verbrauchseinheit sei vielmehr der Haushalt und nicht der einzelne Konsument.⁵⁰ Berghoff impliziert darauf, dass während des „Dritten Reiches“ in den meisten Haushalten beide Ehepartner arbeiteten, wodurch sich das Haushaltsbudget der Familie erhöht habe. Auch während des Zweiten Weltkrieges sei das Einkommensniveau in der Familie gehalten worden. Das „Einsatz-Wehrmachtsgebührengesetz“ (EWGG) vom 28. August 1939 und ergänzende Verordnungen regelten den Anspruch und die Auszahlungsmodalitäten des Wehrsolds sowie weiterer Zahlungen für die Zeit des Wehrdienstes. Gemäß §2 (2) EWGG wurde der Wehrsold auf andere Bezüge nicht angerechnet. Der Wehrsold wurde von der Steuer befreit, eine Erhöhung des steuerpflichtigen Einkommens durch Wehrsoldzahlungen war somit ausgeschlossen.⁵¹

Neben den klassischen ökonomischen Wohlfahrtsdaten, setzen Jörg Baten und Andrea Wagner auf einen anderen Ansatz den Lebensstandard zu messen. Sie untersuchten die Entwicklung des biologischen Lebensstandards im „Dritten Reich“ in der Zeitperiode von 1933-1938. Die Hauptthese von Baten und Wagner lautete, dass sich der biologische Lebensstandard in den westeuropäischen Ländern der 1930er Jahren verbessert habe, während dieser im „Dritten Reich“ stagniert sei.⁵² Eine enge Verbindung zwischen Lebensstandard und Ernährung, wie ihn Baten und Wagner herstellen, wird auch in der neuesten Arbeit von Branko Jakovljevic von der medizinischen Fakultät der Universität Belgrad bestätigt. Aufgrund eines geringen Einkommens können sich viele Menschen nur Lebensmittel schlechterer Qualität leisten. Diese sind meist reich an Kalorien, jedoch arm an Vitaminen und Mineralien. Folge einer solchen, meist einseitigen, Ernährung ist der Anstieg von

⁴⁹ Steiner, Andre, Zur Neuschätzung des Lebenshaltungskostenindex für die Vorkriegszeit des Nationalsozialismus, in: JWG (2005/2), S. 129-152.

⁵⁰ Berghoff, Hartmut, Gefälligkeitsdiktatur oder Tyrannei des Mangels? Neue Kontroversen zur Konsumgeschichte des Nationalsozialismus, in: GWU 58 (2007), S. 502-518, hier: S. 508.

⁵¹ Brodesser, Carsten, Sparen während der Zeit des Nationalsozialismus. Ein Kapitel aus der „geräuschten Kriegsfinanzierung“ unter besonderer Berücksichtigung der Sparkassen, Frankfurt/Main 2011, S. 218f.

⁵² Baten, Jörg u. Wagner, Andrea, Mangelernährung, Krankheit und Sterblichkeit im NS-Wirtschaftsaufschwung (1933-1937), in: JWG (2003/1), S. 99-123.

ernährungsbezogenen Krankheiten, die eine direkte Folge des geringen Lebensstandards sind.⁵³

In den letzten Jahren hat sich eine neue Debatte zur Gesellschaft im Nationalsozialismus entwickelt. Nach dem die ältere Forschung lange Zeit den Zwangscharakter des NS- Regimes betont hatte, sind von der neueren Forschung die vielfältigen Zeichen der Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung ins Zentrum der Studien genommen worden. Es wird dabei auf die seinerzeit von Alf Lüdtke herausgestellte Erkenntnis zurückgegriffen, dass auch Diktaturen nicht verkürzt als simple Herrschaftsvollzüge von oben nach unten interpretiert werden dürfen, sondern Herrschaft stets eine „*soziale Praxis*“ darstelle, an der nicht nur die jeweiligen Machthaber, sondern auch die Gesellschaft konstitutiv beteiligt sei.⁵⁴ So hat die neuere historische Forschung von dem Trugbild, dass die Geheime Staatspolizei eine allgegenwärtige und allwissende Terrororganisation gewesen sei, Abschied genommen. Der kanadische Historiker Robert Gellately argumentiert, dass im „Dritten Reich“ Gewalt nur gegen kleine, sozial marginale Minderheiten angewendet wurde. Die Gestapo, so Gellately, war ein kleiner Polizeiapparat mit knapp 7.000 Mitgliedern inklusive Sekretärinnen und Verwaltungskräfte. Die Gestapo habe hauptsächlich von einfachen Bürgern eingesandte Denunziationen verarbeitet, somit war für Gellately die deutsche Gesellschaft im „Dritten Reich“ eine „*self-policing society*“.⁵⁵

Einen wichtigen Beitrag in der Diskussion, um die Wohlfahrtseffekte nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik, lieferte Götz Aly. In seinem 2005 erschienen Buch „Hitlers Volksstaat“, stellte Aly die These auf, dass NS-Regime habe durch eine Umverteilung den gewöhnlichen Deutschen „*bestochen*“, um politische Zustimmung zu generieren. Laut Aly, wurde das Vermögen der wohlhabenden Deutschen stärker besteuert, die okkupierten Gebiete ausgeplündert und die europäischen Juden enteignet, um soziale Wohltaten für den „*einfachen Deutschen*“ zu ermöglichen.⁵⁶ Damit interpretierte Götz Aly das „Dritte Reich“ als eine umverteilende „*Wohlfahrtsdiktatur*“. Alys Darstellung wurde in der historischen

⁵³ „Vecernje Novosti“ v. 11. Oktober 2012.

⁵⁴ Lüdtke, Alf, Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis, in: ders. (Hg.), Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien, Göttingen 1991, S. 9-63, hier: S. 11-18.

⁵⁵ Gellately, Robert, *Backing Hitler. Consent and Coercion in Nazi Germany*, Oxford 2001, S. 187. Der Aussage, dass nur „*sozial marginale Minderheiten*“ verfolgt wurden, widerspricht Richard Evans mit dem Hinweis auf die Verfolgung von Mitgliedern und Funktionären der beiden Arbeiterparteien (SPD und KPD) sowie der Gewerkschaften. Siehe: Evans, Richard, „Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft“. Zur Diskussion um Anpassung und Widerstand in der deutschen Arbeiterschaft 1933-1945, in: Friedrich-Ebert-Stiftung. Archiv der sozialen Demokratie (Hg.), Gesprächskreis Geschichte Heft 84, Bonn 2010, S. 13.

⁵⁶ Aly, Hitlers Volksstaat, (siehe Anmerkung 28).

Forschung kontrovers aufgenommen. Alys Argumentationslinie wurde vor allem durch Adam Tooze⁵⁷, Hans-Ulrich Wehler⁵⁸, Michael Wildt⁵⁹, Christoph Buchheim⁶⁰ und Thomas Kuczynski⁶¹ stark kritisiert. Ähnlich wie Götz Aly stellte auch Frank Bajohr die Frage nach den Bindekräften der NS-„Volksgemeinschaft“ ins Zentrum seiner Studie. Bajohr lieferte eine eigene Interpretation des Begriffs der „Zustimmungsdiktatur“. Er widersprach der These, dass eine weitgehend resistente Bevölkerung das NS-Regime nur formal unterstützt habe und sich nach Möglichkeit in den privaten Raum zurückgezogen habe.⁶² „Stattdessen entwickelte sich nach 1933 schrittweise eine Zustimmungsdiktatur, die sowohl auf diktatorialen Elementen als auch auf einer wachsenden gesellschaftlichen Konsensbereitschaft aufbaute. Die Unterstützung des NS-Regimes durch die Bevölkerung erreichte um 1940 einen Höhepunkt, nahm in der Folgezeit jedoch langsam und ab 1943 rapide ab“.⁶³

Für Hartmut Berghoff gehörten sowohl die „Alltagserfahrung des Mangels“, als auch die „konsumistische Verlockung“ zur Realität im „Dritten Reich“. Berghoff akzentuierte in seiner Arbeit, dass „konsumistische Integration, soziale Bestechung und propagandistische Lüge [...] als Herrschaftsfundamente Ideologie, Terror und Charisma“ ergänzte.⁶⁴ Berghoff pointierte, dass das „Dritte Reich“ zwar nur „wenig materiell greifbare, funktionierende Produktinnovationen“ lieferte, es jedoch verstand „im großen Stil Kulissen und vorerst unrealistische Visionen zu produzieren. Die erfolgreiche Inszenierung „virtuellen Konsums“, der in den Köpfen der Menschen und den Ankündigungen des Regimes stattfand, aber herrschaftstechnisch durchaus massenwirksam wurde“.⁶⁵ Berghoff liefert mit seiner These vom „virtuellen Konsum“ einen Ansatz, die Diskrepanz zwischen ökonomischen Daten, die wegen der forcierten Rüstungsproduktion unweigerlich eine Konsumkrise aufzeigen und auf der anderen Seite, die große Zustimmung für das NS-Regime zu erklären. Berghoff verweist hierbei auf den Umstand, dass für viele Zeitgenossen die Vorkriegszeit des Nationalsozialismus als „gute Jahre“ in Erinnerung geblieben ist.⁶⁶ Für Adam Tooze

⁵⁷ Tooze, Adam, „Doch falsch gerechnet, weil falsch gedacht“, in: taz. die tageszeitung v. 16. März 2005.

⁵⁸ Wehler, Hans-Ulrich, Engstirniger Materialismus, in: Der Spiegel 14 (2005), S. 50-54.

⁵⁹ Wildt, Michael, Alys Volksstaat. Hybris und Simplizität einer Wissenschaft, in: Sozial.Geschichte 20 (2005), S. 91-97.

⁶⁰ Buchheim, Christoph, Die vielen Rechenfehler in der Abrechnung Götz Alys mit den Deutschen unter dem NS-Regime, in: Sozial.Geschichte 20 (2005), S. 67-76.

⁶¹ Kuczynski, Thomas, Die Legende vom nationalen Sozialismus, in: Sozial.Geschichte 20 (2005), S. 77-85.

⁶² Diese Argumentationslinie unter anderem bei: Thamer, Verführung und Gewalt, S. 511.

⁶³ Bajohr, Frank, Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.), Hamburg im „Dritten Reich“, Göttingen 2005, S. 69-121, hier: S. 121.

⁶⁴ Berghoff, Gefälligkeitsdiktatur oder Tyrannei des Mangels, S. 518.

⁶⁵ Ebd., S. 505.

⁶⁶ Ebd., S. 508.

wiederum waren die militärisch bedingten Konsumbeschränkungen ein „*Mittel zu dem Zweck, an mehr Butter heranzukommen, was im Fall der Eroberung von Dänemark, Frankreich und der landwirtschaftlich so reichen Gebiete Osteuropas ziemlich wörtlich zu nehmen ist. So gesehen war die Rüstung eine Investition in den künftigen Wohlstand.*“⁶⁷

Diese Dissertation verfolgt zwei Hauptanliegen. Zum einen soll die „Realität“ von Konsum am Beispiel des Nahrungsmittelsektors im Land Oldenburg dargelegt werden. Zum anderen soll aufgezeigt werden, wie das NS-Regime in der öffentlichen Kommunikation mit den vorhandenen Versorgungsengpässen umgegangen ist. Das Erkenntnisinteresse liegt darin aufzuzeigen, mit welchen Argumenten diese Schwierigkeiten in der Oldenburger Presse gerechtfertigt wurden und welche Rolle die „Verheißung“ auf ein „besseres Leben“ dabei gespielt hat. Diese Arbeit richtet den Blick auf die Ebene der politischen Inszenierung. Bei dieser Studie geht es nicht darum, eine „Statistikschlacht“⁶⁸ mit ökonomischen Daten vorzulegen, sondern der Frage nachzugehen, wie Konsum politisch inszeniert wurde, um einerseits die eigene Herrschaft zu stabilisieren und andererseits Konsum als propagandistisches Mittel zu nutzen, den geplanten Krieg zu legitimieren und als Antrieb für die Kampfbereitschaft in der Bevölkerung zu nutzen. Es wird die These vertreten, dass die Nationalsozialisten den sozialutopischen Charakter des Konsums genutzt haben, um Loyalität gegenüber dem NS-Regime und seiner Kriegsziele herzustellen. Die hermeneutische und diskursanalytische Auswertung der archivalischen Quellen und der zeitgenössischen Oldenburger Presse orientierte sich an dieser Leitidee.

Die Auswahl Oldenburgs als Untersuchungsregion erfolgte, zum einen forschungsstrategisch unter dem Aspekt möglichst großer sozioökonomischer Heterogenität und zum anderen wegen der Dichte der archivarischen Überlieferung. Das Land Oldenburg⁶⁹ stellt wegen der sozioökonomischen Diversität, angefangen mit der bürgerlich geprägten ehemaligen Residenz- und späteren Gauhauptstadt Oldenburg, aber auch der Industriestadt Delmenhorst, dem Rüstungszentrum Wilhelmshaven-Rüstringen und dem Industriegebiet an der Unterweser

⁶⁷ Tooze, *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, S. 198.

⁶⁸ Die offiziellen statistischen Daten im „Dritten Reich“ waren in Wahrheit eine Reihe von clever verpackten statistischen Illusionen. Ihr Zweck war es der deutschen Bevölkerung zu suggerieren, wie erfolgreich die deutsche Wirtschaft und damit verbunden die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei. Das NS-Regime benutzte die Wissenschaft und die Statistik, um die eigene Propaganda vom nationalen Wiederaufbau seriöser und glaubwürdiger erscheinen zu lassen. Die statistischen Daten hatten dadurch eine gewichtige Rolle bei der vom NS-Regime in der Presse inszenierten „Wirklichkeit“ vom „Dritten Reich“. Hierdurch ergeben sich entsprechende Fallstricke bei einer unkritischen Übernahme von offiziellen Daten der nationalsozialistischen Reichsregierung.

⁶⁹ Wenn in dieser Arbeit von „Land Oldenburg“ oder „Oldenburg“ gesprochen wird, ist jeweils der Landesteil Oldenburg gemeint.

sowie seinem großen agrarisch geprägten Hauptgebiet, das sich wiederum in die fruchtbaren Marschgebiete und die kargen Geestregionen differenziert, eine überaus interessante Untersuchungsregion dar. Bei der Skizzierung der Profile des Nationalsozialismus in Niedersachsen zeigt sich, dass ihm eine weltanschauliche Verankerung in diesem bäuerlich-ländlichen Milieu besonders intensiv gelang. So wählte der Landtag des Freistaates Oldenburg, am 16. Juni 1932, die erste NS-Alleinregierung auf deutschem Boden. Der nationalsozialistische Integrationsprozess wurde in den ersten Jahren der NS-Herrschaft gerade im ländlich-bäuerlichen Niedersachsen mit großem propagandistischem Aufwand betrieben.

Die Konzeption der Dissertation sieht zwei Komponenten vor, zum einen stehen die alltäglichen Erfahrungen der Bevölkerung mit der Versorgung und zum anderen die sozialen Verlockungen und die „Verheißung“ von Konsum als Mobilisierungsfaktor im Zentrum der Arbeit. Diese Ausrichtung machte eine intensive Quellenerhebungsphase notwendig, um die Qualität der vorliegenden Studie zu gewährleisten. Die Recherche konzentrierte sich auf das Niedersächsische Landesarchiv/Staatsarchiv Oldenburg. Der Bestand 136 (Innenministerium des Landes Oldenburg) umfasst den quantitativ umfangreichsten und vielfältigsten Korpus des überlieferten Bestandes zum Nationalsozialismus im Land Oldenburg. Hier befinden sich umfangreiche Akten zur Preisüberwachung, Preisüberschreitung und entsprechenden Bestrafungen (Konkretes und Grundsätzliches), zur medizinischen Versorgung, Energieversorgung, weiterhin Akten zur Fettversorgung, Fischerei und Ernährungswirtschaft, zur Verbrauchlenkung (bevorzugter Verbrauch deutscher Erzeugnisse, Verbrauchsförderung, Sicherung der Getreidepreise) sowie zu Unterversorgung und Beschwerden der Bevölkerung. Daneben beinhaltet der Bestand 136 Berichte der Gestapo Wilhelmshaven, Akten zum Schwarzmarkt (Schleich- und Tauschhandel), Lageberichte der Industrie- und Handelskammer, Unterlagen zur Verbrauchsregulierung im Krieg (Bezugskarten, Versorgungslage), zu Autarkiebestrebungen und dem Rohstoffmangel in der Industrie sowie Statistiken über die Entwicklung der lokalen Lebenshaltungskosten. Wie jede wissenschaftliche Arbeit war auch diese geschichtswissenschaftliche Dissertation mit Problemen des Quellenbestands konfrontiert. Bei der Bearbeitung des Promotionsthemas mussten eine Vielzahl von Akten jeweiliger staatlicher Institutionen herangezogen werden. Daraus ergaben sich im Wesentlichen zwei Herausforderungen. Zum einen führten sowohl ein übergroßer, wie auch ein zu geringer Quellenbestand zu spezifischen Schwierigkeiten im Umgang mit der Überlieferung. Zum Zweiten stellte sich kontinuierlich die Frage nach deren

Glaubwürdigkeit. So bot die Auswertung scheinbar „unverdächtiger“ Aktenvermerke in Berichten nationalsozialistischer Stellen viele Fallstricke. Hier hatten die Verfasser oftmals nicht allein die Sachlage im Blick, sondern nutzten diese Dokumente, um eigene Deutungen zu etablieren und persönliche Ziele zu verwirklichen. Diese geschilderte Problematik, gepaart mit der Intention der Nationalsozialisten, reguläre Behördenzüge aufzubrechen und parallel zur hergebrachten zuständigen Stelle den „Sonderbeauftragten des Führers (respektive Gauleiters oder Oberbürgermeisters)“ zu installieren, führte zu einer oft nur schwer nachvollziehenden mehrfachen Teilüberlieferung. Hier erwies sich die Recherchearbeit, in den zahlreichen Aktenbeständen, vielfach als eine Art Suche nach der „Nadel im Heuhaufen“. Des Weiteren musste leider konstatiert werden, dass die Überlieferungslage für die NSDAP-Gauleitung Weser-Ems nicht besonders dicht ist und auch valide Hinweise auf die Reaktionen in der Bevölkerung schwierig zu ermitteln waren. Trotz dieser Schwierigkeiten ist es gelungen, aus dem Quellenmaterial Analyseperspektiven zu entwickeln und Erkenntnisse über die „Realität“ von Konsum im Land Oldenburg zu rekonstruieren. Die entsprechenden Ergebnisse werden im Kapitel 2 vorgestellt.

Die Bilder und Versprechungen vom „guten Leben“ wurden mithilfe der medialen Katalysatoren des Konsums, Presse und Werbung, herausgearbeitet. Bei der Landesbibliothek Oldenburg stand hierfür die Tageszeitung „Oldenburgische Staatszeitung“ im Fokus.⁷⁰ Die Werbeanzeigen in der „Oldenburger Staatszeitung“ zählten im Freistaat Oldenburg zu den wichtigsten Kommunikationsmitteln zwischen Produzenten und Händlern auf der einen und Konsumenten auf der anderen Seite. Die „Oldenburgische Staatszeitung“ trat, am 1. April 1933, das Erbe der nationalsozialistischen Kampfzeitung Oldenburgs „Der Freiheitskämpfer“

⁷⁰ Am Anfang der Entwicklung des Zeitungswesens in Oldenburg stand die Zeitung „Oldenburgische Nachrichten von Staats-, Gelehrten- und bürgerlichen Sachen“, sie erschien am 30. September 1746 und war die erste oldenburgische Zeitung. Dieser erste Anlauf zu einer oldenburgischen Zeitung ging schon im Jahre 1748 zu Ende, wenigstens in der ursprünglichen Form und konnte nur mit Hilfe und Unterstützung der damals noch dänischen Regierung in Oldenburg fortgesetzt werden. Diese Fortsetzung nannte sich „Oldenburgische wöchentliche Anzeigen- Von allerhand zum gemeinen Besten dienenden Sachen“. Während die erste Zeitungsgründung umfassender Natur war, bedeutete diese zweite die Schaffung eines sogenannten Intelligenzzettels. Intelligenz ist hier nicht im heutigen Sinn des Wortes zu verstehen, sondern mehr im Sinn von „in Erfahrung bringen“ oder Nachrichtenaustausch gemeint. Solche Intelligenzblätter bestanden seit den 20er Jahren des 18. Jahrhunderts in einer Reihe von größeren deutschen Städten. Sie stützten sich auf die Intelligenzkontore, in denen Käufer und Verkäufer, Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihre Wünsche in Anzeigen eintrugen. Nach der Einverleibung Oldenburgs in das damalige napoleonische Reich wurde 1811 ein weiteres Erscheinen der Anzeigen und des Auszugs aus den öffentlichen Zeitungen untersagt und die „Wöchentlichen Anzeigen“ wurden zu einem Supplement der Zeitungen für das Departement der Weser-Mündungen. 1812 und 1813 erschien das Blatt mit französischem und deutschem Kopf, jedoch in deutscher Sprache. Vom Dezember 1813 an erschien die Zeitung wieder als „Oldenburgische wöchentliche Anzeigen“. Seit März 1926 war der Titel in „Oldenburgische Anzeigen“ geändert worden. 1933 wurde sie dann ein Teil des nationalsozialistischen Gauorgans in Oldenburg. Siehe: OlStZ v. 29. September 1936.

an.⁷¹ Sie wurde zusammen mit der „Bremer Zeitung“, „Ostfriesische Tageszeitung“ und dem „Wilhelmshavener Kurier“ vom NS-Gauverlag Weser-Ems herausgegeben, alle vier Tageszeitungen hatten zusammen eine Auflage von 121.000 Zeitungsexemplaren. Die „Oldenburgische Staatszeitung“ war das Amtliche Verkündungsblatt des Reichsstatthalters, der Oldenburgischen Staatsregierung, der NSDAP und der „Deutschen Arbeitsfront“ und hatte im Februar 1935 etwa 39.000 Bezieher, was gegenüber dem Stand vom 1. April 1933 ein Plus von über 28.000 Abonnenten ergab. An diesem Anstieg waren vor allem die 1934 eingeführten Bezirksbeilagen Delmenhorst, Friesland, Wesermarsch und Südoldenburg beteiligt. Diese großflächige Verbreitung sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum, machte die „Oldenburgische Staatszeitung“ so attraktiv für eine Analyse. Themen, Ideen und Argumentationslinien der „Oldenburgischen Staatszeitung“ waren deckungsgleich mit den Inhalten der reichsweiten NS-Propaganda. Die Leitartikel kritisierten und diffamierten die vorangegangene Republik und formulierten Zielperspektiven für die neue politische Ordnung, um bei der Bevölkerung für das neue nationalsozialistische Regime zu werben. Den „roten Faden“ bildete bei der Berichtserstattung der Revisionismus des Versailler Vertrags. Dirigiert vom Reichspropagandaministerium fügte sich die „Oldenburgische Staatszeitung“, durch eine Mischung aus Forderungen zur Wiedererrichtung der „nationalen Würde“ und dem Schüren von Angst, in die breite Strömung einer publizistischen Kriegsvorbereitung ein. Die Artikel verteidigten die Außen- und Wirtschaftspolitik des NS-Regimes und lieferten eine Bandbreite von Rechtfertigungsstrategien für die Politik des „Dritten Reichs“, in der sich unterschiedliche gesellschaftliche Schichten wiederfinden konnten. Parallel versuchte die „Oldenburgische Staatszeitung“ mit zahlreichen Kurzgeschichten, Reiseberichten und Anekdoten, denen ihre Autoren fast immer einen örtlichen Bezug zum Oldenburger Land

⁷¹ Am 1. Oktober 1928 wurde Carl Röver von Adolf Hitler zum Gauleiter für den Wahlbezirk Weser-Ems ernannt. Bei den Landtagswahlen, am 20. Mai 1928, rückte Röver, seit 1924 als einziger Nationalsozialist im Oldenburger Stadtrat, zusammen mit Heinrich Eichler und Dietrich Hobbie für die NSDAP in das Landesparlament ein. Dieser Erfolg war für den Nationalsozialismus im Land Oldenburg das Signal zur Verschärfung der Agitation. Ein wichtiges Mittel hierfür war die Herausgabe einer Parteizeitung. Am 1. April 1929 erschien die erste sechsseitige Nummer des „Norddeutschen Freiheitskämpfers“. Zweck war es, die Reden aus den Versammlungen in schriftlicher Form nochmals wiederzugeben und weltanschaulich zu untermauern. Der „Norddeutsche Freiheitskämpfer“ erschien zunächst wöchentlich einmal, der Bezugspreis belief sich monatlich zuzüglich der Postgebühr auf 0,80 RM. Im Haus Hindenburgstraße 16 in Oldenburg in einem Zimmer der Privatwohnung des NS-Parteifunktionärs Spangemacher war die Redaktion untergebracht. Mit wachsendem politischem Erfolg der NSDAP, wurde auch der „Norddeutsche Freiheitskämpfer“ weiter ausgebaut. So verfügte Röver, den Umzug der Redaktion in das sogenannte „Parteihaus“ in die Lange Straße 89. Der „Norddeutsche Freiheitskämpfer“ wurde von acht auf zwölf Seiten erweitert und erschien in der Woche zweimal. Wegen Beleidigung des Reichskanzlers Brüning wurde der „Norddeutsche Freiheitskämpfer“, am 8. November 1931, verboten. Um das Verbot zu umgehen, wurde, am 1. April 1932, eine Tageszeitung unter dem Namen „Der Freiheitskämpfer“ von der NSDAP auf die Beine gestellt. Die Konzeption blieb die gleiche, auch das „neue“ Blatt fungierte als Kampforgan für die Partei und war in allen Wahlkämpfen des Jahres 1932 (10. April Reichspräsidentenwahl (2. Wahlgang), 29. Mai und 6. November Reichstagswahl, 29. Mai Landtagswahl) von großer Bedeutung für den Wahlkampf der NSDAP. Siehe: OIStZ v. 30. September 1936.

gaben, auch den unpolitischen Lesern ein Angebot zu unterbreiten. Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde die „Oldenburgische Staatszeitung“ vollständig zum Instrument der geistigen Mobilmachung. Der im September 1939 begonnene Krieg wurde als Abwehrkampf des Deutschen Volkes glorifiziert, als Revisionskrieg, um den Versailler Vertrag endgültig zu zerschlagen. Zweite wichtige Aufgabe ab September 1939 war es, die „Heimatfront“ pausenlos zu ermahnen ihren Anteil an den kriegswirtschaftlichen Erfordernissen zu leisten, um sich damit die ständig vor Augen geführte materielle „Belohnung“ nach dem „Endsieg“ zu verdienen.

Mit der Gleichschaltung der Presse gelang dem NS-Regime ein intensiver und umfassender informations- und meinungslenkender Zugriff auf die Bevölkerung. Bereits 1929 formulierte Joseph Goebbels: *„Wer die Presse hat, der hat die öffentliche Meinung. Wer die öffentliche Meinung hat, der hat Recht. Wer Recht hat, der kommt in den Besitz der Macht.“*⁷² Dieser Grundsatz wurde nach der Machtübernahme weitergeführt, so sagte Goebbels zur Aufgabe der Presse im März 1933: *„dass sie in der Hand der Regierung sozusagen ein Klavier ist, auf dem die Regierung spielen kann, dass sie ein ungeheuer wichtiges und bedeutsames Massenbeeinflussungsinstrument ist, dessen sich die Regierung in ihrer verantwortlichen Arbeit bedienen kann.“*⁷³ Die Zeitungen wurden genutzt, die Bevölkerung unkritisch über alle Vorgänge und Leistungen des NS-Regimes zu informieren. Es wurde das Gefühl vermittelt, eine neue, schönere Zeit mit völlig neuen Chancen für jeden einzelnen „Volksgenossen“ sei angebrochen. Trotz der eindeutigen Färbung und der penetranten Thematisierung großer Erfolge und Fortschritte in den Artikeln der „Oldenburgischen Staatszeitung“ waren die Sachinformationen und die Entwicklung der Berichterstattung für die eigene Arbeit gewinnbringend. Verbrauchertipps (Verbrauchslenkung) und dazu die privatwirtschaftliche Reklame in den Anzeigenteilen zeigen wie mit dem Thema Konsum umgegangen wurde. Die Werbeanzeigen dienten dazu, mit der ab 1933 anziehenden Vorführung einer schöneren, reicheren, harmonischen Warenwelt die Vorstellung-, Wunsch-, und Tatkraft der Menschen auf die Erreichung dieser schöneren, reicheren, harmonischen Welt hin zu lenken und in Gang zu bringen, den Willen zum Vorwärtskommen, zum Aufstieg verbreiten und den Glauben an die NS-Führung stärken zu helfen. Indem alles in den Werbeanzeigen gezeigt wurde, was man sich überhaupt wünschen konnte, half es dem NS-Regime den Menschen zu zeigen, wohin sie

⁷² Zitiert nach: Söseemann, Bernd, Propaganda und Öffentlichkeit in der „Volksgemeinschaft“, in: ders. (Hg.), Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Einführung und Überblick, Stuttgart 2002, S. 114-154, hier: S. 125.

⁷³ Zitiert nach: Dussel, Konrad, Wie erfolgreich war die nationalsozialistische Presselenkung?, in: VfZ 58 (2010), S. 543-561, hier: S. 544.

der Nationalsozialismus führen kann. Gleichzeitig wurde der Bevölkerung in den Artikeln wirtschaftspolitischer Präferenz erklärt, wie das „Dritte Reich“ diesen angekündigten Wohlstand ermöglichen möchte. Aus der Analyse dieser Artikel konnten drei grundlegende Argumentationslinien herausgearbeitet werden, mit denen der Bevölkerung die Mangelercheinungen als Übergangsphase zum kommenden Wohlstand erklärt und gerechtfertigt wurden. Die entsprechenden Ergebnisse werden in Kapitel 4 vorgestellt.

Neben den beiden bereits kurz skizzierten Hauptkapiteln, 2 und 4, gliedert sich die Arbeit in drei weitere Kapitel. In Kapitel 1 wird zum einen die wirtschaftliche Struktur des Untersuchungsraumes erläutert und Maßnahmen der NS-Landesregierung in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik vorgestellt und analysiert. Zum anderen wird die reichsweite Krisenentwicklung der Jahre 1930 bis 1932 thematisiert. Dies ist inhaltlich von entscheidender Bedeutung, weil ohne diesen historischen Rückgriff die Wirkungsmacht der nationalsozialistischen Parole vom „besseren Leben“ nicht zu verstehen ist. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik (und damit der Konsum) des NS-Regimes gewinnt ihre Bedeutung, wenn auf die Zeit zurückgeschaut wird, wo Massenarbeitslosigkeit und weitverbreitete Armut herrschten. Auf dem Höhepunkt der Krise 1932 betrug die industrielle Produktion Deutschlands nur noch 38% derjenigen von 1928/29.⁷⁴ Die Massenarbeitslosigkeit und soziale Nöte bildeten den entscheidenden Faktor für den Aufstieg Adolf Hitlers und seiner Bewegung. Die wirtschaftliche und soziale Situation im Land hatte sich ab 1929/30 kontinuierlich verschlechtert, so dass der elementare Lebensstandard aller Bevölkerungsgruppen bedroht war. Für die Zeit 1930-1932 ist es schwer überhaupt von Lebensstandard zu sprechen, da der Großteil der Bevölkerung nicht einmal die Mittel für eine ausreichende Grundversorgung hatte. In der Endphase der Weimarer Republik wurde der Lebensstandard aufs blanke Überleben degradiert. Viele Arbeiterfamilien konnten sich kein Fleisch, sondern nur noch Brot und die billigsten Sorten Wurst leisten. Bedürfnisse, wie die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben durch Kulturveranstaltungen, waren in dieser Zeit für die meisten reinste Utopie. Viele verloren in dieser Krise ihren Glauben in die gesellschaftlichen Werte und an die staatlichen Institutionen der Weimarer Republik. Im Fokus steht die Politik des Reichskanzlers Heinrich Brüning. Dieser instrumentalisierte die Wirtschaftskrise für seine außenpolitischen Ziele (Streichung der Reparationen). Anstatt mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Wirtschaft anzukurbeln, nahm Brüning bewusst eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in Deutschland hin.

⁷⁴ Fischer, Wolfram, Deutsche Wirtschaftspolitik 1918-1945, Opladen³ 1968, S. 56.

Während der Weimarer Republik musste auch die Bevölkerung des Landes Oldenburg auf spürbare Einkommensverbesserungen verzichten, was einer Steigerung des privaten Verbrauchs entgegenstand. Die wirtschaftliche und soziale Lage in Oldenburg wurde durch die verheerenden Folgen der Agrar- und Wirtschaftskrise Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts, drastisch verschärft. Durch die anhaltende Arbeitslosigkeit und mangelnder sozialer Absicherung rutschten große Bevölkerungsgruppen ins Prekariat ab. Vor diesem Hintergrund konnte ab 1933 das NS-Regime auch kleinere Erfolge in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik nutzen, um ein Grundvertrauen der Bevölkerungsmehrheit in die neue Regierung zu wecken. Die „Hungerjahre“ unter Brüning waren letztlich das Fundament, auf dem die nationalsozialistischen Wohlstandsversprechen gedeihen konnten.

In Kapitel 3 geht es um konkrete Maßnahmen bei der Regulierung des Nahrungsmittelmarktes. Von Anfang an versuchte das NS-Regime, die Verbraucher davon zu überzeugen, „*empfehlenswerte*“ statt „*rationalisierte*“ Ware zu konsumieren. Bei der Konsumgüterproduktion wird der Fokus auf die Lebensmittelproduktion gelegt. Es soll dargelegt werden, inwieweit der Verbrauch von Lebensmitteln durch die NS-Politik beeinflusst wurde. Der Grund, warum die landwirtschaftliche Produktion in den Fokus genommen wird, liegt daran, dass diese zu den bedeutendsten Wirtschaftszweigen im „Dritten Reich“ gehörte. Im Land Oldenburg spielte die Landwirtschaft die tragende und zentrale Rolle. Ihre Entwicklung bestimmte die Bedingungen der Lebensmittelversorgung und die Beschäftigungsmöglichkeiten in ländlichen Gegenden. Sie war das Fundament für die Prosperität der Veredelungsindustrie und dem gesamten Ernährungsgewerbe. Die Landwirtschaft war auch der Wirtschaftszweig, der die Produktion in anderen Industrien ankurbeln konnte, vor allem in der chemischen Industrie und im Maschinenbau. Für das NS-Regime besaß die Landwirtschaft eine Schlüsselstellung, jegliche Verteuerung der Grundnahrungsmittel hätte deren Verbrauch gesenkt und den Verbraucher auf das Niveau des bloßen Überlebens gebracht, was für die Stabilität des nationalsozialistischen Regimes fatale Folgen gehabt hätte.

Abgeschlossen wird die Arbeit mit Kapitel 5. Hauptaugenmerk in diesem Kapitel liegt auf der Ausbeutung okkupierter Gebiete zum Wohl der eigenen „Volksgenossen“ an der „Heimatfront“ und der immer stärker werdenden Ausbreitung des Schleichhandels als

einzigster und daher vom NS-Regime stillschweigend tolerierten Alternative eine ausreichende Versorgung sicherzustellen.

1. Die deutsche Krise unter der Reichsregierung Brüning 1930-1932

Ernst Bloch erkannte bereits 1939 den Hauptgrund für den Aufstieg des Nationalsozialismus: „*Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, vor allem nicht, wenn er es gar nicht hat.*“⁷⁵ Der Erfolg der nationalsozialistischen Wohlstandsversprechen steht in enger Verbindung mit der Tatsache, dass es dem parlamentarischen System Weimars nicht gelungen ist, einen Kompromiss bei der Verteilung der sozialen Lasten der Wirtschaftskrise zu finden. In einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit und des Massenelends, in der Millionen vom sozialen Abstieg betroffen oder bedroht waren, entwickelte sich die NSDAP zur Massenpartei. Die Weimarer Republik, die für viele Deutsche ein Konstrukt des Versailler Vertrages war, verlor in jener Zeit immer mehr Menschen, die sich mit der parlamentarisch-demokratischen Republik identifizierten. Je schlechter die materielle Lage wurde, desto mehr erschien der Nationalsozialismus als einziger Ausweg und Lösung.⁷⁶ Die Ergebnisse der Auswertung von Tageszeitungen aus dem Land Oldenburg zeigen, dass die Endphase der Weimarer Republik und die Weltwirtschaftskrise die entscheidenden Bezugspunkte für die NS-Propaganda bildeten. In allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Feldern wurden die eigenen Maßnahmen immer in Bezug auf die Zeitperiode 1930 bis 1932 gesetzt, um die eigenen, oftmals kleinen, Erfolge als klaren Aufwärtstrend darzustellen. Für die meisten Deutschen waren die Jahre 1930 bis 1932 eine unendlich bedrückende, trostlose und hoffnungslose Zeit. Auch kleine Schritte des NS-Regimes zur Wirtschaftsankurbelung und Arbeitsbeschaffung erschienen im Vergleich zu jener Zeit, als die Präsidialkabinette mit „Notverordnungen“ regierten (im Volk ging der Satz um: „*Sie verordnen die Not*“) als Hoffnungsschimmer. So ist es nicht erstaunlich, dass sich sogar viele ehemalige SPD- und KPD-Wähler mit dem Hitler-Regime arrangierten. „*Der Mann mag seine Fehler haben, aber er hat uns wieder Arbeit und Brot gegeben.*“⁷⁷

Christoph Sachße und Florian Tennstedt ziehen für den Lebensstandard der Bevölkerung während der gesamten Weimarer Republik bereits vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise insgesamt eine negative Bilanz: „*Die Verarmung der Bevölkerung, die im Ersten Weltkrieg*

⁷⁵ Bloch, Ernst, „Politische Messungen, Pestzeit, Vormärz“, Frankfurt /Main 1970, S. 321.

⁷⁶ Bohmbach, Jürgen, Die Endphase der Weimarer Republik in Niedersachsen, in: NsJbLG 54 (1982), S. 65-94, hier: S. 65.

⁷⁷ Zitiert nach: Haffner, Sebastian, Deutschland zwischen den Kriegen 1919-1939. Sechs Geschichtsperioden in zwanzig Jahren, in: ders., Niewerth, Klaus u. Schaap, Klaus (Hgg.), Oldenburg und das Ende der Weimarer Republik. Zur Regierungsübernahme der NSDAP im Lande Oldenburg 1932, Oldenburg 1982, S. 11-24, hier: S. 21.

begonnen hatte, setzte sich auch in der Weimarer Republik fort“.⁷⁸ Trotz guter Konjunktur ab 1925/26 wurde in Oldenburg eine Zunahme der Arbeitslosigkeit registriert. Die Hauptarbeitgeber der Stadt Oldenburg (Warpsspinnerei, Glashütte und das Ausbesserungswerk der Reichseisenbahn) entließen große Teile ihrer Arbeitskräfte. So sank die Zahl der Beschäftigten im Ausbesserungswerk der Reichseisenbahn von 800 im Jahr 1919 auf rund 300 im Jahr 1930.⁷⁹ Der Beginn der Wirtschaftskrise verschärfte diese Tendenz. So stellte die Glashütte ihre Produktion 1932 vollständig ein. Dadurch verloren zwischen 1927 und 1932 über 300 Hüttenarbeiter ihren Arbeitsplatz.⁸⁰ Zwar ermöglichte die wirtschaftliche Entwicklung nach der Währungsstabilisierung Lohn- und Gehaltserhöhungen, jedoch überschritten die realen Wochenlöhne der Industriearbeiter lediglich 1928 wieder das Vorkriegsniveau. Erst ab diesem Jahr wurden die Einkommenseinbußen durch die Arbeitszeitverkürzung seit 1918 wieder ausgeglichen.⁸¹ Gleichzeitig aber führten Rationalisierungsmaßnahmen der Industrie dazu, dass viele Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz dauerhaft verloren. Ab 1923/24 waren in deutschen Zeitungen zahlreiche Berichte über das amerikanische „Wirtschaftswunder“ zu lesen. Henry Fords Autobiographie „*Mein Leben und Werk*“ (1923) sowie die arbeitswissenschaftlichen Studien von Frederick Winslow Taylor wurden in Deutschland zu Bestsellern.⁸² Die in den USA beobachteten Rationalisierungsmaßnahmen wurden nach und nach auch im Deutschen Reich übernommen. Die Produktionssteigerungen erfolgten hauptsächlich durch die Inbetriebnahme von rationelleren Maschinen. Für die Arbeiterschaft hatte dies verheerende Folgen, ein Teil der Arbeitskräfte wurde dadurch dauerhaft redundant. Die zweite Hälfte der zwanziger Jahre ist daher nicht nur durch langsam steigende Löhne, sondern ebenso sehr durch eine permanent hohe Arbeitslosenziffer gekennzeichnet.⁸³

Von der sogenannten „Prosperitätszeit“ der Weimarer Republik profitierten in Oldenburg weder die Arbeiter noch die Bauern. Im Gegenteil es wuchs die Zahl der Haushalte, die sich an oder unter der Armutsschwelle bewegten.

⁷⁸ Sachße, Christoph u. Tennstedt, Florian, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Bd. 2, Stuttgart 1988, S. 76.

⁷⁹ Meyer, Lioba, Zur Lohn- und Arbeitszeitentwicklung in der Weimarer Republik, in: Stadt Oldenburg (Hg.), „Moderne Zeiten“. Industrie- und Arbeiterkultur in Oldenburg 1845-1945, Oldenburg 1989, S. 237-252, hier: S. 240.

⁸⁰ Ebd., S. 242.

⁸¹ Wagner, Andrea, Die Entwicklung des Lebensstandards in Deutschland zwischen 1920-1960, Berlin 2008, S. 24.

⁸² Meyer, Lioba, Geschichte der Oldenburger Fleischwarenfabrik, hrsg. vom Stadtmuseum Oldenburg zum europaweiten „Tag des offenen Denkmals“ am 12. September 1993, Oldenburg 1993, S. 7.

⁸³ Niemann, Hans-Werner, Wie „krank“ war die Wirtschaft der Stadt Hannover in den Weimarer Jahren?, in: NsJbLG 83 (2011), S. 279-303, hier: S. 292.

Während der Weltwirtschaftskrise sank der materielle Lebensstandard aller sozialen Gruppen weiter drastisch ab und die Lebensbedingungen verschlechterten sich vor allem durch die Verarmung in Folge von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowie der permanenten Angst eines Arbeitsplatzverlustes.⁸⁴ Wie die „goldenen Zwanziger Jahre“ für eine Oldenburger Arbeiterfamilie aussahen, beschreibt Detlef Roßmann wie folgt: *„Die Ernährungskrisen des Ersten Weltkrieges bildeten den Auftakt einer Entwicklung, die zu keiner Zeit eine ausreichende Lebenshaltung in Arbeiterfamilien sicherstellte [...] Die Löhne und Gehälter blieben hinter den Zuwachsraten der Preise für Lebensmittel und anderer Verbrauchsgüter des Alltags ständig zurück [...] zudem [gab es] eine ständige Arbeitsplatzunsicherheit.“*⁸⁵

Im Jahr 1932 waren im Jahresdurchschnitt 30% aller Erwerbspersonen arbeitslos. Rechnet man zu diesen offiziell erwerbslos Gemeldeten die Zahl der nicht gemeldeten Arbeitslosen, die Notstandsarbeiter, Fürsorgearbeiter, Arbeitsdienst und die Familienangehörigen der Betroffenen hinzu, dann waren reichsweit ein Drittel der Bevölkerung im Herbst 1932 auf öffentliche Unterstützung angewiesen.⁸⁶ Welches Ausmaß die Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik angenommen hatte, wird aus einer Rede vom Sekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, Wilhelm Eggert, deutlich: *„Wie ist es nun unter den Arbeitslosen in Deutschland bestellt? Am 1. März 1932 waren 6.128.000 Arbeitslose eingetragen [...] Von den gemeldeten Arbeitslosen wurden 30,2% in der Versicherung unterstützt, 27,3% in der Krisenfürsorge, 29,9% als Wohlfahrtserwerblose und 12,6% erhielten überhaupt keine Unterstützung. Nach einer Aufstellung vom 15. Februar 1932 waren 3,5 Millionen Unterstützte in der Versicherung und Krisenfürsorge. Von diesen waren 1,4 Millionen bis zu 13 Wochen arbeitslos, 474.000 über 13 bis 20 Wochen, 631.000 über 20 bis 33 Wochen, ebensoviel, 631.000 über 33 bis 46 Wochen und 381.000 über 46 bis 59 Wochen. Unterstützte Wohlfahrtserwerblose wurden 1.833.000 gezählt. Diese sind bis auf geringe Ausnahmen bereits mehr als 59 Wochen arbeitslos [...] Ich glaube, man braucht diese unerhörten Zahlen nicht zu erläutern, um zu erkennen, welch grauenhaftes Elend sich hinter ihnen verbirgt. Es häufen sich bei uns im Bundesbüro dauernd die Mitteilungen, dass Wohlfahrtserwerblose keine Unterstützung mehr von notleidenden Gemeinden bekommen, Gemeinden, die nicht in der Lage sind, ihren erwerbslosen Bürgern auch nur noch einen Pfennig zu geben, und deren Arbeitslose in der Umgegend dieser Gemeinden buchstäblich jeden Tag betteln gehen. Wir*

⁸⁴ Vor allem der Lebensstandard der Arbeiter sank kontinuierlich ab. Siehe: Mason, Tim, Der Primat der Politik - Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument 8 (1966), S. 473-494, hier: S. 476f.

⁸⁵ Roßmann, Detlef, Kulturelle Öffentlichkeit in Oldenburg-Osternburg 1918-1933. Kritische Untersuchungen zum Verhältnis von Arbeiteralltag und Politik der KPD, Diss. Oldenburg 1979, S. 94.

⁸⁶ Wagner, S. 26.

*haben Mitteilungen zum Beispiel aus dem Westerwald, wonach dort Erwerbslose in Massen fortgesetzt seit Wochen und Monaten sich ihren notdürftigsten Lebensunterhalt erbetteln müssen. In Baden hat sich eine Notgemeinschaft mit einem Hilferuf an die gesamte badische Bevölkerung gewandt. Der sicherlich nicht übertreibende Ausschuss dieser Notgemeinschaft stellt in einem Aufruf fest, wochenlang seien Familien ohne Brot. Kartoffeln sind infolge der Missernte ausgegangen. Mit hungerndem Magen kommen Kinder zur Schule. [...] Ähnliche Meldungen laufen aus allen Gebieten immer häufiger ein. [...] Hunderttausende von jungen Menschen werden gleich nach Beendigung der Lehrzeit arbeitslos [...] Die jungen Erwerbslosen sehen nicht nur die trostlose Gegenwart, sondern spüren auch, dass sie in einer kommenden, wirtschaftlich besseren Zeit benachteiligt sein werden.*⁸⁷

Die einsetzende Wirtschaftsdepression und die daraus resultierenden katastrophalen Folgen für die deutsche Bevölkerung wurden zu einer riesigen politischen Belastung für die Weimarer Republik. Diese Krisenentwicklung wurde, ab März 1930, entscheidend durch eine falsche Prioritätensetzung der Reichsregierung Brüning ausgeweitet. Um die Abschaffung der Reparationen zu erreichen, entschloss sich Brüning die Wirtschaftskrise im eigenen Land noch weiter zu verschärfen, auch um den Preis, dass das Volk immer ärmer wurde und sich politisch radikalisierte.

Im März 1930 betraute Reichspräsident Paul von Hindenburg den Zentrumspolitiker Heinrich Brüning, später in der Öffentlichkeit als „Hungerkanzler“ apostrophiert, mit der Regierungsbildung. Am 27. März 1930 hatte ein Streit um die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung, ausgefochten zwischen SPD und Deutscher Volkspartei, zum Rücktritt des von Hermann Müller, einem Sozialdemokraten, geleiteten Kabinetts der Großen Koalition aus SPD, Demokratischer Partei, Zentrum, Bayerischer Volkspartei und Deutscher Volkspartei geführt. Dies war allerdings nur ein vorgeschobener Anlass, der eigentliche Grund lag indes darin, dass die Deutsche Volkspartei, Teile des Zentrums und im Hintergrund Reichspräsident und Reichswehrführung die Teilhabe der Sozialdemokraten an der Macht wieder beenden wollten. Die politischen Gewichte in Deutschland sollten nach rechts verschoben werden. In der Praxis hieß dies, den Reichstag zumindest partiell zu entmachten und das Deutsche Reich wie in Zeiten ernster Krisen mit Hilfe des präsidialen Notverordnungsrechts zu regieren.

⁸⁷ Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen (15.) Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1932, S. 41f.

Reichspräsident Paul von Hindenburg machte dann auch, als er Heinrich Brüning mit der Kabinettsbildung beauftragte, offiziell und öffentlich klar, dass die neue Regierung nicht auf Grundlage „*koalitionsmäßiger Bindungen*“ zu bilden sei.⁸⁸ Brüning bekam vom Reichspräsidenten drei Auflagen: Erstens sollte er antimarxistisch regieren, was damals bedeutete ohne die SPD zu regieren. Zweitens sollte er antiparlamentarisch regieren, was bedeutete das Parlament zu marginalisieren. Drittens sollte er „Osthilfe“ gewähren, um dadurch die preußischen Großgrundbesitzer finanziell zu unterstützen. Nach dem Brüning diesen Punkten zugestimmt hatte, wurde er, am 30. März 1930, zum Reichskanzler ernannt und durfte mit dem „Notstandsartikel 48“ regieren. Dadurch handelte es sich beim Kabinett Brüning um eine Regierung, die nicht mehr primär vom Vertrauen des Reichstages abhing, sondern vom Vertrauen des Reichspräsidenten. Die SPD beugte sich dieser politischen Entwicklung und duldete Brünings „Notverordnungen“ im Reichstag. Hierdurch hoffte die SPD „Schlimmeres“, nämlich eine Reichstagsauflösung, Neuwahlen und damit ein Ansteigen der Wählerstimmen für NSDAP und KPD, zu verhindern. Durch diese Tolerierungspolitik geriet die Sozialdemokratie in die prekäre Lage, Entscheidungen verantworten zu müssen, auf die sie keinen Einfluss hatte. Damit muteten die Sozialdemokraten ihren Anhängern und potentiellen Wählern große Belastungen zu. Bis zum Sturz Brünings duldete die SPD eine Politik, deren unsoziale Härte gerade ihre Hauptklientel die Arbeiterschaft in Not und Verzweiflung stürzte.⁸⁹ Hierdurch verlor die SPD massiv an Glaubwürdigkeit. Der Handlungsspielraum der Sozialdemokratischen Partei in jener Zeit wurde auf ein Minimum reduziert, zumal die Tolerierungspolitik zur Spaltung der eigenen Partei führte (1931 gründeten unzufriedene Sozialdemokraten die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands). Die Sozialdemokraten konnten keinem einfachen Bürger mehr glaubhaft erklären, dass sie sich für die Belange der Proletarier einsetzten, nach dem die vollkommene Verarmung der selbigen durch die Tolerierung der Politik Brünings mitgetragen wurde. Diese Politik der Sozialdemokraten führte viele enttäuschte Anhänger direkt in die Arme der KPD bzw. NSDAP.

Trotz katastrophaler Lage auf dem Arbeitsmarkt stand die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht an erster Stelle auf der Regierungsagenda. Für Reichskanzler Brüning besaß stattdessen die Streichung der Reparationen oberste Priorität.

⁸⁸ Graml, Hermann, Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher, München 2001, S. 40.

⁸⁹ Büttner, Ursula, Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008, S. 421.

Um dieses Ziel zu erreichen, verfolgte Heinrich Brüning eine Politik, welche sich in zwei Teilbereiche unterteilen lässt: Erstens die Deflationspolitik, diese verfolgte das Ziel, durch massive Kürzung der Löhne und Gehälter und einer damit verbunden Preissenkung deutscher Exportgüter unter dem Weltmarktniveau, den deutschen Export zu forcieren. Der zweite Teilbereich war die, von Horst Sanmann so bezeichnete, Parallelpolitik. Diese verlief gleichzeitig zur Deflationspolitik und bezeichnet das Bemühen, die Haushalte der öffentlichen Hand trotz konjunkturbedingt sinkender Einnahmen im Gleichgewicht zu halten. Zu diesem Zweck wurden verschiedene Steuern, Zölle und Beiträge zum Teil mehrfach erhöht, so beispielsweise die Umsatz-, Einkommens-, Lohn-, Bier-, Tabak-, Zucker- und Kraftfahrzeugsteuer. Parallel zu den Lohnsenkungen und Steuererhöhungen musste die Regierung Brüning auf Druck des Reichspräsidenten Hindenburg Subventionen („Osthilfe“) an die ostpreußischen Getreideproduzenten zahlen. Damit wurden die Preise für Agrarerzeugnisse und damit viele Lebensmittelpreise künstlich hoch gehalten.⁹⁰ Eine verheerende Kombination war die Folge, sinkende Löhne bei gleichzeitig auf hohem Niveau stabil gehaltenen Lebensmittelpreisen. Es steht außer Frage, dass sowohl die Deflations- als auch die Parallelpolitik depressionsverschärfend gewirkt haben.⁹¹

Genau dies war auch das Ziel der Regierung Brüning. Die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage war der Schlüssel, um das Ziel, die Streichung der Reparationen zu erreichen. Brüning wollte den Alliierten beweisen, dass Deutschland selbst mit der rigorosesten Haushaltspolitik nicht in der Lage sein würde, die Reparationen aufzubringen. Durch pünktliche Erfüllung der Reparationszahlungen sollte Deutschlands Vertragstreue demonstriert, aber gleichzeitig auch der Nachweis geführt werden, dass Deutschland die Reparationsverpflichtungen nicht länger erfüllen könne und die Reparationsschuld deshalb gestrichen werden müsse. Hierfür instrumentalisierte Brüning die Weltwirtschaftskrise. Am 25. Oktober 1929 kam es an der New Yorker Börse zu gewaltigen Kursverlusten. Schon seit dem Sommer 1929 gab es Anzeichen, dass die seit 1922 andauernde Hochkonjunktur in den USA eine Delle bekommen würde. Dennoch hatten die Spekulationen an der Börse den Herbst über angehalten, weil die Anleger glaubten die Kurse würden, wie all die Jahre zuvor, dennoch weiter steigen. Von der vorherrschenden Euphorie hatten sich viele Menschen hinreißen lassen, Aktien auf Kredit zu kaufen, im Glauben, mit den Kursgewinnen die Kredite leicht zurückzahlen zu können.

⁹⁰ Ebd., S. 425.

⁹¹ Sanmann, Horst, Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 10 (1965), S. 109-140, hier: S. 114f.

Als der Aktienboom im September 1929 aber abbrach und die Kurse zu fallen begannen funktionierte dies nicht mehr. Die verschuldeten Anleger mussten ihre Aktien verkaufen. Angesichts der immer schneller fallenden Kurse warfen jetzt mehr und mehr Anleger ihre Aktien auf den Markt. Damit brach das ganze mit Krediten aufgebaute Kartenhaus in sich zusammen. Aufgrund dessen, dass die USA in den 1920er Jahren in großem Umfang Kapital exportiert hatten entwickelte sich die nationale Börsen- zu einer globalen Wirtschaftskrise.⁹² Nach dem Zusammenbruch floss kein Kapital mehr. Im Gegenteil es wurde abgezogen, weil die US-Amerikaner es für ihren eigenen Wirtschaftskreislauf brauchten. Von dieser Entwicklung wurde insbesondere das Deutsche Reich empfindlich getroffen. Das Deutsche Reich war nach Inkrafttreten des Dawes-Plans 1924 das größte Aufnahmeland für amerikanisches Kapital geworden. Dawes hatte einen Plan vorgeschlagen, der vernünftiger Reparationszahlungen und ausländische Anleihen hauptsächlich durch die USA vorsah, um Deutschland bei der Erfüllung des Zahlungsplanes zu helfen. Die Motivation der USA erklärt sich mit dem Abhängigkeitsverhältnis der Alliierten untereinander. Die USA waren nach dem Krieg der Hauptgläubiger von Frankreich und Großbritannien. Die US-Regierung wusste, dass nur ein wirtschaftlich starkes Deutschland Reparationen zahlen konnte und nur wenn dieses der Fall war, konnten Frankreich und Großbritannien ihre Schulden zurückbezahlen.

In dieser globalen Krise erkannte Brüning die Möglichkeit, durch eine weitere bewusste Verschärfung der Lage im Deutschen Reich, die Reparationen zu revidieren.⁹³ Da die Einnahmen aufgrund der Wirtschaftskrise zurückgingen, sollten die Ausgaben entsprechend gekürzt werden. Also stellte Brüning fast alle staatlichen Ausgaben für den Bausektor und die Subventionen für den Wohnungsbau ein. Da der Bausektor sehr beschäftigungsintensiv war, nahm die Arbeitslosigkeit allein dadurch enorm zu. Brüning senkte die Löhne und Gehälter und fuhr die Arbeitslosenunterstützung so stark zurück, dass sie nicht einmal mehr das Existenzminimum deckte. Diese Sparpolitik, vor allem die niedrigen Löhne, waren das Hauptmittel die Reparationen zu beseitigen. Diese politische Strategie offenbarte Brüning später in seinen Memoiren.⁹⁴ Dort heißt es: *„Man müsse Finanzmaßnahmen treffen, die zunächst eine Atempause für ein halbes Jahr gäben. Dann würden weitere Einschränkungen der Ausgaben auf allen Gebieten notwendig, verbunden mit einer Senkung der Preise und*

⁹² Rothermund, Dietmar, Die Welt in der Wirtschaftskrise 1929-1939, Hamburg 1993, S. 48ff.

⁹³ Helbich, Wolfgang, Die Reparationen in der Ära Brüning. Zur Bedeutung des Young-Plans für die deutsche Politik 1930 bis 1932, Berlin 1962, S. 74-88.

⁹⁴ In der Quellenkritik wird von mehreren Historikern Skepsis bei Einzelfragen angemeldet, dennoch wird der Quellenwert durchgängig als *„außerordentlich hoch“* veranschlagt. Siehe dazu: Rödder, Andreas, Dichtung und Wahrheit. Der Quellenwert von Heinrich Brüning's Memoiren und seine Kanzlerschaft, in: HZ 265 (1997), S. 77-116.

*Löhne [...] im nächsten Jahr die Reparationen ausschließlich durch unseren Ausfuhrüberschuss zu bezahlen und dadurch das Gefüge des gesamten Weltmarktes auseinander zu brechen [...] ich schätze die Zeit, die notwendig sei, um auf diese Weise den Ruf nach Streichung der Reparationen in der Welt zu wecken, auf etwa 12 bis 14 Monate.*⁹⁵

Auf Grund niedriger Löhne und Preise sollte Dumpingexport ermöglicht werden. Durch diese Exportpolitik wollte Brüning die sich ebenfalls in einer Krise befindlichen alliierten Staaten schwächen. Die Logik dieser Politik bestand darin, dass Brüning international wie folgt argumentieren konnte: Deutschland sei durch die Reparationen gezwungen so zu handeln. Da aber die anderen Staaten die Produkte nicht annehmen, gerät die deutsche Wirtschaft in eine noch größere Krise. Was bedeuten würde, dass die Rückzahlung der Kredite in Gefahr gerät. In diesem Zusammenhang schreibt Brüning in seinen Memoiren: *„Die 33 Milliarden Mark, die das Ausland seit 1924 investiert hatte, waren für uns eine stärkere Waffe als eine Million Reichwehrsoldaten“*.⁹⁶ Neben diesen wirtschaftlichen Folgen wurde gleichzeitig mit der Radikalisierung in Deutschland gedroht. Zu diesem Zweck kam es auch zu einem Treffen mit Adolf Hitler, dazu schreibt Brüning: *„für die eine schärfere außenpolitische Opposition der NSDAP das zweckmäßigste wäre [...] Unter der Voraussetzung, dass er [Hitler] mir sein Wort gäbe, sich mit mir in jeder Phase über die Form der Opposition zu verständigen, würde ich dafür sorgen, dass seiner Presse abseits jeder persönlichen Verunglimpfung volle Freiheit geben würde, auch zur schärfsten Kritik an der Außenpolitik und an meiner Person.“*⁹⁷ Diese verabredete Opposition bestätigte Brüning 1954 in einem Vortrag vor dem Rhein-Ruhr-Klub: *„In gewissen Fällen erbittet eine kluge Regierung von der Opposition eine eingehende Kritik, um so die eigene Verhandlungsbasis gegenüber dem Ausland zu verstärken.“*⁹⁸

Die Regierungszeit Heinrich Brünings (30. März 1930 – 31. Mai 1932) gehört zu den umstrittensten Abschnitten der neueren deutschen Geschichte. Für die einen war er der letzte Kanzler, der sich Hitler mit aller Kraft entgegenstemmte, während die anderen in ihm den Wegbereiter des Nationalsozialismus sehen. Mit der Kontroverse zwischen Karl-Dietrich Bracher und Werner Conze⁹⁹ kam eine Brüning-Diskussion in Gang, die inzwischen mehrere

⁹⁵ Brüning, Heinrich, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970, S. 193f.

⁹⁶ Ebd., S. 491f.

⁹⁷ Ebd., S. 194.

⁹⁸ Zitiert nach: Ruge, Wolfgang, Wer war Heinrich Brüning?, Bonn 2003, S. 86.

⁹⁹ Die Kontroverse hatte sich an dem Aufsatz von Werner Conze, Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30, in: HZ 178 (1954), S. 47-83 und dem Buch von Karl-Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1955, entzündet.

Phasen durchlaufen hat.¹⁰⁰ Dabei lassen sich drei Wellen gesteigerter Diskussionsintensität ausmachen. Die erste große historiographische Auseinandersetzung um die Einschätzung Brünings erfolgte nach 1955, als Karl-Dietrich Bracher Heinrich Brüning als „*ersten Kanzler des Untergangs der Weimarer Republik*“ charakterisierte und damit Werner Conze widersprach, der Brüning als „*letzten Kanzler der ersten Demokratie*“ bezeichnete. Eine Neuauflage unter veränderter Akzentuierung erfuhren diese Auseinandersetzungen nach dem Erscheinen der Brüning-Memoiren im Jahre 1970. Vor allem die Brüning-Kritiker erfuhren dadurch Rückenwind. Der Altreichskanzler enthüllte sich in seinen Memoiren als antiparlamentarischer Nationalist.¹⁰¹ Eine dritte Diskussionsrunde wurde dann Ende der siebziger Jahre durch Knut Borchardt eingeläutet. In einem 1979 veröffentlichten Festvortrag vor der Bayerischen Akademie der Wissenschaft vertrat Borchardt die These, dass Brünings Deflationspolitik nicht das Ergebnis falscher Analyse oder finsterner Absicht gewesen sei, sondern die einzig mögliche Antwort auf ein Schuldenproblem der öffentlichen Haushalte.¹⁰² Die Regierung Brüning befand sich, laut Borchardt, in einer Zwangslage. Dieses Schuldenproblem habe sich verschlimmert und vertieft durch eine zu großzügige Lohn- und Sozialpolitik der Weimarer Republik vor 1929. Borchardts These wurde nachdrücklich widersprochen. Vor allem Carl-Ludwig Holtfrerich bestritt energisch, dass Brüning sich bei seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik in einer ausweglosen Zwangslage befunden habe und vor allem Borchardts These von den überhöhten Löhnen vor 1929 wies er entschieden zurück.¹⁰³ Letztlich handelte es sich hier um eine am eigentlichen Problem vorbeizielenden Debatte, da Brüning gar keine Wirtschaftspolitik mit dem Ziel der Stabilisierung verfolgt hatte. Für Brüning besaß nicht die Bekämpfung der Wirtschaftskrise oberste Priorität, sondern die Beseitigung der Reparationen. Brüning war entschlossen, die Krise zu benutzen, um das Reparationsproblem ein für allemal zu liquidieren. Hierbei ist auf die Arbeit von Wolfgang Helbich verwiesen. Dieser kam in seiner Studie zur Reparationspolitik Brünings zu dem Ergebnis, dass die Gesamtheit von Innen-, Finanz-, Wirtschafts-, Kredit- und Außenpolitik dem Primat der Reparationsrevision untergeordnet gewesen war.¹⁰⁴ Diese Auffassung Helbichs, findet in der neueren Forschung grundsätzlich weitgehende Übereinstimmung.¹⁰⁵

¹⁰⁰ Kolb, Eberhard, Die Weimarer Republik (Bd. 16 aus der Reihe: Oldenbourg Grundriss der Geschichte), 6. Aufl., München 2002, S. 230.

¹⁰¹ Rödder, S. 78.

¹⁰² Siehe: Borchardt, Knut, Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre, in: Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (1979), S. 85-132.

¹⁰³ Holtfrerich, Carl-Ludwig, Alternativen zu Brünings Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise?, in: HZ 235 (1982), S. 605-631.

¹⁰⁴ Helbich, wie Anmerkung 93.

¹⁰⁵ Rödder, S. 79.

Alle politischen Prozesse zehren von sozialen Voraussetzungen. Die Weimarer Republik war ihrem Selbstverständnis nach ein demokratischer Sozialstaat. Dieser konnte allerdings nicht in allen Sphären verwirklicht werden und sich in entsprechenden Praktiken und Gewohnheiten niederschlagen. Ein Sozialstaat basiert auf dem Zusammenhang von sozialem Schutz, sozialer Integration und gleichen Chancen. Diese Aspekte verloren in der Weimarer Republik ab 1929/30 immer mehr an Bedeutung. Armut, Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und Exklusion gewannen dafür immer stärker die Oberhand bis sie ein demokratiegefährdendes Niveau erreichten. In der Regierungszeit Heinrich Brünnings war das real verfügbare Haushaltseinkommen der privaten Haushalte kontinuierlich gesunken und damit auch der Lebensstandard für die breite Masse der Bevölkerung.¹⁰⁶ Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, dass auch kleinste Erfolge des NS-Regimes ab 1933 in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik große Wirkung entfalten konnten. Die Menschen waren vom täglichen Kampf ums Überleben ausgezehrt, sie waren durch die zahlreichen Lohn- und Sozialkürzungen gedemütigt und verarmt. Wenn sich schlechte Lebensbedingungen in einen konstanten Zustand verwandeln, verlieren die Menschen in solchen Zeiten der großen sozialen Krisen, das Vertrauen in die Werte der Gesellschaft und das Vertrauen in die staatlichen Institutionen. Ein solcher Zustand in der Gesellschaft, wo die Menschen nicht einmal Geld für die Grundbedürfnisse des Lebens hatten, war ein besonders geeigneter Nährboden für zweifelhafte Ideologien. In der Hoffnungslosigkeit war es viel einfacher die politischen Kräfte zu akzeptieren, die eine simple Lösung präsentierten. Der niedrige Lebensstandard war die Hauptursache für den schlechten Zustand der Nation. Jemand der ökonomisch abgehängt war, sein Kind ohne Frühstück in die Schule schicken musste, verzweifelt nach Arbeit suchte, hungrig war, hatte nicht viel von der Weimarer Demokratie, seinem Wahlrecht oder dem Recht auf Versammlungsfreiheit. Die Menschen folgten Adolf Hitler, weil er versprach, ihnen ihre nationale und persönliche Würde zurückzugeben.

Beschäftigung war und ist ein wesentliches Kriterium an dem der Erfolg einer Regierung gemessen wird. Die Bilanz der Regierung Brüning in diesem Hinblick war katastrophal. Während seiner Amtszeit verschärfte sich die Krise, die Menschen verloren massenweise ihre Arbeit und der Lebensstandard ging kontinuierlich zurück. 1932 gab es niemanden im Deutschen Reich der ignorieren konnte, dass die Realität der Weimarer Republik zunehmend

¹⁰⁶ Zwar stiegen ab 1924 die Lohnsätze in der Weimarer Republik, allerdings waren die deutschen Löhne im Vergleich zu anderen Ländern auf einem weit niedrigeren Niveau stabilisiert worden, so dass ihr Anstieg von einem sehr niedrigen Stand aus erfolgte. Daher waren die Lohnkürzungen in der Wirtschaftskrise drastischer als in anderen Ländern. Siehe: Niemann, Wie „krank“ war die Wirtschaft der Stadt Hannover in den Weimarer Jahren?, S. 281.

durch Knappheit, Armut und Elend gekennzeichnet war und das diese Entwicklung alle Schichten der Gesellschaft, jeden einzelnen Bürger, betraf. Das Absinken des Lebensstandards ging einher mit dem Verlust des nationalen Selbstwertgefühls. Der Versailler Vertrag mit seiner Reparationsregelung, wurde als eine wichtige Ursache für den Untergang gesehen. Das Bemühen der Regierung Brüning mit allen Mitteln die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, verstärkte diese Ansicht zunehmend. Die Jungen verloren immer mehr den Glauben an eine bessere Zukunft, den Alten hatte der Versailler Vertrag (vor allem durch den „Kriegsschuldartikel 231“) die Vergangenheit genommen. In einer Gegenwart ohne Vergangenheit und Zukunft konnte nur Depression herrschen. In dieser ausweglos scheinenden Lage, konnte sich der Nationalsozialismus als klare politische Alternative zum Weimarer System präsentieren.

1.1. Politische Rahmenbedingungen für den Übergang zum Nationalsozialismus im Land Oldenburg¹⁰⁷

Am 6. April 1925 gründete Carl Röver die Ortsgruppe Oldenburg der NSDAP.¹⁰⁸ Dieser Tag wurde später als „*Geburtsstunde des Gaues Weser-Ems*“ von den Nationalsozialisten gefeiert.¹⁰⁹ Der erste Kontakt zwischen der NS-Bewegung und der Oldenburger Bevölkerung erfolgte allerdings früher. Bereits Ostern 1921 hatte der Student Heinz Krampe die erste Gruppe „*Männer für Hitler*“ ins Leben gerufen. Krampe hatte an seinem Studienort München mehrmals die Reden von Adolf Hitler besucht und brachte ein Programm der Bewegung in

¹⁰⁷ Das Großherzogtum Oldenburg fungierte von 1918 als Freistaat und ab 1934 als Land des Deutschen Reiches. Oldenburg war einer der kleinsten Gliedstaaten des Deutschen Reiches. Nach der Volkszählung, vom 16. Juni 1933, hatte er eine Fläche von 6.427 qkm und eine Bevölkerungszahl von 574.000 Einwohnern. Davon entfielen auf den Landesteil Oldenburg, also das Kernland, 5.382 qkm und 467.000 Einwohner, auf den Landesteil Lübeck (Regierungssitz Eutin) im heutigen Schleswig-Holstein 542 qkm und 48.000 Einwohner, auf den Landesteil Birkenfeld im Hunsrück (heute Rheinland-Pfalz) 503 qkm und 59.000 Einwohner. Im Landesteil Oldenburg waren 70,9% evangelisch und 25,9% der Bevölkerung katholisch. Die katholische Bevölkerung konzentrierte sich vornehmlich auf die Kreise Vechta und Cloppenburg. Die Stadt Oldenburg hatte im Jahr 1933 insgesamt 66.386, Rüstringen 48.376, Delmenhorst 31.978 und Nordenham 15.479 Einwohner. Alle anderen Städte im Landesteil Oldenburg (Brake, Cloppenburg, Varel, Vechta, Jever und Wildeshausen) blieben unter der 10.000-Einwohner Marke. Im Jahr 1937 umfasste der Freistaat Oldenburg nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über Groß-Hamburg und anderen Gebietsveränderungen (26. Januar 1937) eine Fläche von 5.396 qkm mit einer Gesamtbevölkerung von 495.119 Einwohnern. Mit dieser Gebietsreform kamen die vorherigen Landesteile Lübeck und Birkenfeld an das Land Preußen. Oldenburg verlor damit 1.044 qkm an Fläche und 106.750 Einwohner, gewann aber mit der vormals preußischen Stadt Wilhelmshaven wiederum 7,04 qkm an Fläche und 28.016 Einwohner hinzu. Siehe dazu: Günther, Wolfgang, Freistaat und Land Oldenburg 1918-1946, in: Eckhardt, Albrecht u. Schmidt, Heinrich (Hgg.), Geschichte des Landes Oldenburg, Oldenburg 1987, S. 403-490, hier: S. 454f.

¹⁰⁸ Carl Georg Röver wurde 1889 in Lemwerder an der Weser im oldenburgischen Stedingerland geboren. Er war zunächst Handlungsgehilfe in Bremen und dann seit 1911 in der deutschen Kolonie Kamerun tätig. 1913 kehrte er malariakrank zurück. Im Ersten Weltkrieg wurde er Unteroffizier und 1916 in eine Propaganda-Abteilung der Obersten Heeresleitung abkommandiert. Röver betrieb nach dem Ersten Weltkrieg in Oldenburg, an der Heiligengeiststraße, ein Textilgeschäft. Schon bald wurde er politisch aktiv und versuchte 1923 eine NSDAP-Gruppe in Oldenburg zu gründen. Bei der endgültigen Gründung der Ortsgruppe 1925, die Gründungsurkunde der NSDAP weist Röver als Führer der Ortsgruppe Oldenburg aus, bestand diese aus 21 Mitgliedern. Ab 1924 war Röver Mitglied im Oldenburger Stadtrat, 1928 Gauleiter der NSDAP für Weser-Ems und Abgeordneter im Oldenburgischen Landtag. Röver wurde nach dem Wahlsieg, vom 29. Mai 1932, am 16. Juni 1932, zum Ministerpräsidenten des Freistaats Oldenburg gewählt und übernahm gleichzeitig auch das Innenministerium, legte diese Ämter jedoch nieder, als Adolf Hitler ihn Anfang Mai 1933 zum Reichsstatthalter für Oldenburg und Bremen ernannte. Daneben blieb Röver weiterhin Gauleiter. Die Umstände seines Todes in der Berliner Charité, am 15. Mai 1942, gaben immer wieder Anlass zu Spekulationen. So beispielsweise, dass sich Röver „*auf höchstem Befehl*“ das Leben nahm. Siehe hierzu: Harms, Ingo, Der plötzliche Tod des Oldenburger Gauleiters Carl Röver, in: Das Land Oldenburg. Mitteilungsblatt der Oldenburgischen Landschaft Nr. 102, Oldenburg 1999, S. 1-8. Der Historiker Herbert Schwarzwälder beschreibt Rövers politisches Wirken wie folgt: „*Im politischen Kampf vor 1933 war er ein unermüdlicher und daher für eine so radikale Partei wie die NSDAP unersetzlicher Demagoge. Nach der „Machtergreifung“ hatten er und seinesgleichen eigentlich ausgedient, dennoch übertrug der Staat ihm hohe Ämter, für die ihm die Fähigkeiten fehlten. So ging denn die Zeit über ihn hinweg und er konnte das, was kam, kaum noch wesentlich beeinflussen. Daher waren überall dort, wo er versuchte, eine politische Rolle zu spielen, Fehlschläge und Enttäuschungen die unvermeidliche Folge.*“ Zitiert nach: Schwarzwälder, Herbert, *Berühmte Bremer*, München 1972, S. 244.

¹⁰⁹ Walkenhorst, Heinrich, *Der Gau Weser-Ems*, in: Die Nordwestmark. Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft für den Raum Weser-Ems e.V., Bd. 1. Dichtung und Forschung im Raum Weser-Ems, Oldenburg 1940, S. 5-8, hier: S. 5.

seinen Heimatort Oldenburg-Osternburg mit und verbreitete von da an aktiv Hitlers Ideen.¹¹⁰ Die Mitglieder der NSDAP rekrutierten sich in dieser Anfangsphase vor allem aus verschiedenen völkischen Verbänden. Wie überall im Deutschen Reich entstanden auch in Oldenburg bereits kurz nach Ende des Ersten Weltkrieges eine ganze Reihe kleinerer völkisch-nationalistischer Gruppierungen (beispielsweise der NDO – Nationalverband deutscher Offiziere, VNS – Verband nationalgesinnter Soldaten, „Deutscher Herold“ oder „Ehrhardt-Brigade“), deren Mitglieder vor allem ehemalige Frontsoldaten waren. Ausgehend von der „Dolchstoßlegende“, der zufolge die „im Felde unbesiegten“ deutschen Truppen durch die politische Entwicklung im November 1918 „von hinten erdolcht“ worden seien, agitierten diese Gruppierungen gegen die neu geschaffene parlamentarische Demokratie von Weimar. Die Weimarer Republik war in ihren Augen ein Staat der „Novemberverbrecher“. Die Radikalen profitierten dabei von den ständigen wirtschaftlichen und sozialen Krisen, die dazu führten, dass große Teile der Bevölkerung in bitterer Not lebte, was sie für extreme Ideologien zugänglich machte.¹¹¹ Die zahlenmäßig stärkste und zunächst einflussreichste dieser Gruppen im Freistaat Oldenburg war der „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“, der im Sommer 1922 allein in der Stadt Oldenburg gut 260 Mitglieder zählte, die fast durchweg dem kleinen und mittleren Bürgertum zuzurechnen waren.¹¹² Der „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“ wurde zur Keimzelle der oldenburgischen NSDAP. Die ersten oldenburgischen Nationalsozialisten, wie Bruno Dieckelmann oder Heinz Spangemacher, entstammten aus dieser national-völkischen Vereinigung. Sie sorgten dafür, dass die Nationalsozialisten während der Verbotszeit 1923/24 zusammenblieben und sich als Mitglieder bei der Münchener Ortsgruppe einschrieben.¹¹³ So waren bei der Gründung der NSDAP-Ortsgruppe Oldenburg, im April 1925, unter den Gründungsmitgliedern noch gut ein Drittel ehemaliger Schutz und Trutz-Bündler.¹¹⁴ Als gutes Rekrutierungsbecken für die Nationalsozialisten erwies sich zudem, dass Breite Kreise der Bevölkerung national und militaristisch eingestellt waren, in Oldenburg existierte eine beträchtliche Anzahl von Kriegervereinen, die zusammen mit dem „Stahlhelm“ über enorm hohe Mitgliederzahlen verfügten.

¹¹⁰ Haase, Ludolf, *Aufstand in Niedersachsen. Der Kampf der NSDAP 1921/24* (2. vermehrte und verbesserte Niederschrift), München 1942, S. 91.

¹¹¹ Rogge, Friedrich, *Weimar: Republik ohne Republikaner? Antidemokratisch-völkische Umtriebe im Oldenburger Land 1922-1930*, in: *Oldenburger Jahrbuch* 84 (1984), S. 207-226, hier: S. 207.

¹¹² Sommer, Karl-Ludwig, *Die Durchsetzung und praktische Ausübung der nationalsozialistischen Herrschaft in Oldenburg*, in: Hoffmann, Katharina u. Lembeck, Andreas (Hgg.), *Nationalsozialismus und Zwangsarbeit in der Region Oldenburg*, Oldenburg 1999, S. 55-77, hier: S. 56.

¹¹³ Rogge, S. 207.

¹¹⁴ Ebd., S. 220.

Etwa jeder achte über 21 Jahre alte Bürger des Landes Oldenburg war allein Mitglied eines Kriegervereines, Oldenburg – Ostfriesland gehörte zeitweise zu den mitgliedsstärksten Gliederungen der Organisation „Stahlhelm“.¹¹⁵

Trotzdem blieb der politische Einfluss der NSDAP im Freistaat Oldenburg anfänglich äußerst begrenzt, dies belegen die Wahlergebnisse zwischen 1924-1928. Bei der Reichstagswahl Anfang Mai 1924 erzielten die Nationalsozialisten einen Stimmanteil von 6,8%, um in der folgenden Reichstagswahl im Dezember 1924 auf 4,5% abzurutschen. Bei der Landtagswahl Ende 1925 ist die Partei erst gar nicht selbstständig angetreten, sondern hatte den Kandidaten eines völkisch-nationalen Blocks unterstützt, auf den nur 3,3% der Stimmen entfielen.¹¹⁶ Erst in der einsetzenden Agrarkrise, die an der Jahreswende 1927/28 offenkundig wurde, gelang es der NSDAP zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft in Oldenburg aufzusteigen. Die im Herbst 1927 unter dem Namen „Landvolk“ entstandene ländliche Protestbewegung bildete das größte Kontingent an Wählerstimmen für die Nationalsozialisten und folglich das Fundament für die kommenden Wahlerfolge. Vor allem als die Landvolk-Bewegung 1929 ihren Schwerpunkt in den protestantischen Norden des Landesteils Oldenburg verlagerte, geriet sie zunehmend unter die Kontrolle der Nationalsozialisten. Die Landwirtschaft in den nördlichen Teilen Oldenburgs war überwiegend auf Viehzucht konzentriert und die von der Reichsregierung einseitig geförderte Getreidewirtschaft traf diese Gruppe von Bauern besonders hart. In dieses Wählerpotential stieß die NSDAP und erklärte sich zur Interessenvertretung der Landbevölkerung. Diese wurde instrumentalisiert und der Norden des Landesteils Oldenburg entwickelte sich zu einer der Hochburgen des Nationalsozialismus im „Kampf gegen das Weimarer System“.¹¹⁷ Wie aus den einschlägigen Wahlforschungen Jürgen Falters hervorgeht, war es in erster Linie die weitgehende protestantische Prägung und der ländlich-agrarische Grundcharakter Norddeutschlands, der eine entscheidende Rolle beim Aufstieg der NS-Bewegung zur stärksten politischen Kraft in diesem Teil des Deutschen Reiches spielte.¹¹⁸

¹¹⁵ Schaap, Klaus, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928-1933, Düsseldorf 1978, S. 175.

¹¹⁶ Sommer, S. 56f.

¹¹⁷ Polizeiamt der Stadt Oldenburg, Bericht über die Protestversammlung des oldenburgischen Landvolkes am 26. Januar 1928, aus: Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg (künftig: StAO), Best. 136, Nr. 2858, Bl. 406.

¹¹⁸ Falter, Jürgen, Hitlers Wähler, München 1991, S. 169-185.

Dieser Umstand war auch den Zeitgenossen präsent, so hob der konservative Publizist Albrecht Erich Günther, im April 1932, hervor, „*dass der Norden und Osten Deutschlands das Hauptausbreitungsgebiet der nationalen Opposition*“ sei und die NSDAP „*in der protestantischen und ländlichen Bevölkerung des deutschen Nordens und Ostens ihre stärkste Basis*“ habe.¹¹⁹

Mit welchen politischen Parolen die Nationalsozialisten das Landvolk für sich einnehmen wollten, zeigt die Veranstaltung vom 26. Januar 1928. An diesem Tag erreichte die Landvolk-Protestbewegung ihren ersten Höhepunkt, als sich in der Landeshauptstadt Oldenburg rund 20.000 Menschen zu einer Protestkundgebung (Der Landbund, der Bauernverein, der Verband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe, der Handwerkerbund, der Siedlerverband und die Kaufmannsgilde hatten ihre Mitglieder zu einer gemeinsamen Massenkundgebung aufgefordert) auf dem Pferdemarkt versammelten.¹²⁰ Da es den NS-Funktionären untersagt war bei der offiziellen Veranstaltung als Redner aufzutreten, organisierte die NSDAP am gleichen Tag eigene Versammlungen. Für 10.00 Uhr war eine öffentliche Versammlung im Lindenhof einberufen, wo der ehemalige Borkumer Pfarrer Münchmeyer vor rd. 800 Personen sprach. Für 15.00 Uhr waren zwei weitere öffentliche Versammlungen angesetzt. In der Versammlung im Lindenhof, die von rd. 1.000 Personen besucht war, sprach der Reichstagsabgeordnete der NSDAP Richard Kube. Im Ziegelhof vor rd. 500 Personen sprach der Reichstagsabgeordnete der NSDAP Gottfried Feder. Hier konnten die Nationalsozialisten die vorherige Protestkundgebung kritisieren und den emotionsgeladenen Menschen ihre Lösung der Krise präsentieren. In einem Polizeibericht über die Veranstaltung im Oldenburger Lindenhof heißt es: „*Kube sprach zunächst über den Eindruck, den er von der Massenprotestversammlung auf dem Pferdemarkt erhalten habe. Seiner Ansicht nach habe die Botschaft, die man dort durch den Lautsprecher gehört habe, aus nichtssagenden Worten bestanden. Um diese zu hören, hätten sich Abertausende nur kalte Füße geholt. Für eine Besserung der wirtschaftlichen Notlage sei bei dem heutigen System nur wenig zu hoffen. Die Hauptursachen an dem augenblicklichen Notstand trage die unselige Erfüllungspolitik. In unserer Republik regiere doch nicht das Volk, sondern das jüdische Großkapital.*“ In der Resolution, die von in der Versammlung einstimmig angenommen wurde, hieß es unter anderem: „*Wir haben erkannt, [...] dass der durch und durch korrupte Parlamentarismus und eine schwächliche Regierung unfähig sind, die deutsche politische und wirtschaftliche*

¹¹⁹ Zitiert nach: Bajohr, Frank, Vorwort, in: ders. (Hg.), Norddeutschland im Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 7-19, hier: S. 7.

¹²⁰ Sommer, S. 57.

Not zu überwinden. Fort mit diesem marxistisch-kapitalistischen Raubsystem, das Deutschland, unser Heimatland, machtlos, ehrlos, wehrlos und uns freie deutsche Bauern und Mittelständler zu armen ausgeschundenen Sklaven der Weltbörse gemacht hat. ¹²¹

In gegenläufiger Tendenz zum Reich begann die Phase der Radikalisierung im Freistaat Oldenburg damit früher und schlug sich eindeutig in dem Erfolg der NSDAP bei der Landtagswahl vom 20. Mai 1928 nieder. Der NSDAP gelang es bei diesen Wahlen mit drei Abgeordneten in den oldenburgischen Landtag einzuziehen. Am besten schnitt die NSDAP in den neun protestantisch dominierten Ämtern ab, die bei der Landtagswahl 63,5% aller NSDAP-Wähler im Landesteil Oldenburg stellten. Bei der gleichzeitig stattfindenden Reichstagswahl wurde Oldenburg mit 8,2% (Deutsches Reich: 2,6%), hinsichtlich des NS-Stimmenanteils, Spitzenreiter unter allen Ländern des Deutschen Reiches.¹²² Dieser Erfolg wurde auch von der Parteiführung honoriert. In einem Polizeibericht aus dem Jahr 1928 heißt es: *„Führende Persönlichkeiten der NSDAP haben in letzter Zeit mehrfach zu erkennen gegeben, dass sie nicht mehr Bayern, sondern Oldenburg als Hochburg der Partei betrachten und das die nationalsozialistische Revolution demaleinst von Oldenburg ihren Anfang nehmen werde.* ¹²³

Die Parteiführung reagierte nicht nur mit lobenden Worten, sondern auch mit einer organisatorischen Umstrukturierung. Der Bezirk Oldenburg wurde 1928 zum Gau Weser-Ems erhoben und entsprach nun seiner territorialen Größe und Begrenzung dem damaligen Wahlkreis 14 Weser-Ems.¹²⁴ Dadurch wurde die oldenburgische NSDAP auf eine finanziell solidere Basis gestellt, was den Nationalsozialisten ermöglichte ihre Propaganda noch besser auf die regionalen Gegebenheiten auszurichten, unter anderem durch die Herausgabe des Wochenblattes „Nordwestdeutscher Freiheitskämpfer“. Auch gelang es nun einfacher prominente Parteifunktionäre nach Oldenburg zu bekommen. So besuchte Adolf Hitler fünfmal (unter anderem am 22. Mai 1932 auf dem Ohmsteder Feld mit über 35.000 Anhängern) Stadt und Land Oldenburg, um seine Botschaft zu verkünden.¹²⁵

¹²¹ Zitiert nach: StAO, Best. 136, Nr. 2858, Bl. 411f. u. Bl. 413f.

¹²² Gelhaus, Hubert, Das politisch-soziale Milieu in Süoldenburg von 1803 bis 1936, Bd. 3, Oldenburg 2001, S. 5f.

¹²³ Zitiert nach: Schaap, Klaus, Die Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten in Oldenburg 1932. Ursachen, Hintergründe und Lehren, in: ders., Niewerth, Heinrich u. Haffer, Sebastian (Hgg.), Oldenburg und das Ende der Weimarer Republik. Zur Regierungsübernahme der NSDAP im Lande Oldenburg 1932, Oldenburg 1982, S. 25-48, hier: S. 34f.

¹²⁴ Walkenhorst, S. 5.

¹²⁵ Schaap, Die Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten in Oldenburg 1932, S. 36.

Die NSDAP wurde im Land Oldenburg immer mehr zur führenden Kraft. Schon bei der Reichstagswahl Mitte September 1930 erhielt die NSDAP in Oldenburg mehr Stimmen als irgendeine der konkurrierenden Parteien, in den Ämtern Westerstede, Varel und Oldenburg lag ihr Stimmenanteil sogar jeweils über 50%.¹²⁶ Die wachsenden Erfolge der NSDAP setzten sich bei der Landtagswahl 1931 fort. Mit über 37% der Stimmen bildeten die Nationalsozialisten im Oldenburger Landtag am Dobben die stärkste Fraktion. Trotz dieses Erfolges verfügte die NSDAP über keine eigene Mehrheit im Landtag. Die sogenannte Beamtenregierung unter Ministerpräsident Cassebohm blieb weiter im Amt. Als Reaktion darauf versuchten die Nationalsozialisten, durch einen Misstrauensantrag, am 11. Juni 1931, die amtierende Regierung zu stürzen und eine Neuwahl zu erzwingen. Der nationalsozialistische Misstrauensantrag wurde mit 24 Stimmen von NSDAP, DNVP und KPD angenommen. Dagegen stimmten Volkspartei, Staatspartei und Landvolkpartei mit zusammen vier Stimmen, während sich SPD und das Zentrum (zusammen 20 Mandate) der Stimme enthielten. Dieser eingeleitete parlamentarische Kampf gegen die Regierung Cassebohm wurde mit dem Antrag auf Auflösung des Landtages fortgesetzt. Für diesen Antrag stimmten 25 Abgeordnete (NSDAP, KPD, DNVP, Landvolkpartei), damit war die erforderliche Zweidrittelmehrheit von 32 Stimmen nicht erreicht und der Antrag scheiterte.¹²⁷ Nach dieser Abstimmungsniederlage kündigte die NSDAP ein Plebiszit zur Landtagsauflösung an, ein durch die oldenburgische Verfassung legitimer Vorgang. Die KPD kam der NSDAP mit ihrem Beschluss, vom 17. November 1931, jedoch zuvor und beantragte beim Innenminister „*die Einleitung des Verfahrens auf Volksabstimmung*“. Trotz massiver ideologischer Differenzen entschlossen sich die beiden Parteien in dieser Frage zusammenzuarbeiten. Zwar versuchten beide Lager diese Zusammenarbeit klein zu reden, so verbreitete beispielsweise die KPD Flugblätter mit folgenden Parolen: „*Holt aus zum roten Hammerschlag gegen die verräterische SPD und den Faschismus in Oldenburg*“ oder „*Rote Klassenfront gegen Brüning-Hitler-Wels!*“¹²⁸ All dies konnte jedoch nicht verschleiern, dass es in Oldenburg zu einer „rot-braunen Koalition“ gekommen war. Das Volksbegehren konnte mit insgesamt über 80.000 Unterschriften die notwendige Zahl von 20.000 weit übertreffen und schaffte damit die Voraussetzung für den Volksentscheid, der auf den 17. April 1932 angesetzt wurde.¹²⁹

¹²⁶ Sommer, S. 58.

¹²⁷ Gelhaus, S. 67.

¹²⁸ Zitiert nach: Vahlenkamp, Werner, 125 Jahre Sozialdemokratie in Oldenburg, Oldenburg 1994, S. 84.

¹²⁹ Gelhaus, S. 76.

Nach dem die Mehrheit im Landtag in einer weiteren Abstimmung die Selbstaflösung ablehnte, musste die Volksabstimmung, am 17. April 1932, durchgeführt werden. Wiederum taten sich Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationale zusammen und es gelang mit rund 35% Ja- bei 1,6% Neinstimmen eine Mehrheit zusammenzubringen. Eine Woche vor der dadurch notwendig gewordenen Landtagswahl verkündete Adolf Hitler in Oldenburg-Ohmstede vor 35.000 Anhängern die Zielsetzung der NSDAP: *„Wir haben nicht den Kampf aufgenommen, um ein paar Ministerposten zu erobern, sondern um Deutschland zu erobern, unser Volk, das Reich wollen wir erobern.“* Und Hitler schloss unter den Sieg-Heil-Rufen der Oldenburger: *„Wenn Sie am nächsten Sonntag gewählt haben, denken Sie nicht, meine Volksgenossen, dass nur Oldenburg an dem Abend des Resultates harrt [...] denn es ist nicht ein Sieg in Oldenburg, es ist ein Sieg in Deutschland.“*¹³⁰ Bei der dann, am 29. Mai 1932, notwendig gewordenen Landtagswahl bekam die NSDAP mit 48,4% der Stimmen die absolute Mehrheit der Mandate im Landtag. Carl Röver wurde auf Weisung Hitlers Ministerpräsident. Der Freistaat Oldenburg erhielt damit als erstes aller Länder des Deutschen Reiches ein rein nationalsozialistisches Kabinett. Damit löste Oldenburg große Zufriedenheit und Euphorie bei der Parteiführung in München aus. Alfred Rosenberg erklärte im „Völkischen Beobachter“ zum Wahlsieg der NSDAP im Mai 1932: *„Wieder verzeichnet die nationalsozialistische Bewegung einen grandiosen Sieg! [...] Oldenburg [...] ist heute Trutzburg des Staatsgedankens unseres Jahrhunderts geworden. Der gesamte Stamm hat sich zum leidenschaftlichen Protest gegen die heutige Misswirtschaft auf allen Gebieten erhoben. Die Oldenburger aber haben sich -und das ist entscheidend- zur altgermanischen Gefolgschaftstreue bekannt.“*¹³¹

1.2. Wirtschaftliche Struktur des Landes Oldenburg und die Wirtschaftsmaßnahmen der NS-Landesregierung ab Juni 1932

Im Vergleich zu regionalen Industrialisierungsmustern in Deutschland repräsentierte Oldenburg neben den schwerindustriell beziehungsweise textilindustriell geprägten Vorreitern, wie dem Rheinland und Sachsen, die bereits im frühen 19. Jahrhundert den Durchbruch zur Industrialisierung vollzogen und dem sich gegen Ende des Jahrhunderts industrialisierenden, gemischtwirtschaftlichen Modell, zum Beispiel Württemberg, den dritten Typus regionaler Industrialisierung, der mit beträchtlicher zeitlicher Verzögerung bei lang anhaltender Bedeutung der Landwirtschaft erst in der Zwischenkriegszeit eine zunehmende

¹³⁰ Zitiert nach: Nachrichten für Stadt und Land (künftig: NfStuL) v. 23. Mai 1932.

¹³¹ Zitiert nach: Vahlenkamp, S. 85.

gewerbliche Durchdringung erfuhr.¹³² Oldenburg repräsentierte auch in der Zeit des „Dritten Reiches“ den Typ einer sich langsam wandelnden Region, in der die Land- und Viehwirtschaft und das Gewerbe zur Weiterverarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte den bedeutendsten Wirtschaftszweig stellten. Eine enorm große Zahl von kleinlandwirtschaftlichen Betrieben kennzeichnete das Oldenburger Land. Diese wurden von Familien bewirtschaftet, wo die Männer im Hauptberuf häufig in der See- und Binnenschifffahrt, der See- und Küstenfischerei oder als Arbeiter auf den Werften, in den Industriebetrieben und häufig in den Gruben des Ibbenbürener Bergbaus tätig waren.¹³³

Nach der Volks- und Berufszählung von 1925 waren im Landesteil Oldenburg 48,4% aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt.¹³⁴ Die Anzahl von Großbetrieben und Industriestandorten im Land Oldenburg war im Vergleich zur reichsweiten Entwicklung äußerst beschränkt. Große wirtschaftliche Bedeutung im Oldenburger Land hatte die Veredelungsindustrie. In diesem Fabrikationszweig dominierte vor allem die Form des Mittel- und Kleinbetriebs. Von dem in Industrie und Handwerk tätigen Teil der Bevölkerung entfielen allein auf das Handwerk 36 Prozent. Die Marsch-, Moor- und Geestregionen beherbergten den bäuerlichen, handwerklichen und industriellen Mittelstand. Von der Zahl aller Beschäftigten waren im Oldenburger Land die meisten in der Industrie der Steine und Erden, einschließlich Torfgräberei (die Klinkerindustrie im Landesteil Oldenburg war führend in ganz Deutschland) und der Nahrungs- und Genussmittelindustrie tätig.¹³⁵ Bedeutendere Industriestandorte im Land Oldenburg waren die Städte Nordenham, Blexen und Einswarden (Superphosphatfabrik, „Weser“ Flugzeugbau, Metallwerke Unterweser).¹³⁶ Die bedeutendste Industrie- und Arbeiterstadt des Oldenburger Landes, abgesehen von dem Sonderfall Wilhelmshaven mit seiner Marinewerft und den damit zusammenhängenden Unternehmen, war Delmenhorst. Dank Investitionen aus der Hansestadt Bremen, konnte sich seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts die kleine Ackerbürgerstadt Delmenhorst industriell entwickeln.

¹³² Göbel, S. 14.

¹³³ StAO, Best. 271-62, Nr. 656.

¹³⁴ Niemann, Hans-Werner, Die oldenburgische Landwirtschaft und die Agrarpolitik des Reichskanzlers Heinrich Brüning (1930-1932), in: Oldenburger Jahrbuch 86 (1986), S. 165-178, hier: S. 165; Nach der Volkszählung, vom 16. Juni 1933, (Gebietsstand am 31. März 1933), war der Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung wie folgt verteilt: Stadtkreis Oldenburg 6,5%, Stadtkreis Rüstringen 1,5%, Stadtkreis Delmenhorst 5,3%, Landkreis Birkenfeld 25,1%, Landkreis Lüneburg 27,0%, Landkreis Friesland 31,8%, Landkreis Wesermarsch 36,0%, Landkreis Oldenburg 53,7%, Landkreis Ammerland 56,4%, Landkreis Vechta 59,3% und Landkreis Cloppenburg 64,1%. Daten aus: Statistisches Reichsamt (Hg.), Die Gemeindefinanzen im Wiederaufbau, Berlin 1940, S. 206.

¹³⁵ Der Raum Weser-Ems. Die Nordwestmark des Deutschen Reiches, hrsg. v. Georg Müller, Oldenburg 1933, S. 38ff.

¹³⁶ Kohorst, Heinrich, Der Standort der oldenburgischen Industrien, Oldenburg 1939, S. 32ff.

Weil die von Handel und Schifffahrt geprägte benachbarte Freie Hansestadt Bremen bis 1888 nicht dem Deutschen Zollverein angehörte, war es für die Kaufleute und Unternehmer finanziell günstiger, die importierten Rohstoffe im Zollinland verarbeiten zu lassen.¹³⁷ Im Jahre 1871 eröffnete die Jutespinnerei und Weberei der Firma Vogt, Wex & Co. Es folgte 1882 als erste von drei Linoleumfabriken, die German Linoleum Manufacturing Company, die 1911 in die Hansa-Linoleumwerke umgewandelt wurde. 1884 schließlich war das Gründungsjahr der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei der Bremer Familie Lahusen. Sie wurde das größte Textilunternehmen Europas und Delmenhorst lange der Mittelpunkt eines weltumspannenden Konzerns.¹³⁸ Die Position als industrieller Motor des Oldenburger Landes verlor Delmenhorst mit Beginn der Weltwirtschaftskrise und dem Konkurs der Nordwolle Ende Juli 1931. Vor dem Konkurs hatte die Nordwolle in Delmenhorst ca. 3.700 Beschäftigte, die nun fast alle arbeitslos wurden.¹³⁹ Bereits 1927 *„zeigten sich erste Konjunkturschwierigkeiten. 1928 machten sie sich schon stärker bemerkbar. 1929 wurden sie bedenklich, 1930 bedrohlich. 1931 setzte der Zusammenbruch ein, und schließlich stand Delmenhorst mit seiner krisenempfindlichen Industrie vor dem Nichts.“*¹⁴⁰

Die Gründung von Industriebetrieben in der Stadt Oldenburg erfolgte vornehmlich in der angrenzenden Gemeinde Osterburg (Eingemeindung 1922).¹⁴¹ Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren hier Betriebe wie die Glashütte, die Glasformenfabrik Beyer, die Warpsspinnerei u. Stärkerei sowie das Reichsbahnausbesserungswerk entstanden¹⁴². Mit Unterstützung des Magistrats wurden oft erfolgreich Gewerbeansiedlungsprojekte im Stadtkern selbst verhindert. Noch im Jahr 1914 wurden der Schiffswerft Brand Schwierigkeiten bei der geplanten Umstellung vom Holzschiffbau auf den Eisenschiffbau gemacht: *„Man fürchtete damals, dass das Schlagen der Niethammer und das Lärmen der*

¹³⁷ Vahlenkamp, Werner, Delmenhorst im „Dritten Reich“, in: Stadt Delmenhorst (Hg.), Streiflichter aus 600 Jahren Delmenhorster Geschichte, Delmenhorst 1994, S. 41-61, hier: S. 42.

¹³⁸ Ebd.

¹³⁹ Ebd., S. 44.

¹⁴⁰ Zitiert nach: Glöckner, Paul-Wilhelm, Delmenhorst unter dem Hakenkreuz 1933 bis 1945. Die braunen Jahre in einer Mittelstadt, Oldenburg 2001, S. 79.

¹⁴¹ Nach der Volkszählung, vom 16. Juni 1933, lebten im Stadtkreis Oldenburg 66.951 Menschen. Die Zahl der Erwerbspersonen betrug insgesamt 29.431 Personen. Davon 20.504 männliche und 8.927 weibliche Erwerbstätige. Diese verteilten sich wie folgt: 3.263 Land- u. Forstwirtschaft, 9.487 Industrie u. Handwerk, 9.842 Handel u. Verkehr, 4.766 öffentlicher Dienst, 2.073 Häusliche Dienst, 4.568 Selbständige, 2.526 Mithelfende Familienangehörige, 3.795 Beamte, 5.350 Angestellte, 11.156 Arbeiter, 2.036 Hausangestellte. Zur Wirtschaftsstruktur des Landesarbeitsamtsbezirkes Niedersachsen, siehe: StAO, Best. 265 Nr. 2002.

¹⁴² Steitz, Ulf, Die industrielle Entwicklung Oldenburgs 1845-1945, in: Stadt Oldenburg (Hg.), Moderne Zeiten. Industrie- und Arbeiterkultur in Oldenburg 1845 bis 1945, Oldenburg 1989, S. 11-77, hier: S. 40f.

Maschinen bei Stadteinwärts wehendem Wind die Bürger der „Garten- und Beamtenstadt“ Oldenburg verärgern könnte. ¹⁴³

Im Stadtkern Oldenburg hatten zahlreiche Reichs- und zentrale Landesbehörden ihren Sitz. Das Wirtschaftsleben der Stadt wurde vom Handwerk und dem Handel dominiert. Ergänzt wurden diese mit den oben genannten Industrieansiedlungen im Ortsteil Osternburg und einem ausgeprägten Bankwesen (Commerz- und Privatbank Aktiengesellschaft Filiale Oldenburg, Fortmann und Söhne Bankgeschäft, Gewerbe- und Handelsbank, Landessparkasse Oldenburg, Oldenburger Beamtenbank, Oldenburgische Landesbank, Oldenburgische Landwirtschaftsbank, Staatliche Kreditanstalt Oldenburg-Bremen Zweigniederlassung Oldenburg, Bremer Landesbank Zweigniederlassung Oldenburg). Als Mittelpunkt eines überwiegend landwirtschaftlich geprägten Landes besaß die Stadt Oldenburg in den Hengstkörungen, den Zuchtviehversteigerungen der Oldenburgischen Herdbuch-Gesellschaft, dem Städtischen Schlachtviehmarkt, der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft und ähnlichen Betrieben, bedeutende Einrichtungen für den Absatz und die Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Angesichts zahlreicher Firmenzusammenbrüche seit dem Kriegsende 1918, wurde die Förderung der Industrie zur wichtigsten wirtschaftspolitischen Aufgabe der Stadtverwaltung Oldenburg. Der Haushalt der Stadt, der aufgrund steigender Sozialausgaben infolge weitverbreiteter Arbeitslosigkeit stark belastet wurde, konnte nur durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze stabilisiert werden. Eine der wichtigsten Firmenansiedlungen nach dem Ersten Weltkrieg war die Gründung der Georg Böltz Fleischwarenfabrik. Am 8. September 1923 wurde in der Böltz AG Richtfest gefeiert und im Oktober 1924 die Produktion aufgenommen. Diese Entscheidung hatte zwei positive Effekte auf die Oldenburger Wirtschaft. Zum einen konnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden und zum anderen wurde die Landwirtschaft gestützt. Das Agrarland Oldenburg als Zentrum der Schweinemast bot die besten Voraussetzungen für diese Art der landwirtschaftlichen Veredelungsindustrie. Die Landwirte erhielten Mastverträge, welche ihnen in der Zeit wirtschaftlicher Unsicherheit die Existenz sicherten.¹⁴⁴ In der Oldenburger Fleischwarenfabrik konnten täglich 1.500 Schweine und 100 Rinder zu Fleisch- und Wurstwaren verarbeitet werden. Eine solche Produktionskapazität wurde in jener Zeit von keiner anderen Fleischwarenfabrik in Europa erreicht.

¹⁴³ Zitiert nach: Roßmann, S. 4.

¹⁴⁴ Meyer, Geschichte der Oldenburger Fleischwarenfabrik, S. 7.

Das Oldenburger Unternehmen war somit die größte und modernste Fleischwarenfabrik des Kontinents.¹⁴⁵ Durch die einsetzende Agrarkrise ab 1927/28 geriet die Bölts AG allerdings drei Jahre nach Betriebseröffnung in eine schwere Krise. Die Zinsen, die für die immensen Kapitalinvestitionen gezahlt werden mussten und mangelnde Kapazitätsauslastung verteuerten die Produktionskosten derart, dass die Fleischerzeugnisse schließlich nur noch mit hohen Verlusten abgesetzt werden konnten. Um einen Konkurs abzuwenden, musste die Bölts AG verkauft werden. Für 3,5 Millionen Reichsmark ging die gesamte Anlage in den Besitz des Zentralverbandes der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (GEG) über. Am 28. November 1927 wurde die Produktion unter neuem Firmenlabel mit 228 Arbeitskräften wieder aufgenommen.

Ein weiterer wichtiger Arbeitgeber des Landes war die Osternburger Glashütte. Diese geriet nach dem Ersten Weltkrieg ebenfalls in eine schwere Krise und erreichte nie wieder die Stärke der Vorkriegszeit und sank ab etwa 1924 bis 1925 kontinuierlich bis zur Stilllegung des Werkes im Jahre 1931.¹⁴⁶ Erst 1935 konnte die Glashütte ihre Produktion wieder aufnehmen. Eine allgemeine Arbeitsplatzunsicherheit prägte zunehmend das Bewusstsein der Arbeiterschaft in Oldenburg. Im Jahr 1931 wurden insgesamt 230 neue Konkurse und Vergleichsverfahren im Land Oldenburg angemeldet.¹⁴⁷ Vor allem ungelernete Arbeiter und Jugendliche waren am stärksten von der Zunahme der Arbeitslosigkeit betroffen. Diese Gruppe erlebte keine „goldenen Zwanziger Jahre“, für sie waren dies eher „schwarze Jahre“, geprägt von zunehmenden Entlassungen und wachsenden existenziellen Sorgen, die schließlich in der Massenarbeitslosigkeit während der Endphase der Weimarer Republik ihren Höhepunkt fanden.¹⁴⁸ Vor allem bei Jugendlichen wurde dieser soziale Ausschluss das Ferment für eine politische Radikalisierung. Der Weimarer Staat tat zu wenig, um diese Menschen in die Gesellschaft zu integrieren. Im Gegenteil, die Notverordnung, vom 5. Juni 1931, senkte die Unterstützungssätze um fünf Prozentpunkte, was eine durchschnittliche Senkung des Unterstützungsniveaus um zehn bis zwölf Prozent bewirkte. Jugendliche unter 21 Jahren erhielten grundsätzlich keine Versicherungsleistung mehr, wenn einem ein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch zustand.¹⁴⁹

¹⁴⁵ Ebd., S. 14.

¹⁴⁶ Roßmann, S. 63.

¹⁴⁷ StAO, Best. 265, Nr. 373.

¹⁴⁸ Roßmann, S. 64.

¹⁴⁹ Kahrs, Horst, Arbeitsmarktpolitik im Land Oldenburg 1930-1936, Bd. 1, Oldenburg 1994, S. 38.

Nach der Übernahme der Landesregierung, am 16. Juni 1932, konzentrierten sich die Nationalsozialisten unter arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Aspekten, vor allem auf die Sanierung der Staatsfinanzen und die Beschäftigung von Arbeitslosen, insbesondere von Wohlfahrtserwerblosen. In der Verordnung „*betreffend Arbeitsbeschaffung und Unterhaltung der Arbeitslosen*“, vom 6. Juli 1932, wurden beide Aspekte kombiniert. Steuerschuldern konnte ein Teil der Hauszinssteuer erlassen werden, wenn sie in doppelter Höhe der Steuerschuld Hausreparaturen vornehmen ließen. Ausstehende Beträge aus der Grund- und Gebäudesteuer konnten ganz oder teilweise in Naturalien beglichen werden, die wiederum zur Förderung des Freiwilligen Arbeitsdienstes oder zur Unterstützung Erwerbsloser verwendet werden sollten.¹⁵⁰ Der forcierte Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes, als einem der wichtigsten Programmpunkte der nationalsozialistischen Partei, war bereits, am 30. Juni 1932, beschlossen worden. Der Arbeitsdienst hatte dabei eine doppelte Funktion, zum einen sollten Arbeitslose in Arbeit gebracht werden und zum anderen fungierte der Arbeitsdienst als wichtiges Erziehungsinstrument. So erklärte Carl Röver: „*Sie, meine Kameraden vom Arbeitsdienst, als Träger der Weltanschauung Adolf Hitlers, müssen sich dafür einsetzen, dass jeder Volksgenosse, der aus dem Freiwilligen Arbeitsdienst zurückkehrt, als Kämpfer zurückkehrt.*“¹⁵¹ Das Arbeitslager Ahlhorn wurde, am 8. August 1932, als Oldenburgs erstes staatliches nationalsozialistisches Arbeitslager gegründet.¹⁵² Sofort nach seinem Amtsantritt hatte Ministerpräsident Röver einen Aufruf an die oldenburgische Bevölkerung erlassen, in dem jugendliche Arbeitslose bis 25 Jahren aufgefordert wurden, sich für den freiwilligen Arbeitsdienst zu melden. Wie sich später herausstellte, war diese Aufforderung ausschließlich an die eigenen SA-Männer gerichtet. Aus der Zahl der jugendlichen Arbeitslosen, die sich für den Arbeitsdienst gemeldet hatten, wurden 150 ausgewählt. Von diesen 150 gehörten 148 der SA und zwei dem „Stahlhelm“ an. Nach den Richtlinien des Sachbearbeiters für den Arbeitsdienst Oberst Konstantin Hierl, sollten diese in Ahlhorn als „Führerkorps“ ausgebildet und später über sämtliche oldenburgische Arbeitslager verteilt werden. Diese Intention der nationalsozialistischen Landesregierung stieß auf harsche Kritik. Die sozialdemokratische Presse forderte, am 15. August 1932, vom Reichsarbeitsministerium „*dass es sich gegen die Verschleuderung von Reichsgeldern für nationalsozialistische Parteizwecke mit aller Energie zur Wehr setzt. Es muss dafür gesorgt werden, dass aus dem Arbeitsdienst in Oldenburg die nationalsozialistische Parteibuchwirtschaft ferngehalten wird!*“¹⁵³

¹⁵⁰ Kahrs, Horst, Arbeitsmarktpolitik im Land Oldenburg 1930-1936, Bd. 2, Oldenburg 1994, S. 480.

¹⁵¹ OIStZ v. 6. April 1934.

¹⁵² Ebd.

¹⁵³ StAO, Best. 265 Nr. 373.

Bei der Entlohnung der Notstands- und Fürsorgearbeiter übernahm die nationalsozialistische Landesregierung die Pläne der Vorgängerregierung, einen landeseinheitlichen Notstandsarbeiterlohn einzuführen. Bei der Vorbereitung des Papen-Programms empfahl Minister Franz Driver (Zentrum) den Ämtern und Gemeinden, bei der Planung und vorläufigen Kostenberechnung „*einen einheitlichen Stundenlohn von 0,54 RM für den Tiefbauarbeiter und 0,85 RM für den Steinsetzer anzunehmen*“.¹⁵⁴ Hierbei handelte es sich um die Tarifsätze in der niedrigsten Ortsklasse nach der allgemeinen Tariflohnsenkung. Als Ende Juli 1932 die Arbeiten zur Verlegung des Huntedeichs unterhalb Oldenburgs mit Mitteln des Papen-Programms und im Auftrag der Reichswasserstraßenverwaltung begonnen wurden, hatte das Landesarbeitsamt auf Antrag der Landesregierung den Stundenlohn auf 0,54 RM festgesetzt, obwohl am Arbeitsort für die Stadt Oldenburg und die umliegenden Gebiete, nach bestehendem Tarifvertrag, der Stundenlohn 0,65 RM betrug.¹⁵⁵ Die Folge war, dass die betroffenen 500 Notstandsarbeiter in einen Streik traten. Dies brachte die nationalsozialistische Landesregierung in eine kompromittierende Lage. Schließlich war es Röver selbst, der einige Tage zuvor, scharf die Kürzungspolitik der Papen-Regierung angriff und dabei Löhne bei den staatlichen Beschäftigungsmaßnahmen forderte, die den Lebensunterhalt sichern und nicht den Arbeiter demütigen.¹⁵⁶ Nach acht Streiktagen mit entsprechendem Einkommensausfall, konnte der Streik nicht weiter aufrecht erhalten werden. Die Arbeitslosen kehrten nach und nach zur Baustelle zurück. Damit behielt der neue Einheitslohn seine Gültigkeit und war erstmals in einem höher eingestuftem Lohngebiet gegen den Widerstand der Erwerbslosenarbeiter und Gewerkschaften durchgesetzt worden.¹⁵⁷ Am 14. Januar 1933 gab die Landesregierung eine Verfügung heraus in der bekräftigt wurde, dass für die Maßnahmen des Oldenburger Arbeitsbeschaffungsprogramms (Fürsorgearbeiten) der Stundenlohn von 0,54 RM (dazu kam die „Kinderzulage“ von 1,25 RM je Woche) gelte, der bei den Arbeiten des Papen-Programms (Notstandsarbeiten) angewandt werde. Die Regierung verpflichtete die Träger der Arbeiten „*diesen Lohnsatz nicht zu überschreiten*“, wobei sie davon ausging, „*dass 42 Stunden in der Woche gearbeitet wird*“.

¹⁵⁴ Zitiert nach: Kahrs, Bd. 2, S. 521.

¹⁵⁵ Ebd.

¹⁵⁶ In dem Protestschreiben der oldenburgischen Landesregierung gegen die Unterstützungskürzungen durch die Notverordnung, vom 14. Juli 1932, heißt es unter anderem: „*Die Unterstützungssätze in der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge sind durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 bzw. [sic!] durch die auf Grund der Notverordnung erlassene Verordnung über die Höhe der Arbeitslosenunterstützung und die Durchführung öffentlicher Arbeiten vom 16. Juni 1932 derart, insbesondere in den unteren und mittleren Lohnklassen, gesenkt worden, dass die Unterstützung durchweg nicht ausreicht, um die zum Lebensunterhalt notwendigen Aufwendungen der Hilfsbedürftigen zu decken.*“ Aus: StAO, Best. 136, Nr. 6364.

¹⁵⁷ Kahrs, Bd. 2, S. 522.

Mit diesem Zusatz wurde eine Art Mindestlohn von 22,68 RM für das Oldenburger Land anerkannt.¹⁵⁸ Jedoch stieß selbst diese niedrige Lohnregelung auf heftigen Widerstand durch die Interessenvertretungen der Industrie und der Landwirtschaft. Die oldenburgische Regierung reagierte auf diesen Druck und erklärte, dass der verfügte Stundenlohn von 0,54 RM „*mur als Höchstlohn*“ anzusehen sei und gegen eine niedrigere Festsetzung keine Bedenken bestünden.¹⁵⁹ Auch nach der reichsweiten „Machtergreifung“ blieben die Löhne im gesamten Oldenburger Land auf diesem niedrigen Niveau. Das einzige was sich ab 1933 gravierend änderte, es gab keine Arbeitnehmerorganisation mehr, welche die Arbeiterschaft in einen Arbeitskampf hätte führen können. Die Oldenburger Landesregierung versuchte die niedrigen Löhne damit zu rechtfertigen, dass sie zuerst rücksichtslos gegen die Arbeitslosigkeit vorgehen müsse. In diesem Zusammenhang erklärte der Gauwirtschaftsberater Weser-Ems Hermann Fromm: „*Vorerst sei mit allen Mitteln an der Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu arbeiten. Dann werde mit aller Energie an die Hebung des Lebensstandards jedes Volksgenossen herangegangen werden.*“¹⁶⁰

Obwohl die NSDAP im Landtagswahlkampf 1932 massiv die Politik der sinkenden Löhne und staatlichen Ausgabenkürzungen verurteilt hatte, musste sie nach Amtsantritt feststellen, dass der finanzielle Spielraum Oldenburgs sehr begrenzt war. Somit blieb den Nationalsozialisten nach ihrem Wahlsieg nichts anderes übrig, als mit der Reichsregierung zusammenzuarbeiten und ihre Arbeitsbeschaffungsprogramme zu kopieren. Die NSDAP, die bis dahin radikale Systemkritik geübt hatte, musste sich anpassen und mit Berlin kooperieren. Ohne die finanziellen Hilfsmaßnahmen der Reichsregierung (beispielsweise aus dem Straßenbauprogramm der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, Kurzform: „Öffa“) war die oldenburgische Landesregierung kaum handlungsfähig. Damit enttäuschten die Nationalsozialisten viele ihrer Anhänger, was sich auch am Ergebnis der Reichstagswahl im November 1932 ablesen lässt. Die NSDAP konnte „nur“ noch 38,6% der Wählerstimmen auf sich vereinen. Damit verlor die Partei prozentual am stärksten im Freistaat Oldenburg. Viele große Ankündigungen und schwere Vorwürfe gegenüber der Reichsregierung im Wahlkampf, aber fast überhaupt keine tatsächlichen, konkreten politischen Entscheidungen, die eine wesentliche wirtschaftliche Verbesserung in Oldenburg herbeigeführt hätten. So sah die Bilanz der NS-Landesregierung bis zur „Machtergreifung“ in Berlin aus.

¹⁵⁸ Ebd., S. 524.

¹⁵⁹ Ebd., S. 528.

¹⁶⁰ OIStZ v. 20. April 1934.

Fast alle politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung Röver zeichneten sich letztlich durch Populismus und Dilettantismus aus.¹⁶¹ Ohne die „Machtergreifung“ der NSDAP in Berlin, am 30. Januar 1933, wäre die Alleinherrschaft der NS-Regierung unter Ministerpräsident Röver in Oldenburg kläglich gescheitert.¹⁶²

Erst mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933, dem sogenannten Reinhardt-Programm, konnten größere Arbeitsbeschaffungsprojekte in Oldenburg finanziert werden. Die unmittelbar arbeitsbeschaffenden Maßnahmen waren im ersten Paragraphen des Gesetzes enthalten und umfassten ein Volumen von 1 Milliarde RM, von der 994,3 Millionen RM bis Ende 1936 ausgezahlt wurden.¹⁶³ Das auf Oldenburg entfallende Kontingent betrug 4,985 Millionen RM. Der Abbau der Arbeitslosigkeit erfolgte durch staatliche Infrastrukturprojekte. Um die Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen, nahm die Bauwirtschaft eine Schlüsselstellung ein. Das NS-Regime sah es als notwendig an, dass der Staat der Bauwirtschaft Aufträge zuweist, die aus dem Haushalt finanziert werden mussten. Die Bauwirtschaft erhielt den Status eines strategischen Sektors bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die schlechte Auftragslage in der Bauwirtschaft, welche über 30 weitere Industrien umfasste, führte zu einem signifikanten Anstieg der Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich. Die Krise in der Bauwirtschaft löste eine Kettenreaktion aus und führte auch in anderen wirtschaftlichen Zweigen zu enormen Problemen. Es war bekannt, dass mit einem Beschäftigten im Bausektor, drei weitere Arbeitsplätze in anderen Industriezweigen geschaffen werden. Ab 1930 stagnierte sowohl der Hoch- als auch Tiefbau. Die Baustoffindustrie geriet dadurch ebenfalls in eine sehr schwierige Lage, da sie direkt mit der Auftragslage im Baugewerbe verbunden war. Für Oldenburg ist hier ganz klar die Klinkerindustrie zu nennen. Dieser Strategie folgend, wurde in Oldenburg vor allem in folgende Bereiche investiert: 1. Straßenbau (1933-1936 über 500 Kilometer), 2. Erschließung von Mooren und Ödland, 3. Ausbau des Küstenkanals, dieser wurde offiziell, am 28. September 1935, mit einer Länge von 69,65 km für den Verkehr frei gegeben, 4. Deichverstärkungsarbeiten in Ostfriesland, 5. „Wiederwehrhaftmachung“, Neubau und

¹⁶¹ Auch die NS-Führungsrige in Berlin war sich der Unfähigkeit der Regierung Röver bewusst. Für Joseph Goebbels war Röver zwar ein „*braver, alter Nationalsozialist*“, jedoch mit begrenzten intellektuellen Kapazitäten. So steht in seinem Tagebuch (Eintrag vom 13. Juni 1942): „*So sind auch in Oldenburg eine ganze Reihe von Interessen gepflegt worden, die mehr dem Bildungsstand und dem Begriffsvermögen Rövers als den allgemeinen politischen Notwendigkeiten Rechnung trugen.*“ Zitiert nach: Fröhlich, Elke (Hg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 4, Teil 2, München 1995, S. 517.

¹⁶² Niemann, Hans-Werner, Wirtschaftsgeschichte Niedersachsens 1918-1945, in: Steinwascher, Gerd (Hg.), Geschichte Niedersachsens, Bd. 5: Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung, Hannover 2010, S. 487.

¹⁶³ Kahrs, Bd. 2, S. 634.

Erweiterung von militärischen Objekten.¹⁶⁴ Neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfüllten die Baumassnahmen auch eine propagandistische Funktion. So wurde die Einführung des Trollibussystems in der Stadt Oldenburg im Februar 1937 als großer Erfolg der nationalsozialistischen Aufbauarbeit gefeiert. Mit Veränderungen im Stadtbild, den Ausbau der Straßen, neuen Siedlungen, Verkehrsverbesserungen sollte das „Dritte Reich“ emotional erlebbar und ein Aufschwung suggeriert werden.

Verteilung der Mittel für unmittelbar beschäftigungswirksame Maßnahmen im Reinhardt-Programm und bereitgestellte Kontingente für Oldenburg ab 1933 (in Millionen RM).¹⁶⁵ Hier ist auch die Schlüsselstellung der Bauwirtschaft zu erkennen.

Maßnahme (Ziffer des § 1)	Stand am 1. Okt. 1936	Kontingent Oldenburg
1. Instandsetzungs- u. Ergänzungsarbeiten an öffentlichen Baueinheiten	169,1	2,7
2. Instandsetzung von Wohngebäuden usw.	72,0	0,36
3. Vorstädtische Kleinsiedlung	113,8	?
4. Landwirtschaftliche Siedlung	43,5	?
5. Flussregulierung, Maßnahmen der Reichs- wasserstrassenverwaltung, landwirtschaftliche Meliorationen	198,1	1,4
6. Versorgungsbetriebe	115,5	0,15
7. Tiefbauarbeiten (Erdarbeiten)	139,9	0,375
8. Sachleistungen an Hilfsbedürftige (Bedarfsdeckungsscheine)	-	
9. Sonstige ¹⁶⁶	142,5	?
Summe	994,3	4,985

Der Bau von Wohnungen, vor allem sogenannter „Kleinstwohnungen“¹⁶⁷, für ärmere Bevölkerungsgruppen, wurde zwar propagandistisch hervorgehoben, stagnierte allerdings ab

¹⁶⁴ OStZ v. 30. Januar 1937.

¹⁶⁵ StAO, Best. 136, Nr. 11868; Tabelle ebenfalls abgedruckt in: Kahrs, Bd. 2, S. 635.

¹⁶⁶ In der Rubrik „Sonstige“ befinden sich unter anderem Mittel für den Straßenbau. Für diesen waren ursprünglich wegen des bevorstehenden Reichsautobahngesetzes keine Mittel vorgesehen, dann doch zunächst 25 Millionen RM und im Rahmen des Programms der „Winterarbeiten“ 1933/34 nochmals 30 Millionen RM bereitgestellt. Siehe: Kahrs, Bd. 2, S. 634.

1935/36 immer stärker. Zum einen hatten militärische Anlagen klare Priorität zum anderen aber stiegen die Baukosten immer stärker an. Dieses geht aus einem Schreiben des Amtshauptmannes für Friesland, vom 29. Mai 1935, hervor. Hier heißt es: *„Für den Betrag von 3.000 RM bzw. 3.300 RM lassen sich heute auch bei Anwendung der einfachsten Bauweise keine Kleinstwohnungen mehr erstellen. Die vorstädtische Kleinsiedlungen kosten heute bereits 3.700 RM – 4.000 RM ohne Grunderwerbskosten. Die Mehrkosten sind auf die Verteuerung der Baumaterialien zurückzuführen. Die Höchstgrenze für die Baukosten müsste so mithin 4.000 RM betragen. [...] Auch in hiesigen Bezirk macht sich der Mangel an Kleinstwohnungen sehr stark bemerkbar durch den Zuzug von Arbeitern der Rüstungsindustrie.“*¹⁶⁸

Wie in anderen Teilen Deutschlands ist auch für das Land Oldenburg festzustellen, dass erst ab 1935 in einem größeren Umfang der Abbau der Arbeitslosigkeit einsetzte, zu einem Zeitpunkt, an dem mit einer vermehrten Rüstungsproduktion begonnen und die militärische Infrastruktur ausgebaut wurde. Ab 1935 stieg die Nachfrage für militärische Objekte so stark an, dass die Ziegelindustrie in Oldenburg kaum in der Lage war den Materialbedarf zu decken.¹⁶⁹ So brachte auch erst die Einrichtung einer Garnison in Delmenhorst eine wirkliche Entlastung auf dem städtischen Arbeitsmarkt. *„Viele Arbeiter fanden seit der Wiederaufrüstung bei ähnlichen Arbeiten Unterkunft. Im März 1936 arbeiteten auf dem Flugplatz Adelheide rund 3.500 Arbeiter, davon reichlich 2.000 Delmenhorster und beim Kasernenbau außerdem 200. Dazu beschäftigte die Heeresleitung rund 200 auf dem Flugplatz Rotenburg, darunter etwa 150 aus Delmenhorst.“*¹⁷⁰ Auch die Stadt Oldenburg profitierte durch das „Gesetz über den Aufbau der deutschen Wehrmacht“ vom 16. März 1935. Hier zog, am 10. August 1936, die Flakabteilung 32 in die Donnerschwee-Kaserne ein.¹⁷¹ Zu diesem Anlass wurde die Flakartillerie durch die Stadt gefahren und auf dem Marktplatz eine große Feier abgehalten. Hier erklärte der stellvertretende Gauleiter Georg Joel: *„Wer heute das Ehrenkleid des deutschen Soldaten trägt, der dankt es dem Führer und seiner Bewegung.“*¹⁷²

¹⁶⁷ Die Kleinstwohnungen sollten für kinderreiche Familien bis zu einem Einkommen von 150,- RM monatlich geschaffen werden.

¹⁶⁸ StAO, Best. 137, Nr. 5901.

¹⁶⁹ Lampe, Klaus, Wirtschaft und Verkehr im Landesteil Oldenburg von 1800 bis 1945, in: Eckhardt, Albrecht u. Schmidt, Heinrich (Hgg.), Geschichte des Landes Oldenburg, Oldenburg 1987, S. 709-762, hier: S. 755.

¹⁷⁰ Zitiert nach: Glöckner, S. 82.

¹⁷¹ Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges waren in Oldenburg ab 1924 der Stab des Infanterie-Regiments Nr. 16, der Stab des III. Bataillons, drei Kompanien und jeweils eine Maschinengewehr- und Minenwerferkompanie stationiert. Siehe: Gilly, Wilhelm, Festung und Garnison Oldenburg, Oldenburg 1981, S. 48.

¹⁷² Zitiert nach: OlStZ v. 11. August 1936.

Am 5. März 1937 bekam die Flakabteilung 32 unter großer Anteilnahme der Bevölkerung auf dem Pferdemarkt ihre neue Truppenfahne „Trotzig und Treu!“ überreicht. In der Stadt Oldenburg wurden 1936 bereits 6.069 Militärpersonen registriert: 97 Offiziere, 45 Beamte, 1.068 Unteroffiziere und 4.859 Soldaten.¹⁷³ Mit der steigenden Anzahl von Militärangehörigen entstand auch eine Reihe von neuen Wehrmachtsanlagen.¹⁷⁴ So schrieb der Stadtoberbaurat Wilhelm Dursthoff 1943: „*Die Erringung der Wehrhoheit brachte für Oldenburg eine wesentliche Verstärkung seiner Garnison. Mit einem dem nationalsozialistischen Staate eigenen Schwunge wurden in Oldenburg Wehrmachtsbauten großen Ausmaßes und charakteristischen Gepräges angefangen und in kürzester Zeit fertiggestellt [sic!]. In den verschiedensten Stadtteilen entstanden Bauten und Anlagen für Heer und Luftwaffe.*“¹⁷⁵

Festzuhalten bleibt allerdings, dass während des Nationalsozialismus die industrielle Entwicklung im Land Oldenburg nicht in dem Ausmaß erfolgt ist, wie in manchen anderen Gebieten Deutschlands, beispielsweise in Mitteldeutschland oder im Braunschweigischen. Neue Großindustrie ist nicht entstanden.¹⁷⁶ Am meisten konnten das Baugewerbe und seine Nebengewerbe von der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik profitieren. Hier ist vor allem die einheimische Torf- und Ziegelindustrie zu nennen. Was die Rüstungsindustrie angeht, waren in Oldenburg vor allem die Flugzeugwerke an der Unterweser von strategischer Bedeutung.¹⁷⁷ Ab 1942/43 konzentrierte sich die Fertigung bei Focke-Wulf fast ausschließlich auf die Produktion von Jagdflugzeugen, auch unter dem Begriff „Jägerprogramm“ bekannt.¹⁷⁸ Während des Zweiten Weltkrieges wurden zunehmend kleinere Oldenburger Betriebe in die Herstellung von Rüstungsgütern einbezogen.

¹⁷³ StAO, Best. 262-1, Nr. 0-486.

¹⁷⁴ Der Flugplatz in Oldenburg wurde 1936 für die Deutsche Luftwaffe zum „Fliegerhorst“ mit einer „Kampffliegerschule“ umgestaltet, in Oldenburg-Kreyenbrück entstanden 1937 eine neue Kasernenanlage, die „Hindenburg-Kaserne“ und ein Standortlazarett. Darüber hinaus wurden weitere militärische Objekte errichtet: ein Standortübungsplatz (Oldenburg-Bümmerstede), ein Heeresverpflegungslager, eine Heeresfachschule, Schießanlagen, ein Munitionslager und der Sitz des Wehrbezirkskommandos I und II. Siehe: Gilly, S. 48f. u. 77f.

¹⁷⁵ Dursthoff, Wilhelm, Eine Wanderung durch die Baugeschichte der Stadt Oldenburg, in: Gauhauptstadt Oldenburg (Hg.), Oldenburg. Gauhauptstadt im Gau Weser-Ems, Oldenburg 1943, S. 20-32, hier: S. 30.

¹⁷⁶ StAO, Best. 265, Nr. 373.

¹⁷⁷ Ausgenommen die Kriegsmarinewerft (KMW) Wilhelmshaven. Diese war die bedeutendste Marinewerft des Deutschen Reiches. Hier wurde unter anderem der 143 Millionen RM teure Schlachtkreuzer „Scharnhorst“ (Stapellauf am 3. Oktober 1936) gebaut. Einen allgemeinen Überblick zur Marinewerft Wilhelmshaven bietet: Koop, Gerhard, Galle, Kurt u. Klein, Fritz (Hgg.), Von der kaiserlichen Werft zum Marinearsenal, München 1982.

¹⁷⁸ Hoffmann, Katharina, Ausländische ZwangsarbeiterInnen in Oldenburg während des Zweiten Weltkrieges. Eine Rekonstruktion der Lebensverhältnisse und Analyse von Erinnerungen deutscher und polnischer ZeitzeugInnen, Oldenburg 2000, S. 19f.

Unter dem Begriff „Wehrwirtschaftsbetriebe“ wurden mehrere Unternehmen erfasst, die für den Nachschub von Heer, Luftwaffe und Marine arbeiteten.¹⁷⁹

2. „Butter und Kanonen“? Die „Realität“ von Konsum im „Dritten Reich“

John Maynard Keynes hat die Wirtschaft seinerzeit als einen funktionierenden Motor beschrieben. Die Frage sei nur, wie dieser Motor gestartet wird. Jede Wirtschaft wird von drei Faktoren angetrieben: Privathaushalte, Unternehmen und Staat. Wenn eine Krise herrscht, Privathaushalte und Unternehmen keine finanziellen Mittel haben, um damit zu konsumieren beziehungsweise zu investieren, muss nach Keynes der Staat durch Investitionen die Wirtschaft ankurbeln und damit den Motor in Gang setzen. Das „Dritte Reich“ folgte prinzipiell dieser Theorie, modifizierte Keynes Auffassung jedoch in einem entscheidenden Punkt. Nicht die zivile Nachfrage und damit die Konsumgüterindustrie sollte gestärkt werden, sondern die Rüstungsindustrie.¹⁸⁰

Für Adolf Hitler waren die Bekämpfung der Wirtschaftskrise und die räumliche Expansion zwei fest miteinander verknüpfte Ziele. Für ihn stand fest, dass nur die Eroberung von „Lebensraum“ ein Wachstum des Lebensstandards für die rassistisch klar definierte deutsche Bevölkerung ermöglichen könne. In seiner Rede vor Generälen der Reichswehr, am 3. Februar 1933, erklärte Hitler: *„Wie kann Deutschland nun gerettet werden? Wie kann man die Arbeitslosigkeit beseitigen! [sic!] Ich bin seit 14 Jahren ein Prophet, und sage immer wieder: all diese Wirtschaftspläne, die Kreditgewährung an die Industrie, die staatlichen Subventionen sind Unsinn. Man kann die Arbeitslosigkeit auf zweierlei Art beseitigen: 1.) durch Export auf [sic!] jeden Preis und mit jedem Mittel 2.) durch groß angelegte*

¹⁷⁹ Ebd., S. 20.

¹⁸⁰ Auch John Maynard Keynes erkannte in der Aufrüstung einen wichtigen wirtschaftlichen Faktor. In einem Artikel des US-amerikanischen Magazins „The New Republic“, vom 29. Juli 1940, schreibt er: *„Eure Vorbereitung für den Krieg, nicht nur das sie von euch keine Opfer fordert, im Gegenteil, sie ist ein Anreiz zur Erhöhung des individuellen Verbrauchs und führt zur Erhöhung des Lebensstandards. Dies würde euch weder ein Erfolg noch Misserfolg des „New Deal“ ermöglichen.“* (gemeint war das Wirtschaftsprogramm „New Deal“ von US-Präsident Franklin Roosevelt). Zitiert nach: Dimitrijevic, Vladimir, Nekom rat, nekom brat, in: Pecat 202 (2012), S. 48. (eigene Übersetzung aus dem Serbischen). Tatsächlich erreichte bereits 1941 die industrielle Produktion in den USA den Stand von 1929. Zwischen 1941 und 1945 betrug das Wachstum der industriellen Produktion 16,5%. Die Investitionen in die Produktion wurden um 65% erhöht. Die Reallöhne in den USA sind während des Zweiten Weltkrieges um 50% gestiegen. Der Verbrauch von Lebensmitteln, vor allem Fleisch, hatte sich in der Kriegszeit um 15-25% erhöht. Der Grund hierfür lag im Wachstum der Rüstungsindustrie. Während des Zweiten Weltkrieges haben die USA unter anderem ca. 300.000 Kampfflugzeuge, ca. 100.000 Panzer und ca. 41 Milliarden Sprengköpfe unterschiedlichen Kalibers produziert. 1944 hatte sich die Zahl der Beschäftigten um 10 Millionen erhöht. Im gleichen Jahr waren nur 1,2% der Bevölkerung arbeitslos. Für den Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman steht fest, dass die USA die große wirtschaftliche Depression der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts nur mit Hilfe der Rüstung für den Zweiten Weltkrieg überwinden konnte. Siehe: Ebd.

*Siedlungspolitik, die eine Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes zur Voraussetzung hat. Dieser letzte Weg wäre mein Vorschlag.*¹⁸¹

Eroberung von „Lebensraum“ war nicht nur eine Propagandafloskel, sondern **die** nationalsozialistische Sicht auf die Welt. Sie verkörperte neben dem Antisemitismus den wichtigsten Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie. In Hitlers Buch „Mein Kampf“ wird detailliert erläutert, warum für das deutsche Volk Eroberung von „Lebensraum“ (präzise Boden und Rohstoffe) vor allem in Osteuropa notwendig sei. Hierauf gründete sich die nationalsozialistische Politik der Ermordung, Deportation und Versklavung der Polen, Ukrainer, Russen und anderer slawischer Völker, die in den Augen der Nationalsozialisten minderwertig waren. Deren gesamte städtische Bevölkerung sollte durch Hunger ausgerottet werden, um auf diese Weise Agrarüberschüsse zu schaffen für eine ausreichende Versorgung der deutschen Bevölkerung in der Heimat und zum anderen um Platz für die „höhere arische Rasse“ zu schaffen. Die Eroberung von „Lebensraum“ wurde mit einem materiell besseren Leben für jeden einzelnen ethnisch-kompatiblen Deutschen gleichgesetzt. Das Bild von einem „besseren Leben“ durch mehr „Lebensraum“ korrespondierte mit der Antriebskraft des Menschen nach Wohlstand zu streben. Letztlich stehen Menschen morgens auf, gehen zur Arbeit, um primär sich und der eigenen Familie einen materiell höheren Lebensstandard zu ermöglichen. Hierdurch konnten die Wohlstandsversprechen durch mehr „Lebensraum“ eine nicht zu unterschätzende Wirkung auf die Bevölkerung entfalten.

Aber auch schon vor der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten, war die Eroberung von „Lebensraum“ eine wichtige Inspiration für die deutsche Intelligenz. Schriften wie Lagardes „Deutsche Schriften“, Langbehns „Rembrandt als Erzieher“ und Moeller van den Brucks „Das Dritte Reich“ waren in der Kaiserzeit und der Weimarer Republik Bestseller. So schreibt Moeller van den Bruck: *„Das deutsche Proletariat müsse den falschen Lehren des Marxismus entrissen und zur Überzeugung gebracht werden, dass die sozialen Unterschiede nur dann beseitigt werden könnten, wenn Deutschlands Bevölkerungsüberschuss in einem erweiterten Reichsgebiet untergebracht sei.“*¹⁸² In seinem 1922 geschriebenen und ein Jahr später veröffentlichten Werk, „Das Dritte Reich“, präzisiert er: *„Diese „zu vielen“ Deutschen könnten die ihnen gebührende soziale Stellung nur durch „sozialistische Außenpolitik“*

¹⁸¹ Zitiert nach: Wirsching, Andreas, „Man kann nur Boden germanisieren“. Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933, in: VfZ 49 (2001), S. 517-550, hier: S. 546.

¹⁸² Zitiert nach: Stern, Fritz, Kulturpessimismus als politische Gefahr, Bern/Stuttgart 1963, S. 290.

wiedergewinnen, durch die Deutschlands Macht und Reichtum vermehrt werde.“¹⁸³ Fritz Stern kommt in seiner, erstmals 1953 erschienen Studie, „Kulturpessimismus als politische Gefahr“, zum Schluss, „die nationalsozialistische Ideologie gleicht der völkischen in Motiv, Form und Inhalt. In ihren negativen Anschauungen sind sie nicht voneinander zu unterscheiden. Beide sahen im Liberalismus ihren Erzfeind, eine fremdländische zersetzende Kraft, die den wahren deutschen Geist verschlinge und das deutsche Reich zerstöre. Beide forderten ein geeintes, größeres „völkisches“ Reich, und beide betonten, dass nur ein „Führer“ ein solches Reich schaffen und regieren könne. [...] Man darf aus dieser Ähnlichkeit schließen, dass die Führer des Nationalsozialismus keine falsche Ideologie geschaffen haben, um damit den politischen Willen der Massen zu beeinflussen; wie das Beispiel der völkischen Kritiker zeigt, sprach eine solche Ideologie zu allen Zeiten sehr viele Menschen an.“¹⁸⁴ Den Konsens zwischen Hitlers Ideen und der Mehrheit der deutschen Bevölkerung hebt auch der Historiker Norbert Frei heraus: „Aus Gründen der nationalen Apologie waren Fragen nach Art und Ausmaß der gesellschaftlichen Zustimmung zum NS-Regime in den ersten Dekaden nach 1945, um das mindeste zu sagen, nicht willkommen. [...] Offensichtlich war es damals zu schwer, und schwer ist es noch immer, mit dem Eingeständnis zu leben, dass sich seinerzeit fast die gesamte deutsche Nation mit Hitler und seinen Zielen identifizierte, in hohem Maße sogar mit seiner Politik gegenüber den Juden.“¹⁸⁵

Bis zum Beginn der 1930er Jahre hingen die meisten Ökonomen und Politiker den Ideen des klassischen Wirtschaftsliberalismus an.¹⁸⁶ Danach fasste man den konjunkturellen Niedergang als „Reinigungskrise“ auf, aus der die Wirtschaft dank ihrer „Selbstheilungskräfte“ gestärkt hervorgehe. Erst ab Ende 1932 erfolgte ein Umdenken. Von der neuen Erkenntnis profitierte nicht mehr die parlamentarisch-demokratische Weimarer Republik, sondern das „Dritte Reich“ Adolf Hitlers. In seiner vierteljährigen Konjunkturberichterstattung, im August 1932, forderte das Institut für Konjunkturforschung (am 18. Juni 1941 in „Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung“ umbenannt) von der Reichsregierung eine aktive Wirtschaftspolitik. Dort heißt es: „Denn eine Erhöhung der Investitionstätigkeit aus privater Initiative – sie gibt den „normalen“ Konjunkturanstoß – kann unter den derzeitigen Umständen nicht erwartet werden, und der Absatz an Verbrauchsgüter und Exportwaren wird wegen schrumpfenden Volkseinkommens und verminderter internationaler Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands eher

¹⁸³ Ebd., S. 307.

¹⁸⁴ Ebd., S. 348.

¹⁸⁵ Frei, Norbert, „Volksgemeinschaft“. Erfahrungsberichte und Lebenswirklichkeit der Hitler-Zeit, in: ders. (Hg.), 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, S. 107-128, hier: S. 127f.

¹⁸⁶ Toose, Ökonomie der Zerstörung, S. 65f.

*abnehmen. Wenn die Wirtschaft sich selbst überlassen bleibt, kann vorerst nicht mehr als günstigstenfalls ein allmählicher Auslauf der Rückgänge in Absatz, Produktion und Beschäftigung erwartet werden.*¹⁸⁷

Die Arbeitsbeschaffungsprogramme der Regierungen Papen und Schleicher, basierend auf öffentliche Arbeiten, welche durch Darlehen der „Öffa“ beziehungsweise der Rentenbank-Kreditanstalt finanziert werden sollten, markierten die Voraussetzungen für eine expansive Arbeitsbeschaffung ab Januar 1933.¹⁸⁸ Im Dezember 1932 konnte das Institut für Konjunkturforschung (IfK) feststellen: *„Die Beschäftigung ist zum ersten Mal konjunkturell leicht gestiegen. Auch Produktion und Umsätze haben sich leicht belebt [...] Die Periode krisenhafter Wirtschaftsschrumpfung dürfte abgeschlossen sein.*¹⁸⁹ Acht Wochen später, wurde Adolf Hitler vom Reichspräsidenten mit der Bildung einer Regierung unter seiner Führung beauftragt.

Nach der „Machtergreifung“ 1933 zeigte sich schnell, dass weder die Nationalsozialisten noch die Deutsch-Nationalen ein ausgearbeitetes Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hatten. Das von Gregor Strasser und dem sogenannten linken Flügel der NSDAP ausgearbeitete und am 10. Mai 1932 vor dem Reichstag vorgetragene „Wirtschaftliche Sofortprogramm“, wurde nach heftiger Kritik aus der Industrie wieder zurückgezogen und im September 1932 durch das „Wirtschaftliche Aufbauprogramm der NSDAP“ ersetzt. Das neue Programm zeichnete sich durch variabel interpretierbare Erklärungen aus. Alle strittigen Passagen wie die antikapitalistischen Anspielungen und das „Recht auf Arbeit“ wurden entfernt. Kern des Aufbauprogramms bildete die Kreditschöpfung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Drei Milliarden Reichsmark sollte die Reichsbank hauptsächlich in Giralgeld bereitstellen und *„nach einer Befruchtung der Wirtschaft“* wieder zurückerhalten.¹⁹⁰ Diese entscheidenden Finanzierungsüberlegungen entstammten keinem genuin nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramm, sondern wurden aus Studien führender Wirtschaftswissenschaftlern wie Wilhelm Lautenbach¹⁹¹ und Robert Friedlaender-

¹⁸⁷ Zitiert nach: Krengel, Rolf, Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung) 1925-1979, Berlin 1986, S. 27f.

¹⁸⁸ Humann, Detlev, „Arbeitsschlacht“. Arbeitsbeschaffung und Propaganda in der NS-Zeit 1933-1939, Göttingen 2011, S. 50f.

¹⁸⁹ Zitiert nach: Krengel, S. 28.

¹⁹⁰ Humann, S. 57.

¹⁹¹ Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium, war einer der ersten, der über ein vollständiges Arbeitsbeschaffungskonzept verfügte. Bereits Mitte 1930 wies er darauf hin, dass nur durch eine bewusste Intervention des Staates ein Konjunkturaufschwung zu erwarten sei. Siehe: Ebd., S. 34f.

Prechtl¹⁹² übernommen. Trotz der im Aufbauprogramm formulierten These, eine Politik der produktiven Geldschöpfung zu führen, zögerte Hitler nach Amtsantritt, dies in die Tat umzusetzen. Erst nach einer Unterredung mit Wilhelm Lautenbach im Frühsommer 1933 war Hitler bereit die Wirtschaftskrise durch eine massive Kreditexpansion zu bekämpfen. Hitler fürchtete anfänglich, durch eine zu großzügige Kreditexpansion die Inflation im Deutschen Reich zu entfachen. Diese Besorgnis wurde ihm durch Lautenbach genommen: *„Herr Hitler, Sie sind jetzt der mächtigste Mann in Deutschland. Nur eines können Sie nicht: Sie können unter den gegenwärtigen Umständen keine Inflation machen, soviel Sie sich auch anstrengen mögen.“*¹⁹³

Der Erfolg der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffung war der entscheidende Faktor im „Kampf um die Herzen“ der Menschen. Beschäftigung war und ist das entscheidende Kriterium für den politischen Erfolg einer Regierung. Die Präsidialregierungen konnten der Bevölkerung nicht glaubhaft vermitteln ein Konzept zu besitzen, die Wirtschaftskrise erfolgreich zu bekämpfen. Im Gegenteil unter ihrer Regentschaft wuchs die soziale Hoffnungslosigkeit immer weiter. Es gab niemanden mehr in der Weimarer Republik, der ignorieren konnte, dass eine immer größer werdende Armut und Elend das ganze Land erfasste und jeden einzelnen Bürger unabhängig von seiner gesellschaftlichen Schicht betraf. Durch das stoppen eines weiteren Verfalls der einheimischen Wirtschaft und dem damit verbundenen Abgleiten des Lebensstandards der Bevölkerung, konnte das NS-Regime in der Propaganda glaubwürdig ein „nationalsozialistisches Wirtschaftswunder“ inszenieren. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit wurde als alleiniger Verdienst des NS-Regimes gefeiert. Die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, die Beschäftigung von Menschen war von elementarer Bedeutung für die Stabilisierung der eigenen Herrschaft. Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit stellten das Fundament, damit die forcierte „Verheißung“ einer kommenden Konsumgesellschaft überhaupt funktionieren konnte. Nach dem „Wirtschaftswunder“ konnte auch glaubwürdig ein kommendes „Konsumwunder“ propagiert werden. So bemerkte Willy Brandt über die Berliner Arbeiter in einem Schreiben an die Auslandszentrale der SAP, vom 29. November 1936, dass *„diese nicht überschwänglich regimetreue geworden seien, aber erst recht*

¹⁹² Veröffentlichte 1931 das Buch: Wirtschaftswende. Die Ursachen der Arbeitslosen-Krise und deren Bekämpfung. Seine Hauptthese lautete, dass der Staat sich von einem „Almosen-Verteiler“ zu einem „Arbeits-Beschaffer“ wandeln muss. Siehe: Ebd., S. 35f.

¹⁹³ Zitiert nach: Kregel, S. 31.

nicht regimefeindlich“. Er schließt seine Ausführungen mit dem Verweis, dass es unter den Arbeitern so etwas wie Zufriedenheit gebe, zumindest Hoffnung auf ein besseres Leben.¹⁹⁴

Der totalitäre NS-Staat sah sich als einzig legitimer Vertreter des Volkswillens und setzte das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft durch. Dieses Wirtschaftssystem definierten führende Nationalsozialisten wie folgt: *„Der Führer gibt Richtlinien, innerhalb der sich die Wirtschaft zu bewegen hat, er gibt die Anregung und die Wirtschaft entwickelt innerhalb des ihr gestellten Aufgabengebietes die private Initiative [...] Der Staat treibt nicht selbst Wirtschaft, er wacht nur darüber, dass die freie Initiative dem völkischen Lebensgrenzen nicht zuwiderläuft.“*¹⁹⁵ Ein solches System wurde in der Forschung häufig mit dem Begriff „Befehlswirtschaft“ oder „Lenkungsirtschaft“ charakterisiert.¹⁹⁶ Die deutsche Wirtschaft musste sich zwei Grundprinzipien unterwerfen: Aufrüstung und Eroberung von „Lebensraum“.¹⁹⁷ Von Beginn an besaß die Aufrüstung für die Reichsregierung oberste Priorität. So argumentierte der Gauwirtschaftsberater Weser-Ems Hermann Fromm: *„Ein Staat, der militärisch gut gerüstet ist und auch über ausreichende Bevölkerungsreserven verfügt, der aber seine gesamte Wirtschaft nicht schon im Frieden auf die Anforderungen eines total geführten Krieg eingestellt hat, wird diesen Krieg niemals gewinnen können. Es ist deshalb notwendig, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft des Landes den militärischen Anforderungen anzupassen [...] Es ist eine geschichtliche Tatsache, dass das Volk die beste Gewähr des Friedens in der eigenen Kraft findet. Sie erhöht den Wert seiner Freundschaft, verleiht berechtigten Ansprüchen Nachdruck und hält kriegerische Gelüste des Nachbarn im Zaun. Der Gedanke des „si vis pacem, para bellum“ kommt deshalb immer wieder in irgendeiner anderen Form zu Ausdruck.“*¹⁹⁸

¹⁹⁴ Zitiert nach: Grebing, Helga, Zu viel „Volksgemeinschaft“ erklärt zu wenig. Anmerkungen zum Thema „Arbeiter im „Dritten Reich“, in: Bitzegeio, Ursula, Kruke, Anja u. Woyke, Meik (Hgg.), Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik, Bonn 2009, S. 481-488, hier: S. 487.

¹⁹⁵ Bychelberg, Horst, „Führer des Volkes – Führer der Wirtschaft“, Berlin 1934. (Aufsatz wurde veröffentlicht in der OIStZ v. 6. Oktober 1934).

¹⁹⁶ König, Wolfgang, Das Scheitern einer nationalsozialistischen Konsumgesellschaft. „Volksprodukte“ in Politik, Propaganda und Gesellschaft des „Dritten Reiches“, in: ZUG 48 (2003), S. 131-163, hier: S. 142.

¹⁹⁷ Nicht nur Osteuropa, sondern der gesamte europäische Kontinent wurde in solche Pläne miteinbezogen. Europa sollte ein Großwirtschaftsraum unter politischer Führung Deutschlands werden. 1937 erklärte Adolf Hitler: *„Uns interessiert Europa mehr als irgend ein einzelner Staat. Unser Volk, unsere Kultur, unsere Wirtschaft kann sich nur in einem größeren europäischen Kontext weiterentwickeln, wir wollen die Europäische Völkergemeinschaft.“* Ein Jahr später präzisierte Reichswirtschaftsminister Walther Funk dieses Vorhaben: *„die Zeit für eine europäische Integration ist gekommen. Die Zeit der nationalen Währungen ist vorbei, die Reichsmark wird die Gemeinschaftswährung eines vereinigten Europas.“* Zitiert nach: Lazanski, Miroslav, „Kako se pere istorija“, in: „Politika“ v. 8. Dezember 2012. (eigene Übersetzung aus dem Serbischen).

¹⁹⁸ Zitiert nach: OIStZ v. 19. Oktober 1938.

Die steigende Bedeutung der Rüstungsausgaben für den deutschen Wirtschaftskreislauf wird auch aus der Studie von Adam Tooze ersichtlich, hiernach lagen die Staatsausgaben 1935 um 70 Prozent höher als im Jahr 1928. Diese basierten fast ausschließlich auf den Militärhaushalt. Allein zwischen 1933 und 1935 stieg der Anteil der Militärausgaben am Volkseinkommen von weniger als 1 Prozent auf nahezu 10 Prozent.¹⁹⁹

Bei der Verfolgung seiner militärischen Pläne, agitierte das NS-Regime erfolgreich bei den wichtigsten deutschen Industrieunternehmen. Diese erkannten, dass ihr eigenes Profitstreben mit der neuen Staatsdoktrin kompatibel war. Die Politik der forcierten Aufrüstung garantierte einen sicheren Absatzmarkt und der Staat entwickelte sich zum größten Abnehmer für die Industrie. Die Löhne folgten dem Aufschwung nicht adäquat und blieben niedriger als in vergleichbar industrialisierten Ländern.²⁰⁰ Dies erlaubte den Unternehmen hohe Gewinne und sicherte dem NS-Regime die Loyalität der Wirtschaft. Viele Unternehmer haben die Aufrüstung und den kommenden Krieg als „*guten Job*“ wahrgenommen.²⁰¹ Tatsächlich war der Entscheidungsspielraum der Unternehmen begrenzt. Sie konnten nur Gewinne erzielen, wenn sich ihre Produktion mit dem Interesse des NS-Regimes überschneidet oder parallel zu dessen Interessen verlief. Avraham Barkai schreibt hierzu: „*Um den Preis schnell ansteigenden hohen Profits verzichteten sie nicht nur auf ihr politisches und auch ihr wirtschaftspolitisches Mitspracherecht, sondern auch auf einen beträchtlichen Teil ihrer Unternehmerinitiative und ihrer betriebswirtschaftlichen Entscheidungsfreiheit.*“²⁰²

Dass die wirtschaftliche Erholung im „Dritten Reich“ hauptsächlich von der Rüstungsindustrie getragen wurde, blieb auch dem Ausland nicht verborgen. Einen Blick von außen auf die Facetten der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, vermittelt ein konsularischer Bericht des jugoslawischen Generalkonsuls in Düsseldorf Dusan Pantic. Unter der Bezeichnung, „Streng Vertraulich. Allgemeine wirtschaftliche und politische Situation in Deutschland, März 1936.“, heißt es: „*Deutschland rüstet auf Hochtouren. Es werden unterirdische Flughäfen gebaut. Die „Krupp“ Fabrik in Essen, die 72.000 Arbeiter beschäftigt, begann mit dem Bau einer Anlage zur Herstellung von Flugzeugmotoren. Jede*

¹⁹⁹ Tooze, *Ökonomie der Zerstörung*, S. 91.

²⁰⁰ Telebakovic, Bosko, *Osobine Nacizma*, in: *Godisnjak 1* (2007), S. 168-195, hier: S. 178.

²⁰¹ Spoerer, Mark, *Die Automobilindustrie im Dritten Reich: Wachstum um jeden Preis?*, in: Gall, Lothar u. Pohl, Manfred (Hgg.), *Unternehmen im Nationalsozialismus*, München 1998, S. 61-68, hier: S. 66.

²⁰² Barkai, Avraham, *Die „stillen Teilhaber“ des NS-Regimes*, in: Gall, Lothar u. Pohl, Manfred (Hgg.), *Unternehmen im Nationalsozialismus*, München 1998, S. 117-120, hier: S. 118; Siehe auch: Buchheim, Christoph u. Scherner, Jonas, *The Role of Private Property in the Nazi Economy. The Case of Industry*, in: *Journal of Economic History* 66 (2006), S. 390-416.

Woche werden geheime Treffen zwischen hohen Offizieren der Wehrmacht und Direktoren von „Krupp“ abgehalten. Bei diesen Treffen werden vor allem Fragen im Zusammenhang mit der Herstellung von neuen Flugzeugmotoren diskutiert. Interessant ist, dass bei „Krupp“ als Experten für Maschinengewehre und Kanonen vier bulgarische Offiziere arbeiten. „Krupp“ liefert auch Kanonen an Sowjetrußland auf Basis von Kompensationsverträgen. Allerdings sind die an Sowjetrußland gelieferten Kanonen von minderer Qualität. In der Fabrik „Demag“, nahe Düsseldorf, arbeiten 15 sowjetische Ingenieure. Diese werden mit der Konstruktion von großen Industriekränen vertraut gemacht. Für jeden Ingenieur zahlt die Sowjetunion 40.000 Reichsmark im Jahr. Für diese 600.000 Reichsmark liefert die Sowjetunion an Deutschland Rohstoffe [...]. Die auf Autarkie setzende Wirtschaftspolitik von Dr. Schacht ist gescheitert. An ihren Erfolg glaubt hier niemand mehr. Alle Versuche und Anstrengungen die deutsche landwirtschaftliche Produktion zu heben, damit keine Nahrungsmittel mehr aus dem Ausland importiert werden müssen, sind erfolglos geblieben. Deutschland fehlen heute zahlreiche Grundnahrungsmittel, wie Fette, Eier, Butter und Fleisch. Deutschland muss weiterhin landwirtschaftliche Erzeugnisse importieren, um die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen zu können. Im Austausch für landwirtschaftliche Erzeugnisse muss Deutschland verstärkt eigene industrielle Produkte im Ausland platzieren, wenn es nicht in eine allgemeine Lage der Verknappung und des Hungers kommen will.“²⁰³

Trotz dieser Kenntnis gab es keinen ernsthaften Versuch von Außen Hitlers massive Aufrüstung zu stoppen. Als ein wichtiger Grund für diese passive Haltung kann der Umstand angeführt werden, dass von der forcierten deutschen Aufrüstung nicht nur einheimische, sondern auch ausländische Unternehmen profitiert haben. Dies belegt ein Schreiben des US-Botschafters William Dodd an US-Präsident Franklin Roosevelt: *„Gegenwärtig haben mehr als einhundert amerikanische Gesellschaften hier Tochtergesellschaften oder direkte Investitionen. „DuPont“ hilft seinen deutschen Geschäftspartnern bei Rüstungsaufträgen. Ihr wichtigster Partner ist das Unternehmen „I.G. Farben“, ein Konzern der enge Beziehungen zur Regierung unterhält und jährlich 200.000 Mark für Werbung in den USA ausgibt. Die Gesellschaft „Standard Oil“ hilft den Deutschen synthetisches Benzin herzustellen und verdient dadurch jährlich 500.000 Dollar.“²⁰⁴*

²⁰³ Archiv des Prinzen Pavle von Jugoslawien, Dokument Nr. 85/36 (Generalkonsulat in Düsseldorf), zitiert nach der Veröffentlichung in „Vecernje Novosti“ vom 29. Dezember 2006. (eigene Übersetzung aus dem Serbischen).

²⁰⁴ Zitiert nach: Dimitrijevic, S. 48. (eigene Übersetzung aus dem Serbischen).

Für die einzelnen Wirtschaftszweige verlief die wirtschaftliche Erholung unterschiedlich. Von der einsetzenden Rüstungskonjunktur profitierten vor allem Branchen die direkt oder indirekt mit der Aufrüstung verbunden waren. Neben dem Maschinenbau war dies die Bauwirtschaft. Das Baugewerbe bildete den Ansatzpunkt bei der Arbeitsbeschaffung und zog aus militärischen Projekten wie Kasernen, Flugplätzen und Rüstungsfabriken großen Nutzen.²⁰⁵ Die starke Expansion der Rüstung nach 1933 hatte zur Folge, dass sich die Produktion von Investitionsgütern bis 1939 in etwa verdreifachte. Dadurch konnte 1935 das Bruttoinlandprodukt etwa wieder den Stand von 1928 erreichen.²⁰⁶

Entwicklung der Industrieproduktion von 1932 bis 1939

	1928	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Produktionsgüter	100	47	56	81	99	114	130	144	148
Verbrauchsgüter	100	74	80	93	91	98	103	108	108
Insgesamt	100	58	66	83	96	107	117	125	132

Index der Industrieproduktion berechnet auf den Vergleichswert 100 im Jahr 1928²⁰⁷

Die strategische Ausrichtung des NS-Regimes begünstigte die Produktionsgüterindustrie und benachteiligte zunehmend die Konsumgüterindustrie. Die Produktionsgüterindustrien wurden durch steuerliche Vergünstigungen, staatliche Aufträge und durch direkte Lenkungsmaßnahmen wie der Rohstoffzuteilung massiv gefördert. Neuere historische Arbeiten belegen, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern während des „Dritten Reiches“ zu keinem Zeitpunkt den Wert von 1928 erreichte.²⁰⁸ Die deutsche Industrieproduktion war von monatlich 2,8 Milliarden RM im Herbst 1932 auf rund 5 Milliarden RM bis Mitte 1935 gestiegen. Den stärksten Anteil hieran hatte die Produktionsgüterindustrie, bei der die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in Prozenten der Gesamtkapazität von 30,4 Prozent im Durchschnitt 1932 auf 65,4 Prozent im August 1935 gestiegen war. Verantwortlich hierfür war das öffentliche Investitionsprogramm, für das in

²⁰⁵ Humann, S. 731.

²⁰⁶ Tooze, *Ökonomie der Zerstörung*, S. 197.

²⁰⁷ Zahlen nach: Petzina, Dietmar, Abelshauer, Werner u. Faust, Anselm, *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch*, Bd. 3: *Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945*, München 1978, S. 61; Ebenfalls abgedruckt in: Humann, S. 733.

²⁰⁸ Spoerer, *Demontage eines Mythos?*, S. 425f; Mit der Einführung des Vierjahresplans 1936 geriet die Konsumgüterindustrie noch stärker ins Hintertreffen. Ziel des Vierjahresplans war die „rücksichtslose“ wirtschaftliche Mobilmachung im Hinblick auf die bevorstehende Kriegsführung, welche die „endgültige Lösung der Lebensnot“ bringen sollte. Siehe: Treue, Wilhelm, *Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1935*, in: VfZ 3 (1955), S. 184-203.

der Zeit von 1932 bis 1935 mehrere Milliarden RM bereitgestellt wurden. Der Einsatz aller, von Seiten der öffentlichen Hand, ermöglichten Auftragserteilungen wirkte sich in der Produktionsgüterindustrie am stärksten aus. So erklärt sich auch, dass von allen Neu- und Ersatzinvestitionen 1935 etwa zwei Drittel direkt oder indirekt unter dem Einfluss des Staates standen, während diese 1928 nur ein Fünftel ausmachten.²⁰⁹ In der Konsumgüterindustrie konnte die Produktionsleistung wiederum, gemessen an der Arbeitsstundenkapazität, von 42,6 Prozent im Monatsdurchschnitt 1932 auf lediglich 54,9 Prozent Mitte 1935 gesteigert werden.²¹⁰ Die Produktion war hier weniger stark gestiegen als in der erstgenannten Industriegruppe. Dies ist ein klarer Indikator dafür, dass die Konsumgüterproduktion eine zweitrangige Bedeutung besaß.

Das Fundament der wirtschaftlichen Erholung basierte eindeutig auf einen Hauptsektor, der Rüstungsindustrie. Der private Konsum als Wachstumstreiber hatte nur eine sekundäre Bedeutung. Dennoch gab es Initiativen des NS-Regimes, die auch der Konsumgüterindustrie zu gute kamen. Wobei diese fast immer mit bevölkerungspolitischen Intentionen gekoppelt waren. Dies soll am Beispiel der Ehestandsdarlehen verdeutlicht werden: Die Ehestandsdarlehen führten zwar zu einer Steigerung der Umsätze bei Möbel, Haus-, Küchen- sowie Beleuchtungsgeräten. Vor allem die Möbel- und Hausratbranche profitierte von den Ehestandsdarlehen, hier vollzog sich ab Oktober 1933 ein merklicher Aufschwung.²¹¹ Der Hauptanlass zur Einführung der Ehestandsdarlehen war allerdings ein bevölkerungspolitischer Grund (Förderung der Eheschließungen und Steigerung der Geburtenrate). Die Gesamtzahl der im ersten Vierteljahr 1934 in den 36 deutschen Großstädten geschlossenen Ehen hatte nach einem Bericht des preußischen Statistischen Landesamtes gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres um 11.892 oder um 52,5% zugenommen. In der Stadt Oldenburg wurden 1934 insgesamt 732 Ehen geschlossen und 1.799 Kinder geboren (1932: 479 Eheschließungen und 1.256 Geburten).²¹² Damit befand sich Deutschland in Europa an erster Stelle vor England, Frankreich und Italien.²¹³ Seit der Einführung der Ehestandsdarlehen im August 1933 wurden im Deutschen Reich bis 1937 insgesamt etwa 878.000 Darlehen in Form von Bedarfsdeckungsscheinen ausgezahlt.²¹⁴

²⁰⁹ Hayler, Franz, Der Einzelhandel im Wirtschaftsaufschwung, in: Deutsche Wirtschafts-Zeitung 46/47 (1935), S. 1082-1086, hier: S. 1082. (Übernommen aus: StAO, Best. 265, Nr. 2156.)

²¹⁰ Ebd., S. 1082f.

²¹¹ Humann, S. 731.

²¹² OIStZ v. 29. März 1935.

²¹³ OIStZ v. 21. Juli 1934.

²¹⁴ Ebd.

Um der großen Anzahl der gestellten Anträge genügen zu können, musste eine Senkung der Durchschnittshöhe (ursprünglich 1000,- RM, später auf 500,- RM reduziert) erfolgen.²¹⁵

Wie aus einem Schreiben der Preisüberwachungsstelle Oldenburg an den Oberfinanzpräsidenten in Bremen, vom 9. März 1939, hervorgeht, gab es in der Bevölkerung wegen dem ständigen Kaufkraftverlust der Bedarfsdeckungsscheine eine permanente Unzufriedenheit. Dies bestätigen auch die internen Indexziffern der Großhandelspreise. Danach ergibt sich folgende Übersicht:²¹⁶

1913=100				
<u>Jahr</u>	<u>Möbel</u>	<u>Hauswäsche</u>	<u>Stoffe</u>	<u>Textilwaren</u>
1933	91,6	126,6	124,3	119,4
1934	92,9	128,2	135,1	127,7
1935	95,1	135,8	139,7	137,8
1936	94,7	136,8	148,5	142,1
1937	94,6	138,1	158,0	150,8
1938	95,1	139,2	155,9	153,7

Neben dem immer stärkeren Kaufkraftverlust der Bedarfsdeckungsscheine, war die fehlende kontinuierliche Warenversorgung ein weiteres großes Problem. Wie aus zahlreichen Berichten der Preisüberwachungsstelle Oldenburg hervorgeht, gab es eine starke Unzufriedenheit bei Ehepaaren, weil diese die gewünschte Ware (Klagen vor allem bei Bettwäsche und Geschirr) in nicht ausreichender Menge bekommen konnten.²¹⁷ Der von der Regierung erlassene Preisstopp, wurde von den Betrieben zum Teil auf abenteuerliche Weise umgangen. Immer öfter entschieden sich die Unternehmen ihre Rohstoffkontingente zu nutzen, um ausschließlich die profitableren teureren Modell zu produzieren. Die Unternehmen hatten spätestens nach der Preisstoppverordnung bei preiswerten Modellen eine zu geringe Gewinnmarge. Die Konsequenz hieraus war, dass beispielsweise bei Geschirr hauptsächlich die teureren Modelle produziert wurden, einfaches und damit preiswertes Geschirr war kaum noch zu bekommen. Ein weiteres Problem, was sich aus dem Projekt der Ehestandsdarlehen mit der Zeit für das NS-Regime entwickelte, war die Wohnungsbeschaffung für frisch vermählte.

²¹⁵ OStZ v. 19. Juli 1934.

²¹⁶ StAO, Best. 136, Nr. 9856.

²¹⁷ StAO, Best. 136, Nr. 10024.

So schreibt der Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg, am 19. Februar 1940: „*Der stark zunehmende Mangel an Familienwohnungen, hervorgerufen durch die Einschränkung des Wohnungsbaues und durch vermehrte Eheschließungen, lässt die Durchführung von Abhilfemaßnahmen, insbesondere im Interesse größerer Familien, als dringend geboten erscheinen. Die Wohnungsknappheit und die Suche nach Wohnungen führt zu Auswüchsen, wie Zahlung hoher Abfindungen, Übernahme ganzer Wohnungsinstanzsetzungen und stillschweigenden Mietsteigerungen, denen auch nach der Preisstoppverordnung schärfsten entgegengetreten werden muss.*“²¹⁸

Das Beispiel der Ehestandsdarlehen verdeutlicht zwei Tendenzen im „Dritten Reich“ in Bezug auf den privaten Konsum: Erstens das diese konsumfördernde Maßnahme, auch wenn sie vordergründig etwas anderes suggeriert, nicht primär die Hebung der Kaufkraft der Deutschen im Fokus hatte, sondern von bevölkerungspolitischen Aspekten geleitet wurde. Zweitens zeigen die Ehestandsdarlehen, dass die Konsumgüterindustrie von dieser staatlichen Initiative überlastet wurde und enorme Probleme damit hatte die Bevölkerung ausreichend mit preisgünstigen Produkten zu versorgen. Hieran lässt sich die sekundäre Position der Konsumgüterindustrie innerhalb des nationalsozialistischen Wirtschaftssystems klar erkennen.

2.1. Allgemeine Preisentwicklung

Nach der Zerrüttung der Preise in den Jahren der Weltwirtschaftskrise war es eine der vordringlichsten Aufgaben der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, das Gleichgewicht der Preise wiederherzustellen. Vor allem die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die weit stärker als die übrigen Preise im Durchschnitt gesunken waren, sollten wieder an den Stand vor dem Ersten Weltkrieg herangeführt und auf diesem Niveau gehalten werden. Die daraus resultierenden Preiserhöhungen sollten für die Verbraucher durch das Zusammendrücken der Verarbeitungs- und Verteilungsspannen für Nahrungsmittel abgeschwächt werden. Dieses Ziel wurde klar verfehlt, selbst wenn die offizielle Statistik als Grundlage genommen wird, waren die Lebenshaltungskosten im „Dritten Reich“ um 5 Prozent gestiegen. So etwa die Ernährungskosten um 9 Prozent und die Kosten für Bekleidung sogar um etwa 11 Prozent.

²¹⁸ StAO, Best. 136, Nr. 9858.

Bis Ende 1938 wies der amtliche Index für die Lebenshaltungskosten eine Zunahme von 8,1 Prozent aus.²¹⁹ Diese offizielle Statistik entsprach nicht der tatsächlichen Preisentwicklung. Die offiziellen Zahlen wurden selbst von Funktionsträger des NS-Regimes, so beispielsweise durch die Volkswirtschaftliche und Statistische Abteilung der Reichsbank, in Zweifel gezogen.²²⁰ Andre Steiner schätzt in seiner Berechnung die Erhöhung der Lebenshaltungskosten bis Ende 1938 auf mindestens 11 Prozent und höchstens 30 Prozent. Für ihn ist ein Anstieg um 23 Prozent am plausibelsten.²²¹ Gleichzeitig wurden seit 1933 die Einkommensverhältnisse nur unwesentlich gebessert, die Erhöhung der Einkommen war weniger einheitlich als das Anziehen der Preise. Letztlich war nur das Einkommen derjenigen gestiegen, die vorher mehrere Jahre Arbeitslos waren. Die Agrarpreissteigerungen ab 1933 haben zu einer Verminderung der Kaufkraft innerhalb der Bevölkerung geführt und den Spielraum für den Konsum nichtagrarischer Güter verkleinert. So beklagte die Handwerkskammer Oldenburg 1935, dass die Umsätze der für den privaten Verbrauch tätigen Handwerkszweige stagnierten. Angeführt wurden die Bekleidungshandwerke, wie Schumacher, Putzmacher, Herrenschnneider, Damenschnneider sowie die Friseure, Optiker, Buchbinder, Photographen, Holzbildhauer, Drechsler und Möbeltischler.²²²

Die seit 1933 im „Dritten Reich“ eingetretenen Preiserhöhungen gingen hauptsächlich auf vier Punkte zurück:²²³

- die gewollte Beseitigung des krisenhaften Preistiefstandes auf einzelnen Gebieten der Wirtschaft vor allem in der Landwirtschaft, um die Betriebe wieder produktiv zu bekommen
- der im Zuge der Autarkiebestrebungen gewollte Übergang zur verstärkten Erzeugung heimischer Erzeugnisse, die zum Teil wesentlich teurer waren als die Einfuhrware
- Erhöhungen der Weltmarktpreise für Einfuhrrohstoffe
- Nachfrage größer als Angebot

Die Preiserhöhungen wurden von den Verbrauchern sehr kritisch aufgenommen, weil sich das Einkommen vieler Verbrauchergruppen nicht in demselben Umfang wie die Preise erhöht

²¹⁹ Hayler, S. 1083.

²²⁰ Steiner, Zur Neuschätzung des Lebenshaltungskostenindex für die Vorkriegszeit des Nationalsozialismus, S. 129.

²²¹ Ebd., S. 146.

²²² StAO, Best. 136, Nr. 9822.

²²³ Sonderdruck aus „Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches“ hrsg. vom Statistischen Reichsamt 46 (1937), Heft 1, S. 149-165, hier: S. 149.

hatte. Der Standpunkt der Verbraucher wurde weitgehend durch das Urteil der Hausfrauen bestimmt, dadurch ist auch die hohe Bedeutung der „NS-Frauenschaft“ (NSF) zu erklären, welche diese bei der Verbrauchslenkung innehatte. Die Hausfrauen beurteilen die Kaufkraft des Einkommens zunächst nach der Kaufkraft ihres „Wirtschaftsgeldes“. Die laufenden Ausgaben für den Haushalt, also das „Wirtschaftsgeld“, umfasste allgemein die Aufwendungen für Ernährung, Wasch- und Putzmittel, Besohlung der Schuhe, Kurzwaren zum Ausbessern der Kleidung und andere Kleinigkeiten. Die Ausgaben für Miete, Strom und Heizung (Gas, Kohle oder Holz) wurden häufig von vornherein zurückgelegt und kaum mehr zum verfügbaren Einkommen gezahlt.²²⁴ Insgesamt verteilten sich die Ausgaben nach einer offiziellen Statistik wie folgt:²²⁵

1. Fester Ausgabenteil (Miete, Heizung, Strom, Zeitung, Fahrtgeld)	25%
2. Freier Ausgabenteil	
a) für den laufenden Bedarf („Wirtschaftsgeld“)	55%
b) für Anschaffungen (Hausrat, Kleidung)	14%
c) Sonstiges (z.B. Kulturveranstaltungen)	6%

Bei den Anschaffungen von Hausrat und Textilien konnte ein großer Teil der Verbraucher, durch Aufschieben der Anschaffung oder einem Übergang zu günstigeren Produkten, den Preissteigerungen ausweichen. Die Steigerungen der Preise bei den Nahrungsmitteln wurden dagegen im Haushalt stärker empfunden, weil diese Ausgaben im Allgemeinen nicht ohne weiteres eingeschränkt werden konnten. In den meisten Fällen hatte der Anteil des „Wirtschaftsgeldes“ für Nahrungsmittel an den Gesamtausgaben seit der NS-Machtübernahme zugenommen. Soweit die Löhne gleichgeblieben sind, mussten dementsprechend die Ausgaben für größere Anschaffungen eingeschränkt werden.

Eine Analyse der verschiedenen Berichte der Preisüberwachung zeigt, dass auch in Oldenburg die Haushalte dem Reichstrend folgten und mehr als die Hälfte ihrer gesamten Einkünfte für Nahrungsmittel ausgeben mussten, was von einem sehr niedrigen Lebensstandard zeugt. Wegen der geringen Kaufkraft der Bevölkerung, besaß für das NS-Regime die Stabilisierung der Preise vor allem für Grundnahrungsmittel oberste Priorität.

²²⁴ Niemann, „Volksgemeinschaft“ als Konsumgemeinschaft?, in: Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.), „Volksgemeinschaft“: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich“, Paderborn 2012, S. 87-109, hier: S. 92.

²²⁵ Statistisches Reichsamt 46 (1937), Heft 1, S. 150.

Deutlich wird dies durch eine Anordnung von Hermann Göring an die Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten vom 3. November 1934: *„besonders bei Preissteigerungen auf Lebensmittel unverzüglich und in schärfster Form einzugreifen [...] Lebensmittelpreise sind laufend zu überwachen.“*²²⁶ Das die NS-Führung in der Erhöhung von Lebensmittelpreisen auch ein Mittel des politischen Kampfes gegen ihre Autorität ansah, belegt ein Runderlass, vom 29. Juni 1937, über die Tätigkeit der Geheimen Staatspolizei auf dem Gebiet der Preisüberwachung, hier heißt es: *„Ihre Aufgabe ist es, die Entwicklung der Preise im Hinblick auf ihre Auswirkung auf die politische Stimmung der Bevölkerung und ihre sonstigen politischen Folgeerscheinungen zu beobachten. Sie haben einzuschreiten, wenn festgestellt wird, dass der Tatbestand einer Preisüberschreitung das rein wirtschaftliche Gebiet verlässt und politischen Charakter annimmt. Besonders ist hier an Zuwiderhandlungen zu denken, die Beunruhigung in die Bevölkerung zu tragen geeignet sind, oder die aus einer staatsfeindlichen Gesinnung entspringen.“*²²⁷

Die Parameter, die den Lebensstandard einer Familie bestimmen, sind die Größe der Wohnfläche, die Höhe der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel, die Struktur der Ausgaben und die Versorgung der Haushalte mit langlebigen Verbrauchsgütern, wie beispielsweise einem Auto, Elektroherd oder Kühlschrank. Der durchschnittliche Haushalt im „Dritten Reich“ musste mehr als die Hälfte des monatlichen Einkommens für Miete und Verpflegung ausgeben. Dies hatte zur Konsequenz, dass bei den Ausgaben für Bekleidung und Kultur gespart werden musste. Jede offene und „verdeckte“ Preiserhöhung auf dem Nahrungsmittelmarkt führte zur Verringerung der Kaufkraft und damit Verbunden zur Abnahme des Verbrauchs. Dieser Umstand zeugt von einem geringen Lebensstandard der deutschen Bevölkerung und offenbart die Notwendigkeit für das NS-Regime, der Bevölkerung eine baldige Verbesserung ihrer materiellen Lage in Aussicht zu stellen. Die Propaganda musste die gegenwärtige Lage rechtfertigen und eine baldige Besserung versprechen.

Die Geschichte der NS-Preispolitik ist sehr komplex, da eine Reihe von Zielkonflikten in Einklang gebracht werden mussten.²²⁸ Auf der einen Seite war es politischer Imperativ die

²²⁶ StAO, Best. 136, Nr. 10037, Bl. 341.

²²⁷ StAO, Best. 136, Nr. 9837, Bl. 120.

²²⁸ Siehe dazu: Steiner, Andre, Von der Preisüberwachung zur staatlichen Preisbildung. Verbraucherpreispolitik und ihre Konsequenzen für den Lebensstandard unter dem Nationalsozialismus in der Vorkriegszeit, in: ders. (Hg.), Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Köln 2006, S. 23-85.

Preise stabil zu halten auf der anderen Seite stand der Ehrgeiz das Einkommen der Landwirte, die in den Jahren der Deflation gelitten hatten, zu erhöhen. Die Stabilisierung der Nahrungsmittelpreise war aus zwei Gründen wichtig. Zum einen führte die Aufrüstung tendenziell zu einem Preisauftrieb, der im Interesse der Ressourcenbereitstellung für dieses Ziel nicht zugelassen werden durfte. Durch die Autarkiebestrebungen in der Landwirtschaft kam es zu einer weiteren Verknappung der Waren, was bei freier Preisbildung letztlich einen Preisanstieg nach sich gezogen hätte.²²⁹ Zum anderen mussten die Nahrungsmittelpreise stabilisiert werden, um der drohenden Inflation entgegenzuwirken. Fluktuationen der Nahrungsmittelpreise waren und sind noch heute ein wichtiger Faktor bei der Entstehung von Inflationen. Preise haben ihre Bedeutung im Rahmen einer geschlossenen Volkswirtschaft nicht so sehr in ihrer Höhe als in ihrer Relation zueinander und zu den Löhnen. Jede Preiserhöhung bedeutet, dass wenn ein Gut teurer wird alle übrigen Güter und Löhne im Verhältnis zu ihm an Kaufkraft verlieren, was zu einem Absinken des Lebensstandards führt. Daher kann der Preisstopp 1936 auch als eine sozialpolitische Maßnahme des NS-Regimes interpretiert werden. Mit dieser Verordnung, vom 26. November 1936, sollte die deutsche Preisgestaltung stabilisiert und ein stabiles Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen herbeigeführt werden. Aus diesem Grund wurden Preiserhöhungen für Güter und Leistungen rückwirkend, vom 18. Oktober 1936, (Stichtag für den Bereich des Spinnstoffgesetzes der 30. November 1936) verboten. Zur Vermeidung der mit einem derartigen Verbot unausweichlich verbundenen völligen Erstarrung des Wirtschaftslebens wurde mit §3 eine Klausel in die Verordnung eingebaut, die gewisse Ausnahmen von dem allgemeinen Verbot zuließ.²³⁰ Mit dem Preisstopp sollten die Preise reguliert werden, um den sozialen Frieden aufrecht zu erhalten. Natürlich spielte auch bei dieser Entscheidung der militärische Aspekt eine wichtige Rolle. Der politische Rückhalt in der Bevölkerung war letztlich die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Aufrüstung. Dem Preisstopp waren massive Preiserhöhungen vorausgegangen, die das NS-Regime zur Intervention zwangen. So schreibt die Oldenburgische Industrie- und Handelskammer für die Landesteile Oldenburg und Lübeck an den Innenminister des Landes Oldenburg am 7. Oktober 1935: *„Es ist Tatsache, dass die Preise auch für lebensnotwendige Bedarfsartikel gestiegen sind. Das liegt einmal daran, dass notwendige Einfuhrartikel im Preise erhöht wurden, zum anderen aber brachte die*

²²⁹ Ebd., S. 23f.

²³⁰ Runderlass Nr. 15/36, Richtlinien für die Bearbeitung der Ausnahmeanträge nach §3 der Verordnung vom 26. November 1936 – Reichsgesetzbl. I S. 955 – StAO, Best. 136, Nr. 9935, Bl. 18-21.

Rentabilitätsverbesserung der Landwirtschaft eine Preiserhöhung wichtiger Lebensmittel mit sich. „²³¹

Um der Bevölkerung entgegenzukommen musste das NS-Regime auch ideologische Kompromisse eingehen. So wurden beispielsweise die Konsumgenossenschaften vor der Machtübernahme durchweg als „*Kampfgemeinschaften*“ und „*marxistische Kampfmittel gegen den Mittelstand*“ bezeichnet.²³² Trotz solcher Auffassung wurden diese nach der Machtübernahme nicht sofort zerschlagen was wiederum zu enormen Problemen mit dem Einzelhandel führte.²³³ Grund hierfür war das finanzielle und wirtschaftliche Gewicht der Konsumgenossenschaften. 1933 verwalteten diese rund 225 Millionen RM Einlagen und etwa 160 Millionen Geschäftsguthaben und Reserven, welche überwiegend aus der Arbeiterschaft stammten.²³⁴ Hinzu kamen die von den konsumgenossenschaftlichen Warenzentralen verwalteten Werte in Höhe von rund 180 Millionen RM. In den rund 1200 Genossenschaften waren etwa 3,7 Millionen Menschen organisiert.²³⁵ Rechnet man die Familienangehörigen dieser Mitglieder hinzu, kann festgestellt werden, dass das finanzielle und wirtschaftliche Interesse an den Konsumgenossenschaften bei etwa 12-15 Millionen deutschen Verbrauchern verankert war. In einem Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums, vom 17. Juli 1933, heißt es: „*insbesondere den wenig kaufkräftigen Teilen der Verbraucher die Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse zu möglichst erträglichen Preisen zu ermöglichen. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben haben gerade die Konsumgenossenschaften sich im Kriege und im Frieden große Verdienste um die Warenverteilung erworben und einen segensreichen Preisregulator im Wirtschaftsleben gebildet, der auch in Zukunft nicht entbehrt werden kann.*“²³⁶ Die Konsumgenossenschaften wurden zwar gleichgeschaltet blieben aber bis 1941 (Das Gesetz vom 18. Februar 1941 besiegelte erst das Aus der Konsumgenossenschaften in Deutschland, Österreich und in den „eingegliederten Ostgebieten“) als Verbrauchergenossenschaften bestehen. Die Konsumläden wurden in sogenannte „Versorgungsringe“ umgewandelt und permanent von der Geheimen Staatspolizei überwacht, um fortlaufend eine „*Beurteilung in politischer Hinsicht*“ zu erhalten.²³⁷

²³¹ StAO, Best. 136, Nr. 9812, Bl. 16.

²³² Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP, StAO, Best. 231-3, Nr. 669.

²³³ Kurzer, Ulrich, Konsumgenossenschaften im nationalsozialistischen Deutschland, in: IWK 27 (1991), S. 429-453.

²³⁴ StAO, Best. 231-5, Nr. 221.

²³⁵ Ebd.

²³⁶ Ebd.

²³⁷ StAO, Best. 231-3, Nr. 669.

Auch die betrieblichen Konsumanstalten wurden weiterhin als geeignetes Mittel wahrgenommen, um Preissteigerungen entgegenzutreten. Dieses zeigt das Beispiel der „Weser-Flugzeugbau“ aus Einswarden. In einem Schreiben an die Direktion des Statistischen Landesamtes Oldenburg, vom 27. August 1936, formulierte die Geschäftsleitung die Absicht, eine Konsumanstalt bilden zu wollen. In dem Schreiben heißt es: *„Verschiedene Gefolgschaftsmitglieder sind von hier bereits wieder fortgezogen hauptsächlich der teuren Lebensmittel wegen. Es ist daher unsere vornehmste Aufgabe, die Interessen unserer Gefolgschaftsmitglieder zu verfolgen und evtl. durch die Einrichtung einer Konsumanstalt den teuren Lebensunterhalt-Verhältnissen entgegenzutreten.“*²³⁸ Der Direktor der „Weser-Flugzeugbau“ Seite wurde von der Stadt Einswarden und der Partei „gebeten“ von der Errichtung einer Konsumanstalt Abstand zu nehmen. Trotzdem verdeutlicht das Beispiel der „Weser-Flugzeugbau“ vier Tendenzen. Erstens: Ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse für viele Arbeiter hervorgerufen durch einen rasanten Anstieg der Lebensmittelpreise. Zweitens: Das vor allem in ländlichen und kleinstädtischen Regionen, wo es keinen Großabsatz und Warenhäuser wie in Großstädten gab, die Lebenshaltungskosten sehr hoch lagen.²³⁹ Drittens: Die Konsumgenossenschaften bei der Arbeiterschaft immer noch als wirksame Waffe gegen Preiserhöhungen angesehen waren. Viertens: Die NS-Parole „Gemeinnutz vor Eigennutz“ immer mehr zu Floskel verkommen war und das NS-Regime gezwungen wurde immer stärker auf dem Warenmarkt zu intervenieren.

Der Preisstopp 1936 wurde, dies zeigt eine Analyse der Bestände der Preisüberwachung Oldenburg, in der Praxis häufig umgangen.²⁴⁰ So schreibt die Gauleitung Weser-Ems an die Parteizentrale in München im Juni 1937: *„Mit beängstigender Sorge stellt man fest, dass bei allen Gegenständen des täglichen Bedarfs ein Anziehen der Preise erfolgt [...] bleiben die Wirkungen auf die mindestbemittelte Bevölkerung durch die Schmälerung ihres Lebensraumes nicht aus. Politische Leiter aus den ausgesprochenen Arbeitervierteln*

²³⁸ StAO, Best. 136, Nr. 9822, Bl. 155.

²³⁹ Auf eine Beschwerde der Industrie- und Handelskammer Oldenburg, dass einheimische Firmen bei der Belieferung des Militärs benachteiligt würden, antwortete die Wehrmacht Ende Mai 1936 mit dem Hinweis, es sei in Oldenburg doch *„allgemein bekannt“*, dass *„die hiesigen überhöhten Preise für sämtliche Bedarfsartikel“* viele in Oldenburg stationierte Soldaten veranlassten, in Bremen einzukaufen. Zitiert nach: Stadt Oldenburg (Hg.), Geschichte der Stadt Oldenburg, Bd. 2: 1830-1995, Oldenburg 1996, S. 438.

²⁴⁰ Das Gebiet der Preisüberwachung war politisch sehr heikel. Sowohl die Wirtschaft als auch die Bevölkerung hatten wenig Vertrauen in diese Institution. Die Bevölkerung war misstrauisch, weil es trotz Preisüberwachung häufig zu einem Preisanstieg gekommen war und daher die Auffassung vorherrschte, die Preisüberwachung arbeite im Interesse der Wirtschaft. Diese wiederum sah in der Preisüberwachung ein Kontrollinstrument, welches ein profitableres Wirtschaften verhindere. Daher heißt es in einer Anweisung des Jahres 1934: *„Das Gebiet der Preisüberwachung sei zweifellos das unpopulärste, und darum von der Partei zu trennen. Die Zuständigkeit müsse allein beim Verwaltungsapparat liegen, der die Unbeliebtheit für die Gesamtheit ertragen könne.“* Siehe: StAO, Best. 136, Nr. 10037, Bl. 391.

berichten wenig erfreuliches.“²⁴¹ In einem weiteren Bericht der Gauleitung Weser-Ems im Oktober 1937 heißt es: „Viel geklagt wird über die zu hohen Preise für Gemüse und Kartoffeln. So dass insbesondere die Preiserhöhungen mit den Arbeiterlöhnen nicht im Einklang stehen. In immer stärkerem Umfange steigen die Preise von Lebensmitteln, besonders Fleisch- und Wurstwaren. Die Bevölkerung kann es vielfach nicht verstehen, dass trotz eines Preissteigerungsverbotes ein Anziehen der Preise in vielen Dingen versteckt und offen zutage tritt.“²⁴² Die Berichte der Geheimen Staatspolizei und der Preisüberwachung Oldenburg erwähnten ab 1936 immer häufiger Versorgungsengpässe bei Nahrungsmitteln und eine dadurch resultierende Verschlechterung der Stimmungslage innerhalb der Bevölkerung.²⁴³ Vor allem Klagen über niedrige Löhne, Höchstpreisüberschreitungen und Kopplungsgeschäfte bestimmten immer stärker die Berichte der Preisüberwachung.²⁴⁴ Ein großes Problem stellte zudem die verdeckte Preiserhöhung dar. Es gab eine klar erkennbare Tendenz vielerorts nur noch die teuren Preislagen zum Kauf anzubieten.²⁴⁵ Auch die mangelnde Mitwirkung der Bevölkerung wurde häufig in den Erläuterungsberichten der Preisüberwachung thematisiert. So heißt es in einem Bericht vom Mai 1939: „Diese Missstände können nur durch planmässige [sic!], besonders intensive polizeiliche Überwachungsmaßnahmen festgestellt werden, da es an der Mitwirkung der kaufenden Bevölkerung fehlt. Den Verbrauchern ist zum Teil daran gelegen, knappe Waren um jeden Preis zu erhalten, sie verzichten daher auf Strafanzeigen bei überhöhten Preisen, Kopplungen oder Mindergewicht. Vor allem in ländlichen Gemeinden werden nach Angabe der Berichte die Preisbestimmungen vielfach nicht beachtet. Bei Überprüfung wären in fast jedem Geschäft überhöhte Preise für einzelne Waren zu beanstanden. Anormal hohe Verdienste der Betriebsinhaber konnten mehrfach festgestellt werden.“²⁴⁶

²⁴¹ StAO, Best. 136, Nr. 9836, Bl. 509.

²⁴² StAO, Best. 136, Nr. 9839, Bl. 34.

²⁴³ Für das Land Oldenburg sei diesbezüglich auf folgende Berichtssammlung verwiesen: Eckhardt, Albrecht u. Hoffmann, Katharina (Hgg.), „Gestapo Oldenburg meldet...“. Berichte der Geheimen Staatspolizei und des Innenministers aus dem Freistaat und Land Oldenburg 1933-1936, Hannover 2002. Trotz vorhandener quellenkritischer Bedenken gegen diese Form amtlicher Berichterstattung kann aus den Berichten rekonstruiert werden, dass trotz partieller Missstimmigkeit sich das NS-Regime auch im Land Oldenburg auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz stützen konnte. Zur quellenkritischen Einschätzung solcher Berichte, siehe: Eckert, Rainer, Gestapo-Berichte. Abbildung der Realität oder reine Spekulation?, in: Paul, Gerhard u. Mallmann, Klaus-Michael (Hgg.), Die Gestapo. Mythos und Realität, Darmstadt 1996, S. 200-215.

²⁴⁴ StAO, Best 136, Nr. 10024.

²⁴⁵ StAO, Best. 206, Nr. 171.

²⁴⁶ StAO, Best. 136, Nr. 10025.

Als besondere Schwierigkeiten in den jeweiligen Preisberichten wurden häufig hervorgehoben:

- 1) Beim Fleisch: Geringe Qualität des Schlachtviehes und damit des Fleisches, daher verstärkte Wurstherstellung und verminderte Frischfleischabgabe. Die Menschen kauften Fleisch nur zu besonderen Anlässen und dann nur die preiswertesten Angebote.
- 2) Bei Butter: Fehlen der billigeren Buttersorten, Mängel in der Buttermengeverteilung, schlechte Qualität der Butter, Qualitätsminderung bei Käse.
- 3) Bei Eiern: Starke Verteilungsmängel, Schwarzhandel zu überhöhten Preisen.
- 4) Bei Gemüse und Obst: Überhöhte Preise, Koppelungsgeschäfte, Höchstpreisüberschreitungen.
- 5) Bei Männer- und Frauenkleidung: Fortfall der billigeren Ware. Qualitätsmängel bei Leib- und Bettwäsche, vor allem bei Berufskleidung.

Fühlbare Verknappungserscheinungen bestanden allgemein bei fast sämtlichen Fleischarten, Butter, Margarine, Eiern, Bohnenkaffee (mit Kriegsbeginn wurde eine Rationierung von Bohnenkaffee veranlasst. Dazu wurde kein reiner Bohnenkaffee mehr ausgegeben, sondern nur noch Mischkaffee, bestehend aus 30% Kaffee und 70% Getreidekaffee), Gemüse, Obst, Südfrüchten, Textilwaren, Schmalz, Käse, Speiseöl, Kakao und Schokolade.²⁴⁷

Diese Verknappungserscheinungen führten dazu, dass sich immer mehr der Zustand der direkten Belieferung des Verbrauchers durch den Erzeuger herausbildete. Bei verschiedenen Nahrungsmitteln (Gemüse, Obst u. Geflügel) wurden von den Bauern nicht nur höhere Preise gefordert, sondern von den Verbrauchern selbst angeboten. Dadurch wurden polizeiliche Einschreitungen unmöglich gemacht, da beide Seiten von einer solchen „Geschäftsbeziehung“ profitierten und diese nicht zur Anzeige brachten. Was blieb waren wiederholte Appelle in den Tageszeitungen, dass solche Handlungsweisen die „Volksgemeinschaft“ schädigen. Diese Hinweise konnten allerdings weder auf die Bauern noch auf die Verbraucher eine große Wirkungsmacht entfalten. Die weniger zahlungskräftigen Schichten mussten auf das Prinzip der Selbstversorgung zurückgreifen. So haben beispielsweise viele Arbeiter in Oldenburg-Osternburg in ihren Gärten Gemüse und Kartoffeln angebaut. Zudem hatte die Haltung von Schweinen und Kaninchen eine wichtige Bedeutung für die Lebenshaltung vieler Industriearbeiter sowohl für die Selbstversorgung als auch als Tauschmittel (beispielsweise Schinken gegen Kinderkleidung).

²⁴⁷ Verfügung des Ministers des Inneren vom 1. September 1939 – I/13 821; StAO, Best. 136, Nr. 16197.

Auch wenn die offenkundigen Versorgungsprobleme dem NS-Regime politisch angelastet werden konnten, beschränkten sich die Unmutsäußerung der Bevölkerung hauptsächlich auf eine humoristische Art und Weise, so waren Witze auf Kosten des Nationalsozialismus an der Tagesordnung, beispielsweise: „*Hast Du schon gelesen, was im neuen Meyers Lexikon unter Butter steht? Brotaufstrich aus der Systemzeit.*“²⁴⁸ Ein nennenswerter und ernsthafter Volkswiderstand gegen den staatlich verursachten Mangel formierte sich weder im Land Oldenburg noch im gesamten „Dritten Reich“.

2.2. Entwicklung der Löhne am Beispiel des Landes Oldenburg

Über der Arbeitsbeschaffungspolitik des NS-Regimes stand der Grundsatz: Mengenkonjunktur, nicht Preiskonjunktur. Was dieser Grundsatz für die Arbeiter und ihre Löhne bedeutete, erklärte Robert Ley in Berlin am 29. September 1936: „*Nicht Lohnerhöhung wird den Arbeiter besserstellen, sondern Produktionserhöhung. Schafft mehr Werte, mehr Nahrungsmittel, mehr Kleidung, mehr Wohnungen, mit einem Wort Dinge, die den schaffenden Menschen ein besseres Leben garantieren. In stetiger, mühsamer Arbeit wollen wir alle unsere Kräfte und Energien für dieses große Ziel anspannen, und der Erfolg wird nicht dem einzelnen, sondern dem gesamten deutschen Volk, dir, Arbeiter, und dir, Arbeiterin, zugute kommen.*“²⁴⁹ Hauptgrund für die mangelnde Bereitschaft die Löhne zu erhöhen lag in der Aufrüstung. Die Großaufträge des Staates, die sich zu einem großen Teil bereits ab 1934 aus Rüstungsaufträgen zusammensetzten, konnten keine Lohnerhöhungen vertragen, weil es sich um Aufwendungen handelte, die keine wirtschaftlichen Erträge abwarfen. Höhere Löhne hätten eine kostenintensivere Aufrüstung bedeutet. Um fehlende Lohnerhöhungen zu rechtfertigen, spielte das NS-Regime offen mit der Angst der Bevölkerung vor einer Inflation. Die Folgen der Inflation zu Beginn der Weimarer Republik, waren den meisten Deutschen noch in frischer Erinnerung. So argumentierte Adolf Hitler beim Reichserntedankfest auf dem Bückeberg am 4. Oktober 1936: „*Wir könnten ja auch ähnliche Manöver wie die anderen machen: Ich gebe heute dem Arbeiter 15 oder 20 Prozent mehr Lohn, morgen erhöhe ich die Preise um 15 oder 20 Prozent, dann wieder die Löhne und dann wieder die Preise, und nach zwei Monaten werten wir die deutsche Mark ab und*

²⁴⁸ Übernommen aus einem Bericht der Geheimen Staatspolizei Wilhelmshaven für den Monat November 1939: StAO, Best. 320.2 Nr. 2, Bl. 19.

²⁴⁹ Zitiert nach: OIStZ v. 29. September 1936.

betrügen die Sparer, und dann erhöhen wir wieder die Löhne und so fort – glauben Sie, dass das deutsche Volk damit glücklicher werden würde? ²⁵⁰

Ein weiteres Argument die fehlenden Lohnerhöhungen zu rechtfertigen, war die außerökonomische Sphäre. Dies wird aus den Ausführungen des Reichbankpräsidenten Hjalmar Schacht deutlich. Dieser erklärte auf der Arbeitstagung des preußischen Staatsrates am 24. März 1935: *„Durchaus richtig ist es, dass die reinen Löhne in Deutschland sicherlich von dem einen oder anderen sonstigen Industrieländer übertroffen werden. Eins aber ist sicher: Die ganzen öffentlichen Einrichtungen, alles, was über Essen und Trinken hinausreicht, alles, was wir von staats- und gemeinschaftswegen den breiten Volksmassen zur Verfügung gestellt haben, und zwar an Kunst, Hygiene, Sport und allen möglichen anderen Dingen, das übertrifft in seiner Gesamtheit doch den Lebensstandard zahlreicher anderer Länder. Das Entscheidende ist, dass wir von diesem Lebensstandard nicht herunterwollen. Denn in diesem Lebensstandard liegt eine so große geistige und moralische Spannkraft, dass die Ganze Zukunft des deutschen Volkes gefährdet wäre, wenn wir in ein reines Vegetieren des Essens, Trinkens und Kleidens herabsänken.* ²⁵¹

Die Statistik der Invalidenversicherung erlaubt weitgehende Rückschlüsse auf die Entwicklung der Einkommen innerhalb der Arbeiterschaft als größter Bevölkerungsgruppe. Bei den Versicherten handelte es sich neben den freiwillig Versicherten, meist selbstständigen Handwerkern, um die Gesamtheit aller Lohnempfänger. Hierzu zählten neben den Industriearbeitern, die Landarbeiter, Lehrlinge, Hausgehilfinnen, Ungelernte, Angehörige des Arbeitsdienstes, die Notstands- und Fürsorgearbeiter und zu einem gewissen Grad auch Arbeitslose.²⁵² Der Bezirk des Oldenburger Landesversicherungsamtes (LVA) war nach dem Bezirk „Grenzmark Posen/Westpreußen“ derjenige mit den wenigsten Beitragszahlern und der niedrigsten Einkommenssumme. Das durchschnittliche Einkommensniveau 1929 lag im Freistaat Oldenburg deutlich unter dem Reichsniveau. Das besteuerte Einkommen betrug mit 2.208,- RM je besteuerten Person lediglich 63,7 Prozent des Reichsdurchschnittes (3.467,- RM). Im Jahr 1937 stieg das zu steuernde Einkommen im Freistaat Oldenburg auf 4.457,- RM je Person und betrug damit 78,0 Prozent des Reichsdurchschnittes (5.717,- RM).²⁵³

²⁵⁰ Zitiert nach: OIStZ v. 5. Oktober 1936.

²⁵¹ Zitiert nach: OIStZ v. 25. März 1935.

²⁵² Kahrs, Bd. 1, S. 261.

²⁵³ Ebd., S. 215f.

Die Erhöhung des durchschnittlich besteuerten Einkommens im Land Oldenburg resultierte vor allem aus dem Anstieg der Beschäftigung in den niedrigen Lohngruppen. Das NS-Regime wollte die Löhne auf diesem niedrigen Niveau stabilisieren, um die Aufrüstung kostengünstig durchzuführen. Dieser Vorsatz wird bei einer Chefbesprechung aller Reichsminister in Berlin, am 2. Mai 1935, zum Thema Lohnpolitik deutlich. In der entsprechenden Niederschrift, die auch Reichskanzler Hitler vorgelegt wurde, heißt es: *„Der Reichswirtschaftsminister hält den Zeitpunkt für eine Aufrollung der Lohnfrage für denkbar ungeeignet. Jede Lohnerhöhung sei untragbar, da sie eine Verteuerung der Produktion bewirken müsse. Die Sicherheit der Nation erfordere die alsbaldige Vollendung der Aufrüstung, die ohne ausländische Rohstoffe nicht durchgeführt werden könne. Auf die deshalb entscheidende Devisenfrage müsse auch die Lohnpolitik eingestellt sein. Lohnerhöhungen machten alle Anstrengungen zur Hebung des Exports vergeblich und gefährdeten die Finanzierung der Aufrüstung und der Arbeitsbeschaffung [...] Lohnerhöhungen, selbst wenn sie auf wirtschaftlich günstig liegende Gewerbezweige beschränkt bleiben, seien stets Erschütterungsmomente. Sie wirken weit über den einzelnen Gewerbezweig hinaus und erweckten Hoffnungen in anderen Zweigen, die nicht erfüllt werden könnten [...] Auch der Stellvertreter des Führers wünscht, dass an dem Grundsatz, den Lohnstand weder nach oben noch nach unten zu ändern, streng festgehalten werde [...] Den Erfordernissen der Preisgestaltung, der Aufrüstung und des Exports müsse alles andere untergeordnet werden.“*²⁵⁴

²⁵⁴ StAO, Best. 136, Nr. 19502.

Durchschnittliche Wochenverdienste für Arbeiter nach der Invalidenversicherung 1929-
1938²⁵⁵

	<u>LVA Oldenburg</u>	<u>Deutsches Reich</u>
	<u>RM</u>	<u>RM</u>
1929	25,67	31,19
1930	25,72	30,57
1931	24,13	27,73
1932	20,46	22,88
1933	19,18	21,88
1934	20,00	22,83
1935	20,23	24,04
1936	22,12	25,19
1937	24,30	26,52
1938	25,87	27,84

Lohnsteuerpflichtige in den jeweiligen Einkommensklassen (Jahreseinkommen) für das Land Oldenburg²⁵⁶:

	<u>1936</u>	<u>1932</u>
bis 1.500 RM	33,0%	28,0%
1.500 – 1.800 RM	11,8%	10,9%
1.800 – 2.100 RM	12,5%	12,7%
2.100 – 2.400 RM	11,7%	11,9%
2.400 – 3.000 RM	17,2%	15,2%
3.000 – 3.600 RM	5,8%	7,2%
3.600 – 4.800 RM	5,0%	8,4%
4.800 – 6.000 RM	2,0%	3,4%
6.000 – 7.200 RM	0,5%	1,3%
über 7.200 RM	0,5%	1,0%

²⁵⁵ Statistisches Reichsamt (Hg.), Wirtschaft und Statistik 16 (1936), S. 327; Wirtschaft und Statistik 19 (1939), S. 299.

²⁵⁶ Kahrs, Bd. 1, S. 225.

Die Zahlen des Statistischen Reichsamtes verdeutlichen, dass die wirtschaftliche Erholung in Oldenburg hauptsächlich zu einer Zunahme in der unteren Einkommensklasse (Jahresverdienst bis 1.500,- RM) geführt hatte. Das nationalsozialistische „Beschäftigungswunder“ basierte letztlich auf der Ausweitung des Niedriglohnssektors. In der Einkommensklasse bis 1.500,- RM muss berücksichtigt werden, dass viele Jahreseinkommen deutlich unter der angegebenen Summe lagen. Daher spiegelt diese offizielle Statistik nicht die wirkliche Lage aller Beschäftigten in dieser zahlenmäßig bedeutendsten Gruppe wieder. Es gab vor allem viele Ungelernte, die ein deutlich geringeres Jahreseinkommen hatten. Die Tariflöhne waren in drei Ortsklassen (1. Großstädte, 2. Kreisstädte, 3. ländliche Gegend) unterteilt, diese wiederum separierten sich in drei Gruppen: 1. ausgebildete Mitarbeiter, 2. angelernte Mitarbeiter und 3. ungelernete Mitarbeiter. Was diese Unterscheidungen für die einzelnen Arbeitnehmer bedeuteten, wird aus einem Schreiben der NSDAP Kreisleitung Ammerland deutlich, demnach verdiente ein Bauarbeiter im nördlich Oldenburg lediglich 16,- RM wöchentlich.²⁵⁷ Insgesamt lag das Land Oldenburg als Agrargebiet mit vereinzelter Industrieansiedlung im unteren Reichsdurchschnitt der Jahreseinkommen. Lediglich die rein agrarisch geprägten Gebiete in Ostpreußen und Oberpfalz-Niederbayern wiesen in der offiziellen Statistik für das Jahr 1936 ein niedrigeres durchschnittliches Jahreseinkommen auf.²⁵⁸

Folgt man den Berechnungen des Industrie- und Arbeitgeberverbandes für das Land Oldenburg, vom 27. Januar 1933, ergibt sich folgender Aufwand für eine Bauarbeiterfamilie mit drei Kindern: „*Vater 1,70 RM, Mutter 1,40 RM, Kinder 2,40 RM, insgesamt 5,50 RM, das ist für 7 Tage 38,50 RM. Eine Nettoeinnahme von 38,50 RM würde bei Berücksichtigung der sozialen Abzüge usw. einer Bruttoeinnahme von ca. 43-44 RM entsprechen. Ein Arbeitnehmer, der 48 Stunden voll beschäftigt wird, würde einen Stundenlohn von ca. 0,91 RM verdienen müssen, wenn er mit drei Kindern sich am leben erhalten wollte.*“²⁵⁹ In der Stadt Oldenburg lagen die Stundenlöhne für Bauarbeiter auch im „Dritten Reich“ deutlich unter dem geforderten Stundenlohn von 0,91 RM. Im Jahr 1937 verdienten Bauarbeiter in der Stadt Oldenburg: Zementarbeiter, Eisenarbeiter und Eisenflechter 0,75 RM/Std., Bauhilfs- und Platzarbeiter 0,66 RM/Std. und Tiefbauarbeiter 0,62 RM/Std.²⁶⁰

²⁵⁷ StAO, Best. 136, Nr. 6492, Bl. 157.

²⁵⁸ Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 46, 1937, S. 99.

²⁵⁹ StAO, Best. 265, Nr. 2033.

²⁶⁰ Oldenburg die Stadt im Raum Weser-Ems, S. 30c.

Parallel zur Lohnstagnation zeigt eine Analyse der Berichte zur Preisüberwachung Oldenburg, dass sich die Lebenshaltung laufend verteuerte, ohne dass dies bei der Lohnentwicklung adäquat berücksichtigt wurde. Verteuernd wirkte schon, dass viele Arbeiterfamilien bei der Fettversorgung auf die Mittel- und Spitzensorte der Margarine oder auf Butter verwiesen wurden, weil es dem NS-Regime nicht gelang die Versorgung mit der günstigen Konsummargarine ausreichend sicherzustellen. Viele Kolonialwaren (z.B. Nudeln, Puddingpulver), die während der Wirtschaftskrise lose und daher kostengünstig verkauft wurden, waren nach der wirtschaftlichen Erholung nur noch in größeren Packungen und daher teurer zu bekommen.²⁶¹ Zudem ergab sich eine Verteuerung der Lebenshaltung vor allem durch den zunehmenden Mangel an billigen Verbrauchs- und Gebrauchsgegenständen sowie einer ab 1936 verstärkt zunehmenden Minderung der Qualität.

Weiterhin zeigt eine Analyse der Preisüberwachungsberichte, dass die im offiziellen Index genannten Preise häufig umgangen wurden und das trotz des vom NS-Regimes propagierten Prinzips „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“, die marktwirtschaftlichen Elemente von Angebot und Nachfrage insgeheim doch die Preise bestimmt haben.²⁶² So wurde beispielsweise der offizielle Mietspiegel mit zunehmender Wohnungsnot in der Stadt Oldenburg immer mehr zur Farce. Bei der Bauweise in Oldenburg, wo Ein- und Zweifamilienhäuser bei weitem überwogen, war es für Familien mit mehreren Kindern fast unmöglich eine Wohnung zu finden. Diese Situation führte dazu, dass die Mieten weit über dem lagen, was offiziell erlaubt war.²⁶³ Die Kaufkraft der Oldenburger blieb durch eine solche Entwicklung auf einem äußerst niedrigen Niveau. Dies belegt beispielsweise auch eine Statistik über die Ausgaben der deutschen Bevölkerung für Schuhe. So gaben die Menschen 1929 im Finanzamtsbezirk Untere Elbe 20,38 RM im Durchschnitt für Schuhe aus, während im Finanzamtsbezirk Oldenburg lediglich 6,63 RM ausgegeben wurden. Die sogenannte „Kaufkraftkarte“ der Gesellschaft für Konsumforschung für die Schuhindustrie aus dem Jahr 1939 belegt, dass sich dieser Durchschnitt pro Kopf auch im „Dritten Reich“ in Oldenburg unter 7,- RM bewegt hat.²⁶⁴

²⁶¹ Diese Entwicklung wird aus dem politischen Lagebericht des Oberbürgermeisters der Stadt Delmenhorst vom 28. Mai 1937 ersichtlich, siehe: StAO, Best. 136, Nr. 10074, Bl. 78.

²⁶² Steiner, Zur Neuschätzung des Lebenshaltungskostenindex, S. 146 u. S. 148.

²⁶³ StAO, Best. 136, Nr. 9858, Bl. 14.

²⁶⁴ Sudrow, Anne, Der Schuh im Nationalsozialismus. Eine Produktgeschichte im deutsch-britisch-amerikanischen Vergleich, Göttingen 2010, S. 407.

Um soziale Spannungen zu vermeiden wurden die Arbeitsbedingungen durch die Gewährung von Nebenleistungen verbessert. Im strategisch wichtigen Baugewerbe beispielsweise wurden im „Dritten Reich“ die sozialen Leistungen deutlich gehoben. Dies waren soziale Verbesserungen, die der freigewerkschaftliche Deutsche Baugewerkschaftsbund und die anderen Berufsverbände der Branche im Kaiserreich und in der Weimarer Republik stets vergeblich gefordert hatten. Seit 1934 konnten Bauarbeiter erstmals „Schlechtwettergeld“ erhalten, das ihren Verdienstausschlag bei wetterbedingter Untätigkeit ausglich. Jedoch ging diese Kompensation keinesfalls an alle Bauarbeiter, sie ging vielmehr nur an die Männer, die an den Autobahnen sowie Baustellen der Wehrmacht arbeiteten.²⁶⁵ Als zweite wichtige Neuerung entstand im Juni 1936 eine Regelung der Urlaubsfrage, die, anders als das Modell von 1926, auch tatsächlich zur sozialen Wirklichkeit wurde. Ein Markensystem ermöglichte es den Arbeitern, trotz beruflicher Mobilität Anspruch auf bezahlten Urlaub zu erarbeiten. In der Praxis allerdings nutzten die meisten Bauarbeiter die Möglichkeit sich die freien Tage auszahlen zu lassen.²⁶⁶ In einem Schreiben des Reichsarbeitsministers, vom 30. Dezember 1936, wird auf solche Verbesserung der Arbeitsbedingungen Bezug genommen: *„diese und andere kleine Mittel zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse haben sehr wesentlich dazu beigetragen, dass die Befriedung des Arbeitslebens aufrecht erhalten werden konnte.“*²⁶⁷

²⁶⁵ Führer, Karl-Christian, Zwischen „Akkordschere“ und „Minderleistung“. Lohnbildung und nationalsozialistische Lohnpolitik in der Bauwirtschaft 1933-1945, in: Bitzegeio, Ursula, Kruke, Anja u. Woyke, Meik (Hgg.), Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik, Bonn 2009, S. 259-276, hier: S. 263.

²⁶⁶ Ebd., S. 264.

²⁶⁷ StAO, Best. 136, Nr. 9952, Bl. 101.

3. Konsumgüterproduktion in Oldenburg am Beispiel der Landwirtschaft

Bereits die erste Strophe der Oldenburger Landeshymne, „*Heil dir, o Oldenburg, Heil deinen Farben, Gott schütz dein edles Roß, Er segne deine Garben*“,²⁶⁸ gibt einen ersten Hinweis auf die enorme Bedeutung der Landwirtschaft. Lag der Reichsdurchschnitt der Beschäftigten in der Landwirtschaft Mitte der zwanziger Jahre bei 30,5 Prozent, so betrug er für das Land Oldenburg 48,2 Prozent.²⁶⁹ Dass die Landwirtschaft auch während des „Dritten Reiches“ zentraler Leitsektor der oldenburgischen Wirtschaft bleiben sollte, zeigt ein Artikel in der „Deutschen Wirtschaftszeitung“ vom 14. Mai 1936: „*Der Bezirk der Handwerkskammer Oldenburg, der sich wie der Bezirk der Industrie- und Handelskammer Oldenburg auf den Landesteil Oldenburg erstreckt, ist in seiner wirtschaftlichen Struktur vornehmlich durch das Überwiegen der Landwirtschaft gekennzeichnet. Handwerk und Gewerbe sind daher auch von jeher bestrebt gewesen, zusammen mit der Landwirtschaft im Oldenburger Lande ein erspriessliches Zusammenarbeiten sicherzustellen.*“²⁷⁰ Damit stellte die Landwirtschaft mit der dazu gehörigen Veredelungsindustrie den bedeutendsten Konsumgütersektor im Land Oldenburg dar. Neben der Nahrungsmittelproduktion besaß die Landwirtschaft auch in politischer und ideologischer Hinsicht eine große Bedeutung. Der „Blut-und-Boden“-Rhetorik kam die Funktion der Herrschaftslegitimierung und Identitätsstiftung für das „Dritte Reich“ zu. Daher verwundert es auch nicht, dass neben dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die „*Rettung des deutschen Bauern*“ im Regierungsprogramm Hitlers ganz oben rangierte.²⁷¹

Bereits seit 1926 hatte sich die Weltagrarkrise mit weltweit rückläufigen Getreidepreisen angekündigt.²⁷² Ein Index der Weltagrarpreise zeigt, dass die Preise seit Ende des Jahres 1925 langsam auf ein Niveau von circa 70% im Vergleich zu den relativ stabilen Jahren zwischen 1923 und 1925 gefallen waren.²⁷³ Grund hierfür waren die zahlreichen Neulandflächen und der technologische Fortschritt beim Anbau neuer Weizensorten. Außerdem etablierten sich zusätzliche Getreideanbieter auf dem Weltmarkt, Länder wie Kanada, Argentinien und Australien. Als die Kaufkraft der Konsumenten Ende der zwanziger Jahre nachließ, brach der

²⁶⁸ Zitiert nach: Kohorst, S. 8.

²⁶⁹ Herlemann, Beatrix, Nationalsozialismus auf dem Land, in: Hucker, Ulrich-Bernd, Schubert, Ernst u. Weisbrod, Bernd (Hgg.), Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 566-581, hier: S. 566.

²⁷⁰ StAO, Best. 265, Nr. 61.

²⁷¹ Gelhaus, Hubert, Das politisch-soziale Milieu in Süldoldenburg von 1803 bis 1936, Bd. 4, Oldenburg 2001, S. 51.

²⁷² Merkenich, Stephanie, Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918-1933, Düsseldorf 1998, S. 247.

²⁷³ Ebd.

Getreidepreis ein und riss alle übrigen Agrarpreise mit sich in die Tiefe.²⁷⁴ Exemplarisch hierfür kann folgender Artikel aus der „Oldenburgischen Volkszeitung“, vom 31. Juli 1931, zitiert werden: *„Die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung hat in diesem Jahre weiter so stark abgenommen, dass der Konsum aller nicht zum Leben dringend notwendigen Bedürfnisse stark eingeschränkt ist. Das fühlen ganz besonders die von dem Verkauf tierischer Erzeugnisse lebenden bäuerlichen Betriebe. Die Ernährung immer weiterer Schichten des deutschen Volkes muß[sic!] sich auf Kartoffeln, Brot, billige Fette und Hülsenfrüchte beschränken. Das hat die Nachfrage nach Edelprodukten der Landwirtschaft so stark eingeschränkt, dass der Preissturz immer noch anhält.“*²⁷⁵

Von den fallenden Getreidepreisen waren vor allem die großen Getreideproduzenten in den ostelbischen Gebieten betroffen. Ab ungefähr 1870 war die Getreideproduktion im Kaiserreich und später in der Weimarer Republik nicht mehr rentabel und ohne staatliche Unterstützung nicht überlebensfähig. Auf Druck des preußischen Landadels, welcher alle wichtigen Positionen in den Ministerien und beim Militär kontrollierte und damit den sozialen und politischen Rückhalt des Kaiserreiches bildete, musste die Reichsregierung unter Reichskanzler Bismarck auf dem nationalen Markt intervenieren. Um den Getreidepreis gegen den Weltmarkt abzuschirmen wurden Getreidezölle verhängt. Das Inkrafttreten der Getreidezölle 1879 eröffnete das Zeitalter des deutschen Agrarprotektionismus.²⁷⁶ Das Staatsziel, die Landwirtschaft generell und langfristig zu stabilisieren, blieb jedoch unerreicht. Mehr noch, der Schutzzoll spaltete die Landwirtschaft. Durch den Schutzzoll waren vor allem die Interessen der pflanzlichen Produzenten, speziell die der preußischen Großgrundbesitzer geschützt. Ohne diese Staatshilfe wären die meisten von ihnen wahrscheinlich Bankrott gegangen. Den Preis für eine solche Zollpolitik mussten die Klein- und Mittelbetriebe der tierischen Veredelungsindustrie zahlen. Hierzu zählte auch die oldenburgische Landwirtschaft. Die oldenburgischen Schweineproduzenten beispielsweise waren an günstigem ausländischem Getreide interessiert, dieses wurde aber aus Rücksicht auf die ostelbischen Junker nicht bereitgestellt. Stattdessen musste das teurere inländische Getreide genutzt werden, welches die Produktionskosten in die Höhe trieb und die Gewinnmarge der Landwirte marginalisierte.²⁷⁷ Im April 1932 wandte sich der Landbund Oldenburg-Bremen über das Staatsministerium mit der Bitte an die Reichsregierung, Oldenburg zum

²⁷⁴ Ebd.

²⁷⁵ Oldenburgische Volkszeitung (künftig: OV) v. 31. Juli 1931.

²⁷⁶ Klein, Ernst, Geschichte der deutschen Landwirtschaft im Industriezeitalter, Wiesbaden 1973, S. 122.

²⁷⁷ Niemann, Die oldenburgische Landwirtschaft und die Agrarpolitik des Reichskanzlers Brüning, S. 165.

Notstandsgebiet zu erklären und in die „Osthilfe“ miteinzubeziehen. Der Antrag wurde mit dem Zusammenbruch der Viehpreise, die 1932 nur noch 60 Prozent des Vorkriegsniveaus erreichten, begründet. Die Lage der oldenburgischen Landwirtschaft sei, so der Landbund Oldenburg-Bremen, „*mindestens ebenso schlimm wie die in Ostpreußen und in den anderen östlich der Elbe gelegenen Gebieten.*“²⁷⁸

Das zweite große Manko der deutschen Landwirtschaft war die enorme Kreditbelastung. Dies betraf vor allem die kapitalintensive Viehwirtschaft in Norddeutschland. Hier stand die Landwirtschaft mit einem Verschuldungsmittelwert pro ha landwirtschaftlich genutzter Fläche von 119,- Reichsmark (Reichsdurchschnitt 75,45 Reichsmark) im Jahr 1926 an der Spitze des Deutschen Reiches.²⁷⁹ In den Jahren 1926-1928 wurden in Norddeutschland die meisten Zwangsversteigerungen durchgeführt. Die effektive Belastung der norddeutschen Landwirtschaft lag 1928/29 bereits um 50% höher als in der Vorkriegszeit.²⁸⁰ Zwar konnte die Landwirtschaft durch die Inflation Anfang der zwanziger Jahre eine Vorkriegsschuld in Höhe von 18 Milliarden Reichsmark mit letztlich wertlosem Papier ablösen. Als jedoch die Währung stabilisiert wurde stand die Landwirtschaft ohne Geldreserven und Betriebsmittel da. Das für die Investitionen erforderliche Kapital war nur schwer zu beschaffen. Die allgemeine Kreditnot führte zu hohen Zinssätzen.²⁸¹ Die Landwirtschaft nahm diese Verschuldung in der Wiederaufbauphase anfangs nicht ernst, weil die staatliche Agrarpolitik zu vermehrter Kreditaufnahme riet, um die Produktionsrückstände aufzuholen. Anfang der dreißiger Jahre betrug die Neuverschuldung der Landwirtschaft im Deutschen Reich wieder 12-13 Milliarden Reichsmark. Der Umstand, dass der Wiederaufbau nach dem Krieg nur mit Hilfe von Krediten finanziert werden konnte, sollte sich in der Weltwirtschaftskrise als fatal erweisen. Die Kredite welche die Landwirtschaft in Anspruch genommen hatte, waren mit 8% doppelt so teuer wie vor dem Krieg was wiederum dazu führte, dass die Zinslast 14% des Verkaufserlöses beanspruchte.²⁸² Eine solche Belastung war während der Konjunktur zu verkraften, jedoch musste der Preisverfall in der Krise viele Betriebe in die Illiquidität führen. Es wirkte sich ferner verhängnisvoll aus, dass die Kredite im Gegensatz zu der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg nur zu einem geringen Teil, nämlich zu etwa 40% langfristige Hypothekarkredite, zum überwiegenden Teil aber kurzfristige Personalkredite waren. Die der

²⁷⁸ Zitiert nach: Gelhaus, Bd. 3, S. 213.

²⁷⁹ Gessner, Dieter, Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933, Düsseldorf 1976, S. 97.

²⁸⁰ Ebd.

²⁸¹ Klein, S. 161.

²⁸² Ebd., S. 166.

Landwirtschaft zugeführten Geldmittel stammten überdies häufig aus amerikanischen Anleihen. Nach dem die amerikanischen Anleger ab 1929 verstärkt ihre Gelder zurückzogen, um die eigenen Verluste nach dem New Yorker Börsenkrach auszugleichen, gefährdeten die amerikanischen Kreditabzüge die Liquidität des deutschen Bankensystems. Somit geriet auch die deutsche Landwirtschaft in den Sog der weltweiten Banken- und Kreditkrise. Die deutsche Landwirtschaft war bereits vor 1929 in eine schwere Krise geraten, welche zwar ihre eigenen Ursachen hatte, aber durch ihr Zusammentreffen mit der Weltwirtschaftskrise sollte sie sich drastisch verschärfen und katastrophale Ausmaße annehmen. Zwangsversteigerungen und Pfändungen, insbesondere Steuerpfändungen, führten zu einer wachsenden Unzufriedenheit und Verbitterung der Landbevölkerung. Diese wachsende Unzufriedenheit, welche immer mehr zu einer Radikalisierung der Landwirte führte, bereitete den Nährboden für die seit 1929/30 massiv einsetzende agrarpolitische Agitation der NSDAP.²⁸³

3.1. Agrarpolitische Propaganda und tatsächliche Entwicklung

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler stand die Sanierung der Landwirtschaft ganz oben auf der Agenda. In seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Reichstag, am 23. März 1933, erklärte Adolf Hitler: *„Die Wiederherstellung der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe mag für den Konsumenten hart sein. Das Schicksal aber, das das ganze deutsche Volk träge, wenn der deutsche Bauer zugrunde ginge, wäre mit diesen Härten gar nicht zu vergleichen.“*²⁸⁴ Adolf Hitler vermied es allerdings in seiner Regierungserklärung, die politischen und militärischen Implikationen der nationalsozialistischen Agrarpolitik zu nennen. Hitler sah in einer autarken Nahrungsmittelversorgung eine wichtige Voraussetzung für die Durchführung seines Expansions- und Kriegsprogramms.²⁸⁵ Dieses agrarpolitische Ziel konnte das NS-Regime trotz aller dirigistischen und ideologischen Maßnahmen während seiner zwölfjährigen Herrschaft nicht erreichen. In einem Bericht der US-amerikanischen Institution „Economic Cooperation Administration (ECA)“ wurde folgendes festgestellt: *„Trotz aller Anstrengungen, die heimische landwirtschaftliche Erzeugung zu steigern, war Deutschland*

²⁸³ Broszat, Martin, Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München 1984, S. 99f.

²⁸⁴ Zitiert nach: OStZ v. 24. März 1933.

²⁸⁵ Gelhaus, Bd. 4, S. 53.

bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht in der Lage, mehr als etwa 83 Prozent seines Nahrungsmittelbedarfs aus eigenem Boden zu decken. ²⁸⁶

Die beiden wichtigsten agrarpolitischen Gesetze der NS-Zeit, das „Reichsnährstandsgesetz“ und das „Reichserbhofgesetz“, wurden im September 1933 verabschiedet. Im Zuge der Gleichschaltung wurden alle Betriebe, Personen und Verbände der Ernährungswirtschaft zwangsweise im Reichsnährstand zusammengefasst. So verlor 1933 auch der Oldenburger Bauernverein seine Eigenständigkeit. Auf einer Reichspressekonferenz äußerte sich „Reichsbauernführer“ Richard Walter Darré zum „Reichsnährstandsgesetz“: *„Das Gesetz räumt mit der irrtümlichen Annahme des liberalistischen Zeitalters auf, dass der Landwirt ein Unternehmer im geschäftlichen Sinne sei. Wir brauchen den Bauern [...] als die Blutquelle des deutschen Volkes und wir brauchen ihn als den Ernährer. [...] Der Bauer muß [sic!] seine Tätigkeit immer als seine Aufgabe an seinem Geschlecht und seinem Volk betrachten.* ²⁸⁷ Wichtigste Aufgaben des Reichsnährstandes waren die Kontrolle und Verteilung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte wurden festgesetzt und damit das marktwirtschaftliche Prinzip Angebot und Nachfrage außer Kraft gesetzt. Für die Landwirtschaft bedeutete dies eine Sicherung des Absatzes zu festen Preisen. Für die Konsumenten allerdings ergab sich daraus eine Verteuerung der landwirtschaftlichen Produkte. ²⁸⁸

Intention des „Reichserbhofgesetzes“ war es, landwirtschaftliche Betriebe in sogenannte Erbhöfe zu wandeln. ²⁸⁹ Die Besitzer („Erbbauern“) durften demnach den Hof nicht verkaufen und mussten ihn ungeteilt und unbelastet vererben, um, wie von der NS-Propaganda kolportiert, die Verbindung von „Blut- und Boden“ im deutschen Bauerntum als existentiellen Bestandteil der Lebensfähigkeit von Volk und Staat zu sichern. ²⁹⁰ Neben diesen gesetzlichen Maßnahmen versuchte das „Dritte Reich“ auch emotional die Bauernschaft an den neuen Staat zu binden. So wurde der Jahresrhythmus des dörflichen Lebens, vertraute Feiern und Feste, durch die neuen Machthaber nicht gestört. Im Gegenteil viele solcher Feste wurden durch eine ausgeprägte Betonung einer bäuerlichen Idylle und des althergebrachten

²⁸⁶ Economic Cooperation Administration (Hg.), Westdeutschland im europäischen Wiederaufbauprogramm, Frankfurt/Main 1949, S. 15.

²⁸⁷ Zitiert nach: OIStZ v. 20. September 1933.

²⁸⁸ Münkler, Daniela, Nationalsozialistische Agrarpolitik und Bauernalltag, Frankfurt/Main 1996, S. 94.

²⁸⁹ In der Landesbauernschaft Oldenburg befanden sich folgende Erbhofbetriebe (1935): In den Amtsbezirken: Amt Ammerland 2.275, Amt Cloppenburg 3.600, Amt Friesland 1.266, Amt Oldenburg 2.506 (dazu Gemeinde Großenkneten 455), Amt Vechta 1.909, Amt Wesermarsch 1.953. In den Städten: Nordenham 74, Varel 18, Friesoythe 218, Jever 29, Vechta 90, Brake 59, Delmenhorst 74, Oldenburg 387; Aus: OIStZ v. 1. August 1935.

²⁹⁰ Tooze, Ökonomie der Zerstörung, S. 219ff.

heimatlichen Brauchtums noch intensiviert.²⁹¹ Propagandistisch von großer Bedeutung war das auf dem Bückeberg im Weserbergland stattfindende Erntedankfest. Dieses wurde zu Ehren des „deutschen Landvolkes“ abgehalten und zum nationalen Feiertag erklärt. Bauerntum und Stadtvolk sollten durch solche Veranstaltung zusammenfinden. Oder wie es Adolf Hitler formulierte: „*Wir wollen gehen zum Arbeiter und zum Bauern, um sie zu belehren, dass es ohne deutschen Geist kein deutsches Leben gibt, dass sie alle zusammen eine große Gemeinschaft bilden müssen.*“²⁹² Adolf Hitler stilisierte in seinen Reden, die Landwirtschaft zur wichtigsten Stütze des Staates. Durch die Überhöhung des Bauerntums, gelang es dem NS-Regime, dass sich die Landwirtschaft nicht als Verlierer des neuen Systems fühlte, wie es bei der Gründung der Weimarer Republik der Fall war, sondern sich nun als staatstragendes Element wahrnahm. Deshalb verhielt sich die Bauernschaft auch bis zum Ende 1945 loyal zum „Dritten Reich“.

Zwar glorifizierten NS-Funktionäre in den Wahlkämpfen vor 1933 ständig das Landleben, indem sie erklärten, dass sich der nationalsozialistische Kampf gegen alle Formen „unnatürlichen Lebens“, gegen die Vermischung der Rassen in „degenerierten“ und „ungesunden“ Städten mit ihrer toleranten und demokratischen Haltung richte. Staatliche Großprojekte wie das Volkswagenwerk und die Reichswerke „Hermann Göring“ im Salzgittergebiet zeigen derweil deutlich, wie die Ideologie von „Blut und Boden“ zugunsten wirtschaftlicher Rationalität immer weiter zurückgedrängt wurde.²⁹³ Das Interesse der Bauern spielte trotz der sich ständig wiederholenden „Blut und Boden“- Rhetorik nur eine sekundäre Rolle bei rüstungsrelevanten Entscheidungen. Für die Bauern im Salzgittergebiet bedeutete dies beispielsweise den Verlust von Hof und fruchtbaren Ackerland hinzunehmen. Die betroffenen Bauernfamilien wurden auf dem „Verordnungswege“ ausgesiedelt und bekamen vom Staat eine „neue“ Heimat zugeteilt.²⁹⁴ Wie alle wirtschaftlichen Bereiche im „Dritten Reich“ musste sich auch die Landwirtschaft, trotz teilweise vehementen Protesten lokaler „Bauernführer“, der Aufrüstung beugen.

²⁹¹ Henke, Josef, Verführung durch Normalität – Verfolgung durch Terror. Gedanken zur Vielfalt nationalsozialistischer Herrschaftsmittel, in: APuZ 7 (1984), S. 21-31, hier: S. 26.

²⁹² Zitiert nach: Bericht der Gauarbeitsschule der Deutschen Arbeitsfront Weser-Ems (Mai 1936), S. 9.

²⁹³ Schmiechen-Ackermann, Detlef, Stadt und Nationalsozialismus in Niedersachsen. Deutungsmuster und konzeptionelle Überlegungen, Stand und Perspektiven der Forschung, in: NsJbLG 77 (2005), S. 31-53, hier: S. 42.

²⁹⁴ Niemann, Wirtschaftsgeschichte Niedersachsens 1918-1945, S. 496.

Im Land Oldenburg dominierten überwiegend landwirtschaftliche Klein- und Mittelbetriebe mit durchschnittlich ungünstigen Ertragsverhältnissen, nur im Süden des Landes befanden sich Großbetriebe in etwas bedeutender Zahl.

Anzahl der Betriebe nach Größenklassen (1939) in den Regierungs- und Verwaltungsbezirken: ²⁹⁵					
Reg./Verw. Bez.	Betriebe gesamt	unter 5 ha	5-20 ha	20-100 ha	über 100 ha
Oldenburg	38.142	17.026	15.948	5.126	42

Während im Norden Oldenburgs vorwiegend freie Landarbeiter beschäftigt waren, überwog im Süden ein ausgesprochenes Heuerlingswesen. In Oldenburg besaß die überwiegende Mehrheit der Landwirte zwischen 2 und 7,5 Hektar Land. Damit lagen diese Kleinbetriebe unter der Erbhofgröße. Dies verdeutlichen die Zahlen aus den überwiegend ländlichen Amtsbezirken Ammerland, Cloppenburg und Vechta. Hier erfüllten 7.784 Betriebe die Voraussetzung und wurden in Erbhofbetriebe umgewandelt, 10.616 lagen unter der Erbhofgröße und lediglich 87 Höfe wurden als Großbetriebe eingestuft (über 125 Hektar und damit über der Erbhofgröße).²⁹⁶ Der Oldenburger Boden zeichnete sich durch einen Wechsel zwischen Marsch, Moormarsch, Moor und Geest aus. Das Moor war in Oldenburg inselartig verbreitet, darunter das nährstoffarme Hochmoor auf der Geest. Das nährstoffreiche Niedermoor bildete oft die Grenze zwischen Geest und Marsch. Im Norden überwogen die Pferde- und Rindviehzucht sowie die Schweinemast. So war das Ammerländer Edelschwein reichsweit ein Begriff. Im Süden Oldenburgs nahm neben der Viehwirtschaft auch der Ackerbau eine herausragende Stellung ein. Bei der sich auf die landwirtschaftliche Erzeugung aufbauenden Veredelungsindustrie überwogen: Molkereien, Fleischverarbeitung, Gerbereien, Textilindustrie (auf die einheimische Wolle aufbauend), Flachsverarbeitung und Brennereien.²⁹⁷

Laut staatlicher Propaganda sollte der Reichsnährstand das „Bauerntum als Blutsquelle“ der Nation erhalten, letztlich schuf er nur unüberbrückbare Spannungen zwischen ideologischem

²⁹⁵ Ebd., S. 510.

²⁹⁶ Aufteilung auf die einzelnen Amtsbezirke, Ammerland: 2.275 Erbhöfe, 1.816 unter Erbhofgröße, 40 über Erbhofgröße; Cloppenburg: 3.600 Erbhöfe, 5.000 unter Erbhofgröße, 35 über Erbhofgröße; Vechta: 1.909 Erbhöfe, 3.800 unter Erbhofgröße, 12 über Erbhofgröße. Zahlen aus: OIStZ v. 1. August 1935.

²⁹⁷ Der Raum Weser-Ems. Die Nordwestmark des Deutschen Reiches, S. 22-25.

Vorsatz und wirtschaftlicher Praxis.²⁹⁸ Bereits 1937 zeichneten sich die Grenzen der vom NS-Regime ausgerufenen „Erzeugungsschlacht“ ab. Weitere Produktionssteigerungen waren nur unter verringerter Rentabilität der Betriebe zu erzielen. Der Betriebsaufwand der Landwirtschaft war trotz aller staatlichen Bemühungen in weit größerem Umfang gestiegen als die Verkaufserlöse. So betrug der Anteil des Betriebsaufwands an den Verkaufserlösen reichsweit im Wirtschaftsjahr 1936/37 insgesamt 71 Prozent gegenüber 67 Prozent im Wirtschaftsjahr 1934/35. Die Steigerung der Betriebsausgaben betrug absolut im Wirtschaftsjahr 1936/37 insgesamt 355 Millionen RM gegenüber einer Steigerung der Verkaufserlöse von 163 Millionen RM.²⁹⁹

Aus den Berichten der Landesbauernschaft Weser-Ems lässt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Veredelungswirtschaft und Ackerbauwirtschaft feststellen. Auf einem Geestboden wurden etwa 40.000 Pfund Kartoffeln als mittlerer Ertrag geerntet. Der Zentner Kartoffeln wurde mit 2,50 RM berechnet, so ergab sich daraus bei einem Hektar eine Bruttoeinnahme von 1.000,- RM. Von dieser Summe mussten pro ha 200,- RM für Düngung und vermehrten Arbeitsaufwand abgezogen werden, damit verblieb eine Einnahme von 800,- RM. Bei einem Marschboden bester Güte (sogenannte Fettweide) wurden den Sommer durch im Durchschnitt 700 Pfund Fleisch erzeugt. Das Pfund wurde zu 40 Pfennig als mittlerer Erlös verkauft, so ergab sich dadurch eine Bruttoeinnahme in Höhe von 280,- RM. Als Winterfutter für die Tiere und den Arbeitsaufwand mussten 80,- RM abgezogen werden. So blieb eine Reineinnahme von 200,- RM gegenüber 800,- RM beim Kartoffelanbau. Auf gutem Weizenboden erzielte der Bauer pro ha eine Höchsteinnahme von 600,- bis 800,- RM pro ha. Bei Zuckerrüben lag der Ertrag noch höher, während andererseits bei der Milchwirtschaft bei einem Durchschnitt von 3.000 Liter insgesamt 300,- RM pro Kuh erzielt wurden, hinzu kam, dass in der Milchwirtschaft ein weit aus stärkerer Arbeitsaufwand anfiel.³⁰⁰

Bei der Preisgestaltung in der Viehwirtschaft wurde zudem zwischen Zucht- und Nutztvieh einerseits und Schlachtvieh andererseits unterschieden. Während die Zucht- und Nutztviehpreise trotz aller staatlichen Bemühungen weiterhin dem Prinzip Angebot und Nachfrage unterworfen waren, bestanden beim Schlachtvieh Preisspannen im Gegensatz zu

²⁹⁸ Kluge, Ulrich, Deutsche Agrarpolitik im 20. Jahrhundert zwischen Protektionismus und wirtschaftlicher Modernisierung, in: Münkler, Daniela (Hg.), Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn, Göttingen 2000, S. 289-314, hier: S. 302f.

²⁹⁹ Die Zahlen stammen aus einem als „Streng vertraulich“ deklarierten Runderlass (8/38) des Beauftragten für den Vierjahresplan Generaloberst Göring, StAO, Best. 136, Nr. 9842, Bl. 27.

³⁰⁰ Zahlen aus: StAO Best. 136, Nr. 9842.

den Festpreisen bei den meisten Erzeugnissen der Ackerwirtschaft. Allerdings setzte ab Herbst 1936 ein Rückgang der Nachfrage bei Zucht- und Nutzvieh ein. Am stärksten war dieser Rückgang bei Zuchtbullen mittlerer Qualität zu verzeichnen. Der Preisrückgang für Zucht- und Nutzvieh betrug im Durchschnitt 20 bis 25 Prozent.³⁰¹ Dieser Absatzrückgang zwang die Landwirte einen immer größeren Teil ihrer verkäuflichen Tiere auf dem Schlachtviehmarkt anzubieten. Abgesehen von dem geringeren Erlös für Schlachtvieh machte sich ein zunehmendes Überangebot auf den Schlachtviehmärkten bemerkbar, sodass sich die Preise durchweg an der unteren Grenze der Preisspanne bewegten, zumal Kühe und Bullen, welche vorher als Nutzvieh zu guten Preisen Absatz fanden, auf dem Schlachtviehmarkt vielfach nur in den unteren Schlachtwertklassen verwertet wurden und somit nur den halben Erlös erzielten.³⁰²

Ein weiteres Problem für die Viehwirtschaft bildete die Beschaffung von Futtermitteln. Das Roggenverfütterungsverbot verstärkte die Futtermittelnot der Geest- und Moorbetriebe erheblich. Die Knappheit von Futtermitteln führte dazu, dass sich die Betriebsausgaben weiter erhöhten, weil einzelne Betriebe eine Intensivierung des Ackerbaus vornahmen, um den Mangel an käuflichen Futtermitteln durch Anbau eigener Futtermittel zu ersetzen. Dennoch musste beispielsweise in dem südlichen Kreis Vechta verstärkt ab 1936/37 die Schweinemast infolge von Futtermangel aufgegeben und sonstige Leistungsfütterungen herabgemildert werden.³⁰³ Dieses führte zu großen Problemen bei der Fleisch- und Fettversorgung. Die nordwestdeutschen Landgebiete waren die Haupterzeugergebiete für Schweinefleisch. Diese Gebiete unterschieden sich insofern von den ostdeutschen Erzeugergebieten, als die alteingesessenen Groß-, Mittel- und Kleinmästereien durch eine bewährte sogenannte Schnellmast ihre Ställe im Jahr drei Mal räumten, also nur eine Mastzeit von durchschnittlich 4 Monaten benötigten, während die ostdeutschen Betriebe im Jahr lediglich eine Mast lieferten.³⁰⁴ Auch bei der Rindfleischversorgung bestanden erhebliche Schwierigkeiten. In einem Schreiben des Viehwirtschaftsverbandes Weser-Ems an das Innenministerium Oldenburg, vom 27. März 1939, wird folgendes festgestellt: „*Wunschgemäß bestätige ich Ihnen meine fernmündliche Mitteilung, wonach die Rindfleischversorgung als nicht ausreichend angesehen werden muß [...] Augenblicklich sind auf allen Märkten ja sogar auf Abgabe- und Verteilungsstellen, Zuschüsse von geschlachteten Rindern notwendig, die von*

³⁰¹ StAO, Best 136, Nr. 9842, Bl. 46.

³⁰² Ebd.

³⁰³ Ebd., Bl. 42.

³⁰⁴ Sonderbericht der Preisüberwachung Bremen vom 12. Februar 1938, StAO, Best. 320.2/2.

der Reichsstelle nicht in der Höhe abgegeben werden können, wie sie von den Märkten oder Abgabe- und Verteilungsstellen angefordert werden. Die Hauptvereinigung hat angedeutet, dass sie sich unter Umständen gezwungen sehe, den 100%igen Rinderzuteilungssatz ebenso wie bei Schweinen, wo er zur Zeit [sic!] bei 70 % liegt, etwas herabzusetzen. Ich bitte, diese Informationen unbedingt als vertraulich zu behandeln.“³⁰⁵

Dem in allen Bereichen festgestellten Rückgang der Einnahmen stand eine allgemeine Erhöhung der Betriebsausgaben gegenüber. Den größten Posten bei den Betriebsausgaben stellten die Löhne. Die Jahre 1932 bis 1934 die bereits eine steigende Tendenz aufwiesen können dadurch relativiert werden, weil während der Agrar- und Wirtschaftskrise eine außerordentlich niedrige Lohnhöhe bestand. Ab 1935/36 mussten jedoch weitere starke Lohnerhöhungen, die gleichzeitig auch erhöhte Aufwendungen für Sozialausgaben bedeuteten, von der Landwirtschaft gewährt werden. Die Lohnsteigerungen sind durch das Missverhältnis zwischen dem Bedarf und dem Angebot an Arbeitskräften zu erklären. Ohne die Gewährung von höheren Löhnen wäre es zu einer noch drastischeren Abwanderung der Arbeitskräfte in die besser zahlende Rüstungsindustrie gekommen. Für die nördlichen Kreise des Landes Oldenburg, vorwiegend in den Marschgebieten, ergibt sich folgendes Bild:³⁰⁶

	1932	1933	1934	1935	1936	1937
	in RM					
Knecht, monatl.	33,33	32,50	40,--	50,--	65,--	75,--
Magd, monatl.	33,33	33,33	37,50	50,--	65,--	65,--
Landarbeiter, (täglich Bar neben Natalleistungen)	1,75	1,75	2,--	2,90	2,90	3,20
Freiarbeiter in der Ernte (täglich)	4,--	4,--	5,--	5,50	5,50	6,60

Im Gesamtdurchschnitt der Landesbauernschaft Weser-Ems 1934 bis 1937 ergibt sich folgende Steigerung:³⁰⁷

³⁰⁵ StAO, Best. 136, Nr. 9856, Bl. 300.

³⁰⁶ Zahlen aus: StAO, Best. 136, Nr. 9842, Bl. 52.

³⁰⁷ Ebd., Bl. 47.

1. Großknecht	von 36,-	bis 59,-	RM	monatlich
2. Kleinknecht	von 18,-	bis 32,-	RM	monatlich
3. Melker	von 40,-	bis 60,-	RM	monatlich
4. Großmagd	von 29,-	bis 45,-	RM	monatlich
5. Kleinmagd	von 15,-	bis 26,-	RM	monatlich
6. Landarbeiter	von 2,52	bis 3,62	RM	täglich

Bei den Landarbeitern ist allerdings folgendes zu beachten, sie unterschieden sich nach ihrem Rechtsstatus und ihrer Arbeitsfunktion, nach der Art ihrer Entlohnung durch Bargeld oder in Naturalien (als „Deputat“) erheblich. Die materiellen Lebensumstände wiesen eine große Spannweite auf und waren von Ort zu Ort, von Arbeitgeber zu Arbeitgeber und je nach dem ob und in welchem Maße noch Eigenbesitz vorhanden war unterschiedlich.³⁰⁸

Eine Sonderrolle bildete das Heuerlingswesen in Südoldenburg. Die Heuerleute wurden hier mit Naturallöhnen bezahlt, welche in ihrer Höhe auf einem niedrigen Niveau gehalten wurden.³⁰⁹ Aus einem Bericht der „NS-Volkswohlfahrt“, vom 27. August 1934, zur Lage der Heuerleute in Südoldenburg Kreis Vechta wird deutlich, dass viele Bauern auf die Pacht ohne Rücksicht auf die negative Preisentwicklung für landwirtschaftliche Erzeugnisse und die dadurch verbundene Senkung der Realeinkommen vieler Heuerleute in voller Höhe bestanden haben.³¹⁰ Neben der hohen Pacht war die Regelung der Arbeitshilfe in vielen Fällen zu Ungunsten der Heuerleute geregelt. Zwar war die Arbeitshilfe in vielen Verträgen auf eine bestimmte Anzahl von Tagen festgelegt und der Wert der Arbeit auf die Pacht angerechnet. In der Praxis allerdings zahlten viele Heuerleute Pacht für ihr Land, Miete für ihr Haus und mussten daneben „unbeschränkte Arbeitshilfe“ leisten. Viele Bauern nutzten ihre Machtposition und nahmen keine Rücksicht auf Schwangerschaft oder Krankheit, sondern forderten in einem solchen Fall vollwertigen Ersatz. Trotz der forcierten Parole über die angestrebte „Volksgemeinschaft“ konnten auch der Nationalsozialismus, die „*patriarchalischen*“ Einrichtungen und „*überlieferten Rechte*“ in der Beziehung zwischen

³⁰⁸ Fattmann, Rainer, Im Niemandsland der Arbeiterbewegung? Die Landarbeiterschaft und die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung auf dem Land, in: Bitzegeio, Ursula, Kruke, Anja u. Woyke, Meik (Hgg.), Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik, Bonn 2009, S. 81-95, hier: S. 83.

³⁰⁹ StAO, Best. 136, Nr. 9842, Bl. 43.

³¹⁰ StAO, Best. 231-5, Nr. 632.

Bauern und Heuerleuten nicht durchbrechen. Die Bauern beschimpften jeden NS-„Bauernführer“ als „*Kommunisten*“, der in diese Rechte eingreifen wollte.³¹¹

Trotz höherer Löhne und der Erfüllung allgemeiner sozialer Forderungen hatte die Landwirtschaft erhebliche Schwierigkeiten mit der sogenannten „Landflucht“. Viele Jugendliche wollten nicht in die Landwirtschaft, weil sie Schwierigkeiten beim späteren Übertritt in die Industrie fürchteten. Dazu war die Arbeitszeit in der Industrie wesentlich kürzer als in der Landwirtschaft, vor allem während der Erntezeit. So heißt es in einem Schreiben der Kreisbauernschaft Cloppenburg vom 16. Dezember 1939: *„Auch diese nannten ihrerseits denselben, von mir stets angegebenen Grund für die Landflucht, dass sie nicht einsehen könnten, weshalb sie bei einer Besetzung von 15 ha sich bis zu 15 Std. quälen müssten gegenüber 8 Stunden des städtischen Arbeiters, und ferner, dass die Frauen auf dem Lande ein Unmaß an Arbeit bewältigen müssten gegenüber den Frauen städtischer Arbeiter, welche sich lediglich auf den Haushalt beschränken könnten. Am Ende ihres Lebens würden sie aber feststellen, dass der städtische Arbeiter, obwohl er ein unendlich viel bequemeres Leben gehabt habe, sich finanziell genau so gut stehe, wie der vor Arbeit krumm gewordene Bauer mit seiner ebenfalls vor Arbeit frühzeitig gealterten Frau.“*³¹²

Neben steigenden Löhnen belasteten vor allem Beiträge zum Reichsnährstand und an die Wirtschaftsverbände (unter anderem Viehwirtschaftsverband, Milchwirtschaftsverband) die Landwirtschaft im „Dritten Reich“ erheblich. Hinzu kam, dass die Einschätzung des Bodens beispielsweise in der Wesermarsch verhältnismäßig hoch war und dementsprechend eine höhere Steuerbelastung mit sich brachte. Dies wirkte sich sehr negativ für die Landwirte aus, als die Preise für Erzeugnisse, also das auf diesem hoch eingeschätzten Boden gezogene Vieh, erheblich gesenkt wurden. Eine solche Entwicklung führte zu einer weiteren Verschuldung der Landwirtschaft. So berichteten die Kreisbauernführer zunehmend über eine Zunahme des Kreditbedarfs und über ein Anschwellen der Steuerschuld. Im Land Oldenburg waren seitens des Genossenschaftsverbandes, zum 31. Dezember 1937, Zinsrückstände in Höhe von 350.000 RM festgestellt worden.³¹³

³¹¹ StAO, Best. 136, Nr. 9842, Bl. 43.

³¹² StAO, Best. 231-6, Nr. 405.

³¹³ StAO, Best. 136, Nr. 9842, Bl. 47.

Bei Bezugs- und Absatzgenossenschaften betrug die ausstehenden Forderungen:³¹⁴

Am 31. Dezember 1936 71.564,- RM

Am 31. Dezember 1937 100.873,- RM

Dieser Trend setzte sich bis zum Ende des „Dritten Reiches“ weiter fort. Auch aus den Kreisen des Handwerks wurden die Klagen immer lauter, wonach die ländliche Bevölkerung sehr stockend zahle.³¹⁵

Die Entwicklung des Schuldenstandes der landwirtschaftlichen Betriebe ist ein wichtiger Indikator, um einen Überblick zu bekommen wie erfolgreich die vom NS-Regime getroffenen agrarpolitischen Maßnahmen in der Praxis tatsächlich waren. In vielen öffentlichen Auftritten führender NS-Funktionäre wurde die Entwicklung der Bankeinlagen bei den ländlichen Kreditgenossenschaften als Hauptargument angeführt, um eine günstige Entwicklung in der Landwirtschaft zu suggerieren. Nach Analyse unterschiedlicher interner Berichte der Kreisbauernschaften, Berichten zur Entwicklung des Geldverkehrs bei den Sparkassen und Banken im Bereich der Landesbauernschaft Weser-Ems ergibt sich ein völlig anderes Bild. Demnach stammten die Einlagen zu einem ganz erheblichen Teil nicht aus der Landwirtschaft, sondern von Landarbeitern, Beamten und Gewerbetreibenden. Außerdem war das besonders starke Anwachsen der Spareinlagen in vielen Bezirken der Landesbauernschaft Weser-Ems zum Teil auf die Abgabe von Grundbesitz für Wehrmachtzwecke und Reichsautobahnen sowie die beträchtliche Verminderung des Bestandes an Mastschweinen im zweiten Halbjahr 1937 zurückzuführen.

Aus diesen Gründen sind nicht die Bankeinlagen, sondern die Kreditausweitung der wahre Maßstab, um die wirtschaftliche Lage der Landesbauernschaft Weser-Ems zu überblicken.

³¹⁴ Ebd.

³¹⁵ Ebd., Bl. 45.

Aufstellung der Kredite für die Landwirtschaft in Weser-Ems in Tsd. RM: ³¹⁶						
Jahr	Bank- kredite	Waren- kredite	Aufbau- darlehn	Pacht- rückstände	Kredite insges.	Zu- Ab- nahme
1933	123.344	6.408	-	58	129.810	
1934	126.788	11.344	-	50	138.180	+8.370
1935	126.334	11.396	-	40	137.770	- 410
1936	129.513	11.902	1.074	37	142.526	+4.756
1937	134.436	13.413	1.294	117	149.260	+6.734
1933-1937						+19.450
Abschreibungen im Entschuldungsverfahren					<u>3.149</u>	
Stand 1938					152.409	+22.599

Im Gegensatz zu den offiziellen Verlautbarungen der Reichsregierung, wonach die Verschuldung im Reichsgebiet bei den Großbetrieben seit 1933 eine fortlaufende Abnahme, bei den Mittelbetrieben seit 1934 einen gleichbleibenden Stand und bei den Kleinbetrieben eine leichte Zunahme aufwies, hatte die Verschuldung im Bereich der Landesbauernschaft Weser-Ems eine ständige Zunahme erfahren, die nur infolge der sehr guten Ernte 1935 durch eine geringe Abnahme aufgehalten wurde. Die in der Erhebung erfassten Abschreibungen bei den durchgeführten Entschuldungsverfahren in Höhe von 2,43 Prozent haben bei dem hohen Stand der Neuverschuldung von 14,98 Prozent den Entschuldungsbetrieben keine wesentliche Erleichterung gebracht.

Viele Bauernhöfe im Land Oldenburg standen zu Beginn der „Erzeugungsschlacht“ 1934 den ihnen gestellten Aufgaben mit einem zu geringen Maschinen- und Geräteinventar gegenüber. Hier musste eine umfangreiche Anschaffung von Geräten und Maschinen zunächst einmal zur Inanspruchnahme von Krediten und einer Schuldenvermehrung führen. Die Kreditausweitung im Warengeschäft und die Aufnahme von Aufbaudarlehen lassen erkennen, dass die Landwirtschaft bemüht war durch Investitionen eine Voraussetzung für die Steigerung der Erträge zu schaffen. Vor allem die Gebiete mit einer kleinbäuerlichen Besitzverteilung von 10 bis 50 ha und ausschließlicher Veredelungswirtschaft wiesen eine ganz besonders hohe Zunahme der Verschuldung auf.³¹⁷ Die ungenügende Preisfestsetzung bei Vieherzeugnissen führte allerdings dazu, dass viele Landwirte die aufgenommenen Darlehen

³¹⁶ Entwicklung der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft in Weser-Ems für das Jahr 1938, StAO, Best. 136, Nr. 8822, Bl. 165.

³¹⁷ Ebd., Bl. 166.

nicht zurückzahlen konnten. Dieses hatte zur Konsequenz, dass im Bereich der Landesbauernschaft Weser-Ems im Jahr 1937 bei 851 Milchproduzenten das gesamte Milchgeld gepfändet wurde. Hinzu kamen die verheerenden Folgen der Maul- und Klauenseuche. Nach den Erhebungen des Tiergesundheitsamtes 1937 betragen die Gesamtverluste:³¹⁸

Regierungsbezirk:	
Aurich:	2.942.882,- RM
Osnabrück:	1.732.252,- RM
Oldenburg:	4.735.107,- RM
Bremen:	263.603,- RM

Diese enormen Verluste trieben den Stand der Verschuldung noch weiter in die Höhe. Die schwierige Lage der Oldenburger Landwirtschaft kann ebenfalls durch die Reaktionen auf den Runderlass Nr. 6519/35 des Reichs- und Preußischen Arbeitsministeriums verdeutlicht werden. In dem Runderlass „Ausgabe von Fettverbilligungs- und Margarinebezugsscheinen an Bauern, Landwirte und Landarbeiter mit Viehhaltung“ (Nr. 2 Ziffer 1), vom 8. Juni 1935, wurde ursprünglich festgelegt, dass: „*ein Bedürfnis zur Gewährung von Fettverbilligungsscheinen regelmäßig bei Bauern, Landwirten oder sonstigen Personen zu verneinen, die ihren Fettbedarf aus der eigenen Landwirtschaft oder Viehhaltung decken können; das gleiche gilt bei Landarbeitern, die auf Grund ihres Arbeitsvertrages ein ausreichendes Deputat an Fett erhalten (=monatlich 1 kg Butter, Schmalz oder sonstiges Speisefett pro Kopf der Familie) oder diese Fettmenge aus der nach dem Arbeitsvertrag zulässigen Rindvieh- oder Schweinehaltung decken können.*“³¹⁹

Diese Anordnung ist im Land Oldenburg auf erheblichen Widerstand gestoßen. Exemplarisch für die Klagen der Oldenburger Landwirtschaft können die Reaktionen aus dem Ammerland und dem Friesoyther Bezirk zitiert werden. So schreibt der Amtsvorstand Ammerland am 15. November 1937: „*Da jedoch in vielen Kleinbetrieben (Siedler) die Viehzucht nicht zur Verbesserung der eigenen Ernährung, sondern zum Verkauf zwecks Beschaffung von Geldmitteln zur Bezahlung von Renten und Pachten, bzw. [sic!] zum Ankauf von Düngemittel betrieben wird, muß [sic!] der Bürgermeister bei Ausgabe der Scheine freie Hand*

³¹⁸ StAO, Best. 136, Nr. 8822, Bl. 168.

³¹⁹ StAO, Best. 136, Nr. 6493, Bl. 501.

behalten.“³²⁰ Der Amtshauptmann für Cloppenburg schreibt, am 3. Februar 1937, an das Oldenburger Innenministerium: „Diese Personen halten zwar in der Regel mehrere Kühe, decken ihren Fettbedarf von jeher aber zum allergrößten Teil mit Margarine, weil sie auf das Milchgeld, das vielfach nahezu die einzige Bareinnahme für sie darstellt, zur Bestreitung ihrer geldlichen Verpflichtungen (insbesondere auch steuerliche Verpflichtungen) unbedingt angewiesen sind.“³²¹

Diese Beispiele zeigen wie stark die Hilfsbedürftigkeit vor allem der Kleinlandwirte im Oldenburger Land war. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage musste der Runderlass aufgeweicht werden. In einem Schreiben, vom 29. Dezember 1937, hieß es nun: „dürfen die erwähnten Bestimmungen nicht zu eng ausgelegt werden.“³²² Das NS-Regime war durch die wirtschaftlichen Realitäten gezwungen worden der Landwirtschaft entgegenzukommen. Weiterer wichtiger Beweggrund für dieses Einlenken war der Umstand, dies zeigt ein Sonderbericht zur Landwirtschaft 1937, dass viele Landwirte bei Viehzählungen durchweg ihre Bestände mit ungefähr zwei Drittel der wirklichen Bestandsziffern angaben, diese Tendenz hätte sich wahrscheinlich ohne weitreichende Zugeständnisse verstärkt.³²³

³²⁰ Ebd., Bl. 504.

³²¹ Ebd., Bl. 251.

³²² Ebd., Bl. 501.

³²³ StAO, Best. 320.2, Nr. 2.

3.2. Staatliche Interventionen auf dem Nahrungsmittelsektor

Die vom nationalsozialistischen Staat verfolgte wirtschaftspolitische Linie machte eine grundsätzliche Wandlung und Neuorientierung des deutschen Binnen- und Außenhandels erforderlich. Hierdurch ergaben sich auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft sowohl im Preisgefüge als auch in der Versorgungslage wichtiger Roh- und Agrarstoffe unvermeidbare Verschiebungen. Das NS-Regime stand vor der politischen Herausforderung, Reibungen zwischen Verbraucher, Verteiler und Erzeuger zu vermeiden. Durch markt- und preisregelnde Anordnungen sollte der Nahrungsmittelsektor stabilisiert werden. Die Preisentwicklung im Nahrungsmittelgroßhandel ab 1933 wurde vorwiegend von zwei Faktoren bestimmt. Zum einen gab es eine immer stärkere Beschränkung bei der Einfuhr von Nahrungsmitteln aus dem Ausland, was die entsprechenden Produkte künstlich verknappte und stark verteuerte. Zum anderen wurde die sogenannte „Inlandware“ durch marktregelnde Maßnahmen insbesondere des Reichsnährstandes verteuert. Des Weiteren zeichnete sich schnell ab, dass die im Inland erzielten Ernten nicht ausreichten, um die Ernährung in vollem Umfang sicherzustellen. Daher mussten trotz Autarkiebestrebungen aus dem Ausland, entweder im Kompensationsverkehr oder gegen Devisen, Kontingente von Nahrungsmitteln eingeführt werden. Die Regulierung des Marktes durch Lebensmittelkarten, wie sie beispielsweise Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht in einer internen Besprechung forderte, lehnte Hitler kategorisch ab.³²⁴ Hitler fürchtete um die Stimmung in der Bevölkerung und war gegen jede Maßnahme, die an Lebensmittelrationierungen während des Ersten Weltkrieges erinnern konnte. Die Einfuhr wurde durch mehrere bilaterale Handelsabkommen vor allem mit Staaten aus Südosteuropa geregelt.³²⁵ Als Beispiel hierfür kann der am 1. Mai 1934 geschlossene und im Oktober 1936 in Dresden modifizierte Handelsvertrag mit dem Königreich Jugoslawien genommen werden. Hier verpflichtete sich das „Dritte Reich“ von Jugoslawien jährlich bis zu 80.000 Schweine, 10.000 dz Speck, 10.000 dz Schweinefett, 25.000 Rinder, 30.000 dz geschlachtetes und 25.000 dz lebendes Geflügel, 10.000 dz Eier, 500.000 dz Weizen und ebensoviel Mais, darüber hinaus noch 500.000 dz der einen oder der anderen Getreideart je nach dem Ernteausfall, 185.000 dz gedörrte Pflaumen zu Konsumzwecken, 30.000 dz

³²⁴ Kopper, Christopher, Hjalmar Schacht. Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier, München 2010, S. 266f.

³²⁵ Diese Abkommen wurden aus devisenpolitischen Notwendigkeiten im Rahmen von Schachts „Neuem Plan“ geschlossen. Ziel war es, den deutschen Außenhandel so weit wie möglich auf sogenannte Clearingabkommen umzustellen. Siehe: Ebd., S. 261; Ebenfalls zu dieser Thematik: Boelcke, Willi, Die deutsche Wirtschaft 1930-1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums, Düsseldorf 1983, S. 100-117.

Pflaumen zu industriellen Verarbeitung und 20.000 dz Pflaumenmus zu importieren.³²⁶ Solche Einfuhren reichten allerdings bei weitem nicht aus, um den Bedarf der deutschen Bevölkerung ausreichend zu befriedigen. Letztlich dominierte bei allen Handelsbeziehungen der Import von rüstungsrelevanten Rohstoffen. So stand auch im Handel mit Jugoslawien der Import von Bleierzen im Vordergrund. Zum Vergleich: 1928 wurden 20.000 dz Bleierze aus Jugoslawien importiert, während 1937 sich die Einfuhr auf 350.000 dz erhöhte.³²⁷

Vor allem die Bereitstellung von preisgünstigen Fetten stellte das NS-Regime vor großen Schwierigkeiten. Die Verteilung von Butter, Margarine, Schmalz, Talg und Speck wurde mit der Proklamation des Vierjahresplanes auf dem „Parteitag der Ehre“ 1936 noch stärker staatlich reglementiert. Zur Regelung des Absatzes wurden ab dem 1. Januar 1937 Kontrollen eingeführt, um eine gleichmäßige Verteilung der Fette sicherzustellen. So sollte die Konsummargarine nur noch an bezugsberechtigte Personen (insgesamt 22 Millionen reichsweit) ausgegeben werden. Die bereits im Winter 1935, wegen der großen Butterknappheit, eingeführte Kundenliste im Einzelhandel wurde beibehalten und ergänzt. Um den Einzelhändlern eine bessere Kontrollmöglichkeit zu verschaffen, wurden die Gemeindebehörden angewiesen, jedem Haushalt einen sogenannten „Haushaltsnachweis“ auszustellen. Die „Haushaltsnachweise“ bildeten die Voraussetzung für eine Eintragung in die Kundenlisten der Lebensmitteleinzelhändler und der Metzger. Ab dem 1. Januar 1937 durfte Butter nur noch an diejenigen Kunden ausgegeben werden, die in Kundenlisten auf Grund des vorgezeigten „Haushaltsnachweises“ eingetragen waren. Der Einzelhändler musste den „Haushaltsnachweis“ abstempeln, um zu verhindern, dass sich der Kunde noch bei einem anderen Einzelhandelsgeschäft für Butter eintragen lässt. Außerdem war die Möglichkeit gegeben, dass sich Kunden unter der Rubrik „Speck, Schmalz, Talg“ auch beim Fleischer eintragen lassen.³²⁸ Die Einführung des Kundenlistensystems konnte das Feld der Fettversorgung nicht entspannen, im Gegenteil, die Verordnung erhöhte die Schwierigkeiten. Für Unmut in der Bevölkerung sorgte, dass die Butter nach Einführung des Kundenlistensystems nur noch bei einer Verkaufsstelle bezogen werden konnte und nicht mehr bei mehreren Verkaufsstellen. Ferner führte der Kundenlistenzwang, trotz gegenteiliger Empfehlungen in der Presse dazu, dass viele Kunden von ihrem bisherigen Lieferanten zu

³²⁶ Franges, Otto von, Jugoslawiens Interesse am Vierjahresplan, in: Der Vierjahresplan. Zeitschrift für Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik (Amtliche Mitteilungen des Beauftragten für den Vierjahresplan Ministerpräsident Reichsmarschall Göring), Berlin 1937, Jg. 1, S. 18-20, hier: S. 20.

³²⁷ Vinaver, Vuk, Svetska ekonomska kriza u Podunavlju i nemacki prodor 1929-1934, Beograd 1987, S. 276f.

³²⁸ Schreiben der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel – Fachgruppe Nahrungs- und Genussmittel zur Neuregelung der Fettwirtschaft vom 15. Dezember 1936, StAO, Best. 136, Nr. 6494.

einem anderen abgewandert sind. Dadurch war es in einer ganzen Reihe von Geschäften zu einer nicht unerheblichen Verschiebung in der Anzahl der Kunden gekommen. Daraus resultierte, dass ein Teil der Geschäfte im Verhältnis zur Kundenzahl nicht mehr mit ausreichend Butter beliefert werden konnte, während ein anderer Teil mehr Butter erhielt, als es für die Versorgung der eingetragenen Kunden vonnöten war. Dadurch trat eine ungleichmäßige Versorgung der Konsumenten ein. Dies führte zu einer großen Unzufriedenheit innerhalb der Verbraucherschaft. Als besonders erschwerend kam hinzu, dass die Milcherzeugung gerade in den Herbst- und Wintermonaten stark zurückging. Dies führte bei der Margarine, der frei erhältlichen Mittel- und Spitzensorte, zu einer überaus starken Verknappung. Da viele Kunden die vorher diese Margarinesorten im Haushalt nutzten, sich „vorsorglich“ auch in die Kundenlisten für Butter eingetragen hatten, führte die einsetzende Margarineverknappung dazu, dass auch ihr Fettbedarf mit Butter gedeckt werden musste.³²⁹ Infolgedessen wuchs die Zahl der Butterkunden in vielen Geschäften, was eine Erhöhung der gesamten Butternachfrage zur Folge hatte. Hierauf reagierte der Milchwirtschaftsverband Niedersachsen. In einem Schreiben, vom 19. Juli 1937, an den Ministerpräsidenten des Landes Oldenburg, hieß es unter anderem: *„Infolge der rückgängigen Zuteilung an Margarine haben wir vielfach für ausgefallene Margarine Butter zugeteilt. Derartige Zuteilungen sind im Interesse der Sicherung der Butterversorgung unerwünscht. Diese Zuteilungen nehmen auch die Kaufkraft des Arbeiters, der gerade über dem für die Margarinezuteilung festgesetzten Verdienstrichsatz liegt, zu stark in Anspruch, so dass der Ersatz von Margarine durch Butter unter keinen Umständen als ideal angesehen werden kann. Die Hauptvereinigung der deutschen Milchwirtschaft hat uns mit Schreiben vom 14.7.1937 mitgeteilt, dass Butter auf keinen Fall als Ersatz für Margarine und andere Fette zugeteilt werden darf.“*³³⁰

Die mangelnde Versorgung mit Margarine löste zudem eine Kettenreaktion aus. Die von Butter beziehungsweise Margarine abhängigen Gewerbe wie Bäckereien und Konditoreien erlebten starke Qualitätseinbußen bei ihren Erzeugnissen. So berichtet der Bürgermeister der Stadt Varel: *„Bäckereien [können] nicht mehr annähernd mit der erforderlichen Fettmenge beliefert werden. Die Ursache ist darin zu sehen, dass die Bäckereien fast gar keine Margarine mehr geliefert erhalten. Es kommen täglich Klagen an mich heran und die Bäcker sind der Ansicht, dass sie einerseits ihre Ware nicht mehr in der bisherigen Güte herstellen*

³²⁹ Schreiben vom Amtshauptmann Cloppenburg an das Finanzministerium Oldenburg, bezgl. Fettversorgung der Bevölkerung am 3. Februar 1937, StAO, Best. 136, Nr. 6493, Bl. 253.

³³⁰ StAO, Best. 136, Nr. 10074, Bl. 71.

*können und andererseits zu weiteren Entlassungen von Arbeitskräften gezwungen sein werden.*³³¹

Zusätzlich erschwert wurde die Fettversorgung der Oldenburger dadurch, dass ihr Land keinen rüstungsrelevanten Industriefaktor innerhalb des Deutschen Reiches darstellte. Auf Anweisung des Reichs- und Preußischen Ministers für Ernährung und Landwirtschaft mussten, ab dem 1. April 1937, in der Verteilung der Margarine einige Änderungen vorgenommen werden. Es wurde angeordnet die Industriebezirke des Reiches auf Kosten solcher Gebiete, in denen vorwiegend ländliche Bevölkerung ansässig war, zusätzlich zu beliefern. Die Kürzungen für die ländlichen Bezirke, wozu auch das Land Oldenburg gehörte, betrugen 25 Prozent.³³² Auf diese Anordnung gab es in Oldenburg eine Reihe von negativen Reaktionen sowohl staatlicher als auch parteilicher Organisationen. So intervenierten die Margarinewerke Vortmeyer aus Preußisch Oldendorf in einem Schreiben an die Wirtschaftliche Vereinigung der Margarine- und Kunstspeisefettindustrie, vom 1. April 1937, mit folgenden Worten: *„In den Gebieten, für die eine Kürzung von 25% in Frage kommen soll, haben wir nur Kundschaft in Oldenburg und zwar in den Bezirken Ocholt, Varel und Jever. Wir halten hier eine Minderung der Zuteilung nicht für gerechtfertigt, denn es ist in den Bezirken des Oldenburger Landes ohnehin schon eine grosse [sic!] Fettnot. Wir kennen die Verhältnisse daselbst ganz genau; wo wir unseren Absatz haben, ist ein arme Bevölkerung ansässig, die von dem Wenigen, was der Moorboden und die Heide aufbringt, leben muss. Die Leute müssen sich vielfach so einschränken, dass sie für die Zubereitung des Essens nur Talg erschwingen können. Da es diesen auch nicht mehr genügend gibt, würde eine Kürzung der Margarinezuteilung die Not vergrößern und für die Oldenburger Volksgenossen eine Härte darstellen. Eine Rückfrage bei der Regierung in Oldenburg wird unsere Angaben bestätigen und im übrigen weist ja das hohe Scheinaufkommen, namentlich im Bezirk Ocholt, aus, dass in den fragl. Bezirken sehr viel Bezugsberechtigte für Konsummargarine vorhanden sind.*³³³

Die „Deutsche Arbeitsfront“, Gauverwaltung Weser-Ems – Kreisverwaltung Friesland, berichtete in einem Schreiben, vom 25. Mai 1937, an den Amtshauptmann Friesland über den immer größer werdenden Unmut innerhalb der Bevölkerung. *„Immer wieder laufen besonders aus dem Gebiet der Gemeinde Friesische Wehde und der Landgemeinde Varel bei uns Klagen ein*

³³¹ Schreiben, vom 13. Februar 1937, an den Minister des Inneren Oldenburg, Ebd., Bl. 61.

³³² Schreiben der Margarinewerke Vortmeyer aus Preußisch Oldendorf an das Innenministerium des Landes Oldenburg vom 5. April 1937, Ebd., Bl. 74.

³³³ Ebd., Bl. 79.

über nicht genügend Zuteilung von Margarine. Die Stimmung der Bevölkerung leidet unter diesem Zustand erheblich und gibt den Männern und Frauen Gelegenheit zu unsachlicher Kritik. ³³⁴

Die Aufteilung Deutschlands in rüstungsrelevante und nicht rüstungsrelevante Regionen, dazu die Bevorzugung von bestimmten Berufsgruppen und Institutionen (hier vor allem das Militär), erschütterte die Idee von der deutschen „Volksgemeinschaft“ bis in die Grundfesten. Diese Entwicklung wird in einem Bericht des Amtes Ammerland sehr deutlich: *„Die Klagen der Bevölkerung über die unzureichende Versorgung mit Margarine mehren sich von Tag zu Tag. Insbesondere sind es die Handwerker, kleinen Geschäftsleute, kleinen Landwirte und Angestellten, die sich immer beschweren, dass ihnen keine Margarine zugeteilt wird. Auch wird die jetzige Regelung der Verteilung der scheingebundenen Margarine stark kritisiert. Immer wieder wird angeführt, dass die Arbeiter, Soldaten und die Arbeitsdienstpflichtigen versorgt seien, während der Mittelstand übergangen sei. Die Arbeiter wiederum führen Klagen darüber, dass sie gegenüber dem Militär benachteiligt sind. Die Klagen sind nicht von der Hand zu weisen. Freie Margarine steht nur in geringen Mengen zur Verfügung. Nach Rücksprache mit der Kreisgruppe Ammerland der Wirtschaftskammer Niedersachsen habe ich festgestellt, dass die Zuteilung von Margarine in den ersten ¾ Jahren des Jahres 1937 gegenüber der gleichen Zeit aus 1936 um nahezu 65 % gekürzt sei.* ³³⁵

3.3. Methoden der Verbrauchslenkung

Nach dem der Versuch die Nahrungsmittelversorgung durch Ertragssteigerungen im Rahmen sogenannter „Erzeugungsschlachten“ zu sichern nicht die gewünschten Resultate brachte, blieb nur noch die Verbrauchslenkung, um den ständig auftretenden Mangelercheinungen auf dem Nahrungsmittelmarkt entgegenzuwirken. Im Zuge des Vierjahresplans wurde die Verbrauchslenkung intensiviert. Herbert Backe, der Staatssekretär im Reichs- und Preußischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, fasste die Aufgaben der Verbrauchslenkung wie folgt zusammen: *„Die Verbrauchslenkung muß den deutschen Verbraucher davon überzeugen, dass im Rahmen einer vernünftigen, naturgegebenen Ernährung die Erzeugnisse verzehrt werden sollen, die der deutsche Boden liefert. Dazu wird in vielen Fällen eine Umstellung nötig sein. [...] Schließlich aber muß das deutsche Volk*

³³⁴ Ebd., Bl. 82.

³³⁵ Der Amtshauptmann Ammerland, am 5. November 1937, an den Minister der Finanzen des Landes Oldenburg, Ebd., Bl. 89.

wieder lernen, seine Ernährung dem jahreszeitlichen Ablauf der Erzeugung und Ernte anzupassen. Es geht nicht an, dass es in Erinnerung an die verflossene internationale Pumpwirtschaft schon im Februar Frühkartoffeln und im März die schönsten ausländischen Frühgemüse verlangt. Es muß wieder lernen, die deutschen Erzeugnisse dann zu verzehren, wenn sie von deutschen Bauern auf den Markt gebracht werden können.“³³⁶

Wie die gelenkte Ernährung aussehen sollte, zeigt folgender Artikel aus der „Zeitschrift für Volksernährung“: „1. Vermehrte Verwendung von Vollkorn- und Mischbrot, da Vollkornbrot für Zähne, Knochen und Körperkonstitution besser als Weißmehl ist. 2. Wöchentlich ein Fischtag, da Fische unbeschränkt in deutschen Gewässern zu Verfügung stehen, und Fische gesund und nahrhaft sind. 3. Wöchentlich ein vegetarischer Tag. Die vegetarische Kost, einschließlich Milch- und Molkereiprodukte, ist die an allen Nährstoffen, Vitaminen und Nährsalzen reichste Kost, die uns Vollnahrung garantiert und gesund und leistungsfähig erhält.“³³⁷

Der Aufsatz „Volksernährung aus deutschem Boden“, welchen das Institut für Konjunkturforschung am 9. Dezember 1936 (Nr. 49) herausbrachte, enthielt die grundsätzlichen Richtlinien für die Verbrauchslenkung auf dem Gebiet der Ernährung.³³⁸

Hier wurden die deutschen Nahrungsgüter in drei Gruppen eingeteilt:

1. „Verstärkter Verbrauch“
2. „Gleichbleibender Verbrauch“
3. „Verminderung des Verbrauchs“

Damit sollte ein „Generalspeiseplan des deutschen Volkes“ geschrieben werden.³³⁹ Die Landesregierungen wurden monatlich vom Reichs- und Preußischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft darüber unterrichtet, welche Nahrungsmittel in den einzelnen Monaten des Jahres besonders zu bevorzugen waren, bei welchen Lebensmitteln ein gleichbleibender Verbrauch möglich und bei welchen Lebensmitteln ein verminderter

³³⁶ Backe, Herbert, Verbrauchslenkung, in: Der Vierjahresplan. Zeitschrift für Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik (Amtliche Mitteilungen des Beauftragten für den Vierjahresplan Ministerpräsident Reichsmarschall Göring), Berlin 1937, Jg. 1, S. 203-205, hier: S. 203.

³³⁷ „Der Führer hat gesprochen!“, in: Zeitschrift für Volksernährung 11 (1936), S. 273-274, hier: S. 274.

³³⁸ StAO, Best. 136, Nr. 8844, Bl. 5.

³³⁹ Backe, S. 203.

Verbrauch erwünscht sei. Die Landesregierungen waren verpflichtet darauf hinzuwirken, dass alle öffentlichen Anstalten wie Krankenhäuser und Gemeinschaftsküchen sich entsprechend diesem „Einkaufszettel“ verhielten. Die Bevölkerung sollte allerdings nicht mit rigiden Vorgaben zum Konsum gewünschter Nahrungsmittel gezwungen werden. Vielmehr versuchte das NS-Regime mit einer Politik von „Aufklärung“ und „Überzeugung“ seine Ziele zu erreichen.³⁴⁰ Die Hauptrolle bei dieser „Erziehungsarbeit“ spielten vor allem die „NS-Frauenschaft“ sowie das NS-Hilfswerk „Mutter und Kind“. Um die deutsche Bevölkerung zu einer gewünschten Haushaltsführung anzuleiten, definierte das NS-Regime die deutschen Hausfrauen zur primären Zielgruppe der Verbrauchlenkungskampagnen. Sie wurden zum Dreh- und Angelpunkt der NS-Ernährungswirtschaft.³⁴¹ Auf verschiedenen Lehrgängen sollten die Hausfrauen über die vermeintlichen Gesundheitsvorteile³⁴² des „nationalen Speiseplans“ aufgeklärt werden.³⁴³ Außerdem wurde den Hausfrauen in zahlreichen Rezeptvorschlägen und Kochbüchern der gewünschte Nahrungsmittelverzehr näher gebracht.³⁴⁴ Parallel wurden in regelmäßigen Abständen moralische Appelle an die Hausfrauen gerichtet. Vor allem das Bild von der „Volksgemeinschaft“ wurde bemüht, um auf die Verbraucherinnen sozialen Druck auszuüben. So veröffentlichte beispielsweise die „Oldenburgische Staatszeitung“ einen Tag vor Heiligabend 1936 den Artikel, „Die Hausfrau trifft Vorsorge für Weihnachten“: *„bei jedem Genuß [sic!], den wir unserem Magen geben wollen, ist diese Lebens- oder Genußmittel [sic!] auch jeweils in ausreichendem Umfang vorhanden, wenn nicht, welches andere kann man dafür erhalten, dann zeigen wir damit an, dass wir unseren Magen der Liebe zum Volke und seiner Schicksalsgemeinschaft*

³⁴⁰ Spiekermann, Uwe, Vollkornbrot in Deutschland. Regionalisierende und nationalisierende Deutungen und Praktiken während der NS-Zeit, in: Siegrist, Hannes (Hg.), Konsum und Region im 20. Jahrhundert, Leipzig 2001, S. 27-50, hier: S. 37.

³⁴¹ Heidel, Wolfgang, Ernährungswirtschaft und Verbrauchlenkung im Dritten Reich 1936-1939, Diss. Berlin 1989, S. 87ff.

³⁴² Der gesundheitliche Aspekt als Motivation auf Butter und Fleisch zu verzichten, spielte auch in zahlreichen Artikeln der „Oldenburgischen Staatszeitung“ eine tragende Rolle bei der Verbrauchlenkung. So heißt es beispielsweise in dem Artikel „Bäuerliche Kost in 100 Jahren“: *„Es ist eine geschichtliche Tatsache, dass unsere Vorfahren ein durchschnittlich gesundes Leben führten. Das soll heißen, dass man in erster Linie weniger mit kleineren und „zimperlischen“ Krankheiten zu tun hatte, als heute. [...] Abgesehen von einer vernünftigen Lebensweise unserer Oldenburger Landbevölkerung, trug die einfache Kost sehr zur Förderung der Gesundheit bei. [...] In der Kost unserer Landleute von früher offenbart sich ein nettes Stück Einfachheit und Biederkeit. Man lebte zwar einfach, und doch war die Kost kräftig und gesund. Sollte nicht unser Geschlecht davon manches abnehmen können, ohne den Fortschritt zu verleugnen? Machen Salz und Brot nicht auch heute noch die Wangen rot?“* Aus: OIStZ v. 12. Februar 1937.

³⁴³ Dammer, Susanna, Kinder, Küche, Kriegsarbeit. Die Schulung der Frauen durch die NS-Frauenschaft, in: Wittmann, Ingrid, Hahn, Claudia, Kampmann, Doris, Said, Erika, Weyrather, Irmgard u. Reese, Dagmar (Hgg.), Frauengruppe Faschismusforschung, Mutterkreuz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 1981, S. 215-245, hier: S. 236.

³⁴⁴ Exemplarisch: Rezeptdienst 4: „Die Kartoffel trägt unsere Ernährung“, hrsg. vom Reichsausschuss für volkswirtschaftliche Aufklärung, Berlin. (StAO, Best. 136, Nr. 8844, Bl. 44d-44h.).

unterordnen. Das möge von den Hausfrauen bei den Vorbereitungen zum Festtisch und auch später am Alltage beachtet werden.“³⁴⁵

Den Verbraucherinnen blieb mangels Alternativen kaum eine andere Wahl als die Nahrungsmittel zu konsumieren, welche vom „nationalen Speiseplan“ vorgegeben wurden.³⁴⁶ Dies wurde nicht klaglos hingenommen. Vor allem der Versuch, Marmelade und Quark als Alternative zu Butter und Margarine als Brotaufstrich zu popularisieren scheiterte kläglich. Zahlreiche Beschwerden diesbezüglich wurden von unterschiedlichen staatlichen Stellen verzeichnet. Auch die immer schlechter werdende Qualität vieler Lebensmittel sorgte für Unmut in der Bevölkerung. So wurde Kakao mit verschiedenen Mehlprodukten wie Roggenmehl, Sojamehl, Puddingmehl und Magermilchpulver gemischt. Dies hatte zur Folge, dass das Kakaopulver nur eine sehr begrenzte Haltbarkeit besaß und sehr leicht von der Mehlmotte befallen wurde.³⁴⁷ Besondere Aufmerksamkeit beim Vierjahresplan hatte die Sicherstellung der Brotversorgung.³⁴⁸ In einer Anweisung des Reichs- und Preußischen Ministers für Ernährung und Landwirtschaft wurden die Gemeinden verpflichtet diesbezüglich Kommissionen zu bilden. Diese sollten auf dem Gebiet ihrer Gemeinden in den Fällen, in denen das Liefersoll von den Bauern nicht erfüllt wurde, an Ort und Stelle prüfen, aus welchem Grund die Ablieferung nicht pünktlich erfolgt war. In der Anweisung heißt es wörtlich: „Hierbei ist festzustellen, ob und wann das Ablieferungssoll überhaupt noch erfüllt werden wird und ob Böswilligkeit vorliegt, insbesondere, ob die Nichterfüllung auf eine pflichtwidrige Verfütterung von Brotgetreide zurück zu führen ist.“³⁴⁹ Das Ablieferungssoll für Roggen³⁵⁰ und Weizen betrug am Beispiel des Jahres 1936:³⁵¹

³⁴⁵ Zitiert nach: OIStZ v. 23. Dezember 1936.

³⁴⁶ Mark Spoerer und Jochen Streb haben den Versuch unternommen aufzuzeigen, wie sich das Konsumverhalten der Verbraucher bei Lebensmitteln entwickelt hätte, wenn keine staatlichen Reglementierungen durchgeführt worden wären. Spoerer, Mark u. Streb, Jochen, Guns and Butter – But no Margarine. The Impact of Nazi Economic Policies on German Food Consumption, 1933-38, in: FZID discussion papers 23 (2010), hier: S. 15-18.

³⁴⁷ Entsprechende Beschwerden in den Berichten der Preisüberwachungsstelle Oldenburg: StAO, Best. 136, Nr. 9820.

³⁴⁸ Corni, Gustavo u. Gies, Horst, Brot-Butter-Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers, Berlin 1997, S. 327.

³⁴⁹ StAO, Best. 231-5, Nr. 227.

³⁵⁰ Im Land Oldenburg wurde aufgrund der Bodenverhältnisse vorwiegend Roggen angebaut. Während der Anbau von Roggen 1939 im Reichsdurchschnitt 22 Prozent des Ackerlandes einnahm, betrug sein Anteil in Oldenburg 34 Prozent. Aus diesem Grund ist es auch nicht verwunderlich, dass in Oldenburg vor allem zwei brotsorten dominierten: Roggenschrotbrot und Roggenmischbrot. Siehe: Weber, Adolf, Volkswirtschaftslehre Bd. 2: Agrarpolitik (neubearb. von Wilhelm Meinhold), Berlin 1951, S. 204.

³⁵¹ StAO, Best. 231-5, Nr. 227.

- 30 % bis zum 15. Oktober 1936
- 60 % bis zum 31. Dezember 1936
- 80 % bis zum 31. Januar 1937

Damit durften die Bauern lediglich 20 % für den Eigenbedarf einbehalten, was naturgemäß zu Reibungen zwischen Bauern und Regime führte.³⁵²

Die Werbung spielte neben Presse, Rundfunk und Film eine wichtige Rolle bei der Verbrauchslenkung.³⁵³ Durch eine geschickte Werbung sollte der Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der Rubrik „Verstärkter Verbrauch“ gefördert werden. Hier trat die sogenannte „Gemeinschaftswerbung“ auf den Plan. Im Gegensatz zur „Einzelwerbung“, deren Ziel es war und heute noch ist Mitbewerber, die einen gleiches Produkt verkaufen, vom Markt zu verdrängen, sollte durch die „Gemeinschaftswerbung“ eine Änderung in den Verbrauchergewohnheiten herbeigeführt werden. Anstelle einer Verbrauchergewohnheit sollte eine andere etabliert werden. Beispielsweise Marmelade statt Butter als Brotaufstrich zu nutzen. Die „Gemeinschaftswerbung“ war keine „Erfindung“ des „Dritten Reiches“, sondern ursprünglich aus den USA stammend, wurde sie bereits vor 1933 auch in Deutschland praktiziert.³⁵⁴ Bei der Verbrauchslenkung auf dem Ernährungssektor verliefen die wirtschaftlichen Interessen der Wirtschaft und des NS-Regimes parallel, daher wurde die „Gemeinschaftswerbung“ auch kritiklos von der Wirtschaft durchgeführt.³⁵⁵ Gleichzeitig mussten Erzeugnisse aus der Rubrik „Verminderung des Verbrauchs“ aus der Werbung verschwinden. So wurde ab dem 1. Januar 1937 vom Leiter der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel jede „*offene Reklame für Fett*“ verboten.³⁵⁶ Die Aufgabe der Werbung bei der Verbrauchslenkung im „Dritten Reich“ definierte Erich Goeggel in seiner Dissertation 1937 wie folgt: „*Durch die Werbung lernt der Verbraucher neue Erzeugnisse kennen, die seinen Bedarf besser, nachhaltiger und wirtschaftlicher als die bisherigen Mittel befriedigen.*“³⁵⁷

³⁵² Münkler, Nationalsozialistische Agrarpolitik und Bauernaltag, S. 470f.

³⁵³ Sennebogen, Waltraud, Zwischen Kommerz und Ideologie. Berührungspunkte von Wirtschaftswerbung und Propaganda im Nationalsozialismus, München 2008, S. 235-249.

³⁵⁴ Ebd., S. 225.

³⁵⁵ Zur Thematik „verbrauchslenkende Gemeinschaftswerbung“, Siehe: Berghoff, Hartmut, Von der „Reklame“ zur Verbrauchslenkung. Werbung im nationalsozialistischen Deutschland, in: ders. (Hg.), Konsumpolitik. Die Regulierung des privaten Verbrauchs im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999, S. 77-112, hier: S. 98-106.

³⁵⁶ Sennebogen, S. 241.

³⁵⁷ Goeggel, Erich, Untersuchungen zur Verbrauchslenkung auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft in Deutschland, Diss. München 1937, S. 87.

Durch das „Gesetz über Wirtschaftswerbung“, vom 12. September 1933, wurde die Werbebranche verpflichtet, durch verbrauchslenkende Konsumentenwerbung nationale Aufgaben zu übernehmen.³⁵⁸ Nach §1 des Gesetzes unterlag das gesamte öffentliche und private Werbungs-, Anzeigen-, Ausstellungs-, Messe-, und Reklamewesen der Aufsicht des Reiches, die ausgeübt wurde durch den Werberat der deutschen Wirtschaft.³⁵⁹ Am Beispiel der Schaufenstergestaltung kann das größte Dilemma für das NS-Regime bei der Verbrauchslenkung verdeutlicht werden. In den Städten und Dörfern des Landes Oldenburg spielte die Schaufenstergestaltung der Einzelhandelsgeschäfte eine wichtige Rolle als Werbeträger. Trotz massiven Problemen in der Produktion musste der Bevölkerung über die Schaufenster weiterhin der Eindruck suggeriert werden, dass die Versorgungslage nicht nur stabil sei, sondern auch weiterhin eine Vielfalt im Warenangebot vorhanden sei. Dies führte dazu, dass mit fortschreitender Warenverknappung häufig Produkte und Schaupackungen in Schaufenstern ausgestellt wurden, die im Laden selbst nicht in ausreichender Menge vorhanden waren. Dies führte zu häufigen Konflikten zwischen Käufern und Einzelhändlern. Aus politischen Erwägungen wurden in Schaufenstern Waren in Mengen und Beschaffenheit gezeigt, in denen sie der Bevölkerung gar nicht mehr zur Verfügung standen. Eine Verödung der Schaufenster sollte unter allen Umständen verhindert werden, da sie sich psychologisch nachteilig auf die Bevölkerung hätte auswirken können.³⁶⁰

Bekannteste Werbekampagne innerhalb der Verbrauchslenkung wurde der Werbefeldzug „Kampf dem Verderb“.³⁶¹ An dieser Aktion beteiligten sich alle Stellen und Wirtschaftszweige der Ernährungswirtschaft. Vom Reichsernährungsministerium, Reichsnährstand, Reichspropagandaleitung der NSDAP, Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, die „NS-Frauenschaft“ mit dem „Deutschen Frauenwerk“, der Reichsausschuss für volkswirtschaftliche Aufklärung, der Reichsausschuss für Volksernährung beim Reichsministerium des Inneren, die Reichsarbeitsgemeinschaft für Schadenverhütung, der Verein deutscher Ingenieure, das Hauptamt für Erziehung bei der

³⁵⁸ Schug, Alexander, „Deutsche Kultur“ und Werbung. Studien zur Geschichte der Wirtschaftswerbung von 1918 bis 1945, Berlin 2011, S. 186.

³⁵⁹ „Gesetz über Wirtschaftswerbung“ v. 12. September 1933, Übernommen aus: StAO, Best. 265, Nr. 517.

³⁶⁰ StAO, Best. 320-5, Nr. 4.

³⁶¹ In der Oldenburger Presse wurden ständig neue Werbereime präsentiert, um die Aktion „Kampf dem Verderb“ bei der Bevölkerung zu popularisieren, beispielsweise: „Schütze vor Verderb die Waren, hilf auch du Devisen sparen“, „Lebensmittel sind sehr wichtig, drum behandle sie auch richtig“, „Die Nahrungsmittelfreiheit unterstützen, heißt Lebensmittel richtig nützen.“ Entnommen aus: StAO, Best. 265, Nr. 361.

Reichsleitung der NSDAP bis zum Reichsbund der Kleingärtner und Kleinsiedler.³⁶² Der Werbefeldzug „Kampf dem Verderb“ sollte die Bevölkerung zu einem sparsamen Umgang mit Nahrungsmitteln erziehen. Besonders Hausfrauen sollten die restlose Ausnutzung aller heimischen Lebensmittel erlernen, um dadurch keine Nahrungsmittel mehr verderben zu lassen. Die einheimische landwirtschaftliche Produktion sollte maximal ausgenutzt werden. In diesem Zusammenhang wurde auch der „Volkskühlschrank“ als wirksamstes Mittel im „Kampf gegen den Verderb“ propagiert. Allerdings blieb der „Volkskühlschrank“ nur in den Werbeanzeigen und Reden führender NS-Funktionäre eine wirksame Waffe gegen den „Verderb“. Seine Verbreitung in den deutschen Haushalten war, aufgrund der vom NS-Regime gesetzten Prioritäten, während des gesamten „Dritten Reiches“ marginal.³⁶³

Ein weiteres wichtiges Element in der Verbrauchlenkung bildete der Appell an den Patriotismus. Das NS-Regime verfolgte die Idee einen „Konsumnationalismus“ bei der Bevölkerung zu fördern.³⁶⁴ So sollten beim Einkauf von Nahrungs- und Genussmitteln nur Erzeugnisse der einheimischen Landwirtschaft berücksichtigt werden. Letztlich griff die Verbrauchlenkung ab 1936 verstärkt auf den Aufruf des thüringischen Ministerpräsidenten Fritz Sauckel aus dem Jahr 1932 zurück. Dieser formulierte bereits zu diesem Zeitpunkt: *„Wer ausländische Ware kauft, wenn er deutsche und heimische Erzeugnisse bekommen kann, ist ein Verräter an seinem Volke.“*³⁶⁵ Zum anderen wurde der Verzicht auf bestimmte Nahrungsmittel als ein heroisches Opfer für das Vaterland glorifiziert. So erklärte Rudolf Heß, am 12. Oktober 1936, bei der Eröffnung einer neuen „Adolf-Hitler-Halle“ in Hof (Bayern) der Bevölkerung: *„Das Volk Adolf Hitlers weiß, worum es geht. Es nimmt es auf sich, wenn nötig, sich dazwischen etwas einzuschränken, - kapitulieren wird es nicht! Und niemand glaube, dass, wenn der wirtschaftliche Kampf gegen unser Volk fehlschlägt, Deutschland durch Waffengewalt überwältigt werden könnte – etwa durch Inmaschsetzen [sic!] des sowjetrussischen Militarismus. Wir haben vorgesorgt! Und wir sind bereit, auch künftig – wenn notwendig – mal etwas weniger Fett, etwas weniger Schweinefleisch, ein paar Eier weniger zu verzehren, weil wir wissen, dass diese kleine Opfer ein Opfer bedeutet auf dem Altar der Freiheit unseres Volkes. Wir wissen, dass die Devisen, die wir dadurch einsparen, der Aufrüstung zugute kommen [...] Jedes Geschütz mehr, jeder Tank mehr, jedes*

³⁶² Anhang „Kampf dem Verderb im Rahmen der Ernährungswirtschaft“ zum Zeitungsdienst des Reichsnährstandes Nr. 218 v. 26. September 1936, StAO, Best. 136, Nr. 9822, Bl. 200.

³⁶³ Siehe dazu: König, Volkswagen, Volksempfänger, Volksgemeinschaft, S. 137-150.

³⁶⁴ Siehe unabhängig vom Nationalsozialismus: Kühschelm, Oliver, Eder, Franz u. Siegrist, Hannes (Hgg.), Konsum und Nation. Zur Geschichte nationalisierender Inszenierungen in der Produktkommunikation, Bielefeld 2012.

³⁶⁵ StAO, Best. 136, Nr. 9743, Bl. 539. (Bäcker- und Konditor-Tageszeitung Nr. 222).

Flugzeug mehr ist ein Mehr an Sicherheit für die deutsche Mutter, dass ihre Kinder nicht hinweggemordet werden in einem unseligen Krieg – nicht hingefoltert werden durch bolschewistische Banden. ³⁶⁶

Auch Adolf Hitler betonte in seiner Rede vorm Reichstag, am 30. Januar 1939, die angebliche äußere Bedrohung, welche für die Versorgungsengpässe verantwortlich sei: *„dass wir einen hohen Prozentsatz unserer nationalen Arbeitskraft für die an sich nicht produktive Rüstung unseres Volkes einsetzen müssen, bleibt bedauerlich, ist aber nicht zu ändern. Letzten Endes steht und fällt die Wirtschaft des heutigen Reiches mit der außenpolitischen Sicherheit. Es ist besser, dies beizeiten, als zu spät einzusehen. Ich betrachte es daher als die höchste Aufgabe der nationalsozialistischen Staatsführung, auf dem Gebiet der Stärkung unserer Wehrkraft alles zu tun, was überhaupt menschenmöglich ist. Ich baue dabei auf die Einsicht des deutschen Volkes und vor allem auf sein Erinnerungsvermögen. Denn die Zeit der deutschen Wehrlosigkeit war nicht identisch mit höchster internationaler, politischer oder auch nur wirtschaftlicher Gleichberechtigung, sondern im Gegenteil: Es war die Zeit der demütigendsten Behandlung, die je einem großen Volk zuteil wurde, sowie der schlimmsten Erpressung.* ³⁶⁷

Eine solche Argumentation hatte zum Ziel die Versorgungsengpässe mit der geopolitischen Lage zu rechtfertigen. Nicht die Unfähigkeit der Reichsregierung sei Schuld an den Versorgungsproblemen, sondern das Deutschland feindlich gesinnte Ausland. Das NS-Regime verkündete die Versorgungsengpässe resultierten dadurch, dass die westlichen Staaten Deutschland nicht als gleichberechtigten Handelspartner akzeptierten. Stattdessen würden diese massiv aufrüsten, um Deutschland notfalls militärisch zu unterwerfen, falls der „Handelskrieg“ nicht erfolgreich verlaufen würde. Gleichzeitig wurde der Bolschewismus als permanente Bedrohung dargestellt. Vor allem der Spanische Bürgerkrieg diene als vermeintlicher Beweis, dass Moskau eine gewaltsame „kommunistische Weltrevolution“ plane. Durch das ständige Potenzieren der These von einer angeblichen äußeren Bedrohung sollte Verständnis für die schwierige Versorgungslage und die Notwendigkeit einer staatlichen Verbrauchlenkung bei der Bevölkerung geweckt werden.

Das NS-Regime entschied sich von beginn an für die Kanonen und nicht für die Butter oder wie es Hermann Göring, am 6. Dezember 1935, in Hamburg formulierte: *„Entweder kauften*

³⁶⁶ Zitiert nach: OIStZ v. 13. Oktober 1936.

³⁶⁷ Zitiert nach: OIStZ v. 31. Januar 1939.

wir Butter und verzichteten auf die Freiheit, oder aber wir erstrebten die Freiheit und verzichteten dann auf die Butter. Wir haben uns für die Erze entschieden.“³⁶⁸ Mit einer solchen Prioritätensetzung riskierte das NS-Regime die Folgebereitschaft der Bevölkerung zu verlieren. Die Diskrepanz zwischen Propagandaankündigungen und realer Lage auf dem Nahrungsmittelmarkt wurde zunehmend größer. Je karger und qualitativ schlechter die Ernährung wurde, die soziale Praxis der Deutschen sich durch Verzicht auszeichnete, desto größer wurde die Gefahr an politischer Stabilität zu verlieren. Der Bereich Nahrungs- und Genussmittel bildete während des gesamten „Dritten Reiches“ mit Abstand den größten Ausgabeposten in den deutschen Haushalten. So entfielen nach offiziellen Statistiken reichsweit bei einem Angestelltenhaushalt monatlich 40,6 Prozent der Ausgaben auf den Bereich Nahrungs- und Genussmittel und bei einem Arbeiterhaushalt sogar 53 Prozent.³⁶⁹ Dieser Umstand machte in den Augen des NS-Regimes eine umfassende Verbrauchslenkung notwendig, allerdings muss die Verbrauchslenkung als vergeblicher Versuch des NS-Regimes charakterisiert werden, die Nachfrage am Markt nach politischen Vorgaben zu formen. Dieses Versagen der Verbrauchslenkung war auch Adolf Hitler bewusst. Dieses geht aus der sogenannten „Hossbach-Niederschrift“ hervor.³⁷⁰ Hier heißt es unter anderem: *„Statt Wachstum setze Sterilisation ein, in deren Folge Spannungen sozialer Art nach einer Reihe von Jahren einsetzen müssten, weil politische und weltanschauliche Ideen nur solange von Bestand seien, als sie die Grundlage zur Verwirklichung der realen Lebensansprüche eines Volkes abzugeben vermöchten. [...] Eine weitere Steigerung der Produktion unter Anspannung des Bodens, der infolge der Kunstdüngung bereits Ermüdungserscheinungen aufweise, sei kaum noch möglich und daher sicher, dass selbst bei höchster Produktionssteigerung eine Beteiligung am Weltmarkt nicht zu umgehen sei. Der schon bei guten Ernten nicht unerhebliche Ansatz von Devisen zur Sicherstellung der Ernährung durch Einfuhr steigere sich bei Missernten zu katastrophalem Ausmaß. [...] Den*

³⁶⁸ Zitiert nach: OIStZ v. 7. Dezember 1935.

³⁶⁹ Die Zahlen für den Angestelltenhaushalt resultieren aus einer statistischen Untersuchung eines Angestelltenverbandes. Bei einem Jahreseinkommen von 2.400,- bis 3.000,- RM entfielen danach im Durchschnitt von 28 Familien von 100 Prozent der Gesamtausgaben: auf Nahrungs- und Genussmittel 40,6%, auf Kleidung, Wäsche, Schuhwerk 10,7%, auf Miete 10,6%, auf Heizung und Beleuchtung 5,0%, auf Hauseinrichtung 2,8 %, auf Garten und Vieh 0,11%, auf Reinigung 2,16%, auf Arzt und Erholung 1,0%, auf geistige und gesellschaftliche Bedürfnisse 6,54%, auf Schulgeld und Lernmittel 1,38%, Verkehrsmittel 1,58%, Steuern 3,75%, Versicherungen 8,76% und Dienstboten 0,18%; Nach einer Statistik des Schumacher-Handwerks entfielen: 53% der Ausgaben eines Arbeiterhaushalts auf Lebens- und Genussmittel, 12,5 % auf Kleidung und deren Reinigung, 12% auf die Wohnung und deren Unterhaltung und rund 22% auf alle übrigen Ausgaben einschl. Steuern. Zahlen aus: OIStZ v. 9. Februar 1934.

³⁷⁰ Bei dieser Quelle handelt es sich, um eine nachträgliche Gedächtnisniederschrift von Oberst Friedrich Hossbach. Es geht um die Oberbefehlshaberbesprechung vom 5. November 1937. Trotz anfänglicher kritischer Anmerkungen bezüglich ihrer Echtheit, konnte die Authentizität dieser für die historische Forschung wichtigen Quelle mittlerweile zweifelsfrei erwiesen werden. Siehe dazu: Smith, Bradley, Die Überlieferung der Hossbach-Niederschrift im Lichte neuer Quellen, in: VfZ 38 (1990), S. 329-336.

Ernährungsschwierigkeiten durch Senkung des Lebensstandards und durch Rationalisierung auf die Dauer zu begegnen, sei in einem Erdteil annähernd gleicher Lebenshaltung unmöglich.“³⁷¹ Das Scheitern der Autarkiebestrebungen in der Landwirtschaft und der daraus resultierende Wegfall von Wahlmöglichkeiten beim Nahrungsmittelkonsum kann als ein nicht zu unterschätzender Punkt im Konglomerat der Gründe angesehen werden, warum Adolf Hitler im Herbst 1939 den Zweiten Weltkrieg entfesselte, obwohl Wehrmacht und Wirtschaft zu diesem Zeitpunkt für eine großangelegte militärische Auseinandersetzung gar nicht vorbereitet waren.³⁷²

4. Konzentration auf die außerökonomische Ebene: Zugewinne in der Sozialpolitik und der Rückgewinn der „nationalen Ehre“ als „Ersatzkonsum“

Das NS-Regime kommunizierte mit der Bevölkerung vor allem in ländlich geprägten Regionen wie dem Land Oldenburg hauptsächlich über die Zeitungen. Mit deren Hilfe verbreitete das NS-Regime seine Interpretationen über die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realitäten im Staat. Die Presse hatte die Aufgabe Versorgungsengpässe zu rechtfertigen und Hoffnungen auf eine baldige Erhöhung des Lebensstandards in der Bevölkerung zu wecken. Die enge Verbindung zwischen Lebensstandard und politischer Stabilität war den NS-Funktionären sehr wohl bewusst, so erklärte Carl Röver: „*jede Revolution hat letzten Endes ihren Sinn verloren, wenn sie nicht eine grundlegende Änderung und Besserung der Lebensverhältnisse des gesamten Volkes bringt.*“³⁷³

Das Wort „Propaganda“ ist älteren Ursprungs, es wird abgeleitet aus der 1622 innerhalb der päpstlichen Kurie etablierten Sektion „*Sacra congregatio christiano nomini propaganda*“. Politische Propaganda appelliert an die irrationalen Elemente des menschlichen Bewusstseins, sie möchte Emotionen des Menschen für eine Idee wecken. Regime verfolgen mit politischer Propaganda die Absicht, unter Verwendung spezifischer Kommunikation, die Einstellung von

³⁷¹ Zitiert nach: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D (1937-1945), Bd. 1: Von Neurath zu Ribbentrop (September 1937-September 1938), Göttingen 1950, S. 25-32, hier: S. 26f.

³⁷² Mason, Tim, Innere Krise und Angriffskrieg 1938/39, in: Forstmeier, Friedrich u. Volkmann, Hans-Erich (Hgg.), Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Düsseldorf 1975, S. 158-188, hier: S. 178 u. S. 182; (Kritische Anmerkungen zu Masons These von der „*Flucht nach vorn*“ als *alleinige* Motivation für den Kriegsbeginn, zusammengefasst in: Hildebrand, Klaus, Das Dritte Reich (Bd. 17 aus der Reihe: Oldenbourg Grundriss der Geschichte), 7. Aufl., München 2009, S. 217ff.) Siehe ebenfalls: Wendt, Bernd-Jürgen, Durch das „Strategische Fenster“ in den Zweiten Weltkrieg. Die Motive Hitlers, in: Backes, Uwe, Jesse, Eckhard u. Zitelmann, Rainer (Hgg.), Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 1992, S. 344-374, hier: S. 353f. u. S. 370.

³⁷³ Rede auf einer Versammlung der NSDAP in Delmenhorst vor 3.000 Personen am 31. Mai 1934, zitiert nach: OIStZ v. 01. Juni 1934.

Einzelpersonen, Gruppen oder ganzer Nationen positiv gegenüber den eigenen Ideen und Wertvorstellungen zu beeinflussen. Von erfolgreicher politischer Propaganda kann erst dann gesprochen werden, wenn sie es fertigbringt, die verbreiteten Einstellungen und Ideen nicht nur für den Moment, sondern dauerhaft im Bewusstsein der Menschen einzubetten. Dies ist die Grundlage, um die Bevölkerung mithilfe von vermeintlich gemeinsamen Werten und identischen Interessen, welche durch die Propaganda suggeriert werden, kontrollieren zu können. Damit Propaganda erfolgreich sein kann, muss sie folgende grundlegende Anforderungen erfüllen: Verfügbarkeit, Attraktivität und Überzeugung.³⁷⁴ Die NS-Propaganda war in erster Linie auf die „rassischreinen“ Deutschen konzentriert. Nach Hitler, sollte die Propaganda die „*Herzen der Massen*“ erreichen, um diese moralisch „*bekehren*“ zu können. „*Die Rückkehr der ewigen Werte*“ war nur, so Hitler, mit einer vollständigen „*politischen Dekontamination*“ möglich. Nur so könne die „*moralische und körperliche Heilung des Volkes*“ erfolgen.³⁷⁵ Die Propaganda sollte letzten Endes erreichen, dass das deutsche Volk der NS-Doktrin wie einer religiösen Lehre folgen sollte.

In ihrer Anfangsphase war für die nationalsozialistische Partei der direkte Kontakt mit der Bevölkerung wichtiger als die Nutzung von Zeitungen und Rundfunk. Es wurden Kundgebungen und Märsche organisiert, dazu kam es zu zahlreichen Saal- u. Straßenkämpfen mit politischen Gegnern. In der zweiten Phase nach der Machtübernahme sicherten sich die Nationalsozialisten ihre Macht nicht nur durch den Staatsapparat, sondern vor allem durch die Propaganda in den Medien. Die Medien wurden als Kommunikationskanal für die Konsolidierung sowie Sicherung des NS-Herrschaftssystems genutzt und angepasst. Vor allem auf dem Feld der Konsumpolitik spielten die Medien eine gewichtige Rolle. Angesichts großer Probleme bei der Versorgung, musste das Volk durch die Inszenierung von zukünftigen Konsummöglichkeiten von der wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit abgelenkt werden. Das Lesen in den Zeitungen hatte sich zum „*Konsum mit den Augen*“ entwickelt.³⁷⁶ Der Bevölkerung sollte vermittelt werden, dass die Entbehrungen nur ein kurze Übergangsphase auf dem Weg zum Wohlstand seien.³⁷⁷ Die politischen Ziele des Nationalsozialismus und die Wünsche der Bevölkerung nach einem besseren Leben,

³⁷⁴ Nikolic, Kosta, *Nemacki ratni plakat u Srbiji 1941-1944*, Beograd 2012, S. 19.

³⁷⁵ Zitiert nach: Telebakovic, S. 182 (eigene Übersetzung aus dem Serbischen). (Originaltext im „*Völkischen Beobachter*“ v. 23. März 1933).

³⁷⁶ Reuveni, Gideon, *Lesen und Konsum. Der Aufstieg der Konsumkultur in Presse und Werbung Deutschlands bis 1933*, in: *AfS 41* (2001), S. 97-117, hier: S. 115.

³⁷⁷ Brockhaus, Gudrun, *Sozialpsychologie der Akzeptanz des Nationalsozialismus. Kritische Anmerkungen zu „Rausch und Diktatur“*, in: Klimo, Arpad von u. Rolf, Malte (Hgg.), *Rausch und Diktatur. Inszenierung, Mobilisierung und Kontrolle in totalitären Systemen*, Frankfurt/Main 2006, S. 153-176, hier: S. 159f.

erschienen durch die Propaganda als ein unzertrennliches Band zwischen „Führer“ und Volk. Der Krieg Hitlers wurde zum Krieg des deutschen Volkes stilisiert. Ein gemeinsamer Kampf für ein gemeinsames Ziel. Die außen- u. arbeitsmarktpolitischen Erfolge des NS-Regimes in den ersten Jahren verliehen dieser „Verheißung nach erweiterten Konsum“ Glaubwürdigkeit und verführten große Teile der deutschen Bevölkerung zur bedingungslosen Gefolgschaft. Jonathan Wiesen schreibt hierzu: *„Die Macht des Staates, einige Menschen brutal zu verfolgen, ging einher mit seiner Macht, andere in Ruhe zu lassen, ihre Hoffnungen und Träume zu wecken und ihnen das Gefühl zu geben, ihre privaten Ziele als Konsumenten mit der rassistischen Utopie des Nationalsozialismus in Einklang bringen zu können.“*³⁷⁸

Unmittelbar nach der Machtübernahme ging das NS-Regime daran das Grundrecht auf Pressefreiheit einzuschränken. Die Verordnung „zum Schutze des Deutschen Volkes“, vom 4. Februar 1933, bildete den rechtlichen Rahmen für dieses Vorhaben. Auf diese Verordnung aufbauend, wurden nachfolgende Gesetze verabschiedet, um zunächst die kommunistische und sozialdemokratische Presse und etwas später auch bürgerliche Zeitungen aufzulösen oder „gleichzuschalten“.³⁷⁹ Das, am 13. März 1933, neu installierte Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda kontrollierte die „gleichgeschaltete“ Presse (ab 1939 trat zur Presselenkung die militärische Zensur hinzu). Durch die „Gleichschaltung“ wurde die deutsche Presselandschaft zur reinen Staatspresse degradiert. Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, durch eine häufig unerträgliche und entwürdigende Propaganda ein Netz aus Lügen und Täuschungen über Deutschland zu spannen. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Journalisten folgte der neuen Staatsdoktrin aus Angst vor Repressalien, Patriotismus, persönlicher Überzeugung oder oftmals nur aus reinen Karrieregründen. Zwar gab es immer wieder auch Verstöße gegen die Weisungen aus dem Propagandaministerium, allerdings resultierten diese in den meisten Fällen aus Machtkämpfen innerhalb der verschiedenen nationalsozialistischen Gliederungen und nicht aus Oppositionshaltung gegenüber dem NS-Regime.³⁸⁰ Die Nationalsozialisten sahen die Presse als das überragende Propagandamittel für die politische Agitation an, da kein anderes Massenmedium einen ähnlich hohen Anteil der deutschen Bevölkerung erfasste. So bezogen

³⁷⁸ Wiesen, Jonathan, Massenkonsum und Unternehmenskultur im Dritten Reich, in: Berghahn, Volker u. Vitolis, Sigurt (Hgg.), Gibt es einen deutschen Kapitalismus? Traditionen und globale Perspektiven der sozialen Marktwirtschaft, Frankfurt/Main 2006, S. 129-142, hier: S. 139f.

³⁷⁹ Hale, Oron, Presse in der Zwangsjacke 1933-1945, Düsseldorf 1965, S. 157; Ebenfalls: Sösemann, Propaganda und Öffentlichkeit in der „Volksgemeinschaft“, S. 131.

³⁸⁰ Patel, Kiran-Klaus, Die Edition der „NS-Pressenanweisungen“ im Kontext von Quellensammlungen zum „Dritten Reich“, in: AFS 42 (2002), S. 366-379, hier: S. 370; Siehe auch: Wilke, Jürgen, Pressenanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert. Erster Weltkrieg – Drittes Reich – DDR, Köln 2007, S. 115-255.

Anfang der 1930er Jahre rund 90 Prozent aller deutschen Haushalte eine der 3.400 Tageszeitungen.³⁸¹ Diese Zeitungsvielfalt wurde im Rahmen der „Gleichschaltung“ zwar schrittweise reduziert, trotzdem erschienen im Jahr 1937 noch 2.421 Tageszeitungen reichsweit.³⁸² Anders als das heute häufig verbreitete Bild von der nationalsozialistischen Propaganda im Rundfunk und in den Bildern der Wochenschau suggeriert, blieben die Tageszeitung im „Dritten Reich“ auch nach 1933 mit Abstand die wichtigste Informationsquelle.³⁸³ Das NS-Regime stellte der „gleichgeschalteten“ Presse die Aufgabe, die Massen für den nationalsozialistischen Staat zu erziehen und sie für den nationalsozialistischen Imperialismus vorzubereiten. Dementsprechend bildete auch die „Oldenburgische Staatszeitung“ keine Ausnahme, im Gegenteil als Parteizeitung war sie ein reines Agitationsblatt, welches die Oldenburger tagein, tagaus wie mit einem Hammer bearbeitete. Die Inhalte in der „Oldenburgischen Staatszeitung“ können als exemplarisch für die Presselandschaft im Land Oldenburg genommen werden. Zwar hielt das NS-Regime durch eine gewisse Wahlfreiheit die Illusion aufrecht es gebe keine stringent gleichgeschaltete Presse.³⁸⁴ Jedoch zeigt der Vergleich mit anderen in Oldenburg erschienen Tageszeitungen, dass es kaum inhaltliche Unterschiede bei der Berichterstattung gab. Es kann festgehalten werden, dass in Oldenburg, wie auch in anderen Teilen des Deutschen Reiches, die Anweisungen des Propagandaministeriums von den Redaktionen exakt umgesetzt wurden.³⁸⁵

Auch wenn die „Gleichschaltung“ der Presse nicht zur Konformität der Gedanken geführt haben mag, ist der Einfluss angesichts der fast totalen Kontrolle des öffentlichen Lebens nicht zu unterschätzen. Wie stark die „gleichgeschaltete“ Presse auf den Einzelnen wirkte, lässt sich nur schwer abschätzen. Berichte der Geheimen Staatspolizei zeigen, dass erst ab 1943 die NS-Propaganda zunehmend an Wirkungskraft verlor. So heißt es in einem Bericht des Sicherheitsdienstes vom 21. Oktober 1943: „*dass die Bevölkerung ihr Bild der Lage*

³⁸¹ Patel, S. 367.

³⁸² Wagner, Hans, *Zeitungsland Bayern*, in: ders., Koch, Ursula u. Schmidt-Fischbach, Patricia (Hgg.), *Enzyklopädie der bayerischen Tagespresse*, München 1990, S. 17-71, hier: S. 26.

³⁸³ Führer, Karl Christian, *Die Tageszeitung als wichtigstes Massenmedium der nationalsozialistischen Gesellschaft*, in: *ZfG* 55 (2007), S. 411-434, hier: S. 412.

³⁸⁴ Eine Vielfalt im Land Oldenburg suggerierten folgende Tageszeitungen: **Landkreis Oldenburg:** Wildeshäuser Zeitung (Wildeshäusen), **Landkreis Wesermarsch:** Stedinger Bote (Berne) u. Butjadinger Zeitung (Nordenham), **Landkreis Ammerland:** Ammerländer (Westerstede), **Landkreis Friesland:** Jeversches Wochenblatt (Jever) u. Gemeinnützigen (Varel), **Landkreis Cloppenburg:** Münsterländische Tageszeitung (Cloppenburg), Frieaoyther Tageblatt (Friesoythe) u. Volksblatt für das südliche Oldenburg (Lönigen), **Landkreis Vechta:** Oldenburgische Volkszeitung, **Stadt Oldenburg:** Oldenburgische Staatszeitung u. Nachrichten für Stadt und Land, **Stadt Delmenhorst:** Delmenhorster Kreisblatt, **Stadt Wilhelmshaven:** Wilhelmshavener Zeitung u. Wilhelmshavener Kurier.

³⁸⁵ Führer, Karl Christian, *Die deutsche Tagespresse im Zweiten Weltkrieg. Fakten und Fragen zu einem unerforschten Abschnitt der NS-Mediengeschichte*, in: *ZfG* 60 (2012), S. 417-440, hier: S. 435.

unabhängig von den öffentlichen Führungsmitteln aus für sie erreichbaren „Tatsachen“ formt. ³⁸⁶ Selbstverständlich gab es auch vor 1943 Menschen im „Dritten Reich“, welche die chauvinistische Propaganda des NS-Regimes kritisch hinterfragten, dies zeigen beispielsweise die Tagebücher des Sozialdemokraten Friedrich Kellner. Seine Tagebücher können als Beleg dienen, dass sich politisch interessierte Menschen sehr wohl kritisch mit der NS-Propaganda auseinandergesetzt haben. ³⁸⁷ Für die breite Masse der Bevölkerung wurde es allerdings zunehmend schwieriger, hinter die Scheinwelt der nationalsozialistischen Propaganda zu blicken. Letztlich konnte sich die Bevölkerung mangels Alternativen kaum der Durchdringung des Alltags durch die nationalsozialistische Propaganda entziehen.

Welche Wirkungsmacht die NS-Propaganda auf die Bevölkerung entfalten konnte, zeigt der nach der Machtübernahme immer stärker werdende Hitler-Mythos. So stellte beispielsweise ein Sopade-Bericht, im März 1935, fest: *„Begeisterung am 17. März ungeheuer. Ganz München war auf den Beinen. Man kann ein Volk zwingen zu singen, aber man kann es nicht zwingen, mit solcher Begeisterung zu singen. Ich habe die Tage von 1914 miterlebt und kann nur sagen, die Kriegserklärung hatte auf mich nicht den Eindruck gemacht wie der Empfang Hitlers am 17. März [...] Das Vertrauen in politisches Talent und ehrlichen Willen Hitlers wird immer größer, wie überhaupt Hitler wieder im Volk außerordentlich an Boden gewonnen hat. Er wird von vielen geliebt.“* ³⁸⁸

Der französische Botschafter, der 1937 beim Reichsparteitag in Nürnberg anwesen war, beschreibt die Begeisterung der Deutschen für ihren „Führer“: *„Erstaunlich ist die Atmosphäre der allgemeinen Begeisterung, in die die alte Stadt eingetaucht ist, dieser eigenartige Rausch, von dem Hunderttausende von Männern und Frauen ergriffen sind, die romantische Erregung, mystische Ekstase, eine Art heiligen Wahns, dem sie verfallen. Während acht Tagen ist Nürnberg eine Stadt, in der Freude herrscht, eine Stadt, die unter einem Zauber steht, ja fast eine Stadt der Entrückten.“* ³⁸⁹

³⁸⁶ SD-Bericht zu Inlandsfragen v. 21. Oktober 1943, in: Boberach, Heinz (Hg.), *Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945*, 17. Bde., Herrsching 1984, hier: Bd. 15, S. 5904; Ab 1943 wurden auch die Siegesnachrichten der Wehrmacht sehr kritisch betrachtet, siehe: Ebd., Bd. 4, S. 1009, S. 1200 u. S. 1238; Siehe auch: Dussel, S. 559ff.

³⁸⁷ Roth, Markus, *Chronist der Verblendung. Friedrich Kellners Tagebücher 1938/39 bis 1945. Beiheft zur Ausstellung: Die Last der ungesagten Worte. Die Tagebücher Friedrich Kellners 1938/39 bis 1945*, in: *Gesprächskreis Geschichte Heft 83* hrsg. vom Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2009, S. 11.

³⁸⁸ Zitiert nach: Kershaw, Ian, *Der Hitler-Mythos*, in: *Der Spiegel Special Geschichte 1/2008*, S. 103-113, hier: S. 108.

³⁸⁹ Zitiert nach: Kilmo, Arpad von u. Rolf, Malte, *Rausch und Diktatur*, in: *ZfG 51* (2003), S. 877-895, hier: S. 886f.

Zum anderen lässt sich die Wirkungskraft der NS-Propaganda auch während des Zweiten Weltkrieges beobachten. Die ständige Indoktrinierung der Bevölkerung führte, was für totalitäre Bewegungen nach Hannah Arendt kennzeichnend ist, zur Verbindung von „*Mob und Elite*“.³⁹⁰ Insbesondere bei der Aggression gegen die UdSSR haben die eingezogenen deutschen Soldaten in oft unvorstellbarer Brutalität das ausgeführt, wofür es nach der NS-Propaganda notwendig war zu kämpfen.³⁹¹ Das „Dritte Reich“ konnte erst durch den gewaltigen Einsatz britischer, sowjetischer und amerikanischer sowie ihnen angeschlossener alliierter Armeen in einem sechsjährigen, blutigen Kampf mit Millionen von Opfern zerschlagen werden. Dieser Umstand zeugt ebenfalls davon, dass die NS-Propaganda erfolgreich darin war Hitlers Angriffskrieg als einen rein defensiven Krieg darzustellen, in welchem die Deutschen für ihre angebliche Freiheit kämpften. Zahlreiche deutsche Divisionen leisteten selbst als der Krieg klar verloren war in aussichtsloser Lage erbitterten Widerstand.³⁹²

Die grundlegenden Elemente der NS-Propaganda in der „Oldenburgischen Staatszeitung“ bildeten Lügen, Gerüchte und Fälschungen. Dazu zeichnete sich die „Oldenburgische Staatszeitung“ durch die Einfachheit ihrer Sprache aus. In den politischen Artikeln wurden meist ein oder zwei grundlegende Auffassungen des Nationalsozialismus hervorgehoben und in einer größtmöglichen Vereinfachung mehrfach wiederholt. Ereignisse im In- und Ausland wurden häufig als Konflikt zwischen Gut und Böse dargestellt (beispielsweise der „Röhm-

³⁹⁰ Arendt, Hannah, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*, 11. Aufl., München 2006, S. 726-766.

³⁹¹ Siehe zum Bereich Brutalität der Kriegsführung an der Ostfront: Klemp, Stefan, „Nicht ermittelt“. *Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz. Ein Handbuch*, Essen 2004, S. 70f. u. S. 467; Weiterer Überblick zur Thematik: Browning, Christopher, *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen*, 5. Aufl., Hamburg 2009.

³⁹² Ein weiterer Beleg für die Wirkungsmacht der NS-Propaganda, lässt sich aus den Aufzeichnungen des späteren SED-Generalsekretärs Walter Ulbricht, die er auf Basis von Befragungen gefangengenommener deutscher Wehrmachtssoldaten in der UdSSR verfasst hatte, erkennen. So schrieb Ulbricht unter anderem: „*In einer Versammlung von etwa 1000 jungen Soldaten phantasierten 90 Prozent über den „deutschen Sozialismus“. Sie waren begeistert, dass sie mit einem deutschen Schiff nach Norwegen fahren konnten, dass der Unternehmer nicht mehr allein zu bestimmen habe und eine soldatische Ordnung im Betrieb herrsche; andere waren erfreut über die Produktion von Volkswagen, über die angebliche Beschränkung der Gewinne von Aktionären. [...] Die Masse der jungen Soldaten und Offiziere erklärte kategorisch, dass Deutschland mehr „Lebensraum“ haben müsse. Deshalb sei eine neue Ordnung in Europa notwendig.*“ Zitiert nach: Bajohr, Frank, Walter Ulbricht und Herbert Wehner, oder: „Arbeiterklasse“ und „Volksgemeinschaft“. *Rückblick und Ausblick*, in: Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.), „Volksgemeinschaft“: *Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich“?*, Paderborn 2012, S. 367-372, hier: S. 367. Ulbricht interpretierte diese Aussagen der deutschen Soldaten fälschlicherweise als reines „Propagandageschwätz“. Das festhalten an den Prinzipien des Nationalsozialismus selbst in der Kriegsgefangenschaft, wo sich die meisten Menschen im Angesicht der Gefahr opportun verhalten und das erklären was der „Feind“ hören möchte, zeugt vom Gegenteil, nämlich davon, dass die NS-Propaganda innerhalb der Bevölkerung, aus deren Mitte die Soldaten rekrutiert wurden, eine erschreckende Wirkung entfalten konnte.

Putsch“ oder der Spanische Bürgerkrieg). Dadurch sollte das Ereignis konkret und persönlich auf den Leser wirken, es durfte keine Zweifel geben, wer im Recht war. Der Bevölkerung wurde täglich eingetrichtert, dass alle Maßnahmen der Regierung gut, nützlich und notwendig für das deutsche Volk seien. Die Gegner des Nationalsozialismus wurden mit allen erdenklichen negativen Eigenschaften belegt und als Feinde des deutschen Volkes gebrandmarkt. Die Intention dahinter war, den Nationalsozialismus und Deutschland zu einer untrennbaren Einheit zu verschmelzen. Jegliche Kritik im In- oder Ausland am Nationalsozialismus sollte von der Bevölkerung mit einer Kritik an Deutschland und das deutsche Volk gleichgesetzt werden.

Die NS-Propaganda bis Ende 1935 legte den Fokus auf die erfolgreich begonnene „Arbeitsschlacht“. An die Bevölkerung wurde ständig appelliert sich solidarisch zu zeigen und Konsumwünsche zurückzusetzen bis jeder Arbeitslose in „Lohn und Brot“ gebracht sei. Das stagnierende Lohnniveau und die damit verbundenen begrenzten Konsummöglichkeiten der Bevölkerungsmehrheit, versuchte das NS-Regime mit Inflationswarnungen und einem ständigen Rückgriff auf die Entbehrungen während der Jahre 1930-1932 zu relativieren. Kritikern wurden in der Presse offen gedroht, sie wurden als „*Saboteure*“, „*Hetzer*“, „*Egoisten*“ und „*Unbelehrbare*“ titulierte.³⁹³ Mit der Verkündung des Vierjahresplans 1936 gelangte die Außenpolitik in den Mittelpunkt der NS-Propaganda. Die sich verstärkende Versorgungskrise wurde auf die geopolitische Lage zurückgeführt. Dadurch sollte die Bevölkerung von der Notwendigkeit einer noch kompromissloseren Aufrüstung überzeugt werden. Eine starke und schlagkräftige Wehrmacht wurde ab 1936 zunehmend als Voraussetzung für die Lösung der vorhandenen Wirtschaftsprobleme präsentiert. Die Bevölkerung allein mittels nationalsozialistischer Weltanschauung auf den geplanten Krieg einzustimmen war zu riskant. Das NS-Regime brauchte eine zusätzliche Unterstützung seiner Motive, die Propaganda musste eine Illusion der Moderne erzeugen und gleichzeitig einen Schuldigen präsentieren, warum diese noch nicht Realität geworden war. Diese Illusion sollte als Fundament für eine weitere Tolerierung der Entbehrungen dienen und den Eindruck erzeugen das NS-Regime tue alles, um die Versprechungen Hitlers von einer kommenden „NS-Konsumgesellschaft“ zu erfüllen. Hierzu suggerierte die nationalsozialistische Propaganda der Bevölkerung, dass Ausland würde den Deutschen diesen höheren Lebensstandard missgönnen und vorenthalten.³⁹⁴ Jeder Einzelne sollte dadurch den Eigennutz

³⁹³ Morsch, Günter, Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933-1936/37, Frankfurt/Main 1993, S. 307.

³⁹⁴ Ebd., S. 309.

und die Notwendigkeit eines Krieges erkennen. Die NS-Propaganda weckte damit Bedürfnisse und entwickelte gleichzeitig ein Bild, wonach das Ausland die NS-Führung daran hindern würde, diese zu befriedigen. Die Sehnsucht nach Wohlstand als Motivation für Menschen beschrieb Thomas Robert Malthus (1766-1834) in seiner Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz wie folgt: *„Es ist allgemein bekannt, dass die Begierde die Triebfeder der meisten Leistungen ist, von denen die vielfachen Verbesserungen und Errungenschaften des zivilisierten Lebens herrühren, und dass das Trachten nach diesen Dingen und die Befriedigung jener Begierde den Hauptbestandteil des Glückes der größeren Hälfte der Menschen ausmacht, ob sie nun zivilisiert oder unzivilisiert sind.“*³⁹⁵

4.1. Sozialpolitik als Ersatz für Konsum

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich die Sozialpolitik auf dem europäischen Kontinent zu einem der wichtigsten Aspekte der Politik entwickelt. Karl Renner bezeichnete diese Phase als *„Zeit des raschen Wandels von klassischen zu sozialen Bürgerrechten.“*³⁹⁶ Die Frage wie den sozial gefährdeten Bevölkerungsgruppen geholfen werden könne, beschäftigte alle europäischen Regierungen. Grund hierfür war die Erkenntnis der politischen Führungen, dass *„diese verheerende wirtschaftliche Lage nicht zu lange dauern darf, sonst führt sie zu fatalen politischen und sozialen Konsequenzen“*.³⁹⁷ Daher war das unmittelbare Ziel der europäischen Sozialpolitik nach 1918 eine soziale Grundsicherung aufrechtzuerhalten beziehungsweise so gut wie irgend möglich auszubauen.

Die Reichsverfassung der Weimarer Republik erhob die sozialen Grundrechte in den Verfassungsrang, damit erhielt Deutschland die *„erste sozial- oder wohlfahrtsstaatliche Verfassung der Welt“*.³⁹⁸ Das NS-Regime hielt grundsätzlich an dieser Konzeption fest und griff sozialstaatliche Elemente auf. Die Sozialpolitik entwickelte sich zu einem der wichtigsten politischen Felder im „Dritten Reich“. Sie wurde zu einem entscheidenden Integrationsmittel, welches die Loyalität gegenüber dem NS-Regime vertiefte. Soziale Leistungen wie das zinslose Ehestandsdarlehen für Jungverheiratete, Beihilfen für

³⁹⁵ Zitiert nach: Jäckel, Michael u. Kochhan, Christoph, Notwendigkeit und Luxus. Ein Beitrag zur Geschichte des Konsums, in: Rosenkranz, Doris u. Schneider, Norbert (Hgg.), Konsum. Soziologische, ökonomische und psychologische Perspektiven, Opladen 2000, S. 73-93, hier: S. 74.

³⁹⁶ Zitiert nach: Renner, Karl, Socijalna funkcija pravnih instituta. Prilog kritici gradjanskog prava, Beograd 1997, S. 22 (eigene Übersetzung aus dem Serbischen) (Originaltitel: Die Rechtsinstitute des Privatrechts und ihre soziale Funktion aus dem Jahr 1929).

³⁹⁷ Petrovic, Ljubomir, Socijalna politika u Kraljevini Jugoslaviji. Bilans jednog neuspaha, in: Istorija 20. veka 2 (2011), S. 119-132, hier: S. 120. (eigene Übersetzung aus dem Serbischen).

³⁹⁸ Kaufmann, Franz-Xaver, Sozialpolitisches Denken. Die deutsche Tradition, Frankfurt/Main 2003, S. 79.

Kinderreiche, eine Verbesserung der Wochenhilfe für junge Mütter, ein Familienlastenausgleich sowie die Einrichtung des Müttergenesungswerkes hatten zweifelsohne Konsens stiftende Wirkung.³⁹⁹

Der gravierende Unterschied zwischen der Weimarer Republik und dem „Dritte Reich“ bestand darin, dass der deutsche Sozialstaat unter Hitler kein Rechtsstaat mehr war, er galt nur noch für die Mitglieder der „Volksgemeinschaft“.⁴⁰⁰ Die NS-Sozialpolitik förderte nicht die Solidarität innerhalb der Gesellschaft mit dem Recht des Einzelnen, sondern hatte ausschließlich die Optimierung einer rassistisch definierten Gemeinschaft zum Ziel.⁴⁰¹ Das NS-Regime hatte sowohl die Kategorie der staatsbürgerlichen Gleichheit als auch die allgemeine Geltung des Prinzips der Inklusion außer Kraft gesetzt. Der Sozialstaat der Weimarer Republik sollte in einen „*völkischen Wohlfahrtsstaat*“ nationalsozialistischer Prägung umgewandelt werden.⁴⁰² Aufgrund der rassepolitischen Einschränkungen bei der Verteilung von sozialen Leistungen kann das „Dritte Reich“ auch nicht in einer Reihe moderner Sozialstaaten geführt werden.

Einen modernen Sozialstaat prägen vier Gerechtigkeitsprinzipien: Gleichheit, Chancengleichheit, Bedarfsgerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit, keines dieser Kriterien erfüllte das „Dritte Reich“. Jedoch zeigt das „Dritte Reich“ deutlich, dass sozialpolitische Maßnahmen keine ausschließlichen Merkmale einer Demokratie sein müssen, sondern auch wichtige Elemente in totalitären Systemen darstellen (auch nach 1945 beispielsweise: DDR, SFR Jugoslawien, Kuba und Sowjetunion).⁴⁰³

³⁹⁹ Schönhoven, Klaus, War die NS-Diktatur eine „Gefälligkeitsdiktatur“? Rückblick auf eine Historikerdebatte, in: Bitzegeio, Ursula, Kruke, Anja u. Woyke, Meik (Hgg.), *Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik*, Bonn 2009, S. 459-479, hier: S. 472f.

⁴⁰⁰ Schumann, Dirk, Bewährung in der Krise oder völlige Zerstörung? Die Erosion des Sozialstaates in der Endphase der Weimarer Republik und der Übergang in die Diktatur, in: Schönhoven, Klaus u. Mühlhausen, Walter (Hg.), *Der deutsche Sozialstaat im 20. Jahrhundert. Weimarer Republik, DDR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*, Bonn 2012, S. 83-105, hier: S. 105.

⁴⁰¹ Mai, Gunther, Verpflichtung auf den sozialen Volksstaat. Verfassungspolitische Weichenstellungen und ihre Verwirklichung in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, in: Schönhoven, Klaus u. Mühlhausen, Walter (Hg.), *Der deutsche Sozialstaat im 20. Jahrhundert. Weimarer Republik, DDR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*, Bonn 2012, S. 39-61, hier: S. 61.

⁴⁰² Rudloff, Wilfried, Öffentliche Fürsorge, in: Hockerts, Hans-Günter (Hg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*, München 1998, S. 191-229, hier: S. 228; Sachße, Christoph u. Tennstedt, Florian, *Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus 1933-1945*, in: TuP 43 (1992), S. 419-430, hier: S. 429.

⁴⁰³ Kaufmann, Franz-Xaver, Der Begriff Sozialpolitik und seine wissenschaftliche Deutung, in: Bundesarchiv, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 1: Grundlagen der Sozialpolitik, Baden-Baden 2001, S. 3-101, hier: S. 91.

Neben bestehenden staatlichen Behörden wurden neue soziale Einrichtungen durch das NS-Regime gefördert. Die Maßnahmen der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) sollten die Leistungen der öffentlichen Fürsorge ergänzen. Die NSV war in sogenannte Hilfswerke organisiert. Das bedeutendste davon war das durch Spenden finanzierte „Winterhilfswerk“ (WHW).⁴⁰⁴ So erklärte Adolf Hitler bei der Eröffnung des Winterhilfswerks 1935: *„Was ihr diesen Winter gebt, das gebt ihr nicht der Regierung, das gebt ihr dem Deutschen Volk, das heißt, ihr gebt es euch selbst.“*⁴⁰⁵ Durch das WHW wurde ein erheblicher Teil der sozialen Leistungen finanziert, die dadurch im Reichshaushalt gesparten Summen konnten wiederum in die Aufrüstung investiert werden. Zudem konnte durch den freiwilligen Charakter der Abgabe das Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Bevölkerung gestärkt werden. Der „freiwillige“ Charakter der Spende, wurde allerdings durch die Kaufmöglichkeit von verschiedenen WHW-Abzeichen ausgehebelt. Hierdurch konnte sozialer Druck auf die Bevölkerung aufgebaut werden. Sogenannte Haustürplaketten (*„Gegen Hunger und Kälte, für Treue und Volksgemeinschaft“*) hatten eine klare Kontrollfunktion. Jeder konnte an der Haustür sofort erkennen, wer gespendet hatte und wer nicht. Ein weiterer Vorteil ergab sich daraus, dass Geld abgeschöpft und der Warenmarkt etwas entlastet wurde. Welche Summen durch das Winterhilfswerk eingenommen werden konnten, soll das Beispiel des Jahres 1935/36 verdeutlichen. In diesem Jahr sind reichsweit 234.855.067,40 RM an Geldspenden und 92.133.874,56 RM an Sachspenden eingegangen. Auf den Gau Weser-Ems entfielen dabei 4.185.003 RM an Geldspenden. Diese setzten sich aus folgenden Spendenarten zusammen:⁴⁰⁶

Opfer von Lohn und Gehalt:	792.025 RM
Spenden von Firmen und Organisationen:	1.458.130 RM
Reichsgeldsammellisten:	171.118 RM
BüchSENSammlung:	25.815 RM
Eintopfspenden:	795.443 RM
Reichsstraßensammlungen:	440.658 RM
Tag der nationalen Solidarität:	106.010 RM
Gaustraßensammlungen:	81.060 RM
Gauveranstaltungen:	70.981 RM
Sonstige Geldspenden und Einnahmen:	243.758 RM

⁴⁰⁴ Sachße/Tennstedt, S. 423ff.

⁴⁰⁵ Zitiert nach: OIStZ v. 10. Oktober 1935.

⁴⁰⁶ Zahlen aus: OIStZ v. 7. Oktober 1936.

An Sachspenden wurden im ländlich geprägten Gau Weser-Ems 6.757.039 RM eingenommen. Der Gegenwert setzte sich aus folgenden Sachspenden zusammen:

224.143 Zentner Kartoffel

10.256 Zentner Brotgetreide

5.676 Zentner Mehl

6.112 Zentner Brot

3.518 Zentner Fleisch und Fleischkonserven

7.732 Zentner Fische und Fischkonserven

521.619 Zentner Kohlen

In der Stadt Oldenburg sind 1935/36 insgesamt 3.272 Haushalte mit insgesamt 9.483 Personen vom WHW unterstützt worden. Insgesamt wurden 339.274,28 RM Sach- und Geldspenden an Hilfsbedürftige verteilt.⁴⁰⁷ So wurde beispielsweise Frauen die Möglichkeit geboten in Gemeinschaftsküchen Essen zu kochen oder Kleidung in einem der fünfzehn vorhandenen WHW-Nähstuben in der Stadt Oldenburg selbst zu nähen. Daneben gab es auch die Möglichkeit verbilligt Theater- und Kinovorstellungen zu besuchen. Ermöglicht durch Spenden Oldenburger Molkereien organisierte das WHW für die Oldenburger Schulkinder ein tägliches Milchfrühstück. In der Stadt Oldenburg erhielten im Jahr 1936 rund 29.000 Schulkinder das Milchfrühstück stark verbilligt. Die Bedürftigsten unter ihnen (rund 10.500 Schulkinder) erhielten die Milch kostenlos.⁴⁰⁸

Häufig wurden die sozialen Leistungen des Staates durch zusätzliche soziale Leistungen der Arbeitgeber als Ersatz für ausbleibende Lohnerhöhungen ergänzt. So gewährte die Warpspinnerei in Oldenburg-Osternburg folgende Leistungen: Im Falle einer Geburt konnten Frauen sechs Wochen vor und nach der Entbindung dem Betrieb fernbleiben. Damit sie vor finanziellen Verlusten geschützt waren, zahlte der Betrieb den Unterschiedsbetrag zwischen dem von der Krankenkasse zu zahlenden Betrag und dem Lohnaufkommen, so dass die beschäftigten Frauen ihren bisherigen Lohn weiter erhielten. Bei der Ableistung der acht Wochenübungen bei der Wehrmacht erhielt der Betreffende die Differenz zwischen dem vom

⁴⁰⁷ OIStZ v. 11. Oktober 1936.

⁴⁰⁸ OIStZ v. 9. Oktober 1936.

Reich gewährten Unterstützungsbetrag und seinem Lohn. Des Weiteren erfolgten Zuschüsse zu den bei der Arbeiterschaft sehr beliebten K.d.F-Reisen.⁴⁰⁹

Neben dem Winterhilfswerk war die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ eine weitere wichtige Stütze der NS-Sozialpolitik.⁴¹⁰ Die Organisation „Kraft durch Freude“ sah sich in ihrem Selbstverständnis als wichtigster Faktor der nationalsozialistischen Sozialpolitik. So betonte Robert Ley am 10. Jahrestag der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ diesen Aspekt. In seinem Aufruf hieß es unter anderem: *„Keine Organisation der Welt hat bisher Gleiches oder Ähnliches erreichen können. Obgleich wir als deutsches Volk mit materiellen Gütern nur gering bedacht waren, haben wir in „Kraft durch Freude“ das größte Sozialwerk neuer und alter Geschichte geschaffen.“*⁴¹¹ Am 27. November 1933 wurde die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ gegründet, sie war die populärste Organisation im „Dritten Reich“ und der sichtbarste Erfolg den mangelnden materiellen Konsum erfolgreich durch eine außerökonomische Sphäre zu kompensieren.⁴¹² Die von der NS-Organisation „Kraft durch Freude“ organisierten Aktivitäten kosteten den Staat keine Devisen, sondern im Gegenteil durch die „Reisesparkarte“ konnte Kaufkraft bei der Bevölkerung abgeschöpft und damit die Nachfrage auf dem Konsumgütermarkt reduziert werden. Die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ war keineswegs nur eine touristische Organisation, sie schloss das ganze Spektrum an Freizeitaktivitäten ein und besaß beispielsweise auch eigene Abteilungen für sportliche Aktivitäten. Hauptziel war es, die Arbeiterschaft für den Nationalsozialismus zu gewinnen und die Freizeit der Arbeiterschaft möglichst lückenlos weltanschaulich zu durchdringen. Vordergründig betrachteten von den KdF-Angeboten weite Teile der Arbeiterschaft, für die während der Kaiserzeit und der Weimarer Republik die Teilnahme an aufwendigen Kulturveranstaltungen (im „Dritten Reich“ wurde das Berliner Nationaltheater zur abendlichen Unterhaltung der Arbeiter zur Verfügung gestellt) und Urlaubsreisen undenkbar gewesen waren.⁴¹³ In einem Artikel der „Oldenburgischen Staatszeitung“, vom 13. September 1936, hieß es diesbezüglich: *„Du weißt, lieber Volksgenosse, dass die früheren Machthaber glaubten, ein Volk allein mit vollen Mägen und Bäuchen glücklich zu machen.“*

⁴⁰⁹ OIStZ v. 5. April 1938.

⁴¹⁰ Keine „Erfindung“ der Nationalsozialisten, der organisierte Tourismus des „Dritten Reiches“ orientierte sich am italienischen „Opera Nazionale Dopolavoro“. Allerdings war von Anfang an nicht gedacht, den berufsständischen Aufbau der OND mit seiner organisatorischen Trennung von Arbeitern und Angestellten zu übernehmen. Siehe: Hachtmann, Rüdiger, *Tourismus-Geschichte*, Göttingen 2007, S. 120-128.

⁴¹¹ StAO, Best. 231-5, Nr. 1130.

⁴¹² Siehe hierzu: Spode, Hasso, „Der deutsche Arbeiter reist“. *Massentourismus im Dritten Reich*, in: Huck, Gerhard (Hg.), *Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland*, Wuppertal 1982, S. 281-306.

⁴¹³ Zu der politisch-ideologischen Funktion der KdF-Organisation, siehe: Weiß, Hermann, *Ideologie der Freizeit im Dritten Reich. Die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“*, in: AfS 33 (1993), S. 289-303.

*Materielle Forderungen, materielle Wünsche waren der Inhalt ihrer ganzen Staatskunst. Aber der Mensch lebt nicht von Brot allein. Selbst wenn sie das gekannt hätten, wäre unser Volk nicht glücklich geworden, sondern unzufriedener denn je. Natürlich kann nicht jede materielle Not von heute auf morgen behoben werden, aber das eine wissen wir, dass alle deutschen Menschen an der überreichen und hohen Kultur der Kunst, der Musik, des Theaters und des Films, an den Schönheiten unseres Landes der sportlichen Ertüchtigung unseres Volkes, mit einem Wort, an der Freude und Schönheit des Lebens in unserem Volke teilnehmen lassen können.*⁴¹⁴

Der soziale Aspekt der NS-Organisation „Kraft durch Freude“ zeigt sich auch in der Bezuschussung der Reisen bei bedürftigen Angestellten und Arbeitern. In einem Schreiben (Betr. Erholungsreisen der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“) des Reichsministers der Finanzen, vom 15. März 1935, wurde folgende Anweisung erteilt: *„Bedürftigen Angestellten und Arbeitern kann bei Teilnahme an einer der vorbezeichneten Erholungsreisen auch im Rechnungsjahr 1935 auf Antrag für jeden Tag der Abwesenheit einschließlich der Reisetage ein Zuschuß von 1,-RM, insgesamt jedoch höchstens von 10,-RM, zu Lasten des Lohnfonds gewährt werden. Ob Bedürftigkeit vorliegt, ist von der Dienststelle zu prüfen, die den Zuschuß anweist; hierbei ist nicht kleinlich zu verfahren.*⁴¹⁵ Bezuschusst wurden die Reisen von der „Deutschen Arbeitsfront“, die das Geld aus ihren Mitgliedsbeiträgen und dem Vermögen der zerschlagenen Gewerkschaften bereitstellte. Hauptintention einer solchen Politik war es sich die Loyalität innerhalb der Arbeiterschaft zu sichern. Urlaub wurde zur wichtigsten Kompensation für ausbleibende Lohnerhöhungen und damit verbundenen geringen Konsummöglichkeiten. Vor dem Hintergrund, dass Urlaubsreisen in ärmeren Provinzen des Deutschen Reiches, wie dem Land Oldenburg, während der Weimarer Republik für die Industriearbeiterschaft eine Seltenheit darstellten, konnte „Kraft durch Freude“ eine große Anziehungskraft entwickeln. Vor 1933 waren Reisen im Wesentlichen das Privileg bürgerlich-mittelständischer Schichten gewesen. In einem Maiaufruf des SPD-Ortsvereins Hannover Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts wurde das Zukunftsbild entwickelt, dass *„die Arbeiter [...] einst auf eigenen Wagen fahren und mit eigenen Schiffen die Meere durchkreuzen“*. Diese Zukunftsperspektive konnte die Sozialdemokratie während verschiedener Regierungsbeteiligung in der Weimarer Republik nicht verwirklichen. Das NS-Regime nahm nach der Regierungsübernahme diese sozialdemokratischen Versprechungen

⁴¹⁴ OIStZ v. 13. September 1936.

⁴¹⁵ StAO, Best. 136, Nr. 5901; Spesenzuschüsse bei Erholungsreisen der Organisation „Kraft durch Freude“ ebenfalls in: StAO, Best. 231-5, Nr. 1130.

bewusst auf, um die Führungen von Gewerkschaften und Sozialdemokratie als Korrupt zu diskreditieren. Ihre Pläne wurden in der NS-Propaganda als leere Floskeln dargestellt, einzig die Funktionäre hatten sich ein „gutes Leben“ gemacht, während der Arbeiter hungerte. So erklärte Robert Ley am 01. März 1934: *„Dann wird es wahr werden, was bereits die SPD in ihren Flugblättern im Jahre 1905 dem Arbeiter versprach: Ihr werdet auf eigenen Schiffen fahren und durch die Lüfte fliegen. Was der Marxismus versprochen hat, wird der Nationalsozialismus in die Tat umsetzen.“*⁴¹⁶ Dass eine solche Propaganda nicht ohne Wirkung blieb, zeigt das Beispiel eines Sozialdemokraten, der 1935 in einer Unterhaltung mit einem Sopade-Vertrauensmann feststellte, *„Kraft durch Freude“* biete endlich die *„Gleichheit [...], wie wir Sozialisten uns das immer erhofft haben“*.⁴¹⁷

Die NS-Propaganda inszenierte mit der Parole *„Mit K.d.F. ein Jeder reise, er schaut die Welt zu billigem Preise!“* vor allem die Hochseefahrten mit den KdF-Kreuzfahrtschiffen nach Norwegen, Madeira oder Italien. Der Arbeiterschaft sollte signalisiert werden, dass sie in der *„NS-Volksgemeinschaft“* vollständig integriert sei. Das KdF-Kreuzfahrtschiff *„Wilhelm Gustloff“* wurde als *„erstes Schiff ohne Klassen“* bejubelt.⁴¹⁸ So wurde auch die Reise von 450 Arbeitern aus dem Gau Weser-Ems nach Italien 1938 zu einem großen medialen Ereignis. Zu verbilligten Preisen konnten Arbeiter aus den Reichsbahnwerkstätten, Straßenreinigungswesen und den Torfbrennereien für vierzehn Tage nach Italien verreisen. Mit einem Sonderzug aus Oldenburg ging die Reise zunächst nach Venedig. In Venedig kamen die Arbeiter auf das Dampfschiff *„Sierra Cordoba“*. Es folgten neun Tage Schiffsreise auf der Adria rund um Italien. Die *„Oldenburgische Staatszeitung“* veröffentlichte eine Fotostrecke zur Abreise und kommentierte: *„Einst waren es nur Begüterte, denen es möglich wurde, dieses vielgerühmte Italien zu sehen. Heute reisen Tausende deutscher Arbeiter hinaus in die Welt, dankbar, glücklich und stolz auf ihre Heimat und den Führer, der ihnen mit seiner Tatkraft ein solches Geschenk machte.“*⁴¹⁹

⁴¹⁶ Rede von Robert Ley in Berlin über die Aufgaben der Arbeitsfront, zitiert nach: OIStZ v. 02. März 1934.

⁴¹⁷ Zitiert nach: Stöver, Bernd, Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte, Düsseldorf 1993, S. 288.

⁴¹⁸ OIStZ v. 16. März 1938.

⁴¹⁹ OIStZ v. 12. Januar 1938.



NS-Propaganda suggeriert -ipso facto- Urlaubsreisen von Arbeitern an die Adria als Normalität im NS-Staat.⁴²⁰

Diese Schiffsreisen waren allerdings nur in der Propagandawelt der Nationalsozialisten eine Selbstverständlichkeit für die Arbeiterschaft geworden. Eine Schiffsreise nach Madeira kostete 155,- RM.⁴²¹ Damit war sie für einen Industriearbeiter in Oldenburg dessen Durchschnittslohn zwischen 80,- und 150,- RM monatlich schwankte, trotz Zuschüssen, nicht bezahlbar. Die Kreuzfahrten blieben auch im „Dritten Reich“ den Angehörigen der bürgerlichen Schichten, vor allem Beamten, Selbstständigen, Angestellten und Parteifunktionären, vorbehalten.⁴²² Die meisten Industriearbeiter in Oldenburg nutzten hauptsächlich regionale KdF-Angebote, wie die Ausflüge zur Marinewerft Wilhelmshaven (Fahrtpreis 1,50 RM) oder zur Nordseeinsel Helgoland (Fahrtpreis 6,- RM). Für die besser bezahlten Facharbeiter blieben letztlich auch nur Ziele innerhalb des Deutschen Reiches finanzierbar. In den ländlichen Gebieten Oldenburgs wurden die KdF-Angebote mit einem Austauschprogramm der Landesbauernschaft ergänzt. Die Landesbauernschaft Oldenburg kooperierte unter anderem mit der Landesbauernschaft Rheinland. Es wurden Landwirte als Urlauber untereinander ausgetauscht. Die Landwirte sollten dadurch andere Gaue und deren Arbeitsmethoden in der Landwirtschaft kennenlernen. Das Übergewicht der inländischen

⁴²⁰ Abbildung aus: Ebd.

⁴²¹ Weiß, S. 298.

⁴²² Stöver, S. 281f.

Reiseziele offenbart die Statistik für das Jahr 1937. Demnach nahmen 4.763 Personen aus dem Gau Weser-Ems an Schiffsreisen nach Norwegen teil, während 267.499 Personen an einer der angebotenen regionalen Omnibus Urlaubs- und Kurzfahrt teilnahmen. Besonders gefördert wurden die Reisen zu den Berliner Messehallen, wo Ausstellungen mit Titeln wie „Deutsches Volk - Deutsche Arbeit“ (1934), „Das Wunder des Lebens“ (1935), „Deutschland“ (1936) oder „Gebt mir vier Jahre Zeit“ (1937) präsentiert wurden. Die Organisation „Kraft durch Freude“ organisierte zusammen mit der Reichspropagandaleitung Sonderzüge in die Reichshauptstadt. Die Teilnehmer zahlten 1 Pfennig je Fahrkilometer und durften die Ausstellung für 0,70 RM statt 1,50 RM Eintritt besuchen. Diese Ausstellungen waren ein vom NS-Regime besonders gefördertes Reiseziel, weil den Teilnehmern gleichzeitig eine Erfolgsbilanz des NS-Regimes vor Augen geführt und ein emporsteigen der Nation suggeriert werden konnte.

An den Land- und Seeurlaubsfahrten 1937 der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ im Gau Weser-Ems nahmen teil:⁴²³

<u>Reiseziel:</u>	<u>Personen:</u>
Madeira	109
Norwegen	4.763
Nord- u. Ostseeinseln	1.524
Berlin	4.983
Harz	4.707
Sächsische Schweiz, Schlesien	2.678
Schwarzwald, Allgäu, Oberbayern	7.408
<u>Mosel, Rhein, Rheinpfalz</u>	<u>7.373</u>
Gesamtteilnehmer:	33.545

Die Organisation „Kraft durch Freude“ half der NS-Propaganda das *Sozialistische* am National*sozialismus* hervorzuheben. Es gelang das Selbstwertgefühl der Arbeiter zu heben, bei ihnen den Eindruck zu erwecken, das bürgerliche Klassenprivileg auf Urlaub und Reisen sei durch das NS-Regime gebrochen worden. Eine erhebliche Ausweitung der Urlaubsansprüche untermauerte diesen Anschein.⁴²⁴

⁴²³ OStZ v. 1. Mai 1938.

⁴²⁴ Berghoff, Gefälligkeitsdiktatur oder Tyrannei des Mangels, S. 512.

Zahlreiche Deutschland-Berichte der Sopade zeigen, dass die Organisation „Kraft durch Freude“ dem NS-Regime zahlreiche Sympathien unter der Arbeiterschaft einbrachte.⁴²⁵ Die Effektivität der NS-Propaganda innerhalb der Arbeiterschaft, zu deren Erfolg auch die hier genannten sozialen Elemente des NS-Regimes beigetragen haben, kann aus einem Buch von Hans Munter aus dem Jahr 1940 entnommen werden: *„Man kann hunderte, tausende Arbeiter eine Zeitlang unterdrücken und tyrannisieren, aber man kann nicht Millionen nunmehr schon sieben Jahre lang zu einer Leistungssteigerung ohnegleichen zwingen, zur Durchführung ungeheurer Arbeiten, [...] ohne die wirkliche Bereitschaft und ohne die Zustimmung dieser Millionen.“*⁴²⁶ Unter der Prämisse, dass es zwölf Jahre lang keinen Arbeiteraufstand gegen Hitler gab, kann davon ausgegangen werden, dass viele Arbeiter der These folgten der Lohn im „Dritten Reich“ sei neu definiert worden. Robert Ley erklärte diesbezüglich auf der Leipziger Messe am 2. März 1936: *„So betrachtet ist auch der Lohn keine Geldfrage. Er ist nicht mehr gebunden an die Lohntüte. Freizeit, Feierabendgestaltung, Kraft durch Freude, Theater, Musik das alles ist unser Lohn.“*⁴²⁷

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges beschränkten sich die Aktivitäten der Organisation „Kraft durch Freude“ für die Zivilbevölkerung zunehmend auf den regionalen Kontext. Durch die verstärkte Inanspruchnahme der Reichsbahn für militärische Zwecke, wurden alle propagandistischen Maßnahmen unterlassen, die der Bevölkerung einen Anreiz zum Reisen gaben. So erklärte beispielsweise das Reichspropagandaamt Weser-Ems in einer Anordnung, vom 8. März 1940, bezüglich des Reiseverkehrs während der Osterfeiertage: *„Es ist nationale Pflicht jedes Deutschen, sich den Erfordernissen des Krieges in jeder Beziehung unterzuordnen. Zum Ausgleich müssen aber der Bevölkerung Hinweise gegeben werden, wie die Osterfeiertage in anderer Form nutzbringend für die Erhaltung der Gesundheit und im Interesse der notwendigen Ausspannung verbracht werden können. Dabei ist anzuregen: Ausnutzung aller Erholungs- und Unterhaltungsmöglichkeiten, die die Städte bieten, d.h. Besuch von Theatern, Kinos, Vergnügungsstätten, Museen, soweit diese geöffnet sind, Kunst- und sonstige Ausstellungen, zoologische und botanische Gärten, Aquarien usw. Das deutsche Volk soll in diesem Jahr keine Osterreise, sondern einen Osterspaziergang in den öffentlichen Anlagen und in der unmittelbaren Umgebung seiner Heimatorte unternehmen.“*⁴²⁸

⁴²⁵ Stöver, S. 288.

⁴²⁶ Zitiert nach: Mai, Gunther, „Warum steht der deutsche Arbeiter zu Hitler?“. Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront im Herrschaftssystem des Dritten Reiches, in: GG 12 (1986), S. 212-234, hier: S. 212.

⁴²⁷ Zitiert nach: OIStZ v. 3. März 1936.

⁴²⁸ StAO, Best. 136, Nr. 23745.

Feierabendveranstaltungen in den Truppen- und Baulagern wurden immer mehr zu primären Aufgabe. Im Jahr 1940 beispielsweise wurden im Gau Weser-Ems von der Organisation „Kraft durch Freude“ rund 3.000 Wehrmachtsveranstaltungen, rund 2.600 Veranstaltung (z.B. Konzerte, Variete, Theateraufführungen) in den Baulagern und lediglich 1.500 öffentliche Veranstaltungen für die Zivilbevölkerung angeboten.⁴²⁹

4.2. Aufbau des Reiches als nationale Pflicht

Der angebliche Kampf der Hitler-Regierung dem deutschen Volk seine „nationale und persönliche Würde“ wiederzugeben, wurde von Beginn an ins Zentrum der Berichterstattung gelegt. Die politische Interpretation von Versailles als nationaler Schande, die es zu rächen gelte, bildete dabei den Ansatzpunkt einen breiten Konsens zwischen NS-Regime und Bevölkerung herzustellen.⁴³⁰ Die Freiheit Deutschlands und ein gehobener Lebensstandard wurden eng miteinander verknüpft. So erklärte Adolf Hitler, am 11. August 1935, in Rosenheim: *„Es gibt kein soziales Glück in einem Staat, dessen Volksgenossen untertan sind einem fremden Willen!“*⁴³¹ Das NS-Regime wollte hierdurch innerhalb der Bevölkerung Verständnis für die angespannte Versorgungslage generieren. Die Bevölkerung sollte die vorhandenen Probleme auf dem Warenmarkt als temporäre Erscheinung wahrnehmen und den gegenwärtigen Verzicht als Beitrag für ein höheres, nationales Ziel akzeptieren. Der Gauwirtschaftsberater Weser-Ems Hermann Fromm erklärte hierzu: *„Erst die Bewältigung der großen nationalen Aufgaben, dann die Steigerung des Konsums.“*⁴³²

Eine zukünftige wirtschaftliche Prosperität des Deutschen Volkes, wurde in der Propaganda mit dem Aufbau der Wehrmacht aufs engste verknüpft und zur obersten nationalen Aufgabe erklärt. Am 16. März 1935 wurde die Allgemeine Wehrpflicht durch das NS-Regime wiedereingeführt. Der später als „Tag der deutschen Ehre und Freiheit“ zelebrierte Akt war der offizielle Beginn einer massiven Aufrüstung des Deutschen Reiches. Auf dem sogenannten „Parteitag der Ehre“ 1936 betonte Adolf Hitler die Notwendigkeit einer konsequenten Aufrüstung. In der „Proklamation des Führers“ hieß es: *„Denn es macht uns kein Vergnügen, die Kraft unseres Volkes im Rüstungsbetriebe oder in Kasernen zu bannen. Allein, wir sind auch Mann genug, diese Notwendigkeit kalt und hart ins Auge zu sehen. Und*

⁴²⁹ OIStZ v. 12. Oktober 1940.

⁴³⁰ Brockhaus, S. 174.

⁴³¹ Zitiert nach: OIStZ v. 12. August 1935.

⁴³² Zitiert nach: OIStZ v. 2. April 1939.

ich möchte hier in dieser Proklamation vor dem ganzen deutschen Volk es aussprechen, dass ich, überzeugt von der Notwendigkeit, den äußeren Frieden Deutschlands genau so zu wahren, wie ich den inneren Frieden sicherte, vor keiner Maßnahme zurückscheuen werde, die geeignet ist, der Nation nicht nur das Gefühl der Sicherheit, sondern vor allem uns selbst das Gefühl der Überzeugung der unter allen Umständen garantierten Unabhängigkeit des Reiches zu geben. ⁴³³

Dieser Proklamation folgte ein Tag später Hitlers Rede, in der er an die nationalen Gefühle des Volkes appellierte. Als wichtigste Leistung seiner Herrschaft unterstrich Hitler, dass die Nationalsozialisten dem deutschen Volk die Ehre zurückgegeben haben und Deutschland nicht mehr auf Knien, sondern Aufrecht sich vor der Völkergemeinschaft befinde. Wörtlich erklärte Hitler: *„In diesen Jahren hat sich das Wunder der Wiederaufrichtung, der Erhebung eines zutiefst geschlagenen, gedemütigten und getreten Volkes vollzogen. Heute steht dieses Volk wieder vor uns, gerade ausgerichtet in der Form und im Herzen.* ⁴³⁴ In seiner Rede fortfahrend betonte Hitler, dass Idealismus für Nationalsozialisten wichtiger sei als materielle Güter. *„Wer kann stolzer sein auf seine Gefolgschaft als der, der weiß, dass diese Gefolgschaft nichts bewegt hat als reinster Idealismus! Was hat euch in meinem Bann gezwungen? Was konnte ich euch bieten, was konnte ich euch geben? Wir haben nur eines gemeinsam erwählt: den Kampf für ein großes gemeinsames Ideal!* ⁴³⁵

Der Aufbau der Wehrmacht wurde von einer großen Mehrheit der Bevölkerung begrüßt. Die Wehrmacht und ihre Bewaffnung war für viele der Beleg für technische Innovation und Modernisierung im neuen „Dritten Reich“. Bei der Raketen-, Nuklearwaffen- und Flugzeugtechnik sowie anderen zentralen Bereichen der Rüstungstechnik (der chemischen Kampfstoffforschung, der Strömungsforschung, auf verschiedenen Feldern der Metallforschung, der Radarforschung) war das „Dritte Reich“ führend in der Welt. Die Presse präsentierte ständig moderne Panzer, Schiffe, Geschütze und Flugzeuge. In Anspielung auf die militärische Lage der Reichswehr in der Weimarer Republik, war der Tenor in den Berichten: *„Was einst Pappe und Illusion war, ließ des Führers Tatkraft und Entschlossenheit zu eiserner Wirklichkeit werden.* ⁴³⁶ Neben solchen Berichten zur Wiederbewaffnung, wurden der Bevölkerung in regelmäßigen Abständen die neuesten Waffensysteme der

⁴³³ Zitiert nach: OIStZ v. 10. September 1936.

⁴³⁴ Zitiert nach: OIStZ v. 12. September 1936.

⁴³⁵ Ebd.

⁴³⁶ „Ammerländer“ v. 17. März 1936.

Wehrmachtseinheiten live vorgeführt. So präsentierte beispielsweise, am 15. März 1939, die 7. Batterie des II. Flakregiments 26, auf dem „Platz der SA“ in Oldenburg, die neuesten Flakgeschütze der Flugabwehr. Der „Tag der Wehrmacht“ wurde in Oldenburg jährlich als ein großes Volksfest begangen, auf dem sogar Kinder ein Maschinengewehr abfeuern durften.

Ein weiteres wichtiges Element innerhalb der Propaganda war die Manipulation mit historischen Ereignissen, Traditionen und nationalen Mythen. Durch eine solche Geschichtsinterpretation sollte ein historischer Legitimationsstrang für aktuelle politische Ziele hergestellt werden. Das „Dritte Reich“ instrumentalisierte gezielt historische Ereignisse für die eigenen politischen Interessen.⁴³⁷ Das NS-Regime versuchte die deutsche Bevölkerung an ihre militärische Tradition zu erinnern und mit einer gezielten Heldenepik für die Wehrmacht zu begeistern. Im Oldenburger Land wurde hierzu die Schlacht der Stedinger Bauern gegen den damaligen Bremer Erzbischof im 13. Jahrhundert (1234) instrumentalisiert. Der NS-Gauleiter Carl Röver, ein fundamentaler Anhänger der „Blut und Boden“- Ideologie, beschloss 1934 die monumentale Freilichtspielstätte „Stedingsehre“ mit dem Dorf „Stedingehr“ auf dem Bookholzberg zu errichten. Hier sollte das Volksschauspiel „De Stedinge“ aufgeführt werden. Dieses geschichtliche Ereignis wurde unter Ausnutzung lokaler Traditionen zur Vermittlung der NS-Ideologie genutzt. In einem Interview mit der „Oldenburgischen Staatszeitung“, vom 6. Februar 1937, erklärte Röver: *„die Niederdeutsche Gedenkstätte Stedingsehre, sie ist das Mahnmal und das bleibende Gedächtnis des Heldenkampfes der Stedinger durch die Aufführung des Volksschauspiels „De Stedinge“*.⁴³⁸ In der Spielzeit des Jahres 1937 besuchten insgesamt 200.000 Besucher die Gedenkstätte.⁴³⁹ Die Aufführung hatte nicht die Aufgabe ein geschichtsgetreues Bild zu zeigen. Der Oldenburger Heimatdichter August Hinrichs nahm sich die künstlerische Freiheit (*licentia poetica*) diesen Teil der nationalen Geschichte Oldenburgs auf die Art zu inszenieren, wie es vom NS-Regime gewünscht war. Die Inszenierung des Bauernkampfes sollte die Kampfmoral und den Nationalstolz bei der Bevölkerung wecken. Die NS-Propaganda legte den Fokus auf den Heldenmut der Bauern in auswegloser Lage nicht kapituliert zu haben, sondern mit der Überzeugung „Freiheit oder Tod“ in den Kampf gezogen zu sein. So erklärte Alfred

⁴³⁷ Kühberger, Christoph, Emotionaler Rausch. Zu den Mechanismen der Gefühlsmobilisierung auf faschistischen und nationalsozialistischen Festen, in: Klimo, Arpad von u. Rolf, Malte (Hgg.), Rausch und Diktatur. Inszenierung, Mobilisierung und Kontrolle in totalitären Systemen, Frankfurt/Main 2006, S. 177-192.

⁴³⁸ Zitiert nach: OIStZ v. 6. Februar 1937.

⁴³⁹ Kaldewei, Gerhard, „Stedingsehre soll für ganz Deutschland ein Wallfahrtsort werden...“ Dokumentation und Geschichte einer NS-Kultstätte auf dem Bookholzberg 1934-2005, Delmenhorst 2006, S. 74; Ebenfalls: ders., „Wo deutsche Bauernfäuste den Pflug durch die Muttererde führten“. Von der Schlacht bei Altenesch 1234 nach „Stedingsehre“ auf dem Bookholzberg 1934, in: Oldenburger Jahrbuch 103 (2003), S. 107-167.

Rosenberg bei der Grundsteinlegung auf dem Bookholzberg am 19. Oktober 1934: *„das Größte, was uns diese tapferen Bauern zeigten, war nicht nur der heldenmütige Stolz, sondern der symbolische Frontkampf für Freiheit und Artgebundenheit [...] Wie die Stendiger bereit waren, alles hinzugeben für die Freiheit und das Recht, so sind auch wir bereit, alles einzusetzen für den nationalsozialistischen Sieg über den artfremden Geist.“*⁴⁴⁰

Die NS-Propaganda instrumentalisierte die historischen Ereignisse um die Stendiger Bauern in zweierlei Hinsicht. Zum einen war es die Intention eine Verbindung zwischen der Lage der Stendiger Bauern im 13. Jahrhundert und der aktuellen geopolitischen Lage des Deutschen Reiches herzustellen. Dem Volk sollte der Eindruck vermittelt werden, durch den Versailler Vertrag wäre das Deutsche Reich versklavt und von Feinden umzingelt. Dieses versklavte Deutschland müsse sich wie die versklavten Bauern 1234 erheben und sich dem Kampf gegen den zahlenmäßig übermächtigen Gegner stellen. Die Gedenkstätte „Stedingshere“ sollte dabei helfen, den Kampfwillen im Volk zu wecken und stärken. So endeten die Aufführungen auf dem Bookholzberg jedes Mal mit dem Ausspruch: *„Lewer doot, awer nich in`ne knee!“* Zum anderen sollte das Ereignis innenpolitisch genutzt werden die Bauernschaft ans „Dritte Reich“ zu binden. Hierzu setzte die NS-Propaganda den Kampf der Stendiger Bauern mit dem Kampf der Nationalsozialisten gegen die „kapitalistisch-liberalistisch-marxistische Weltanschauung“ gleich. Die 700-Jahr-Feier und das zweijährige Bestehen der NS-Regierung 1934 im Land Oldenburg wurden als ein zusammenhängendes Ereignis präsentiert. Die Nationalsozialisten stellten sich als würdige Nachfolger der Stendiger Bauern dar. Die NS- Propagandisten erklärten pausenlos, dass die Idee von Freiheit 700 Jahre nach diesem Kampf, durch die NSDAP einen Sieg errungen habe. Entsprechend der „Blut- und Boden“- Ideologie wurde den Bauern suggeriert, dass sie nach ihrer Niederlage 1234 versklavt geblieben sind, nur die Herren hätten sich abgewechselt, angefangen mit der katholischen Kirche bis hin zur kapitalistischen Weimarer Republik. Diese Sklaverei habe nun die NSDAP mit ihrer „Machtergreifung“ beendet und den deutschen Bauern vom Joch der Ausbeutung befreit.

Eine weitere Propagandafunktion bekam der Kampf Stedinger Bauern mit dem sogenannten „Kreuzkampf“ in Südoldenburg 1936.⁴⁴¹ Das Ereignis von 1234 wurde zunehmend auch bei der Agitation gegen die katholische Kirche genutzt. Die Stendiger Bauern dienten der NS-Propaganda als Beweis dafür, dass sich die katholische Kirche jahrhundertlang politisch

⁴⁴⁰ Zitiert nach: OIStZ v. 20. Oktober 1934.

⁴⁴¹ Zum Themenkomplex katholische Kirche im Nationalsozialismus, siehe: Denzler, Georg, Widerstand ist nicht das richtige Wort. Katholische Priester und Theologen im Dritten Reich, Zürich 2003.

betätigt und mit aller Macht das Volk ausgebeutet habe, wenn nötig auch mit brachialer Gewalt. So erklärte der DAF-Kreisobmann Büsing: *„Täglich häufen sich die Beweise für die Wühlarbeit derjenigen schwarzen Mächte, die unter dem Deckmantel der christlichen Nächstenliebe Jahrhunderte hindurch Religion mit Politik verwechselt haben zum Schaden des Volkes, gegen unser Volksdrama „De Stedinge“. Der geistige Umbruch durch den nationalen Sozialismus erscheint den geistigen Herren der katholischen Kirche als große Gefahr, weil an Stelle der Verlogenheit der Wahrheit, an Stelle der Charakterlosigkeit der Ehre und an Stelle der geistigen Knechtschaft der Freiheit zum Siege verholfen wird. Arbeitskameraden, Arbeitskameradinnen! Wir wollen keine Knechtschaft! Wir wollen Schulter an Schulter kämpfen für die Freiheit und Ehre unseres Volkes. Alle sammeln sich auf der Kultstätte „Stedingehre“, um den Freiheitskampf der Stedinger mitzuerleben und um das wahre Gesicht der Dunkelmänner unserer Zeit kennenzulernen.“*⁴⁴²

Um eine möglichst breite Unterstützung für die umfassende Aufrüstung und Verständnis für die daraus resultierenden eingeschränkten Konsummöglichkeiten zu gewinnen, wurde vor allem die UdSSR in der Presse als ständige Bedrohung für das Deutsche Reich vorgeführt. Die Propaganda konzentrierte sich darauf der UdSSR einen Drang zur bolschewistischen Weltrevolution zu unterstellen. Es wurde der Eindruck erweckt, dass unmittelbar eine „rote Invasion Europas“ bevorstehe. Mit Beginn des Spanischen Bürgerkrieges wurde diese Propaganda intensiviert. Die sowjetische Unterstützung für die republikanischen Kräfte in Spanien mit Waffen und russischen Freiwilligen in den sogenannten „Internationalen Brigaden“⁴⁴³, wurden als Beweis für eine aggressive Politik Moskaus gegenüber Europa präsentiert. Es wurde täglich über „schändliche Blutbäder“ der Kommunisten in Spanien berichtet. Diese Propagandakampagne stellte ein effektives Instrument dar, die deutsche Öffentlichkeit gegen einen scheinbar bedrohlichen Feind zu mobilisieren. Es wurde suggeriert, dass solche Massaker auch dem deutschen Volk bevor stehen würden, daher sei eine Aufrüstung um jeden Preis im primären Interesse des Volkes. Andere Belange, wie ein verstärkter Konsum, seien angesichts solcher Bedrohungen völlig irrelevant. Indem die deutsche Volksgruppe verstärkt als potentiell Opfer einer vermeintlich bevorstehenden Aggression durch die NS-Propaganda dargestellt wurde, sollte sie zur Überzeugung gelangen, dass eine forcierte Aufrüstung und die späteren deutschen Kriegsziele in der UdSSR legitim

⁴⁴² Zitiert nach: OIStZ v. 15. Juni 1937.

⁴⁴³ Die „Internationalen Brigaden“ waren eine rund 45.000 Freiwillige aus fünfzig Nationen zählende Kampfeinheit im Spanischen Bürgerkrieg. Zur Entstehung der „Internationalen Brigaden“, siehe: Berg, Angela, Die internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939, Essen 2005, S. 50ff.

und gerechtfertigt seien. Der Schweizer Psychologe Carl Gustav Jung (1875-1961) hat eine solche Wahnwelt als „*erdachte Defensive*“ bezeichnet.⁴⁴⁴ Konkret bedeutet dies, dass Fiktionen oder Wahnvorstellungen einer Gefahr als Grundlage dienen sollen, um jede Art von Gräueltaten und Verbrechen im Namen der scheinbaren Verteidigung des eigenen Lebens zu legitimieren. Dementsprechend führte in der Wahrnehmung vieler Deutschen das „Dritte Reich“ später auch keinen Angriffskrieg gegen die UdSSR, sondern einen legitimen Verteidigungskampf.

Parallel gingen zahlreiche Artikel auf die Lebensbedingungen in der UdSSR ein.⁴⁴⁵ Dadurch sollte vor allem der Arbeiterschaft vor Augen geführt werden, dass die sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Sowjetunion erheblich größer seien als im „Dritten Reich“. In Artikeln wie „Hungerlöhne für die Sowjetarbeiter. Eine Mark pro Tag“⁴⁴⁶ wurde die UdSSR systematisch als Ausbeuterstaat diffamiert. Hierdurch versuchte die NS-Propaganda zum einen die politischen Ideen der SPD und vor allem der KPD zu diskreditieren. Die Arbeiterschaft sollte eine Abneigung gegenüber dem Marxismus entwickeln und sich gegen solche Lebensbedingungen wie in der UdSSR stemmen. Zum anderen konnte das NS-Regime auf Basis solcher Berichte argumentieren, dass es im Deutschen Reich trotz bestehender Versorgungsprobleme und bescheidenen Lohnzuwächsen immer noch besser sei als im marxistischen „Arbeiter- und Bauernstaat“. So lässt auch eine Reportage der „Oldenburgischen Staatszeitung“, „Aus dem „Arbeiterparadies“ zurückgekehrt und geheilt“ zwei schwedische Holzarbeiter, die in das „*Weltvaterland der Arbeiter*“ immigriert waren, folgendes resümieren: „*wogende Getreidefelder, so weit das Auge reichte, aber es war ein Rätsel, wo es blieb. Wir hungerten und das Volk hungerte. Die einzigen, die es einigermaßen erträglich hatten, waren die Beamten.*“⁴⁴⁷

Die antisowjetische Propaganda im „Dritten Reich“ wurde mit dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes 1939 vor eine große Herausforderung gestellt. So musste der Bevölkerung die Notwendigkeit dieses Bündnisses mit Moskau erklärt werden, ohne dabei in die Falle zu geraten, die politische Ordnung in der UdSSR nachträglich zu

⁴⁴⁴ Ausführungen von Carl Gustav Jung abgedruckt in: „Vesti“ v. 26. Januar 2013.

⁴⁴⁵ Sobald die Mangelerscheinungen in Deutschland gravierend wurden, steuerte die Presse mit Berichten von noch schlechteren Zuständen im Ausland entgegen. Die Mangelerscheinungen sollten als globales Problem und nicht als ein spezifisch deutsches Problem dargestellt werden. Neben wirtschaftlichen Berichten wie „Chaotische Zustände in Russland“, gab es auch zahlreiche Artikel über die wirtschaftliche Lage in westeuropäischen Staaten wie beispielsweise „Butterknappheit in England“ oder „Teuerungswelle in Holland“ zu lesen. Exemplarisch: OIStZ v. 14. Oktober 1935.

⁴⁴⁶ OIStZ v. 17. März 1935.

⁴⁴⁷ Zitiert nach: OIStZ v. 7. März 1935.

legitimieren. Schließlich hatte die NS-Führung jahrelang den Bolschewismus als eines der größten Übel der Menschheit diskreditiert. Das Propagandaministerium gab diesbezüglich mehrere Instruktionen heraus. Das Bündnis mit der UdSSR und der Kommunismus als politische Ideologie sollten in den Meldungen strikt voneinander getrennt werden. In einer Weisung, vom 1. Februar 1940, hieß es, dass Bündnis sei als eine außenpolitische und wirtschaftliche Notwendigkeit darzulegen. Berichte über die Lebensverhältnisse in der UdSSR sollten weiterhin negativ behaftet bleiben.⁴⁴⁸ Die Ideologische Abgrenzung und vor allem die Ablehnung des Bolschewismus mussten für die Bevölkerung deutlich erkennbar bleiben.

Durch plumpe Effekthascherei in der Presse sollten negative Emotionen gegenüber der UdSSR geschürt werden. Die UdSSR wurde ständig als Bedrohung für die territoriale Integrität und Souveränität des Deutschen Reiches dargestellt. Damit war die UdSSR eine mediale „Rauchbombe“ des NS-Regimes, um den Fokus der öffentlichen Meinung von einer wichtigen Reihe von politischen und wirtschaftlichen Prozessen abzulenken. Nach dem Überfall auf die UdSSR verstärkte die nationalsozialistische Propaganda die systematischen Desinformationen, porträtierte die UdSSR als Völkermordgefahr für die deutsche Existenz und beschwor die unumgängliche Notwendigkeit einer kompromisslosen Aggression als Selbstverteidigung.

4.3. Entbehrungen als Übergangsphase auf dem Weg zum Wohlstand durch mehr „Lebensraum“

Alle Imperien – vom römischen bis zum britischen – verbindet in ihrem Bestehen immer eine Konstante: Die Unterwerfung und Ausbeutung anderer Völker.⁴⁴⁹ Dieser Konstante folgend, wollten auch die Nationalsozialisten mit der Eroberung von „Lebensraum“ die Grundlage für den Wohlstand der rassistisch selektierten „Volksgenossen“ schaffen. Die Auffassung Hitlers, dass der Lebensstandard der Bevölkerung nur mit der Eroberung von „Lebensraum“ im Osten gehoben werden kann, wurde in den Artikeln verstärkt kommuniziert.⁴⁵⁰

⁴⁴⁸ Nikolic, S. 52.

⁴⁴⁹ Zu Auswirkung und Herkunft von Imperialismus, siehe: Parsons, Timothy, *The Rule of Empires. Those Who Built Them, Those Who Endured Them, and Why They Always Fall*, New York 2010.

⁴⁵⁰ In seinem Buch „Mein Kampf“ erklärte Adolf Hitler, dass es für das Deutsche Volk überlebenswichtig sei, agrarische Siedlungs- und Produktionsräume in Osteuropa zu erobern. Diese These akzentuierte Hitler bei vielen seiner Reden während der sogenannten „Kampfzeit“, so beispielsweise auf den vom bayerischen Landesverband des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes organisierten „Deutschen Tagen“, am 14. Oktober 1922, im oberfränkischen Coburg. Hier erklärte er, dass es in einem kommenden Krieg die Hauptaufgabe des deutschen

Bei seiner Rede auf dem Bückeberg, am 6. Oktober 1935, wies Adolf Hitler deutlich auf den Zusammenhang zwischen größeren „Lebensraum“ und der Lebensmittelversorgung hin: *„Deutschland befindet sich in einer schwierigeren wirtschaftlichen Situation als andere Länder. Unsere Probleme sind schwerer zu lösen als die Aufgaben in Russland oder in Amerika, in England oder in Frankreich. Denn wir haben nicht die Ernährungsgrundlage, wie diese Staaten. Wir haben nicht ihre Kolonien [...] Wenn es in Amerika, in England, in Frankreich keine Brotsorgen gibt, keine Lebensmittelnot, was kann das bedeuten in so riesenhaften Gebieten, die über das fünf-, zehn-, zwanzigfache an Erde den eigenen Bürgern zur Verfügung stellen können?“*⁴⁵¹ Diese Akzentuierung nahm fortan in fast jeder Rede Hitlers einen Hauptbestandteil ein. So hieß es beispielsweise in seiner Rede auf einer Veranstaltung der „Deutschen Arbeitsfront“ vom 12. September 1936: *„Wenn der Ural mit seinen unermesslichen Rohstoffschätzen, Sibirien mit seinen reichen Wäldern und die Ukraine mit ihren unermesslichen Getreideflächen in Deutschland lägen, würde dieses unter nationalsozialistischer Führung im Überfluss schwimmen.“*⁴⁵² Zum Vorwurf in Deutschland gebe es massive Mangelerscheinungen ging Hitler unter anderem in seiner Rede, am 15. Februar 1936, in Berlin auf der Internationalen Auto- und Motorrad Ausstellung ein: *„Sachlich haben natürlich diese Registratoren unserer Not ohne Zweifel recht. Wir sind zu viele Menschen auf einem zu kleinen Lebensraum. Es fehlen uns Kühe und Schweine und Schafe usw., aber nur, weil uns der Grund zu ihrer Ernährung fehlt.“*⁴⁵³

Der deutschen Bevölkerung wurde damit suggeriert, dass die Einschränkungen beim gegenwärtigen Konsum, vor allem die Engpässe bei der Lebensmittelversorgung, aus dem zu geringen „Lebensraum“ resultierten. Parallel wurde die militärische Option als einzig realistische Möglichkeit dargelegt, um aus dieser misslichen Lage herauszukommen.⁴⁵⁴

Volkes sein müsse, *„sich der Getreidegebiete Polens und der Ukraine zu bemächtigen.“* Zitiert nach: Müller, Rolf-Dieter, Die Konsequenzen der „Volksgemeinschaft“: Ernährung, Ausbeutung und Vernichtung, in: Michalka, Wolfgang (Hg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, Weyarn 1997, S. 240-248, hier: S. 243.

⁴⁵¹ Zitiert nach: OIStZ v. 7. Oktober 1935.

⁴⁵² Zitiert nach: OIStZ v. 13. September 1936.

⁴⁵³ Zitiert nach: OIStZ v. 16. Februar 1936.

⁴⁵⁴ Die militärische Eroberung von „Lebensraum“ im Osten wurde nicht von allen Nationalsozialisten präferiert. So erklärte Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht bei einem Staatsbesuch (Juni 1936) in Belgrad dem jugoslawischen Prinzregenten Pavle (eingedeutscht: Paul), *„dass Deutsche Reich brauche Rohstoffe und Kolonien, die Idee Rosenbergs von der Eroberung von Lebensraum im Osten sei jedoch idiotisch. Er sehe nicht, wie das Reich über Polen an Lebensraum in Russland kommen solle?“* Dieses Zitat stammt aus den persönlichen Eindrücken des Prinzregenten, die er nach dem Treffen mit Schacht schriftlich fixiert hatte. Das siebenseitige Original befindet sich im Archiv der Columbia University (USA). Hier zitiert nach: „Vecernje Novosti“ v. 29. Dezember 2006. (eigene Übersetzung aus dem Serbischen).

Der vorhandene Mangel sollte als Zwischenphase wahrgenommen werden. So erklärte Adolf Hitler in Detmold, am 15. Januar 1936, anlässlich des dritten Jahrestages der Landtagswahl in Lippe: *„Es interessiere nicht, ob der eine oder andere Bürger dieses oder jenes nicht habe, es interessiere nur eines, ob das deutsche Volk hart genug wird, einmal in dieser Welt bestehen zu können. Man sollte nicht glauben, diese Opfer nicht ertragen zu können, denn im anderen Falle würden später vielleicht noch ganz andere Opfer gefordert werden müssen und dann müsste es auch gehen.“*⁴⁵⁵

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges konnte auf die „Lebensraum“- Propaganda zurückgegriffen werden. Der Krieg sollte nun als ein legitimer Kampf des Deutschen Volkes für ein „besseres Leben“ erscheinen. Diese Zielsetzung machte Adolf Hitler in seiner Rede vor Arbeitern der Berliner Borsig-Lokomotivwerke, am 10. Dezember 1940, deutlich: *„Meine Volksgenossen, der Mensch lebt nicht von Theorien und Phrasen, nicht von Erklärungen, auch nicht von Weltanschauungen, er lebt von dem, was er von seiner Erde durch seine Arbeit an Lebensmitteln und Rohstoffen gewinnen kann. Das kann er verarbeiten und das kann er essen.“* In seiner Rede fortfahrend erklärte Hitler, dass er den Krieg angeblich nur zum Wohle des Volkes führe: *„Ich hatte gar keine Lust aufzurüsten. Denn was heißt rüsten: Das verschlingt so viel Arbeitskraft. Gerade ich, der ich die Arbeit als das Entscheidende ansehe, wollte die deutsche Arbeiterschaft für andere Pläne einsetzen, und dass, meine Volksgenossen, glaube ich, wird sich schon herumgesprochen haben, dass ich immerhin ziemlich bedeutende Pläne besitze, schöne und große Pläne für mein Volk. Ich habe den Ehrgeiz, das deutsche Reich, das deutsche Land schöner zu machen. Ich möchte, dass der Lebensstandard des einzelnen [sic!] gehoben wird, dass wir die schönste und beste Kultur bekommen. Ich möchte, dass das Theater für das ganze Volk und nicht für die oberen Zehntausende wie in England da ist, überhaupt die ganze deutsche Kultur dem Volke zugute kommt.“*⁴⁵⁶ Die „Lebensraum“- Propaganda war in zweierlei Hinsicht nützlich für das NS-Regime. In den „Friedensjahren“ fungierte die Losung vom mangelnden „Lebensraum“ als Argument, um von der Verantwortung für die bestehenden Mangelerscheinungen abzulenken. Während des Krieges konnte darauf aufbauend der Eindruck erweckt werden, dass NS-Regime sei durch die Lebensverhältnisse in Deutschland gezwungen in den Krieg zu ziehen, um dem deutschen Volk ein „besseres Leben“ zu ermöglichen. So stilisierte der Kreisobmann der „Deutschen Arbeitsfont“ Büsing, am 13. Oktober 1940, in seiner Rede vor Arbeitern der Fleischwarenfabrik in Oldenburg den Krieg als eine unausweichliche Notwendigkeit, damit

⁴⁵⁵ Zitiert nach: OIStZ v. 16. Januar 1936.

⁴⁵⁶ Zitiert nach: OIStZ v. 11. Dezember 1940.

Hitler sein angeblich wichtigstes Ziel erreichen könne: „*Das große Ziel des Führers ist die Verwirklichung des wahren Sozialismus.*“⁴⁵⁷

Kombiniert wurde die Parole vom erweiterten „Lebensraum“ mit einer verstärkten Werbung für verschiedene Konsumgüter. Allein mit rasseideologischen Argumenten war kein breiter Konsens für dieses Vorhaben in der Bevölkerung zu erzielen. Die menschliche „Sehnsucht nach Wohlstand“ wurde erfolgreich in die politische Rhetorik des Regimes integriert. Die NS-Presse transportierte diese „Sehnsucht“ mit der permanenten Sichtbarkeit von modernen und hochwertigen Konsumgütern bis in die entlegenen Provinzen des „Dritten Reiches“. Dadurch konnte eine Art Kollektivbesitz des deutschen Volkes simuliert werden. Das NS-Regime wollte damit den Eindruck erzeugen, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis dieser Kollektivbesitz in einen individuellen Besitz des einzelnen „Volksgenossen“ übergehen werde. Natürlich immer unter der Prämisse, dass das deutsche Volk Adolf Hitler bedingungslos folgt. Wenn neuer „Lebensraum“ erobert sei, wurde der Bevölkerung weisgemacht, könne die versprochene „NS-Konsumgesellschaft“ Realität werden. Wie diese aussehen sollte, wurde durch die „Volksprodukte“ visualisiert. Die „Volksprodukte“ waren schon vor dem Machtantritt der Nationalsozialisten von der Wirtschaft entworfen und durch Werbekampagnen in der Bevölkerung popularisiert worden. Nach 1933 gewannen die „Volksprodukte“ eine enorme politische Bedeutung hinzu. Das NS-Regime stellte die auf dem Warenmarkt nur marginal verbreiteten „Volksprodukte“⁴⁵⁸ als Vorboten einer zukünftigen „NS-Konsumgemeinschaft“ vor. Sie sollten das Volk motivieren, die durch den Versailler Vertrag, so die NS-Propaganda, aufgezwungenen Entbehrungen für eine gewisse Zeit zu ertragen. Nach Lösung der nationalen Frage werde das NS-Regime die „Volksgemeinschaft“ dann reichlich für ihre Treue mit dem Konsum jener „Volksprodukte“ belohnen.⁴⁵⁹

Besonders in den Fokus wurde die angestrebte Massenmotorisierung gelegt. Diese stellte „*des Führers ureigenstes Werk*“ dar.⁴⁶⁰ So erklärte Adolf Hitler bei der Eröffnung der internationalen Automobil- und Motorradausstellung in Berlin 1939: „*Der Kraftwagen ist kein Luxusartikel, sondern Gebrauchsartikel. Dies erfordert nicht nur eine psychologische richtige*

⁴⁵⁷ Zitiert nach: OIStZ v. 14. Oktober 1940.

⁴⁵⁸ König, Das Scheitern einer nationalsozialistischen Konsumgesellschaft. „Volksprodukte“ in Politik, Propaganda und Gesellschaft des „Dritten Reiches“, S. 135.

⁴⁵⁹ Zur Wirkungsmacht von „virtuellen“ Konsum, siehe: Berghoff, Gefälligkeitsdiktatur oder Tyrannei des Mangels?, S. 505.

⁴⁶⁰ Niemann, „Volksgemeinschaft“ als Konsumgemeinschaft?, S. 99ff.

Einstellung des Volkes zu ihm, sondern auch eine Preisgestaltung, die es der breiten Masse des Volkes ermöglicht, dieses Verkehrsmittel zu erwerben. ⁴⁶¹ Bei der Grundsteinlegung der Volkswagenfabrik, am 26. Mai 1938, wurde diese dann auch als zukünftiges „*Symbol der nationalsozialistischen deutschen Volksgemeinschaft*“ glorifiziert. ⁴⁶² Die Automobilindustrie hatte für das NS-Regime strategische Bedeutung, zum einen sollten durch einen forcierten Export Devisen ins Reich gelangen und zum anderen sollte durch eine Produktionssteigerung, der Reichsautobahnbau nicht nur als reine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme wahrgenommen werden, sondern als erster Schritt in Richtung „*Volksmotorisierung*“. ⁴⁶³ Bei der Eröffnung der Reichsautobahnstrecke Köln-Düsseldorf, am 22. Mai 1936, erklärte Joseph Goebbels: „*Die Schaffung eines Volkswagens, den sich auch der deutsche Arbeiter leisten könne, werde die Autostraßen bald zu Straßen des Volkes machen.*“ ⁴⁶⁴



Automobilkonstrukteur Ferdinand Porsche (links) überreicht Adolf Hitler ein Modell des „Kraft-durch-Freude-Wagens“ als Geburtstagsgeschenk. ⁴⁶⁵

⁴⁶¹ Zitiert nach: OIStZ v. 18. Februar 1939.

⁴⁶² OIStZ v. 27. Mai 1938.

⁴⁶³ Produktion von Kraftwagen: **1932=51.000, 1936=293.000**; Beschäftigte in der Autoindustrie: **1932=33.000, 1936=118.000**; Export von Kraftwagen: **1930=3.740, 1937=27.000**; Kraftwagen im Deutschen Reich: **1932=400.000, 1936=961.000**; 1.231 Kilometer Reichsautobahn in Betrieb genommen (Stand Februar 1937); Dazu gewannen im Jahr 1936 deutsche Rennwagen in zehn großen internationalen Rennen. Diese Zahlen wurden auf der Internationalen Automobilausstellung 1937 in Berlin präsentiert. Übernommen aus: OIStZ v. 21. Februar 1937.

⁴⁶⁴ Zitiert nach: OIStZ v. 23. Mai 1936.

⁴⁶⁵ Abbildung aus: OIStZ v. 21. April 1938.

Hauptadressat der „Volksmotorisierungs“- Propaganda war die Arbeiterschaft. Mit welcher Argumentation die Arbeiter indoktriniert wurden, zeigt exemplarisch eine Rede von Robert Ley, die er aus Anlass des 75-jährigen Bestehens des Leverkusener Werkes der IG-Farben vor 15.000 Arbeitern, am 1. August 1938, hielt. Auf den „Volkswagen“ bezogen erklärte Ley: *„Wir wollen ja nicht die Menschen zu Proleten herabziehen, wir wollen, dass es in Deutschland nichts mehr gibt, an dem der deutsche Arbeiter nicht seinen Anteil haben kann! So wird es schon in einem Jahrzehnt auch keinen schaffenden Menschen in Deutschland geben, der nicht seinen Volkswagen hat oder ihn zum mindesten haben kann, wenn er es will. Der Volkswagen ist das ureigenste Werk des Führers. Schon in der Kampfzeit hat sich der Führer mit diesem Gedanken beschäftigt. Und nach der Machtübernahme hat der Führer jedes Jahr bei der Eröffnung der Automobilausstellung den Bau des Volkswagens als ein Hochziel unseres nationalsozialistischen Wollens hingestellt. Aber mit Gedanken und Worten hat es der Führer auch hierbei nicht genug sein lassen. Im ersten Jahre der Macht erteilte der Führer bereits konkrete Aufträge, begutachtete vorgelegte Konstruktionen, gab selbst Anregungen, besorgte die finanziellen Mittel, mit einem Wort, der Führer lebte und arbeitete täglich mit diesem, seinem Lieblingsgedanken.“*⁴⁶⁶ Das Auto gehörte während der Kaiserzeit und der Weimarer Republik zu den Konsumgütern, deren Besitz nur den sozial Bessergestellten vorbehalten war. Die Nationalsozialisten versprachen ab 1933 dem deutschen Arbeiter kontinuierlich, dass Auto zu einem auch für Arbeiter erschwinglichen Konsumgut zu machen. Hier lag die nicht zu unterschätzende Wirkungskraft dieser „Verheißung“. Hitler inszenierte sich als Kämpfer für die Interessen der Arbeiterschaft, er zeigte sich entschlossen deren sozialen Status durch neue Konsummöglichkeiten zu heben. Solche Versprechen sollten bei der Arbeiterschaft die Hoffnungen nähren, mit dem NS-Regime endlich in eine materiell sorgenfreie Zukunft zu wechseln und die langen Jahre der Entbehrenungen hinter sich zu lassen. Allerdings wurden solche Konsumversprechen immer unter Vorbehalt abgegeben. Die Eroberung von „Lebensraum“ wurde als einzige Möglichkeit offeriert, diese Versprechen einzulösen. Hierdurch erlangten die NS-Konsumversprechen ein zunehmendes politisches Gewicht, weil sie die Zustimmung in der Bevölkerung nicht mit ideologischen Motiven, sondern vor allem mit persönlichen Motiven wie der Hoffnung auf ein „besseres Leben“ generierten.

⁴⁶⁶ Zitiert nach: OIStZ v. 2. August 1938.

In der Realität des „Dritten Reiches“ blieb die „Volksmotorisierung“ angesichts forcierter Aufrüstung ein unerreichbares Ziel. Der „KdF-Wagen“ blieb in erster Linie ein Propagandainstrument. Der Bestand an Autos (ohne die Kraftfahrzeuge der Reichspost, Reichsbahn und Wehrmacht) im Land Oldenburg im Jahr 1938 betrug lediglich 7.831 Personenkraftwagen.⁴⁶⁷ Auf die Städte und Ämter des Landes Oldenburg verteilten sich diese wie folgt: Stadt Oldenburg 1.860, Stadt Delmenhorst 634, Amt Oldenburg 684, Amt Ammerland 661, Amt Friesland 1.233, Amt Wesermarsch 1.184, Amt Vechta 747, Amt Cloppenburg 828 PKW. In der Stadt Oldenburg wurden bis Februar 1939 „nur“ 270 „KdF-Wagen“ bestellt.⁴⁶⁸ Jedoch konnten selbst diese zugesagten Auslieferungen aufgrund der Bevorzugung von Wehrmachtsinteressen nicht erfolgen. Die „Volksmotorisierung“ wurde damit erst in der Bundesrepublik Deutschland Realität. In den 60er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts wurde der Volkswagen zum Fortbewegungsmittel der Facharbeiter und nicht mehr das Moped oder das Fahrrad.⁴⁶⁹

5. Konsum während des Zweiten Weltkrieges

Bereits vor Kriegsausbruch 1939 war es zu einer dramatischen Verschlechterung der Versorgungslage mit Haushaltswaren, Lebensmitteln und Textilien im „Dritten Reich“ gekommen. Das NS-Regime war dadurch gezwungen noch dirigistischer auf dem Markt zu intervenieren, um während des Krieges einen gleichmäßigen und gerechten Grundbedarf für die Bevölkerung sicherzustellen.⁴⁷⁰ In der Anweisung Nr. 331/39, vom 28. August 1939, hieß es diesbezüglich: *„Heute, am 28. August, tritt die Bezugscheinpflicht für eine Reihe von lebenswichtigen Verbrauchsgütern in Kraft. Ihr Zweck ist die gerechte Verteilung dieser Verbrauchsgüter auf die Gesamtheit des Deutschen Volkes.“*⁴⁷¹ Durch die Einführung der Bezugscheinpflicht wurde der freie Konsum drastisch eingeschränkt. Bedarfsnachweise regelten den Warenbedarf für die jeweiligen Bevölkerungsgruppen und sahen unterschiedliche Rationen je nach Alter, Arbeitsweise und Lebensumständen vor. Vor allem die Klassifizierung der Arbeiter in „Normalarbeiter“, „Schwerarbeiter“ und

⁴⁶⁷ Vierteljahresberichte des Oldenburgischen Statistischen Landesamtes: Juli-September 1938, S. 15.

⁴⁶⁸ OIStZ v. 17. Februar 1939.

⁴⁶⁹ Thomas, Paul, Koreferat zu Reiner Flik „Nutzung von Kraftfahrzeugen bis 1939 – Konsum- oder Investitionsgut?“, in: Walter, Rolf (Hg.), Geschichte des Konsums. Erträge der 20. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 23.-26. April 2003 in Greifswald, Wiesbaden 2004, S. 271-274, hier: S. 273.

⁴⁷⁰ Zum Warenmarkt während des Zweiten Weltkrieges, siehe: Wiesen, Jonathan S., Creating the Nazi Marketplace. Commerce and Consumption in the Third Reich, New York 2011, S. 191-230.

⁴⁷¹ Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Nr. 331/39 v. 28. August 1939. Dokument aus: StAO, Best. 136, Nr. 11710, Bl. 265.

„Schwerstarbeiter“ verursachte bereits in den ersten Tagen des Krieges starke Unruhe innerhalb der Arbeiterschaft. So schrieb, am 5. Oktober 1939, der Leiter des Ernährungsamtes Wilhelmshaven an den kommandierenden Admiral der Marinestation Nordsee in einem Bericht: *„Eine große Sorge bereitet mir aber die Verpflegung in den Lägern [sic!]. Weniger ist es die Mittagsverpflegung als die Trennung der Arbeiter in Schwer- und Schwerstarbeiter. Praktisch gesehen sieht die Trennung dieser 3 Arbeitskategorien in unseren Lägern [sic!] so aus, dass ein einheitliches Essen für den Normalarbeiter gekocht wird und dass der Schwerarbeiter eine Zulage, der Schwerstarbeiter eine besondere Zulage bekommt. Wenn es sich beim Mittagessen noch nicht so stark auswirkt, so gibt es bei der Abendmahlzeit stets und ständig eine gewisse Art von Unruhe, die leicht eines Tages mal um sich greifen kann. Der normale Arbeiter hat nur einen ganz beschränkten Teil Fett und Fleischwaren für seine Abendverpflegung zur Verfügung (trotzdem er oft bis zu 14 Stunden arbeiten muss). Er ist gezwungen, trocken Brot mit Marmelade zu essen. Kommt er auf seine Stube, auf der ja manchmal bis zu 16 Mann liegen, so sind dort 2-3 Kameraden, die als Schwerarbeiter (trotzdem sie vielleicht nur 8 Stunden arbeiten) über zusätzliche Mengen verfügen. Außerdem sieht er vielleicht einige Kameraden, die größere Mengen Fett und Fleischwaren als Schwerstarbeiter zusätzlich zur Verfügung haben. Unwillkürlich wird ein gewisser Neid der Herd werden für eine Unruhebewegung.“*⁴⁷²

Dass die Einführung der Bezugscheinpflicht keinen reibungslosen Ablauf der Anordnungen garantierte, sondern stattdessen die Sicherstellung der Versorgung mit Kriegsbeginn zusehends chaotischer verlief, zeigt das Beispiel der zur „Festung“ erklärten oldenburgischen Stadt Wilhelmshaven.⁴⁷³ Vor allem am ersten Tag nach der Bekanntgabe, dass Bezugsscheine und Karten eingeführt werden, setzte ein Sturm auf die Lebensmittel-, Textil- und Schuhgeschäfte ein, der wiederholt ein polizeiliches Eingreifen erforderlich machte. Zu Beginn des Jahres 1939 hatte Wilhelmshaven eine Einwohnerzahl die bei 80.000 lag. Mit Ausbruch des Krieges stieg die Zahl der Einwohner in ganz kurzer Zeit um Zehntausende und hatte bereits 1942 die Zahl von 137.000 Einwohnern erreicht. Darüber hinaus wurde die Garnison verstärkt, so wurden zusätzliche Flak-Regimenter zum Schutz der Werftanlagen eingesetzt und neue motorisierte Verbände nach Wilhelmshaven geholt. Bei der Belieferung der Stadt mit „verbrauchsgelenkter Ware“ wurden diese Veränderungen allerdings nicht ausreichend berücksichtigt. Auf Anordnung des Reichswirtschaftsministeriums orientierten

⁴⁷² StAO, Best. 136, Nr. 16197.

⁴⁷³ Durch das Gesetz über Groß-Hamburg und anderen Gebietsbereinigungen v. 26. Januar 1937 war der ehemals preußische Stadtkreis Wilhelmshaven auf das Land Oldenburg übergegangen.

sich die Kontingente für Wilhelmshaven an dem Umsatz des Jahres 1938. Diese Diskrepanz führte dazu, dass die Versorgungslage bei „verbrauchsgelenkter Ware“ von Anfang an stark angespannt war. Vor allem die sogenannten „Dienstverpflichteten“ litten unter dieser Mangelversorgung. Die Reichsstellen waren genötigt durch Sonderzuteilungen die dringendste Not abzuwenden und dadurch eine gewisse Ruhe in den Lagern sicherzustellen.⁴⁷⁴ Durch Angriffe alliierter Luftstreitkräfte kam es zudem zu einer Verkappung im Verteilersystem. Mit zunehmender Kriegsdauer gingen immer mehr Geschäfte verloren. So wurden in Wilhelmshaven bis 1942 bei Luftangriffen von den vorhandenen sieben drei Haushaltwarengeschäfte zerstört.⁴⁷⁵

Ebenfalls offenbarte der Kriegsausbruch, dass sich die Kriegsvorbereitungen zu stark auf die Wehrmacht konzentriert hatten und zuwenig in die zivile Infrastruktur investiert wurde. Dieses Versäumnis rächte sich während des Krieges. Zu wenige Lastkraftwagen, technisches Gerät und geringe Lagerkapazitäten belasteten die Versorgung der Zivilbevölkerung erheblich. So hatte beispielsweise der Güterbahnhof in Wilhelmshaven eine zu geringe Lagerkapazität und der Handelshafen besaß nur einen Kran der zur Löschung von Schiffsladungen eingesetzt werden konnte. Bahnsperren nach Wilhelmshaven wegen Überfüllung des Bahnhofes und Dringlichkeit irgendwelcher Kriegsmarinelieferungen waren an der Tagesordnung und ließen die zivile Versorgung zusätzlich stocken. Da es nur zwei wichtige Zufahrtswege nach Wilhelmshaven gab, die Reichsstraße 69 und die Eisenbahn, bestand außerdem ständig die Gefahr, dass durch gezielte Luftangriffe die Stadt komplett von der Versorgung abgeschnitten werden konnte. Ein gezielter Luftangriff am Bahnübergang in Mariensiel konnte nicht nur die Eisenbahnstrecke, sondern auch die Hauptverkehrsstraße vollkommen lahm legen.

Des Weiteren gefährdeten Kompetenzstreitigkeiten und institutionelle Rivalitäten die ausreichende Versorgung der Bevölkerung. So beschlagnahmte beispielsweise die Wehrmacht im Land Oldenburg die meisten Transportmittel für militärische Zwecke, was dazu führte, dass für die Ernährungssicherung zu wenige Lastwagen übrig blieben. Mit zunehmender Kriegsdauer kam es im zivilen Sektor zu einem immer dramatischeren Fahrzeug- und Eisenbahnwaggonmangel. Problematisch für die Versorgungslage waren auch die Einberufungen von Bäckern, Schlachtern, Gemüsehändlern und Kolonialwaren-Großhändlern zur Wehrmacht, Luftschutzstellen oder dem SHD (Sicherheits- und Hilfsdienst) ohne diese

⁴⁷⁴ StAO, Best. 320.2, Nr. 5.

⁴⁷⁵ Ebd.

mit den zuständigen Ernährungsämtern zu koordinieren.⁴⁷⁶ So wurden im Land Oldenburg mehrere Butterverteiler zum Heeresdienst eingezogen und die örtliche Bevölkerung damit vor erhebliche Probleme gestellt. Obwohl eine gesetzliche Verpflichtung der Lebensmittelhändler zur Annahme neuer Kunden bestand, stellten die meisten Lebensmittelhändler die Bedingung Kunden nur dann für den Bezug von Butter einzutragen, wenn sich diese bereit erklärten auch andere Lebensmittel bei ihnen zu beziehen.⁴⁷⁷ Die Preisüberwachungsstellen notierten regelmäßig solche Verfehlungen. Aufgrund der mangelnden Bereitschaft der Bevölkerung solche Fälle gezielt anzuzeigen, aus Angst danach gar keine Nahrungsmittel mehr zu bekommen, konnte nur in seltenen Fällen gegen entsprechende Einzelhändler vorgegangen werden.

Aus psychologischen Gründen schreckte das NS-Regime davor zurück, eine komplette Drosselung der Zivilproduktion anzuordnen. Die Beweggründe hierfür werden aus einem Artikel der Zeitschrift „Vierjahresplan“ ersichtlich: *„Aber es kann nicht eingesehen werden, dass Waren, die einmal so treffend mit „KdF-Waren“ bezeichnet wurden, nun im Zuge der kriegswirtschaftlichen Gleichmachung verschwinden sollten. Auch im Kriege darf das psychologische Moment, das wiederum starke sozialpolitische Auswirkungen hat, nicht vergessen werden. Die Auswirkungen sind viel größer und stärker, als allgemein angenommen wird. Der wirtschaftliche Ablauf im Weltkrieg 1914 bis 1918 hat damals zur Folge gehabt, dass die Stimmung gerade in denjenigen Kreisen an der Front und in der Heimat besonders schlecht war, deren Produktionsstätten in der Heimat ausgelöscht wurden [...]. Die Menschen sehen ihre Einziehung als eine vorübergehende Episode an und wissen, dass sie nach Ablauf des Krieges in ihre Heimat und ihre Betriebe zurückkehren können. Es wird damit ein Glaube an die Zukunft geweckt, der im geistigen Kriegspotential nicht unterschätzt werden darf.“*⁴⁷⁸

Die Betriebe der Konsumgüterindustrie wurden zwar nicht stillgelegt, aber die einseitige Wirtschaftspolitik des Regimes machte es ihnen unmöglich vorhandene Kapazitäten voll auszunutzen. Hauptgründe hierfür waren der Mangel an Facharbeitern und die mangelnde

⁴⁷⁶ Schreiben Ernährungsamt der Stadt Wilhelmshaven an den Oldenburgischen Innenminister v. 15. Juni 1942. StAO, Best. 136, Nr. 257, Bl. 35-36.

⁴⁷⁷ Dieser Vorgang wird in mehreren Berichten moniert. Hier: Schreiben des Ernährungsamtes der Stadt Oldenburg an den Oldenburgischen Innenminister v. 5. September 1939. StAO, Best. 136 Nr. 16197.

⁴⁷⁸ Krumm, Heinrich, Wert und Aufgabe der Konsumgüterindustrie im Kriege. Am Beispiel der Lederwarenindustrie, in: Der Vierjahresplan. Zeitschrift für Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik (Amtliche Mitteilungen des Beauftragten für den Vierjahresplan Ministerpräsident Reichsmarschall Göring), Jg. 5, Berlin 1941, S. 518-521, hier: S. 521.

Zuteilung von Rohstoffen durch staatliche Stellen. Hierdurch war der Konsumgüterindustrie jegliche Möglichkeit genommen, den vorhandenen Bedarf der Bevölkerung voll zu befriedigen. Der zivile Sektor der Wirtschaft trat mit Kriegsbeginn noch stärker hinter dem rüstungswirtschaftlichen Sektor zurück. Soweit entsprechende Unternehmen der Konsumgüterindustrie nicht mit Wehraufträgen belegt waren, traten ihre Probleme als nicht kriegsentscheidend in den Hintergrund. Was dies vor allem für die kleineren und mittleren Unternehmen der Konsumgüterindustrie bedeutete, kann aus folgendem Bericht der Näherei Carl Wempe aus Oldenburg-Stadt, vom 16. Juli 1941, ersehen werden: *„Durch die heutigen Verhältnisse haben sich die Herstellungskosten bedeutend erhöht. Ich habe eine Nähgarnzuteilung von 40 %, kann daher auch nur 40 % der Menge herstellen, die ich 1938 geliefert habe. Hierdurch ist mir eine Fließarbeit, die Bedingung für die billige Herstellung ist, nicht mehr möglich. Aber auch der Abgang geschulter Arbeitskräfte und die Ersatzeinstellung von Frauen in ½ Tagesarbeit vermindert die Fertigstellung bedeutend. Zudem lassen sich die jetzt zur Verarbeitung angelieferten Stoffe schlechter verarbeiten als früher und die schlechten Nähgarne hindern durch Fadenbruch ein flottes arbeiten an der Maschine.“*⁴⁷⁹

Mit Rücksicht auf eine solche Entwicklung mussten viele Betriebe der Konsumgüterindustrie während des Krieges verstärkt Lohn- und Gehaltserhöhungen gewähren, um die Produktion einigermaßen aufrechtzuerhalten. Dadurch erhöhten sich allerdings die Produktionskosten erheblich, aufgrund der Preisstoppverordnung konnten diese zusätzlichen Kosten nicht ohne weiteres auf die Preise umgewälzt werden. Stattdessen wurden die erhöhten Kosten dadurch kompensiert, dass preisgünstige Verbrauchsgegenstände noch stärker als in den „Friedensjahren“ aus der Angebotspalette genommen wurden, weil sie für die Unternehmen einen zu starken finanziellen Verlust bedeuteten. Durch die Platzierung neuer und teurerer Produkte auf dem Markt konnte die Preisstoppverordnung umgangen werden. So kam es beispielsweise in Niedersachsen dazu, dass die Porzellanfabriken durch die Platzierung neuer Muster eine Preiserhöhung bei Geschirr um 10 % durchsetzten.⁴⁸⁰ Für die Bevölkerung hatte dies zur Folge, dass es zu einer stetigen Erhöhung der Lebenshaltungskosten während des Krieges kam.⁴⁸¹ Mit zunehmender Kriegsdauer wurden die für den zivilen Sektor

⁴⁷⁹ StAO, Best. 136, Nr. 9946.

⁴⁸⁰ Lagebericht der Wirtschaftskammer Niedersachsen über das 2. Vierteljahr 1939, in: StAO, Best. 136, Nr. 19505.

⁴⁸¹ Der gesamte Preisspiegel hatte sich nach zwei Kriegsjahren (offizielle Angaben) um 6,6 % gehoben. Siehe dazu: Sonderdruck aus „Wirtschaft und Statistik“ hrsg. vom Statistischen Reichsamt, 21. Jg. 1941, Nr. 18 (2. September-Heft), S. 333-336, hier: S. 333.

herauskommenden Warenmengen ständig kleiner, so dass auch die teureren Modelle immer mehr zur Rarität wurden. Aus den Beobachtungsbogen der Preisüberwachung kann rekonstruiert werden, dass bereits nach zweijähriger Kriegsdauer, der Bedarf an Haushaltssporzellan, insbesondere bei Tassen, Tellern und Kannen, weder in der Stadt Oldenburg noch in Nachbarstädten befriedigt werden konnte.⁴⁸²

Während des Zweiten Weltkrieges wurde die Preisstoppverordnung durch zahlreiche unmittelbare und mittelbare Preiserhöhungen auf ganzer Linie durchlöchert. Vor allem durch die erheblichen Qualitätsverschlechterungen, sowohl bei Textilwaren als auch bei Nahrungsmitteln, wurde die Verbraucherschaft massiv geschädigt. Aufgrund von Schwierigkeiten in der Futtermittelversorgung (in vielen Landesteilen sogar ein erheblicher Futtermangel) sank beispielsweise die Qualität bei Schweine- und Rindfleisch drastisch.⁴⁸³ Die Bekleidung (Männer-, Knaben-, Frauen- und Berufsbekleidung sowie Schuhwaren und Bettwäsche) konnte hinsichtlich Haltbarkeit und Strapazierfähigkeit einen Vergleich mit den früheren Qualitäten nicht standhalten.⁴⁸⁴ Auf diese massive Qualitätsverschlechterung musste auch der Werberat der deutschen Wirtschaft reagieren. Am 14. Oktober 1941 wurde die „Anordnung über verstärkte Rücksichtnahme auf die Versorgungslage bei der Werbung“ erlassen. In dieser hieß es unter anderem: *„Es ist z.B. untragbar, dass in Werbemitteln Waren (u.a. Nahrungsmittel und Kleidungsstücke) in grossen Mengen oder in einer Beschaffenheit gezeigt werden, in denen sie den deutschen Volksgenossen zur Zeit nicht zugänglich ist.“*⁴⁸⁵ Eine gezielte Preiskontrolle bei den Einzelhändlern konnte der Staat wegen dem kriegsbedingten Personalmangel nicht mehr aufrechterhalten. So schrieb der Landrat des Landkreises Wesermarsch an die Preisüberwachungsstelle Oldenburg, am 5. Februar 1940, folgendes: *„Dem Vorschlag des Bürgermeisters die Gendarmerie-Beamten in Zukunft zu beauftragen, die Preiserhebungen durchzuführen, kann ich meine Zustimmung nicht geben. Durch die Abkommandierung einer grossen Zahl von Gendarmerie-Beamten nach Polen sind in meinem Bezirk verbliebenen Gendarmerie-Beamten mit Arbeit so stark überlastet, dass sie*

⁴⁸² StAO, Best. 136, Nr. 10025.

⁴⁸³ Exemplarisch zur Qualität der Nahrungsmittel kann der Satz des Tiefbauarbeiters Wilhelm Kamper aus Delmenhorst zitiert werden: *„Das Fressen war 1918 besser gewesen als jetzt, bei diesem Frass [sic!] kann kein Mensch arbeiten.“* Aus: Geheime Staatspolizei Wilhelmshaven Tagesmeldung Nr. 7/ Oktober 1940, StAO, Best. 289, Nr. 185.

⁴⁸⁴ Bereits in Vorbereitung auf den Krieg mussten in vielen Produkten ab 1936 neue Werkstoffe als Ersatzstoffe, die sogenannten „deutschen Roh- und Werkstoffe“, verarbeitet werden. Diese synthetisch oder halbsynthetisch erzeugten Materialien wurden hauptsächlich in Gütern für den zivilen Bedarf eingesetzt, was zu einer Minderung in der Qualität dieser Güter (Textilien, Schuhe, Haushaltsware ect.) führte. Siehe: Sudrow, S. 299ff. u. S. 307.

⁴⁸⁵ StAO, Best. 136, Nr. 10070, Bl. 49.

neue Aufgaben nicht übernehmen können. Auch die inzwischen erfolgte Einstellung von Polizei-Reservisten lässt die Übernahme neuer umfangreicher Dienstaufgaben nicht zu. ⁴⁸⁶

Die allgemeine Preislage wurde von den Verbrauchern durchweg als nicht günstig beurteilt. Die Mitarbeit bei der Aufdeckung von Preistreibereien hörte mit Kriegsbeginn trotzdem fast vollständig auf. In zahlreichen Berichten der Preisüberwachung wird sogar davon berichtet, dass sich viele Verbraucher offen gegen die Beamten wendeten, weil sie diese als Element der Störung beim Einkaufsgeschäft wahrnahmen.⁴⁸⁷ Viele Hausfrauen aus den Städten waren dazu übergegangen, die Bauern bereits außerhalb des Marktores abzufangen, um ihnen ihre Ware, insbesondere Geflügel und Obst, abzukaufen. Die Preise, die hierbei gefordert und gezahlt wurden, waren für den Staat völlig unkontrollierbar. So heißt es in einem Bericht der Preisüberwachung Oldenburg vom 30. Dezember 1941: *„dass das meiste Geflügel auf dem Lande im Schleichhandel zu erheblich überhöhten Preisen abgesetzt wird. Die Bauern werden vielfach durch Angebote von überhöhten Preisen oder durch Tausch von verknüpften bzw. zwangsbewirtschafteten Waren zu dem in dieser Form unzulässigen Handel verleitet. Ein Einschreiten gegen diesen Schleichhandel ist in den meisten Fällen nicht möglich gewesen, weil die Beteiligten die gezahlten überhöhten Preise abstritten und der Gegenbeweis nicht erbracht werden konnte.* ⁴⁸⁸

Für das NS-Regime zunehmend problematischer wurde der Umstand, dass parallel zu den immer intensiver werdenden Versorgungsengpässen sich die Kaufkraft von Teilen der Bevölkerung wie beispielsweise in der Stadt Wilhelmshaven rasant erhöhte. Dies resultierte hauptsächlich dadurch, dass die Zahl der Soldaten in der Stadt mit Kriegsausbruch gewaltig angestiegen war. Vor allem Angehörige der Wehrmacht, Soldaten und Wehrmachtsbeamte, erhielten eine Kriegszulage und sonstige Zulagen, die zum Teil eine ganz erhebliche Erhöhung ihres Einkommens ausmachten. Aufgrund des Arbeitskräftemangels wurden zudem immer mehr Frauen in den Arbeitsprozess integriert, was dazu führte, dass viele Familien über mehrere Einnahmequellen verfügten und damit kaufkräftiger wurden. Dies erklärt sich aus der Familienunterstützung und dem Wehrsold (der im Ersten Weltkrieg deutlich geringer war), aus der Verlängerung der Arbeitszeit und dem teilweisen Ersatz der einberufenen Männer durch Frauen und Pensionäre. Trotz sinkender Verbrauchsgütererzeugung richtete sich das gesteigerte Einkommen vollständig auf den Verbrauchsgütermarkt. Dieses führte

⁴⁸⁶ StAO, Best. 136, Nr. 10024, Bl. 205.

⁴⁸⁷ Ebd., Bl. 311.

⁴⁸⁸ StAO, Best. 136, Nr. 10025.

dazu, dass sich eine außerordentlich lebhaftere Nachfrage nach Waren aller Art entwickelte. In den Geschäften fragten die Menschen oft nicht nach bestimmten Waren, sondern nach bezugsscheinfreier Ware jeglicher Art. Vor Einzelhandelsgeschäften in denen Mangelware angeboten wurde entstand teilweise ein solcher Andrang, dass es regelmäßig zu einer „Schlangenbildung“ vor den Geschäftseingängen kam. Das Schlangestehen wurde immer mehr zum Kennzeichen der „NS-Konsumgemeinschaft“ und ein klares Zeichen für den herrschenden Mangel. Um diese unerwünschte Erscheinung zu verhindern, musste häufig die Polizei eingesetzt werden, „wobei selbstverständlich ein polizeiliches Einschreiten mit der erforderlichen Vorsicht und dem gehörigen Takt erfolgt“.⁴⁸⁹ Trotz zahlreicher Appelle in der Presse leitete die Bevölkerung nicht der wirkliche Bedarf beim Einkauf, sondern die Sorge keine Marken verfallen zu lassen. Zum einen um einen Vorrat anzulegen und zum anderen um Ware zu besitzen die mit anderen Verbrauchern getauscht werden konnte. So heißt es in einem Bericht über die Preislage und Preisentwicklung wichtiger Verbrauchsgüter vom November 1939: „kauft die Bevölkerung alles, was ihr auf Bezugskarten zusteht, auch wenn ein Bedarf nicht besteht.“⁴⁹⁰ In vielen Haushalten wurde vielfach weniger gespart als vor dem Kriegsausbruch. Allerdings war eine wichtige Ursache hierfür, dass die günstigen Lebensmittel, die vor der Marktwirtschaft hauptsächlich gekauft wurden, wie Fisch, Leinöl oder Quark nicht mehr in unbeschränkter Menge zur Verfügung standen und daher durch teurere Lebensmittel ersetzt werden mussten.

5.1. Schleichhandel kompensiert Mangelscheinungen

Die überschüssige Kaufkraft und der im „Dritten Reich“ herrschende Warenmangel waren die Voraussetzung für den mit Kriegsbeginn einsetzenden Schleichhandel und Schwarzmarkt. Hier entwickelte sich letztlich die einzig verbleibende Möglichkeit frei zu konsumieren. Die größten Ausmaße nahm der Schleichhandel auf dem Ernährungssektor ein. Hier war beim Anfall von Wild, Geflügel, Eiern, Obst und Gemüse keine lückenlose Erfassung durch den Staat möglich. Dies nutzten die Bauern um ungebunden von den staatlichen Vorschriften zu wirtschaften. Im Landkreis Vechta wurden beispielsweise Ende 1942 ca. 10,- bis 15,- RM für ein Huhn, bis zu 30,- RM für eine Ente und bis zu 100,- RM und mehr für eine Gans gezahlt.⁴⁹¹ Die Ablieferungsprämien des Staates hatten dabei einen kontraproduktiven Effekt,

⁴⁸⁹ Der Höhere SS- und Polizeiführer im Wehrkreis X zum Thema: „Schlangenbildung vor Einzelhandelsgeschäften“ am 4. August 1942. StAO, Best. 136, Nr. 9743, Bl. 567.

⁴⁹⁰ StAO, Best. 136, Nr. 10024, Bl. 208.

⁴⁹¹ Bericht I 22576 v. 29. Dezember 1942 der Preisüberwachung für den Landkreis Vechta, StAO, Best. 136, Nr. 9901, Bl. 127.

da sie die Preise im Schleichhandel erst richtig nach oben trieben. Ein besonders drastisches Beispiel war der für Oldenburg besonders wichtige Pferdehandel. Für die Oldenburger war es ein offenes Geheimnis, dass Pferde nur, wie es im Volksmund hieß, mit „zwei Händen“ gekauft werden konnten. Die eine Hand bezahlte den zulässigen und die andere den Überpreis. So wurde beispielsweise im Landkreis Vechta für ein Pferd was offiziell 1.800,- RM kostete in Wirklichkeit zwischen 3.600,- und 4.000,- RM gezahlt.⁴⁹² Besonders stark war der Schleichhandel in der Nähe von Flugplätzen und in der Nähe von Standorten militärischer Einheiten. Im Landkreis Vechta hatten besonders die Orte, wo sogenannte „Landeschützen“ (Gefangenwachkommandos) stationiert waren für den Schleichhandel eine große Bedeutung, da diese fast täglich mit den landwirtschaftlichen Erzeugern in Berührung kamen und dabei laufend Käufe tätigen und vermitteln konnten. Wehrmattsangehörige bildeten als kaufkräftigste Gruppe den wichtigsten Kundenkreis im Schleich- und Tauschhandel für die bäuerliche Bevölkerung. Reichsweit gingen die Umsätze, die von Wehrmattsangehörigen mit Seife, Kaffee, Schmalz, Öl, Textilien, Schuhen und Pelzen im Schleichhandel getätigt wurden in die Millionen.⁴⁹³ Durch die intensive Beteiligung der Wehrmattsangehörigen am Schleichhandel, erlitt das „Dritte Reich“ nicht nur einen wirtschaftlichen Schaden, sondern auch einen Imageverlust in den besetzten Gebieten. Die weiterhin intensiv propagierte wirtschaftliche Stärke des „Dritten Reiches“ wirkte wenig glaubwürdig, wenn parallel dazu die deutschen Soldaten massenhafte Einkäufe in den besetzten Gebieten tätigten, um diese in die Heimat zu schicken. So schrieb die Staatspolizeistelle Wilhelmshaven am 5. August 1940: *„In den Kreisen der Arbeiter und Soldaten des Flugplatzes Jever hält man sich darüber auf, dass Offiziere und Beamte der Wehrmacht in Holland große Einkäufe machten [...] Von einem anderen Wehrmattsangehörigen wurde mitgeteilt, dass er in einem Lokale in Groningen gehört habe, wie sich die Holländer über die von deutschen Offizieren und Beamten gemachten Einkäufe unterhielten. Sie hätten zum Ausdruck gebracht, dass es in Deutschland wohl doch nicht so sei, wie es die Nazis in den Zeitungen schrieben, denn dagegen sprächen die gewaltigen Einkäufe.“*⁴⁹⁴ Ein weiteres Merkmal der „NS-Konsumgemeinschaft“ während des Krieges war der Tauschverkehr. Erzeuger und Händler tauschten ihre Produkte untereinander aus. Auf dem Land wurden die meisten Handwerker in Naturalien bezahlt. Aber auch in anderen Lebensbereichen verlor das Geld immer mehr an Bedeutung, stattdessen entwickelten sich mit zunehmender Kriegsdauer lebensnotwendige Ernährungsgüter zur neuen heimlichen Währung. So wurde beispielsweise in Wilhelmshaven

⁴⁹² Ebd., Bl. 128.

⁴⁹³ Bericht der Preisüberwachung Berlin Ende 1942, StAO, Best. 136, Nr. 10024, Bl. 325.

⁴⁹⁴ Geheime Staatspolizei Wilhelmshaven Tagesmeldung Nr. 1/ August 1940, StAO, Best. 289, Nr. 185, Bl. 90.

ein Landwirt überführt, der die Dirnen der Stadt für Geschlechtsverkehr mit Eiern und Speck bezahlte.⁴⁹⁵

Im Vergleich zu den offiziellen Preisen vom August 1939 entwickelten sich die Schwarzhandelspreise in den deutschen Großstädten wie folgt: Bis Ende 1941 als Vorstufe des schwarzen Marktes gab es eine öffentliche Preissteigerung für freie Waren auf das 1,5 bis 3fache der offiziellen Preise. Anfang 1942 setzte sich immer mehr der Schwarzhandel durch, nun lagen die Preise für bewirtschaftete Waren das 8 bis 10fache über dem staatlichen Preisindex. Ende 1942 erhöhten sich die Schwarzhandelspreise um das 10 bis 20fache, Ende 1944 um das 40 bis 50fache. Im April 1945 erreichten die Schwarzmarktpreise mit dem 100 bis 200fach höheren Preis ihren Höhepunkt im „Dritten Reich“.⁴⁹⁶ Der Schwarzmarkt wurde offiziell als unmoralisch gebrandmarkt und die beteiligten Personen als „Volksschädlinge“ bezeichnet. Auch wurden mehrere Todesstrafen gegen Schieber vollstreckt, jedoch musste der Schleichhandel auf „kleinerer Ebene“ toleriert werden. So hieß es in einem Bericht des Preispolitischen Informationsdienstes Berlin vom 8. November 1941: *„Zugleich muss ferner auch sichergestellt werden, dass die herrschenden Vorschriften nicht in Widerspruch zum gesunden Rechtsempfinden der Bevölkerung geraten und dass nichts Unzumutbares gefordert wird. Es muss weiter vermieden werden, dass ein innerer Konflikt zwischen den Pflichten entsteht, die der Einzelne seiner Familie und der Volksgemeinschaft gegenüber hat.“*⁴⁹⁷

Eine verstärkte Bekämpfung des Schleichhandels richtete sich aus Gründen der politischen Stabilität nicht gegen den Endverbraucher, sondern gegen den gewerbsmäßigen Schleichhandel. Hier erkannte das NS-Regime eine ernste Gefahr für die Aufrechterhaltung des innerdeutschen Preisgefüges. Die Stabilität der Preise bildete in der Auffassung der NS-Wirtschaftspolitiker allein Grundlage für die auf allen Gebieten der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu treffenden Maßnahmen während des Krieges. Letztlich aber war eine erfolgreiche Bekämpfung des Schleichhandels nicht möglich, solange die Nachfrage nach Waren größer war als das Warenangebot und diese Diskrepanz vergrößerte sich mit zunehmender Kriegsdauer immer mehr.

⁴⁹⁵ Dieser Fall wird in einem Schreiben des Polizeipräsidenten der Stadt Wilhelmshaven an den Minister der Finanzen und Wirtschaft des Landes Oldenburg v. 12. Februar 1943 geschildert. StAO, Best. 136, Nr. 9901, Bl.120.

⁴⁹⁶ Aufsatz von Alfred Jacobs „Der schwarze Markt in Deutschland 1939 bis 1945“. Hier übernommen aus: StAO, Best. 136, Nr. 9901, Bl. 219.

⁴⁹⁷ StAO, Best 136, Nr. 10024, Bl.18.

5.2. Ausbeutung der besetzten Gebiete zum Wohl der „Volksgemeinschaft“

Das die deutsche Bevölkerung während des Zweiten Weltkrieges nicht so extrem hungerte, wie dies die Bevölkerungen in den besetzten Ländern in Ost- und Südosteuropa taten, lag vor allem daran, dass die Ernährungsbedürfnisse von Wehrmacht und „Heimatfront“ zu Lasten der besetzten Gebiete gedeckt wurden.⁴⁹⁸ Während sich die Bevölkerung im „Dritten Reich“ über die kriegsbedingte Mangelwirtschaft und den damit verbundenen Qualitätsverschlechterungen bei den Nahrungsmitteln und den Textilien echauffierte, waren Millionen Menschen in den besetzten Gebieten dem Hungertod preisgegeben. Hermann Göring forderte, am 6. August 1942, die Reichskommissare und Militärbefehlshaber der besetzten Gebiete zu einer erbarmungslosen Erfassung aller verfügbaren Lebensmittel auf. Diese seien, so Göring, nicht in diesen Ländern, *„um für das Wohl und Wehe der Ihnen anvertrauten Völker zu arbeiten, sondern um das Äußerste herauszuholen, damit das deutsche Volk leben kann [...] Es ist mir dabei gleichgültig, ob Sie sagen, dass Ihre Leute wegen Hungers umfallen. Mögen sie das tun, solange nur ein Deutscher nicht wegen Hunger umfällt.“*⁴⁹⁹ Aufgrund dieser menschenverachtenden Einstellung war es möglich, dass die rassenideologisch segregierte deutsche Bevölkerung bis Kriegsende 1945 eine deutlich bessere Versorgung genoss, als dies während des Ersten Weltkrieges der Fall war.⁵⁰⁰ Das militär-strategische Ziel des „Dritten Reiches“ in den okkupierten Gebieten bestand darin, diese Gebiete zwangsweise wirtschaftlich mehr oder weniger nach Plan auszubeuten, etwa durch Requirierung von Rohstoffen und Maschinen, Abzug von Arbeitskräften und Nahrungsmitteln.

Diese Konzeption kann am Beispiel des 1941 okkupierten Jugoslawien verdeutlicht werden. Bereits in den 1830er Jahren plädierte Friedrich List in seinen Überlegungen zur Ausgestaltung eines europäischen Wirtschaftsraums dafür, dass Südosteuropa als wirtschaftliches Hinterland für einen zu schaffenden deutschen Nationalstaat fungieren soll.⁵⁰¹ Nach dem Ersten Weltkrieg wurden diese Überlegungen wieder aufgegriffen und die Diskussion mit großer Intensität fortgesetzt. Insbesondere in national-konservativen

⁴⁹⁸ Die wirtschaftliche Ausbeutung der besetzten Gebiete, siehe: Militärisches Forschungsamt (Hg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5 (Zweiter Halbband: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942-1944/45 von Kroener, Bernhard, Müller, Rolf-Dieter u. Umbreit, Hans), Stuttgart 1999, S. 181-211.

⁴⁹⁹ Zitiert nach: Müller, Die Konsequenzen der „Volksgemeinschaft“, S. 245.

⁵⁰⁰ Kundrus, Birthe, Loyal, weil satt. Die innere Front im Zweiten Weltkrieg, in: Mittelweg 36 (1997), S. 80-93, hier: S. 92.

⁵⁰¹ Opitz, Reinhard, Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Köln 1977, S. 28.

Wirtschaftskreisen herrschte die Auffassung dem Deutschen Reich die Kontrolle über Südosteuropa zu sichern, um so die Verluste infolge der Pariser Friedenskonferenz zu kompensieren. Zahlreiche Elemente der seit den frühen 1920er Jahren entwickelten Konzepte wurden von der nationalsozialistischen Außenpolitik realisiert, so dass um 1938 Südosteuropa und hier vor allem Jugoslawien ökonomisch vom „Dritten Reich“ abhängig wurden. Nach Kriegsausbruch verschärfte sich die Lage für Jugoslawien dramatisch. Aus dem politischen Druck der Zwischenkriegszeit wurde militärische Gewalt. Die maximale Ausbeutung der Ressourcen wurde primäres Ziel der NS-Jugoslawienpolitik.⁵⁰² Unmittelbar nach der Okkupation und Zerschlagung des jugoslawischen Staates, stellte die deutsche Regierung, Serbien, den wirtschaftlich, militärisch und politisch stärksten Teil des jugoslawischen Staates, unter Militärverwaltung. Ziel war es, dass Arbeitskräftepotential des Landes zu mobilisieren und die Ausbeutung der wirtschaftlichen Ressourcen voranzutreiben. Die Militärverwaltung sollte in Zusammenarbeit mit serbischen Quislingen diesem „*unruhigen Land alles was möglich ist nehmen, damit das deutsche Volk leben kann*“.⁵⁰³ So wurden beispielsweise nach der bedingungslosen Kapitulation der jugoslawischen Armee, am 17. April 1941, etwa 110.000 serbische Kriegsgefangene (90% der gefangenen jugoslawischen Soldaten waren serbischer Nationalität)⁵⁰⁴ zum Arbeitseinsatz ins Deutsche Reich deportiert.⁵⁰⁵ Hinzu kamen allein 1941 etwa 75.000 serbische Männer und Frauen, die zur Zwangsarbeit verschleppt wurden.⁵⁰⁶ Hiervon profitierte auch die an mangelnden Arbeitskräften leidende Landwirtschaft in Oldenburg. In Zusammenarbeit zwischen Oberkommando der Wehrmacht (OKW) und dem Reichsarbeitsministerium wurden 10.000 jugoslawisch/serbische Kriegsgefangene den Landesarbeitsämter des Wehrkreises X für Arbeiten in der Landwirtschaft zugeteilt.⁵⁰⁷

⁵⁰² Zur NS-Jugoslawienpolitik, siehe: Schröder, Hans-Jürgen, Südosteuropa als „Informal Empire“ NS-Deutschlands. Das Beispiel Jugoslawien 1933-1939, in: Institute for Contemporary History (Hg.), *The Third Reich and Yugoslavia 1933-1945*, Beograd 1977, S. 240-258.

⁵⁰³ Zitiert nach: Zivkovic, Nikola, *Ratna steta koju je Nemačka učinila Jugoslaviji u drugom svetskom ratu*, Beograd 1975, S. 62f.

⁵⁰⁴ Boeckh, Katrin, *Serbien & Montenegro. Geschichte und Gegenwart*, Regensburg 2009, S. 119.

⁵⁰⁵ Ein separates Gefangenenlager für jugoslawische/serbische Offiziere wurde mit der Bezeichnung „Oflag VI C Eversheide“ bei Osnabrück erreicht. Die ersten Gefangenentransporte erreichten Osnabrück am 28. April 1941. Bis zu 5.000 Mann wurden hier in rund 30 Unterkunftsbaracken inhaftiert.

⁵⁰⁶ Ristic, Milan, *Rat i razaranje drustva u Srbiji 1941-1945 godine. Skica za jednu drustvenu istoriju*, in: Fleck, Hans-Georg u. Graovac, Igor (Hgg.), *Dijalog povjesnicara-istoricara 3*, Zagreb 2001, S. 203-219, hier: S. 207.

⁵⁰⁷ Der Reichsarbeitsminister an die Präsidenten der Landesarbeitsämter, Schnellbrief S2/9372/41 Betr.: Aufteilung der Kriegsgefangenen aus dem Südosten auf die Landesarbeitsämter, Berlin v. 21. April 1941. Abgedruckt in: Ristic, Milan, *Nemacki „Novi Poredak“ i jugoistocna Evropa 1940/41-1944/45*, Beograd² 2005, S. 272f.

Als sich die Versorgungslage an der „Heimatfront“ ab 1943 dramatisch verschlechterte, wurde der Druck auf Jugoslawien drastisch erhöht. So erging in Serbien im März 1943 „Im Interesse des Reiches und der Ernährung des deutschen Volkes“ ein Wehrmachtserlass zur Maiserfassung. Gegen Bauern, die sich ihrer Ablieferungspflicht entzogen, sollte „mit aller Schärfe und allen zu Gebote stehenden Mitteln“ vorgegangen werden. Bauern, die sich dem Wehrmachtserlass widersetzen, sollten wie Saboteure behandelt und mit „Prügelstrafen, Festnahmen von Geisel, Abführung zur Zwangsarbeit“ zur Kooperation gezwungen werden.⁵⁰⁸ Der serbischen „Kornkammer“ Banat und der zentralserbischen Region Sumadija wurden jährlich ca. 300.000 t Weizen, 600.000 t Mais und etwa 100.000 t Gerste und Roggen für die Bedürfnisse der Wehrmacht und der deutschen „Heimatfront“ entzogen und damit eine lebensbedrohende Brotverknappung für die serbische Zivilbevölkerung bewusst in Kauf genommen.⁵⁰⁹ Hinzu kam, dass zwischen Mai 1941 und Juli 1944 der Republik Serbien unzählige Tonnen an Rohstoffen geraubt wurden. So deckten die Bergwerke Trepca bei Kosovska Mitrovica, Bor und Majdanpek ca. 20 Prozent des deutschen Bedarfs an Kupfer sowie ca. 54 Prozent des Chromerz- und ca. 50 Prozent des Antimon- und Asbestbedarfs.⁵¹⁰ Neben Chrom und Mangan bildete Molybdän die Grundlage aller Stahllegierungen in der deutschen Rüstungsindustrie. Daher besaß für das „Dritte Reich“ das Molybdän-Bergwerk „Mackatica“ im südserbischen Surdulica eine enorme Bedeutung. Ab Januar 1943 ist dem Abbau von Molybdän in Serbien die dringendste Prioritätsstufe zugewiesen worden, woraufhin eine spezielle Aufbereitungsanlage in Surdulica (Ortsteil „Belo Polje“) errichtet und die einheimische Bevölkerung zur Zwangsarbeit gezwungen wurde.⁵¹¹

Dass sich die Raubzüge der Wehrmacht nicht nur auf Lebensmittel und Rohstoffe auf dem Balkan und der Sowjetunion beschränkten, zeigt das Beispiel der sogenannten „Holland-Möbel“ in Oldenburg. Ende 1942 und Anfang 1943 wurden dreizehn Kahnladungen mit Möbeln und Haushaltsgegenständen dem Wirtschaftsamt des Landkreises Oldenburg durch

⁵⁰⁸ Befehl vom General der Artillerie Paul Bader, am 9. März 1943, zur Maiserfassung in Serbien, zitiert nach: Thörner, Klaus, „Der ganze Südosten ist unser Hinterland“. Deutsche Südosteuropapläne von 1840 bis 1945, Freiburg 2008, S. 524.

⁵⁰⁹ Zivkovic, S. 63; Der hohe Stellenwert der Agrarlieferungen aus Südosteuropa wird auch aus einer Anordnung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vom September 1944 deutlich. Dort heißt es u.a. „Die Einfuhren aus dem Südostraum (Ungarn, Serbien-Banat) sind für die Versorgung von Wehrmacht und Heimat kriegsentscheidend. Der Führer hat befohlen, dass alle verfügbaren Transportmittel des Nah-, Eisenbahn- und Schiffsverkehrs eingesetzt werden, damit diese Mengen beschleunigt abtransportiert werden können.“. Zitiert nach: Thörner, S. 526.

⁵¹⁰ Ebd., S. 523.

⁵¹¹ Opfer, Björn, Im Schatten des Krieges. Besatzung oder Anschluss – Befreiung oder Unterdrückung? Eine komparative Untersuchung über die bulgarische Herrschaft in Vardar-Makedonien 1915-1918 und 1941-1944, Münster 2005, S. 236.

die Dienststelle „Westen“ des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete (Reichsminister Alfred Rosenberg), unter Mitwirkung der Gauleitung Weser-Ems und dem Landeswirtschaftsamt Weser-Ems (Anordnung V 1099/43 vom 18. Januar 1943), zugewiesen. Diese Güter wurden in Holland, hauptsächlich in Den Haag, von der Wehrmacht beschlagnahmt und stammten vorwiegend aus jüdischem Besitz. Mit den sogenannten „Holland-Möbeln“, wurden neben der Stadt Oldenburg auch die Landratsämter Cloppenburg, Vechta, Friesland, die Städte Emden, Delmenhorst, Wilhelmshaven und Bremen versorgt. Ein Teil dieser Möbel wurde zunächst an Parteidienststellen, Wehrmacht und Polizeiunterkünfte abgegeben. Beim freien Verkauf waren Berechtigungsscheine erforderlich. Hier wurden „Fliegergeschädigte“, „Kriegsbeschädigte“ und Ehepaare, die nach 1937 geheiratet hatten, bevorzugt behandelt. Wegen der ständigen Gefahr der Vernichtung in den Lagerbaracken durch Fliegerangriffe, wurde auf Verlangen des Polizeipräsidenten Oldenburg der Verkauf beschleunigt und ein erheblicher Teil der Möbel auch ohne Berechtigungsschein abgegeben. Der Gesamterlös aus dem Verkauf der „Holland-Möbel“ betrug, laut Kassenbuch des Wirtschaftsamt der Stadt Oldenburg, 176.612,32 RM.⁵¹² Nach Kriegsende musste die Stadtkasse in Oldenburg die eingekommene Summe zu Gunsten der britischen Militärregierung überweisen. Durch diese Aktion konnte der Mangel an Haushaltsgeräten und Möbeln im Land Oldenburg für eine bestimmte Zeit kompensiert werden und dem NS-Regime gelang es, sich als Wohltäter der Bevölkerung zu präsentieren.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass bereits Ende August 1939 viele Güter des alltäglichen Gebrauchs im Land Oldenburg nur noch auf Bezugschein oder Zuteilungsmarke zu bekommen waren. Von einem freiem Handel und damit freiem Konsum kann nach Kriegsausbruch nicht mehr gesprochen werden. Der Schleichhandel entwickelte sich mit zunehmendem Warenmangel immer mehr zur einzigen Alternative an begehrte Güter zu kommen. Die anfänglichen militärischen Erfolge und die Ausplünderung der besetzten Länder verhinderte allerdings lange Zeit eine ernsthafte Versorgungskrise, welche das NS-Regime hätte politisch gefährden können. Mit vermehrten Versprechungen auf eine „bessere Zukunft“ nach dem „Endsieg“ nährte das NS-Regime die Hoffnungen in der Bevölkerung, dass der „Führer“ am Ende doch noch seine Wohlstandsversprechen halten werde. So stellte Propagandaminister Goebbels in einer Rundfunkrede, vom 18. Oktober 1942, zum wiederholten Male fest, dass der Krieg für einen „*voll gedeckten Frühstücks-, Mittags-, und*

⁵¹² Antwortschreiben vom Landrat des Landkreises Oldenburg am 31. Januar 1946 auf die Verfügung I 1313 der britischen Militärregierung vom 23. Januar 1946, StAO, Best. 136, Nr. 23809, Bl. VI-161 c-12.

Abendtsch“ geführt werde.⁵¹³ In einer Zeit (ab 1942) als immer mehr deutsche Städte brannten, wurde der Krieg zunehmend als *die* Voraussetzung für einen kommenden „nationalen Wohlstand“ in der Presse hervorgehoben. Der Bevölkerung wurde eingehämmert, dass sie in diesem Krieg nicht für sinnlose ideologische Dogmen blutet, sondern für einen kommenden Wohlstand kämpft. Der „*Endsieg*“, so Goebbels, werde „*unserem Volk die Menge irdischen Glücks geben, die es verdient!*“⁵¹⁴ Mit sozialen Maßnahmen und dem Dogma von der Eroberung von „Lebensraum“ als Fundament für einen höheren Lebensstandard, welches wie ein Mantra ständig wiederholt wurde, versuchte das NS-Regime die Zeit bis zum angestrebten „Endsieg“ zu überbrücken.

⁵¹³ Zitiert nach: Niemann, „Volksgemeinschaft“ als Konsumgemeinschaft?, S. 103.

⁵¹⁴ Leitartikel von Joseph Goebbels, in: „Das Reich“ v. 31. Mai 1942.

6. Fazit

Der Alltag im Land Oldenburg zeichnete sich durch eine umständliche Beantragung von Sonderzuteilungen an Fetten, Schlangestehen vor Geschäften und ab 1943 einem dramatischen zurückschrauben der Bedürfnisse aus. In der Ausgabenstruktur der meisten Haushalte bildeten die Ausgaben für Lebensmittel eindeutig den Schwerpunkt, was ein symptomatisches Merkmal für einen geringen Lebensstandard darstellt. Die viel beworbenen allerdings marginal verbreiteten „Volksprodukte“ konnten sich während der zwölfjährigen NS-Herrschaft nur eine kleine Gruppe von Konsumenten der Ober- und der urbanen oberen Mittelschicht tatsächlich leisten. Die Konsumrealität für die Oldenburger Mittel- und Unterschicht bildeten unterschiedliche Rezeptdienste für die „sparsame Hausfrau“, in denen beispielsweise Fischgerichte als Alternative zu Fleischgerichten präsentiert wurden. Die NS-Propaganda vermittelte zwar eine Illusion wirtschaftlicher Stabilität. Die meisten in der Presse vorgeführten Produkte hatten für den größten Teil der Bevölkerung allerdings nur einen reinen Ausstellungswert. Das monatliche Durchschnittseinkommen der Oldenburger Bevölkerung reichte kaum zur Deckung des Grundbedarfs. Viele Arbeiter in den ländlichen Bezirken waren daher auf kleinen Landbesitz angewiesen, um die eigene Versorgung sicherzustellen. Der Konsum der breiten Masse der Land- u. Industriearbeiter im Oldenburger Land reduzierte sich meistens auf den Schaufensterbummel ohne eine Möglichkeit die ausgestellten Waren tatsächlich kaufen zu können.

Das Land Oldenburg war nicht mit schillernden Konsumtempeln durchzogen, sondern zeichnete sich durch enge Dorfläden (Kolonialwaren-, Kurzwaren- u. Metallwarenhändler) aus, wo für den täglichen Gebrauch eingekauft wurde. Der unter Hitler gewährte bescheidene „Luxus“ konzentrierte sich hauptsächlich auf die strategisch wichtigen Großstädte, allen voran Berlin. Nur bei einem Besuch („Kraft durch Freude“ ermöglichte diesen zu günstigen Konditionen) der Reichshauptstadt konnte die Arbeiterschaft aus der norddeutschen Provinz an diesem „Luxus“ teilhaben.

Die harte Konsumrealität im „Dritten Reich“ resultierte aus der einseitigen Konzentration der Investitionen auf einige wenige rüstungsrelevante Schwerpunkte der Wirtschaft. Die angespannte Lage auf dem Warenmarkt zwangen das NS-Regime aus sozialpsychologischen Gründen als Ausgleich soziale Einrichtungen („Kraft durch Freude“, „Winterhilfswerk“) und die Vision einer kommenden „völkischen Konsumgemeinschaft“ zu schaffen.

Adolf Hitler selbst entwickelte in zahlreichen Reden Visionen zukünftigen Massenwohlstands. So beispielsweise bei seinen Reden auf der deutschen internationalen Automobilausstellung in Berlin, wo er die kurz bevorstehende „Volksmotorisierung“ verkündete. Diese Konsumvisionen dienten dazu, das Vertrauen in die nationalsozialistische Zukunft zu wecken und gleichzeitig die gegenwärtige Herrschaft zu legitimieren und sichern.

Um den Zielkonflikt zwischen Aufrüstung und Massenkonsum zu entschärfen, verband das NS-Regime in der Propaganda die beiden Ziele. Die Aufrüstung wurde als erster Schritt auf dem Weg zu einem höheren Lebensstandard dargestellt. Eine starke Wehrmacht sollte das Fundament für die Eroberung von „Lebensraum“ bilden, was wiederum die einzige realistische Methode war, so die NS-Propaganda, den Lebensstandard der deutschen Bevölkerung dauerhaft zu heben. Für die verlangten Opfer in der Gegenwart wurde künftiger Wohlstand in der Zukunft versprochen.

Die Steuerung der Medien war ein entscheidendes politisches Instrument des NS-Regimes, mit dem es die öffentliche Meinung nicht nur beeinflusste, sondern auch lenkte und bestimmte. Das NS-Regime integrierte die Mangelerscheinungen in Deutschland in die Kriegsvorbereitung. In Zeitungen und Zeitschriften wurden Bilderwelten gezeichnet, die eine Gesellschaft förderten, welche sich für Konsumgüter wie Radios und Automobile interessierte. Gleichzeitig wurde der Bevölkerung in zahlreichen Artikeln vor Augen geführt, dass die NS-Führung diese Pläne wegen der zu kleinen Fläche Deutschlands und den daraus resultierenden Rohstoffmangel nicht vollständig verwirklichen könne. Die vom NS-Regime kontrollierten Medien schürten tagtäglich den Völkerhass. Sie entdeckten Weltverschwörungstheorien allenthalben und sahen das Deutschtum bedroht. Es wurde die These vertreten, dass die Siegermächte des Ersten Weltkrieges kein starkes Deutschland wünschten und daher nicht bereit seien wirtschaftlich zusammenzuarbeiten. Die NS-Funktionäre erklärten der Bevölkerung in zahlreichen Reden und Artikeln, dass die deutsche Nation so „versklavt“ und „isoliert“ nie zu alter Stärke emporsteigen könne. Dabei wurde die Option eines bewaffneten Konflikts für die „nationale Freiheit“ zu keinem Zeitpunkt kategorisch ausgeschlossen. Dank dieser propagandistischen Vorarbeit konnte bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, die Parole vom „Lebensraum im Osten“ greifen und als einzig realistische Möglichkeit aufgezeigt werden, die angestrebte „NS-Konsumgemeinschaft“ zu verwirklichen. Hier erklärt sich auch die wahre Bedeutung von Konsum für das NS-Regime. Die gemachten Konsumversprechungen nahmen in der NS-Politik die wichtige Rolle eines

„Motivators“ ein. Der Krieg wurde dadurch als eine Notwendigkeit vermittelt, ein Ereignis, welches im ureigensten Interesse der Bevölkerung sei. Die Argumentationslinie war folgende, das NS-Regime habe alles versucht auf friedlichem Weg den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben, jedoch habe das feindlich gesinnte Ausland durch mangelnde Kooperation dieses torpediert. Letztlich wurde der Eindruck vermittelt, dass nur ein siegreicher Krieg dem deutschen Volk ein „besseres Leben“ ermöglichen könne. Eine kollektive Neurose entstand, genährt von Existenzängsten und der Hoffnung auf ein „besseres Leben“. In den Augen der späteren Eroberer nutzten die angegriffenen Völker Territorien, die ihnen aufgrund ihrer angeblichen „Minderwertigkeit“ nicht zustanden. Damit waren sie ein legitimes Angriffsziel. Die Hoffnung auf eine baldige „völkische Konsumgemeinschaft“, die jedem „rassischreinen“ Deutschen unabhängig seiner sozialen Herkunft die Chance bieten sollte, sich prinzipiell alles kaufen zu können und die Wahrnehmung Glück und Identität über Konsum erfahren zu können, ließ viele Deutsche die dafür im deutschen Namen begangenen Verbrechen und Massenmorde ignorieren.

Nicht alle Deutschen waren überzeugte Nationalsozialisten, daher kann auch nicht von einer Kollektivschuld des deutschen Volkes gesprochen werden. Jedoch wussten die NS-Propagandisten, wie die verarmte Mittelschicht, die Bauern und die Arbeiterschaft anzusprechen sind. Es wurde ihnen eine neue, materiell bessere Zukunft versprochen. Die Masse sollte glauben, dass nur das rechtens und wahrhaftig sei, was dem deutschen Volk nützt. Dieses war ein essenzieller Grund dafür, warum es in Deutschland keinen wirklichen Widerstand gegen das NS-Regime gab. Die Ereignisse um die „Weiße Rose“ und das Attentat auf Hitler sind kein Gegengewicht dazu, dass die Deutschen zwölf Jahre lang alle Anweisungen des „Führers“ unterwürfig erfüllt haben. Viele Deutsche haben das Ende Hitlers auch als das Ende von Deutschland wahrgenommen („*Finis Germaniae*“).

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die deutsche Gesellschaft große Probleme damit, diese Bindung zwischen dem Nationalsozialismus und dem deutschen Volk zu erklären. In Ost-Deutschland (SBZ-DDR) wurde das Gefühl der Scham über die NS-Verbrechen dadurch verdrängt, dass sich die Regierung in Ost-Berlin alle Mühe gab zu demonstrieren, dass die DDR der treueste Verbündete Moskaus sei. In der Bundesrepublik dagegen war eine beliebte These, dass Hitler und eine kleine Gruppe um ihn herum, die alleinige und ausschließliche Schuld für die Verbrechen tragen. Die ältere historische Forschung untermauerte diese Auffassung, indem ausschließlich der Zwangscharakter des NS-Regimes betont und damit das

deutsche Volk als erstes Opfer des Nationalsozialismus kolportiert wurde. Erst in den letzten Jahren sind von der neueren Forschung die vielfältigen Zeichen der Akzeptanz ins Zentrum der Studien genommen worden. Einen fundamentalen Konsensaspekt für die Akzeptanz des NS-Regimes bildete dabei die „Verheißung“ einer zukünftigen „völkischen Konsumgemeinschaft“.

In jedem politischen System hat die Politik auch eine Marketing-Dimension. Es wird allerdings zu einem ernsthaften Problem, wenn sich die Politik des Marketings bedient, um die Bevölkerung zum Völkerhass zu verführen. Das „Dritten Reich“ verfolgte keine ernsthafte Politik, um die gegenwärtig vorhandenen realen sozialen Probleme der Bevölkerung zu lösen. Stattdessen konzentrierte das NS-Regime den größten Teil der wirtschaftlichen Kapazitäten Deutschlands auf die Kriegsvorbereitung. Für die Bevölkerung wurden mit geschickter Propaganda Wohlstands-Visionen für die Zukunft entworfen und die Lösung der aktuellen sozialen Probleme in die selbige verlegt. Mit diesen Konsum-Visionen konnte sich der größte Teil der Bevölkerung identifizieren und dadurch war ein gemeinsames Interesse zwischen Regime und Bevölkerung hergestellt. Der Krieg konnte als Kampf für ein gemeinsames Ziel dargestellt werden. Ähnlich wie die Unternehmen in „Dritten Reich“ in erster Linie ihren Gewinn maximieren wollten und die NS-Ideologie bei ihrer unternehmerischen Strategiebildung nur eine untergeordnete Rolle spielte, so strebten auch die unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten der Bevölkerung nach einem höheren Lebensstandard. Der Raub und die rücksichtslose Ausbeutung von Ländern und von bestimmten Personengruppen wurden vom NS-Regime als schnellster und einfachster Weg propagiert, die angestrebte Erhöhung des Lebensstandards zu gewährleisten. Der Krieg gewann dadurch ein persönliches Element für jeden einzelnen der deutschen Landser. Der Kampfwille in der Bevölkerung konnte nicht ausschließlich mit ideologischen Motiven, sondern nur in Verbindung mit persönlichen Motiven generiert werden. Die „Volksgemeinschaft“ war während der zwölfjährigen Regierungszeit der Nationalsozialisten keine „Konsumgemeinschaft“. Sie war letztlich eine Gemeinschaft in „Wartemodus“, eine Gemeinschaft, die sehnsüchtig auf ihre „Belohnung“ für die erbrachte Loyalität und Einsatzbereitschaft wartete.

Die Frage wie es möglich war, dass die NS-Führung völlig die Kontrolle über Millionen Deutsche hatte, muss letztlich damit beantwortet werden, dass die Bevölkerungsmehrheit aus eigenem Interesse zur Zusammenarbeit bereit war. Das NS-Regime verstand es, die Wirkungsmacht von Konsumversprechungen in seine politische Rhetorik zu integrieren und

damit die eigenen politischen Ziele mit dem menschlichen Streben nach Wohlstand zu verbinden. Hierdurch konnte das NS-Regime eine Allianz zwischen Nationalsozialismus und deutscher Bevölkerungsmehrheit formen.

Dass Wahn und Tragödie dicht nebeneinander liegen, beweisen die NS-Wohlstandsversprechen, denn so skurril die Forderung nach mehr „Lebensraum“ als Grundlage für ein „besseres Leben“ im Nachhinein auch wirkt, so bitterernst waren seine Folgen.

7. Quellen- und Literaturverzeichnis

7.1. Ungedruckte Quellen

Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Oldenburg – (StAO)

Bestände:

- 47 Diplomatie und Gesandtschaften
- 136 Ministerium des Inneren
- 137 Ministerium der Finanzen
- 206 Statistisches Landesamt
- 231 Landratsämter
 - 231-1 Landratsamt Oldenburg
 - 231-2 Landratsamt Ammerland
 - 231-3 Landratsamt Friesland
 - 231-4 Landratsamt Wesermarsch
 - 231-5 Landratsamt Vechta
 - 231-6 Landratsamt Cloppenburg
- 262-1 Kleine Kommunalarchive
- 265 Industrie- und Handelskammer Oldenburg
- 266 Landwirtschaftskammer Oldenburg bzw. Weser-Ems
- 289 Abschriften und Reproduktionen von Tagesmeldungen der Geheimen Staatspolizei
- 320.2 NSDAP – Gauinspektion Weser-Ems
- 350 Inventar Judaica Quellen

7.2. Gedruckte Quellen

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Serie D (1937-1945), Bd. 1: Von Neurath zu Ribbentrop (September 1937 – September 1938), Göttingen 1950.

Bericht der Gauarbeitsschule der Deutschen Arbeitsfront Weser-Ems (Ausgabe Mai 1936).

Boberach, Heinz (Hg.), Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, Bd. 15, Herrsching 1984.

Brüning, Heinrich, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970.

Bychelberg, Horst, „Führer des Volkes – Führer der Wirtschaft“, Berlin 1934.

Dokumente des jugoslawischen Generalkonsulats in Düsseldorf (Archivbestände des Prinzen Pavle von Jugoslawien, veröffentlicht in: „Vecernje Novosti“ v. 29. Dezember 2006).

Eckhardt, Albrecht u. Hoffmann, Katharina (Hgg.), „Gestapo Oldenburg meldet...“. Berichte der Geheimen Staatspolizei und des Innenministers aus dem Freistaat und Land Oldenburg 1933-1936, Hannover 2002.

Economic Cooperation Administration (Hg.), Westdeutschland im europäischen Wiederaufbauprogramm, Frankfurt/Main 1949.

Fröhlich, Elke (Hg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 4 (Teil 2), München 1995.

Haase, Ludolf, Aufstand in Niedersachsen. Der Kampf der NSDAP 1921/24 (2. vermehrte und verbesserte Niederschrift), München 1942.

Hayler, Franz, Der Einzelhandel im Wirtschaftsaufschwung, in: Deutsche Wirtschafts-Zeitung 46/47 (1935), S. 1082-1086.

Kohorst, Heinrich, Der Standort der oldenburgischen Industrien, Oldenburg 1939.

Männel, Hansjörg, Politische Fibel. Richtlinien für die Weltanschauliche Schulung der SA (1934).

Müller, Georg (Hg.), Der Raum Weser-Ems. Die Nordwestmark des Deutschen Reiches, Oldenburg 1933.

Oldenburgisches Statistisches Landesamt (Hg.), Vierteljahresbericht Juli – September 1938.

Petzina, Dietmar, Abelshäuser, Werner u. Faust, Anselm, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 3: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945, München 1978.

Protokoll der Verhandlung des Außerordentlichen (15.) Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1932.

Statistisches Amt der Stadt Oldenburg (Hg.), Oldenburg die Stadt im Raum Weser-Ems, Oldenburg 1938.

Statistisches Reichsamt (Hg.), Die Gemeindefinanzen im Wiederaufbau, Berlin 1940.

Statistisches Reichsamt (Hg.), Sonderdruck aus „Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches“ 46, Heft 1, (1937).

Statistisches Reichsamt (Hg.), Wirtschaft und Statistik 16 (1936).

Statistisches Reichsamt (Hg.), Wirtschaft und Statistik 19 (1939).

Statistisches Reichsamt (Hg.), Wirtschaft und Statistik 21 (1941).

7.3. Publizistische Quellen

„Der Ammerländer“, Jahrgänge 1933 bis 1936.

„Nachrichten für Stadt und Land“ (NfStuL), Jahrgänge 1930 bis 1933.

„Oldenburgische Staatszeitung“ (OlStZ), Jahrgänge 1933 bis 1945.

„Oldenburgische Volkszeitung“ (OV), Jahrgänge 1930 bis 1933.

Der Vierjahresplan. Zeitschrift für Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik (Amtliche Mitteilungen des Beauftragten für den Vierjahresplan Ministerpräsident Reichsmarschall Göring), Jg. 1 (1937) u. Jg. 5 (1941).

7.4. Literatur

Abelshauser, Werner, Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit, in: VfZ 47 (1999), S. 503-538.

Aly, Götz, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/Main 2005.

Andersen, Arne, Der Traum vom guten Leben. Alltags- und Konsumgeschichte vom Wirtschaftswunder bis heute, Frankfurt/Main 1997.

Andric, Ivo, Die Brücke über die Drina. Eine Visegrader Chronik, Frankfurt/Main 1962.

Arendt, Hannah, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, 11. Aufl., München 2006.

Barth, Peter, Der Zerfall Jugoslawiens und die Folgen für Europa, München² 2001.

Bajohr, Frank, Vorwort, in: ders. (Hg.), Norddeutschland im Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 7-19.

ders., Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.), Hamburg im „Dritten Reich“, Göttingen 2005, S. 69-121.

ders. u. Wildt, Michael (Hgg.), Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 2009.

ders., Walter Ulbricht und Herbert Wehner, oder: „Arbeiterklasse“ und „Volksgemeinschaft“. Rückblick und Ausblick, in: Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.), „Volksgemeinschaft“: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich“?, Paderborn 2012, S. 367-372.

Baranowski, Shelley, *Strength through Joy. Consumerism and Mass Tourism in the Third Reich*, Cambridge 2004.

Barkai, Avraham, Die „stillen Teilhaber“ des NS-Regimes, in: Gall, Lothar u. Pohl, Manfred (Hgg.), *Unternehmen in Nationalsozialismus*, München 1998, S. 117-120.

Baten, Jörg u. Wagner, Andrea, Mangelernährung, Krankheit und Sterblichkeit im NS-Wirtschaftsaufschwung (1933-1937), in: *JWG* (2003/1), S. 99-123.

Bavaj, Riccardo, *Die Ambivalenz der Moderne im Nationalsozialismus. Eine Bilanz der Forschung*, München 2003.

Berg, Angela, *Die internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939*, Essen 2005.

Berghoff, Hartmut, Von der „Reklame“ zur Verbrauchslenkung. Werbung im nationalsozialistischen Deutschland, in: ders. (Hg.), *Konsumpolitik. Die Regulierung des privaten Verbrauchs im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999, S. 77-112.

ders., Enticement and Deprivation. The Regulation of Consumption in Pre-War Nazi Germany, in: Dauntan, Martin u. Hilton, Matthew (Hgg.), *The Politics of Consumption. Material Culture and Citizenship in Europe and America*, Oxford 2001, S. 165-184.

ders., Rezension zu Wolfgang König: „Volksprodukte“ im „Dritten Reich“, in: „Der Tagesspiegel“ v. 29. November 2004.

ders., Gefälligkeitsdiktatur oder Tyrannei des Mangels? Neue Kontroversen zur Konsumgeschichte des Nationalsozialismus, in: *GWU* 58 (2007), S. 502-518.

Bloch, Ernst, *„Politische Messungen, Pestzeit, Vormärz“*, Frankfurt/Main 1970.

Blomert, Reinhard, *John Maynard Keynes, Reinbek bei Hamburg* 2007.

Boeckh, Katrin, *Serbien & Montenegro. Geschichte und Gegenwart*, Regensburg 2009.

Boelcke, Willi, Die deutsche Wirtschaft 1930-1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums, Düsseldorf 1983.

Bohmbach, Jürgen, Die Endphase der Weimarer Republik in Niedersachsen, in: NsjbLG 54 (1982), S. 65-94.

Borchardt, Knut, Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre, in: Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (1979), S. 85-132.

Bracher, Karl-Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1955.

Brewer, John, Was können wir aus der Geschichte der frühen Neuzeit für die moderne Konsumgeschichte lernen? , in: Siegrist, Hannes, Kaelble, Hartmut u. Kocka, Jürgen (Hgg.), Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- u. Kulturgeschichte des Konsums (18.-20. Jahrhundert), Frankfurt/Main 1997, S. 51-74.

Brockhaus, Gudrun, Sozialpsychologie der Akzeptanz des Nationalsozialismus. Kritische Anmerkungen zu „Rausch und Diktatur“, in: Klimo, Arpad von u. Rolf, Malte (Hgg.), Rausch und Diktatur. Inszenierung, Mobilisierung und Kontrolle in totalitären Systemen, Frankfurt/Main 2006, S. 153-176.

Brodesser, Carsten, Sparen während der Zeit des Nationalsozialismus. Ein Kapitel aus der „geräuschlosen Kriegsfinanzierung“ unter besonderer Berücksichtigung der Sparkassen, Frankfurt/Main 2011.

Broszat, Martin, Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München 1984.

Browning, Christopher, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, 5. Aufl., Hamburg 2009.

Buchheim, Christoph, Die besetzten Länder im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkrieges, in: VfZ 34 (1986), S. 117-145.

ders., Die Wirtschaftsentwicklung im Dritten Reich – mehr Desaster als Wunder. Eine Erwiderung auf Werner Abelshausen, in: VfZ 49 (2001), S. 653-664.

ders., Die vielen Rechenfehler in der Abrechnung Götz Alys mit den Deutschen unter dem NS-Regime, in: Sozial.Geschichte 20 (2005), S. 67-76.

ders. u. Scherner, Jonas, The Role of Private Property in the Nazi Economy. The Case of Industry, in: Journal of Economic History 66 (2006), S. 390-416.

Büttner, Ursula, Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008.

Conze, Werner, Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30, in: HZ 178 (1954), S. 47-83.

Corni, Gustavo u. Gies, Horst, Brot – Butter – Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers, Berlin 1997.

Dahrendorf, Ralf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968.

Dammer, Susanna, Kinder, Küche, Kriegsarbeit. Die Schulung der Frauen durch die NS-Frauenschaft, in: Frauengruppe Faschismusforschung (Hg.), Mutterkreuz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 1981, S. 215-245.

Denzler, Georg, Widerstand ist nicht das richtige Wort. Katholische Priester und Theologen im Dritten Reich, Zürich 2003.

Dimitrijevic, Vladimir, Nekom rat, nekom brat, in: „Pecat“ 202 (2012), S. 48.

Dursthoff, Wilhelm, Eine Wanderung durch die Baugeschichte der Stadt Oldenburg, in: Gauhauptstadt Oldenburg (Hg.), Oldenburg. Gauhauptstadt im Gau Weser-Ems, Oldenburg 1943, S. 20-32.

Dussel, Konrad, Wie erfolgreich war die nationalsozialistische Presselenkung? , in: VfZ 58 (2010), S. 543-561.

Eckert, Rainer, Gestapo-Berichte. Abbildungen der Realität oder reine Spekulation?, in: Paul, Gerhard u. Mallmann, Klaus-Michael (Hgg.), Die Gestapo. Mythos und Realität, Darmstadt 1996, S. 200-215.

Elsenhans, Hartmut, The Rise and Demise of the Capitalist World System, Leipzig 2011.

Erbe, Rene, Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik im Lichte der modernen Theorie, Zürich 1958.

Evans, Richard, „Arbeiterklasse“ und „Volksgemeinschaft“. Zur Diskussion um Anpassung und Widerstand in der deutschen Arbeiterschaft, in: Friedrich-Ebert-Stiftung. Archiv der sozialen Demokratie (Hg.), Gesprächskreis Geschichte Heft 84, Bonn 2010.

Falter, Jürgen, Hitlers Wähler, München 1991.

Fattmann, Rainer, Im Niemandsland der Arbeiterbewegung? Die Landarbeiterschaft und die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung auf dem Land, in: Bitzegeio, Ursula, Kruke, Anja u. Woyke, Meik (Hgg.), Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik, Bonn 2009, S. 81-95.

Fischer, Wolfram, Deutsche Wirtschaftspolitik 1918-1945, Opladen³ 1968.

Frei, Norbert, „Volksgemeinschaft“. Erfahrungsberichte und Lebenswirklichkeit der Hitler-Zeit, in: ders. (Hg.), 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, S. 107-128.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Geschichte der sozialen Demokratie, Bonn 2012.

Führer, Karl-Christian, Die Tageszeitung als wichtiges Massenmedium der nationalsozialistischen Gesellschaft, in: ZfG 55 (2007), S. 411-434.

ders., Zwischen „Akkordschere“ und „Minderleistung“. Lohnbildung und nationalsozialistische Lohnpolitik in der Bauwirtschaft 1933-1945, in: Bitzegeio, Ursula, Kruke, Anja u. Woyke, Meik (Hgg.), Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik, Bonn 2009, S. 259-276.

ders., Die deutsche Tagespresse im Zweiten Weltkrieg. Fakten und Fragen zu einem unerforschten Abschnitt der NS-Mediengeschichte, in: ZfG 60 (2012), S. 417-440.

Gassert, Philipp, Der unterschätzte Aggressor. Das Deutsche Reich in den internationalen Beziehungen, in: Süß, Dietmar u. Süß, Winfrid (Hgg.), Das „Dritte Reich“. Eine Einführung, München 2008, S. 34-54.

Gelhaus, Hubert, Das politisch-soziale Milieu in Südoldenburg von 1803 bis 1936, Bd. 3, Oldenburg 2001a.

ders., Das politisch-soziale Milieu in Südoldenburg von 1803 bis 1936, Bd. 4, Oldenburg 2001b.

Gellately, Robert, Backing Hitler. Consent and Coercion in Nazi Germany, Oxford 2001.

Gessner, Dieter, Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933, Düsseldorf 1976.

Gilly, Wilhelm, Festung und Garnison Oldenburg, Oldenburg 1981.

Glöckner, Paul-Wilhelm, Delmenhorst unter dem Hakenkreuz 1933 bis 1945. Die braunen Jahre in einer Mittelstadt, Oldenburg 2001.

Goch, Stefan, „Wie immer zu spät“. Sozialdemokratische Vorfeldorganisationen im Ruhrgebiet zwischen Weltwirtschaftskrise und Restauration, in: Frese, Matthias u. Prinz, Michael (Hgg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996, S. 689-731.

Göbel, Eva, Bayern in der modernen Konsumgesellschaft. Regionalisierung der Konsumkultur im 20. Jahrhundert, Berlin 2005.

Goeggel, Erich, Untersuchungen zur Verbrauchlenkung auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft in Deutschland, Diss. München 1937.

Graml, Hermann, Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher, München 2001.

Grebing, Helga, Zu viel „Volksgemeinschaft“ erklärt zu wenig. Anmerkungen zum Thema Arbeiter im „Dritten Reich“, in: Bitzegeio, Ursula, Kruke, Anja u. Woyke, Meik (Hgg.), Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik, Bonn 2009, S. 481-488.

Gries, Rainer, Die Rationengesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität. Leipzig, München und Köln nach dem Kriege, Münster 1991.

Günther, Wolfgang, Freistaat und Land Oldenburg 1918-1946, in: Eckhardt, Albrecht u. Schmidt, Heinrich (Hgg.), Geschichte des Landes Oldenburg, Oldenburg 1987, S. 403-490.

Hachtmann, Rüdiger, Lebenshaltungskosten und Reallöhne während des Dritten Reiches, in: VSWG (1988), S. 32-73.

ders., Tourismus-Geschichte, Göttingen 2007.

Haffner, Sebastian, Deutschland zwischen den Kriegen 1919-1939. Sechs Geschichtsperioden in zwanzig Jahren, in: ders., Niewerth, Klaus u. Schaap, Klaus (Hgg.), Oldenburg und das Ende der Weimarer Republik. Zur Regierungsübernahme der NSDAP im Land Oldenburg 1932, Oldenburg 1982, S. 11-24.

Hale, Oron, *Presse in der Zwangsjacke 1933-1945*, Düsseldorf 1965.

Harms, Ingo, *Der plötzliche Tod des Oldenburger Gauleiters Carl Röver*, in: *Mitteilungsblatt der Oldenburgischen Landschaft* Nr. 102, Oldenburg 1999, S. 1-8.

Haupt, Heinz-Gerhard, *Der Konsument*, in: ders. u. Freyert, Ute (Hgg.), *Der Mensch des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt/Main 1999, S. 301-323.

Heidel, Wolfgang, *Ernährungswirtschaft und Verbrauchlenkung im Dritten Reich 1936-1939*, Diss. Berlin 1989.

Helbich, Wolfgang, *Die Reparationen in der Ära Brüning. Zur Bedeutung des Young-Plans für die deutsche Politik 1930 bis 1932*, Berlin 1962.

Henke, Josef, *Verführung durch Normalität – Verfolgung durch Terror. Gedanken zur Vielfalt nationalsozialistischer Herrschaftsmittel*, in: *APuZ* 7 (1984), S. 21-31.

Herlemann, Beatrix, *Nationalsozialismus auf dem Land*, in: Hucker, Ulrich-Bernd, Schubert, Ernst u. Weisbrod, Bernd (Hgg.), *Niedersächsische Geschichte*, Göttingen 1997, S. 566-581.

Heßler, Martina, *„Elektrische Helfer“ für Hausfrauen, Volk und Vaterland. Ein technisches Konsumgut während des Nationalsozialismus*, in: *TG* 68 (2001), S. 203-229.

dies., *Visionen des Überflusses. Entwürfe künftiger Massenkongsumgesellschaften im 20. Jahrhundert*, in: Berghoff, Hartmut u. Vogel, Jakob (Hgg.), *Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivenwechsels*, Frankfurt/Main 2004, S. 455-480.

Hildebrand, Klaus, *Das Dritte Reich* (Bd. 17 aus der Reihe: Oldenbourg Grundriss der Geschichte), 7. Aufl., München 2009.

Hoffmann, Katharina, *Ausländische ZwangsarbeiterInnen in Oldenburg während des Zweiten Weltkrieges. Eine Rekonstruktion der Lebensverhältnisse und Analyse von Erinnerungen deutscher und polnischer ZeitzeugInnen*, Oldenburg 2000.

Holtfreich, Carl-Ludwig, *Alternativen zu Brüning's Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise?*, in: HZ 235 (1982), S. 605-631.

Humann, Detlev, *„Arbeitsschlacht“*. Arbeitsbeschaffung und Propaganda in der NS-Zeit 1933-1939, Göttingen 2011.

Jäckel, Michael u. Kochhan, Christoph, *Notwendigkeit und Luxus. Ein Beitrag zur Geschichte des Konsums*, in: Rosenkranz, Doris u. Schneider, Norbert (Hgg.), *Konsum. Soziologische, ökonomische und psychologische Perspektiven*, Opladen 2000, S. 73-93.

Jakobs, Horst-Heinrich, *Karl Larenz und der Nationalsozialismus*, in: JZ 1993, S. 805-815.

Kahrs, Horst, *Arbeitsmarktpolitik im Land Oldenburg 1930-1936*, Bd. 1, Oldenburg 1994a.

ders., *Arbeitsmarktpolitik im Land Oldenburg 1930-1936*, Bd. 2, Oldenburg 1994b.

Kaldewei, Gerhard, *„Wo deutsche Bauernfäuste den Pflug durch die Muttererde führten“*. Von der Schlacht bei Altenesch 1234 nach „Stedingehre“ auf dem Bookholzberg 1934, in: *Oldenburger Jahrbuch* 103 (2003), S. 107-167.

ders., *„Stedingehre soll für ganz Deutschland ein Wallfahrtsort werden...“*. Dokumentation und Geschichte einer NS-Kultstätte auf dem Bookholzberg 1934-2005, Delmenhorst 2006.

Kammer, Hilde u. Bartsch, Elisabet, *Nationalsozialismus. Begriffe aus der Zeit der Gewaltherrschaft 1933-1945*, Reinbek bei Hamburg 1992.

Kaufmann, Franz-Xaver, *Der Begriff Sozialpolitik und seine wissenschaftliche Bedeutung*, in: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 1: *Grundlagen der Sozialpolitik*, Baden-Baden 2001, S. 3-101.

ders., Sozialpolitisches Denken. Die deutsche Tradition, Frankfurt/Main 2003.

Kershaw, Ian, Der Hitler-Mythos, in: Der Spiegel Special Geschichte 1/2008, S. 103-113.

Klein, Burton, Germany's Economic Preparations for War, Cambridge/Mass. 1959.

Klein, Ernst, Geschichte der deutschen Landwirtschaft im Industriezeitalter, Wiesbaden 1973.

Klemp, Stefan, „Nicht ermittelt“. Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz. Ein Handbuch, Essen 2004.

Klimo, Arpad von u. Rolf, Malte, Rausch und Diktatur, in: ZfG 51 (2003), S. 877-895.

Kluge, Ulrich, Deutsche Agrarpolitik im 20. Jahrhundert zwischen Protektionismus und wirtschaftlicher Modernisierung, in: Münkler, Daniela (Hg.), Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn, Göttingen 2000, S. 289-314.

König, Wolfgang, Produktion und Konsumtion als Gegenstände der Geschichtsforschung, in: Bayerl, Günter u. Weber, Wolfhard (Hgg.), Sozialgeschichte der Technik. Ulrich Troitzsch zum 60. Geburtstag, Münster 1998, S. 35-44.

ders., Das Scheitern einer nationalsozialistischen Konsumgesellschaft. „Volksprodukte“ in Politik, Propaganda und Gesellschaft des „Dritten Reiches“, in: ZUG 46 (2003), S. 131-163.

ders., Volkswagen, Volksempfänger, Volksgemeinschaft. „Volksprodukte“ im Dritten Reich: Vom Scheitern einer nationalsozialistischen Konsumgesellschaft, Paderborn 2004.

Kolb, Eberhard, Die Weimarer Republik (Bd. 16 aus der Reihe: Oldenbourg Grundriss der Geschichte), 6. Aufl., München 2002.

Koop, Gerhard u. Klein, Fritz, Von der kaiserlichen Werft zum Marinearsenal, München 1982.

Kopper, Christopher, Hjalmar Schacht. Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier, München 2010.

Krengel, Rolf, Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung) 1925-1979, Berlin 1986.

Kuczynski, Thomas, Die Legende vom nationalen Sozialismus, in: Sozial.Geschichte 20 (2005), S. 77-85.

Kühberger, Christoph, Emotionaler Rausch. Zu den Mechanismen der Gefühlsmobilisierung auf faschistischen und nationalsozialistischen Festen, in: Klimo, Arpad von u. Rolf, Malte (Hgg.), Rausch und Diktatur. Inszenierung, Mobilisierung und Kontrolle in totalitären Systemen, Frankfurt/Main 2006, S. 177-192.

Kühshelm, Oliver, Eder, Franz u. Siegrist, Hannes (Hgg.), Konsum und Nation. Zur Geschichte nationalisierender Inszenierungen in der Produktkommunikation, Bielefeld 2012.

Kundrus, Birthe, Loyal, weil satt. Die innere Front im Zweiten Weltkrieg, in: Mittelweg 36 (1997), S. 80-93.

Kurzer, Ulrich, Konsumgenossenschaften im nationalsozialistischen Deutschland, in: IWK 27 (1991), S. 429-453.

Lampe, Klaus, Wirtschaft und Verkehr im Landesteil Oldenburg von 1800 bis 1945, in: Eckhardt, Albrecht u. Schmidt, Heinrich (Hgg.), Geschichte des Landes Oldenburg, Oldenburg 1987, S. 709-762.

Lazanski, Miroslav, „Kako se pere istorija“, in: „Politika“ v. 8. Dezember 2012.

Lüdtke, Alf, Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis, in: ders. (Hg.), Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien, Göttingen 1991, S. 9-63.

Mai, Gunther, „Warum steht der deutsche Arbeiter zu Hitler?“. Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront im Herrschaftssystem des Dritten Reiches, in: GG 12 (1986), S. 212-234.

ders., Verpflichtung auf den sozialen Volksstaat. Verfassungspolitische Weichenstellungen und ihre Verwirklichung in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, in: Schönhoven, Klaus u. Mühlhausen, Walter (Hgg.), Der deutsche Sozialstaat im 20. Jahrhundert. Weimarer Republik, DDR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Bonn 2012, S. 39-61.

Mason, Tim, Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument 8 (1966), S. 473-494.

ders., The Legacy of 1919 for National Socialism, in: Nicholls, Anthony u. Matthias, Erich (Hgg.), German Democracy and the Triumph of Hitler. Essays in Recent German History, London 1971, S. 215-239.

ders., Innere Krise und Angriffskrieg 1938/39, in: Forstmeier, Friedrich u. Volkmann, Hans-Erich (Hgg.), Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Düsseldorf 1975, S. 158-188.

Merkenich, Stephanie, Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918-1933, Düsseldorf 1998.

Meyer, Lioba, Zur Lohn- und Arbeitszeitentwicklung in der Weimarer Republik, in: Stadt Oldenburg (Hg.), „Moderne Zeiten“. Industrie- und Arbeiterkultur in Oldenburg 1845-1945, Oldenburg 1989, S. 237-252.

dies., Geschichte der Oldenburger Fleischwarenfabrik, hrsg. vom Stadtmuseum Oldenburg zum europaweiten „Tag des offenen Denkmals“ am 12. September 1993, Oldenburg 1993.

Militärisches Forschungsamt (Hg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5 (Zweiter Halbband: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942-1944/45, bearbeitet von Kroener, Bernhard, Müller, Rolf-Dieter u. Umbreit, Hans), Stuttgart 1999.

Morsch, Günter, Arbeit und Brot. Studien zur Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933-1936/37, Frankfurt/Main 1993.

Müller, Rolf-Dieter, Die Konsequenzen der „Volksgemeinschaft“: Ernährung, Ausbeutung und Vernichtung, in: Michalka, Wolfgang (Hg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen , Grundzüge, Forschungsbilanz, Weyam 1997, S. 240-248.

Münkel, Daniela, Nationalsozialistische Agrarpolitik und Bauernalltag, Frankfurt/Main 1996.

Niemann, Hans-Werner, Die oldenburgische Landwirtschaft und die Agrarpolitik des Reichskanzlers Heinrich Brüning (1930-1932), in: Oldenburger Jahrbuch 86 (1986), S. 165-178.

ders., Wirtschaftsgeschichte Niedersachsens 1918-1945, in: Steinwascher, Gerd (Hg.), Geschichte Niedersachsens, Bd. 5: Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung, Hannover 2010, S. 455-623.

ders., Wie „krank“ war die Wirtschaft der Stadt Hannover in den Weimarer Jahren, in: NsJbLG 83 (2011), S. 279-303.

ders., „Volksgemeinschaft“ als „Konsumgemeinschaft“? , in: Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.), „Volksgemeinschaft“: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich“, Paderborn 2012, S. 87-109.

Nikolic, Kosta, Nemacki ratni plakat u Srbiji 1941-1944, Beograd 2012.

Nolte, Paul, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft, München 2000.

Opfer, Björn, Im Schatten des Krieges. Besatzung oder Anschluss – Befreiung oder Unterdrückung? Eine komparative Untersuchung über die bulgarische Herrschaft in Vardar-Makedonien 1915-1918 und 1941-1944, Münster 2005.

Opitz, Reinhard, Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Köln 1977.

Parsons, Timothy, The Rule of Empires. Those Who Built Them, Those Who Endured Them, and Why They Always Fall, New York 2010.

Patel, Kiran-Klaus, Die Edition der "NS-Pressenanweisungen" im Kontext von Quellensammlungen zum "Dritten Reich", in: AfS 42 (2002), S. 366-379.

Petrovic, Ljubomir, Socijalna politika u Kraljevini Jugoslaviji. Bilans jednog neuspeha, in: Istorija 20. veka 2 (2011), S. 119-132.

Prinz, Michael, „Konsum“ und „Konsumgesellschaft“ – Vorschläge zu Definition und Verwendung, in: ders., (Hg.), Der lange Weg in den Überfluss. Anfänge und Entwicklung der Konsumgesellschaft seit der Vormoderne, Paderborn 2003, S. 11-34.

Reichel, Peter, Der schöne Schein des Dritten Reiches. Gewalt und Faszination des deutschen Faschismus, München 1991.

Renner, Karl, Socijalna funkcija pravnih instituta. Prilog kritici gradjanskog prava, Beograd 1997.

Reuveni, Gideon, Lesen und Konsum. Der Aufstieg der Konsumkultur in Presse und Werbung Deutschlands bis 1933, in: AfS 41 (2001), S. 97-117.

Ristovic, Milan, Rat i razaranje drustva u Srbiji 1941-1945 godine. Skica za jednu drustvenu istoriju, in: Fleck, Hans-Georg u. Graovac, Igor (Hgg.), Dijalog povjesnicara – istoricara 3, Zagreb 2001, S. 203-219.

ders., Nemacki "Novi Poredak" i jugoistocna Evropa 1940/41-1944/45, Beograd² 2005.

ders., Weder Souveränität noch Industrialisierung. Die südosteuropäischen Länder in der „neuen Ordnung“ – jugoslawische und deutsche Perspektiven (1940-1944), in: Sachse, Carola (Hg.), „Mitteleuropa“ und „Südosteuropa“ als Planungsraum. Wirtschafts- und kulturpolitische Expertisen in Zeitalter der Weltkriege, Göttingen 2010, S. 219-237.

Ritschl, Albrecht, Die NS-Wirtschaftsideologie, in: Prinz, Michael u. Zitelmann, Rainer (Hgg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, S. 48-70.

ders., Deutschlands Krise und Konjunktur 1924-1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre, Berlin 2002.

Rödter, Andreas, Dichtung und Wahrheit. Der Quellenwert von Heinrich Brüning's Memoiren und seine Kanzlerschaft, in: HZ 265 (1997), S. 77-116.

Rogge, Friedrich, Weimar: Republik ohne Republikaner? Antidemokratisch-völkische Umtriebe im Oldenburger Land 1922-1930, in: Oldenburger Jahrbuch 84 (1984), S. 207-226.

Roßmann, Detlef, Kulturelle Öffentlichkeit in Oldenburg-Osternburg 1918-1933. Kritische Untersuchungen zum Verhältnis von Arbeiteralltag und Politik der KPD, Diss. Oldenburg 1979.

Roth, Markus, Chronist der Verblendung. Friedrich Kellners Tagebücher 1938/39 bis 1945. Beiheft zur Ausstellung: Die Last der ungesagten Worte. Die Tagebücher Friedrich Kellners 1938/39 bis 1945, in: Gesprächskreis Geschichte Heft 83 hrsg. vom Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2009.

Rothermund, Dietmar, Die Welt in der Wirtschaftskrise 1929-1939, Hamburg 1993.

Ruckriegel, Karlheinz, Glücksforschung – Konsequenzen für die (Wirtschafts-) Politik, in: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 92, Heft 2, (2012), S. 129-135.

Rudloff, Wilfried, Öffentliche Fürsorge, in: Hockerts, Hans-Günter (Hg.), Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, München 1998, S. 191-229.

Ruge, Wolfgang, Wer war Heinrich Brüning? , Bonn 2003.

Sachße, Christoph u. Tennstedt, Florian, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Bd. 2, Stuttgart 1988.

dies., Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus 1933-1945, in: TuP 43 (1992), S. 419-430.

Sanmann, Horst, Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 10 (1965), S. 109-140.

Schaap, Klaus, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928-1933, Düsseldorf 1978.

ders., Die Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten in Oldenburg 1932. Ursachen, Hintergründe und Lehren, in: ders., Niewerth, Heinrich u. Haffner, Sebastian (Hgg.), Oldenburg und das Ende der Weimarer Republik. Zur Regierungsübernahme der NSDAP im Lande Oldenburg 1932, Oldenburg 1982, S. 25-48.

Schmidt, Uta, Vom „Spielzeug“ über den „Hausfreund“ zur „Goebbels-Schnauze“. Das Radio als häusliches Kommunikationsmedium im Deutschen Reich (1923-1945), in: TG 65 (1998), S. 313-327.

Schmiechen-Ackermann, Detlef, Stadt und Nationalsozialismus in Niedersachsen. Deutungsmuster und konzeptionelle Überlegungen, Stand und Perspektiven der Forschung, in: NsJbLG 77 (2005), S. 31-53.

Schneider, Norbert, Konsum und Gesellschaft, in: ders. u. Rosenkranz, Doris (Hgg.), Konsum. Soziologische, ökonomische und psychologische Perspektiven, Opladen 2000, S. 9-22.

Schoenbaum, David, Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, München 1980.

Schönhoven, Klaus, War die NS-Diktatur eine „Gefälligkeitsdiktatur“? Rückblick auf eine Historikerdebatte, in: Bitzegeio, Ursula, Kruke, Anja u. Woyke, Meik (Hgg.), Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zur Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik, Bonn 2009, S. 459-479.

Schröder, Hans-Jürgen, Südosteuropa als „Informal Empire“ NS-Deutschlands. Das Beispiel Jugoslawien 1933-1939, in: Institute for Contemporary History (Hg.), *The Third Reich and Yugoslavia 1933-1945*, Beograd 1977, S. 240-258.

Schug, Alexander, „Deutsche Kultur“ und Werbung. Studien zur Geschichte der Wirtschaftswerbung von 1918 bis 1945, Berlin 2011.

Schumann, Dirk, Bewährung in der Krise oder völlige Zerstörung? Die Erosion des Sozialstaates in der Endphase der Weimarer Republik und der Übergang in die Diktatur, in: Schönhoven, Klaus u. Mühlhausen, Walter (Hg.), *Der deutsche Sozialstaat im 20. Jahrhundert. Weimarer Republik, DDR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*, Bonn 2012, S. 83-105.

Schwarzwälder, Herbert, *Berühmte Bremer*, München 1972.

Sennebogen, Waltraud, *Zwischen Kommerz und Ideologie. Berührungspunkte von Wirtschaftswerbung und Propaganda im Nationalsozialismus*, München 2008.

Siegrist, Hannes, *Konsumkultur des 20. Jahrhunderts in regionalgeschichtlicher Perspektive. Zwischen Verräumlichung, Vergesellschaftung und Individualisierung*, in: Prinz, Michael (Hg.), *Der lange Weg in den Überfluss. Anfänge und Entwicklung der Konsumgesellschaft seit der Vormoderne*, Paderborn 2003, S. 491-514.

Smith, Adam, *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations* (1776). Deutsche Übersetzung: *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und Ursachen*, 8. Aufl., München 1999.

Smith, Bradley, *Die Überlieferung der Hossbach-Niederschrift im Lichte neuer Quellen*, in: VfZ 38 (1990), S. 329-336.

Sösemann, Bernd, *Propaganda und Öffentlichkeit in der „Volksgemeinschaft“*, in: ders. (Hg.), *Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Einführung und Überblick*, Stuttgart 2002, S. 114-154.

Sommer, Karl-Ludwig, Die Durchsetzung und praktische Ausübung der nationalsozialistischen Herrschaft in Oldenburg, in: Hoffmann, Katharina u. Lembeck, Andreas (Hgg.), Nationalsozialismus und Zwangsarbeit in der Region Oldenburg, Oldenburg 1999, S. 55-77.

Spiekermann, Uwe, Vollkornbrot in Deutschland. Regionalisierende und nationalisierende Deutungen und Praktiken während der NS-Zeit, in: Siegrist, Hannes (Hg.), Konsum und Region im 20. Jahrhundert, Leipzig 2001, S. 27-50.

Spode, Hasso, „Der deutsche Arbeiter reist“. Massentourismus im Dritten Reich, in: Huck, Gerhard (Hg.), Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Wuppertal 1982, S. 281-306.

Spoerer, Mark, Die Automobilindustrie im Dritten Reich: Wachstum um jeden Preis? , in: Gall, Lothar u. Pohl, Manfred (Hgg.), Unternehmen im Nationalsozialismus, München 1998, S. 61-68.

ders., Demontage eines Mythos? Zur Kontroverse über das nationalsozialistische Wirtschaftswunder, in: GG 3 (2005), S. 415-438.

ders. u. Streb, Jochen, Guns and Butter – But no Margarine. The Impact of Nazi Economic Policies on German Food Consumption 1933-38, in: FZID discussion papers 23 (2010).

Stadt Oldenburg (Hg.), Geschichte der Stadt Oldenburg, Bd. 2: 1830-1995, Oldenburg 1996.

Steiner, Andre, Zur Neuschätzung des Lebenshaltungskostenindex für die Vorkriegszeit des Nationalsozialismus, in: JWG (2005/2), S. 129-152.

ders., Einleitung: Staatliche Preispolitik und ihre historischen Wurzeln, in: ders. (Hg.), Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Köln 2006, S. 9-21.

Steitz, Ulf, Die industrielle Entwicklung Oldenburgs 1845-1945, in: Stadt Oldenburg (Hg.), „Moderne Zeiten“. Industrie- und Arbeiterkultur in Oldenburg, Oldenburg 1989, S. 11-77.

Stern, Fritz, Kulturpessimismus als politische Gefahr, Bern/Stuttgart 1963.

Stihler, Ariane, Die Entstehung des modernen Konsums. Darstellung und Erklärungsansätze, Berlin 1998.

Stöver, Bernd, Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus Sicht sozialistischer Exilberichte, Düsseldorf 1993.

Sudrow, Anne, Der Schuh im Nationalsozialismus. Eine Produktgeschichte im deutsch-britisch-amerikanischen Vergleich, Göttingen 2010.

Teichert, Eckart, Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930-1939, München 1984.

Telesakovic, Bosko, Osobine Nacizma, in: Godisnjak 1 (2007), S. 168-195.

Thamer, Hans-Ulrich, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945, Berlin 1986.

ders., Nation als Volksgemeinschaft. Völkische Vorstellungen, Nationalsozialismus und Gemeinschaftsideologie, in: Gauger, Jörg-Dieter u. Weigelt, Klaus (Hgg.), Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation, Bonn 1990, S. 112-128.

Thörner, Klaus, „Der ganze Südosten ist unser Hinterland“. Deutsche Südosteuropapläne von 1840 bis 1945, Freiburg 2008.

Thomas, Paul, Koreferat zu Reiner Flik: „Nutzung von Kraftfahrzeugen bis 1939 – Konsum- oder Investitionsgut?“, in: Walter, Rolf (Hg.), Geschichte des Konsums. Erträge der 20. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 23.-26. April 2003 in Greifswald, Wiesbaden 2004, S. 271-274.

Tooze, Adam, „Doch falsch gerechnet, weil falsch gedacht“ (Rezension zu Götz Aly, „Hitlers Volksstaat“), in: „Die Tageszeitung (taz)“ v. 16. März 2005.

ders., Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007.

ders., Ökonomie des Grauens, in: Spiegel Special Geschichte 1/2008, S. 117-123.

Torp, Claudius, Wachstum, Sicherheit, Moral. Politische Legitimationen des Konsums im 20. Jahrhundert, Göttingen 2012.

Treue, Wilhelm, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1935, in: VfZ 3 (1955), S. 184-203.

Vahlenkamp, Werner, 125 Jahre Sozialdemokratie in Oldenburg, Oldenburg 1994a.

ders., Delmenhorst im „Dritten Reich“, in: Stadt Delmenhorst (Hg.), Streiflichter aus 600 Jahren Delmenhorster Geschichte, Delmenhorst 1994b, S. 41-61.

Vinaver, Vuk, Svetska ekonomska kriza u Podunavlju i nemacki prodor 1929-1934, Beograd 1987.

Wagner, Andrea, Die Entwicklung des Lebensstandards in Deutschland zwischen 1920-1960, Berlin 2008.

Wagner, Hans, Zeitungsland Bayern, in: ders., Koch, Ursula u. Schmidt-Fischbach, Patricia (Hgg.), Enzyklopädie der bayerischen Tagespresse, München 1990, S. 17-71.

Walkenhorst, Heinrich, Der Gau Weser-Ems, in: Die Nordwestmark. Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft für den Raum Weser-Ems e.V., Bd. 1: Dichtung und Forschung im Raum Weser-Ems, Oldenburg 1940, S. 5-8.

Weber, Adolf, Volkswirtschaftslehre, Bd. 2: Agrarpolitik (neubearb. von Wilhelm Meinhold), Berlin 1951.

Wehler, Hans-Ulrich, Engstirniger Materialismus (Rezension zu Götz Alys „Hitlers Volksstaat“), in: Der Spiegel 14 (2005), S. 50-54.

Weiß, Hermann, Ideologie der Freizeit im Dritten Reich. Die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, in: AfS 33 (1993), S. 289-303.

Wendt, Bernd-Jürgen, Durch das „Strategische Fenster“ in den Zweiten Weltkrieg. Die Motive Hitlers, in: Backes, Uwe, Jesse, Eckhard u. Zitelmann, Rainer (Hgg.), Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 1992, S. 344-374.

Wiesen, Jonathan S., Massenkonsum und Unternehmenskultur im Dritten Reich, in: Berghahn, Volker u. Vitols, Sigurt (Hgg.), Gibt es einen deutschen Kapitalismus? Traditionen und globale Perspektiven der sozialen Marktwirtschaft, Frankfurt/Main 2006, S. 129-142.

ders., Creating the Nazi Marketplace. Commerce and Consumption in the Third Reich, New York 2011.

Wildt, Michael, Alys Volksstaat. Hybris und Simplizität einer Wissenschaft, in: Sozial.Geschichte 20 (2005), S. 91-97.

Wilke, Jürgen, Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert. Erster Weltkrieg – Drittes Reich – DDR, Köln 2007.

Wirsching, Andreas, „Man kann nur Boden germanisieren“. Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933, in: VfZ 49 (2001), S. 517-550.

Zivkovic, Nikola, Ratna steta koju je Nemacka ucinila Jugoslaviji u drugom svetskom ratu, Beograd 1975.

7.5. Abkürzungsverzeichnis der verwendeten Zeitschriften:

AfS	Archiv für Sozialgeschichte
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
FZID	Forschungszentrum für Innovation und Dienstleistung der Uni Hohenheim (Arbeitspapiere zu wirtschaftswissenschaftlichen Fachdebatten)
GG	Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaften
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HZ	Historische Zeitschrift
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
JWG	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
JZ	JuristenZeitung
NsJbLG	Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte
TG	Technikgeschichte
TuP	Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VSWG	Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZUG	Zeitschrift für Unternehmensgeschichte